



12. Mai 1930

BALTHASAR WEINGARTZ · WO STEHT DIE LABOUR PARTY?



FT spielt im politischen Leben einer Nation Unvorhergesehenes eine wichtige Rolle; was an sich kein ungesundes Zeichen zu sein braucht; unter Umständen kann es ein Zeichen für die im Volk steckende vorwärtsdrängende Lebensenergie sein. Obschon man wußte, daß mit der Regierung Hermann Müller nicht alles im Lot war, kam doch ihr Sturz den meisten wie ein Blitz aus heiterm Himmel. Da hat die Labourregierung schon mehr Glück. Bei der prekären Lage, in die sie sich wegen der Kohlenvorlage hineinmanövriert hatte, gab es nicht wenige, die ihren Sturz auf den Tag berechneten. Ganz allgemein sprach man auch von Maiwahlen. Wie durch ein Wunder änderte sich die parlamentarische Lage. Der unverwüstliche James L. Garvin, Herausgeber des Observer, ließ sich am 27. April über den Umschwung also vernehmen:

»Trotz der Kritik, die wir an anderer Stelle über das Budget und seinen Urheber zum Ausdruck bringen, sind wir überzeugt, daß die Nation sich damit abfinden muß. Mit Rücksicht auf Indien liegt es im unbedingten öffentlichen Interesse die Labourregierung durch den festen Willen des gesamten Volkes am Ruder zu halten, falls sie sich dem Gebot der Stunde gewachsen zeigt, da es sich einfach um eines der größten, aber gefährlichsten imperialen Probleme handelt. Bis jetzt hat sich in der Auslandspolitik diese Regierung als unübertrefflich erwiesen. Ihre imperiale Politik in Ägypten ist entschieden und doch einwandfrei. Der größte Ansturm muß noch pariert werden. Durch eine Art glücklicher Fügung der Vorsehung befindet sich Labour in dieser Situation in Amt und Würden, anstatt in der Opposition.«

Glückliche Fügung der Vorsehung für ein Land, wenn sich die Sozialdemokratie in der Außenpolitik dem Gebot der Stunde gewachsen zeigt. Wir in Deutschland können hiervon ein Lied singen. Doch das nur nebenbei.

Wie erklärt sich nun der Umschwung der parlamentarischen Machtverhältnisse, der kurz vor Ostern in England eintrat? Wie kommt es, daß David Lloyd George über Nacht zur Überzeugung kam, die Labourregierung repräsentiere unter den gegebenen Verhältnissen im nationalen Interesse die einzig mögliche Regierung? An Andeutungen zur Erklärung dieses Phäno-

mens hat es natürlich nicht gefehlt. Jedoch über den wahren Grund des hinter den Kulissen zustande gebrachten Pakts zwischen der Labour Party und den Liberalen schweigt man sich aus. Völlig irrig ist es, wenn der Vorwärts sich am 26. April von seinem Londoner Korrespondenten mitteilen läßt und in Fettdruck mitteilt, die »sozialistisch-liberalen Vereinbarungen« seien mit eine Folge der »Unzuverlässigkeit des linken Flügels der eigenen Labourfraktion«. Hier, wo bereits vor den Wahlen von der Notwendigkeit einer solchen Vereinbarung gesprochen wurde¹, kann über diese Entwicklung ohne Scheu berichtet werden. Zweifellos ist Philip Snowden der wahre Inspirator des plötzlichen Umschwungs. Zu Lloyd George steht seine Familie in freundschaftlichen Beziehungen, und es ist kein Wunder, wenn schließlich seine Gattin, diese seine kluge, weitschauende Gefährtin, zur rechten Zeit in Downing Street die Free Trade Tea Parties organisierte, an denen Lloyd George nebst seiner Familie neben anderen hervorragenden liberalen Freihändlern teilnahm. Plötzlich war Lloyd George wie umgewandelt. Aus einem wütenden Gegner wurde ein Apologet der Labourregierung. Wohl wurde er von den konservativen Bänken im Parlament mit Hohn und Spott überschüttet; aber die Transformation war bewerkstelligt. Wie es heißt, zahlte die Labourregierung dafür einen Preis: MacDonald soll eine Wahlreform versprochen haben. Da aber bis zum Erlaß eines solchen Gesetzes etwa 2 Jahre vergehen, scheint die Regierung für diese Periode, vorausgesetzt, daß keine weiteren Überraschungen kommen, gesichert. Über die Beweggründe des bemerkenswerten Meinungswechsels herrscht, wie gesagt, tiefes Dunkel. Unter schallendem Gelächter versuchte Lloyd George in offener Parlamentssitzung seinen Umfall mit der Rücksicht auf den »kritischen Stand« der Flottenkonferenz zu entschuldigen: eine Begründung, die eben von niemandem ernst genommen wurde.

Am 28. März behandelten Fenner Brockway und Henry Noel Brailsford im New Leader die neue Lage. In einem Artikel Hinter den Kulissen schrieb Brockway: »Ich will nicht den Eindruck erwecken, als sei ich über die Ursache der veränderten Stellung der Liberalen zur Labourregierung informiert. Für den plötzlichen Umschwung, der die Regierung bei der weitern Beratung der Kohlenvorlage vor der Gefahr des Sturzes bewahrte, werden dreierlei Gründe angeführt. 1. Im Interesse des Friedens sei es Lloyd Georges, ehrlicher Wunsch während der kritischen Lage der Flottenkonferenz der Regierung keinerlei Schwierigkeiten zu machen. 2. Seine abwartende Stellungnahme entspringe taktischen Erwägungen, da er zunächst für die Erfolglosigkeit der Konferenz keinerlei Verantwortung übernehmen, später aber die Regierung für den Mißerfolg verantwortlich machen wolle. 3. Es wird gemunkelt, zwischen den Labourführern und den Liberalen sei es zu einer Gentlemenvereinbarung gekommen. Niemand legt der 1. Vermutung irgendwelche Bedeutung bei. Auch die 2. ist unwahrscheinlich. Vieles deutet aber darauf hin, daß die 3. Erklärung stimmt. Ohne Zweifel wissen die Liberalen, daß sich baldige Neuwahlen auf die eigene Partei katastrophal auswirken würden. Wollen sie etwa die frühere Stärke wiedergewinnen, so ist das nur durch vorherige Wahlreform denkbar.«

Auch Brailsford, der, wie den Lesern bekannt ist, schon vor einem Jahr für eine Wahlreform eintrat, auch später wiederholt diesen seinen Standpunkt verteidigte, urteilt über die neueste Entwicklung skeptisch, weil er bezweifelt, daß es der Regierung gelingen werde ein durchgreifendes Programm zum Nutzen der Arbeiter durchzuführen. Er glaubt annehmen zu dürfen, sie habe sich unter die Fittiche der Banken begeben. Anstatt den Versuch zu machen

1) Siehe Weingartz Der sozialpolitische Standort der englischen Arbeiterklasse, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 II Seite 854.

das Finanzkapital unter Staatskontrolle zu stellen, hätte man Montague Collet Norman, dem Leiter der Bank von England, diktatorische Gewalt über die Industrie zur Durchführung der Rationalisierung gegeben:

»So hätte also die Industrie schließlich eine Regierung mit einer Macht, wie sie bis jetzt noch keine Regierung hatte. Durch Gewährung kurzfristiger Kredite oder Überlassung von Kapital kann sie nach Belieben diktieren. Die Neureglung vollzog sich ganz im stillen. Ohne Waffen, ohne schwarze Hemden, ohne Rizinusöl marschierte unser Duce gegen Rom. Die "City" hat das Kommando übernommen. Gibt das eine Antwort auf meine Frage? Wie anders sollen wir das, was hier enthüllt wird, erklären? Reorganisation der Industrie unter der Leitung des Finanzkapitals, Ertüchtigung (efficiency) unter der Diktatur der Banken? Es gibt freilich noch eine andere Erklärung: Verewigung des Kapitalismus dadurch, daß man ihn zur bessern Disziplin zwingt. Wenn das die Aufgabe dieser Regierung ist, erfüllt sie sie wirksam (efficiently)? Ist sie zur Verewigung des Kapitalismus eine gute oder schlechte Regierung? Mich will dünken: eher eine unglückliche als eine schlechte. Scheinbar tut sie nichts, in Wirklichkeit vollziehen sich unter ihren Augen Dinge, die an Konterrevolution grenzen. Die Regierung ist freilich an dieser Entwicklung unschuldig. Die Nation hatte genug von der Politik der Vorsicht (safety-first). Sie erwartete Taten auf großer Stufenleiter. Herr Thomas nahm die Gelegenheit wahr.« Also, meint Brailsford, an Stelle der Wirtschaftsdemokratie, die durch die Arbeitsgemeinschaft eingeführt werden soll, wie es im Plan des Mond-Turner-Ausschusses vorgesehen war, hätte die Regierung dem Finanzkapital eine Blankovollmacht übergeben. Unter diesen Umständen könne es »schließlich gefährlich werden, wenn die Regierung noch 3 Jahre am Ruder bleibt«. So betrachtet scheint das Problem zu lauten: Wirtschaftsdemokratie oder Rationalisierung mit Hilfe der Finanzdiktatur? James Thomas, Geheimer Lord-siegelbewahrer, hat sich für das letzte entschieden; das erste hält er für eine gefährliche Illusion. Den Weg zum Wiederaufbau erblickt er in einer Stärkung des Kapitalismus, weshalb er mit der City zu einer Art Vereinbarung kam.

Wer hat nun recht? Das ist die große Frage, die die englische Arbeiterbewegung seit dem abenteuerlichen Experiment des Generalstreiks von 1926 beschäftigt. Freilich spielen diese Probleme auch in anderen Ländern eine Rolle.

»Kapitalismus ist nicht nur, erst recht nicht ausschließlich eine . . . Vereinbarung, wonach eine Klasse, die kapitalistische, die Mittel der Produktion, des Austausches und der Verteilung besitzt, während die andere Klasse, die der Arbeiter, gegen Lohn beschäftigt ist. Kapitalismus ist vielmehr ein sozialer Organismus, geleitet von einer Klasse mit ausgeprägtem Willen zur Macht, die auch die Fähigkeit hat ihre Macht gegen alle Gegner zu verteidigen, nicht nur mit roher Gewalt, die im Augenblick der Krise wohl wichtig ist, später aber versagt, sondern dadurch, daß sie allen Klassen beweist, daß sie allein es versteht den komplizierten Wirtschaftsapparat der modernen Gesellschaft zu verwalten, von dem doch zunächst die materielle Wohlfahrt aller abhängt.«²

Und der bekannte kommunistische Schriftsteller Eugen Varga berichtet über die Niedergangsperiode nach dem Krieg:

»Wir möchten hier, um irgendwelchen Mißverständnissen vorzubeugen, nachdrücklich betonen, daß wir das historische Wesen, den Sinn der Ereignisse darstellen; nicht das, was in dem unmittelbaren Bewußtsein der einzelnen handelnden Personen sich abspielte. Die Kapitalisten wichen individuell vor der proletarischen Revolte zurück, weil sie keinen Mut und keine Macht hatten ihr frontal entgegenzutreten. Nur wenige führende Politiker hatten ein klares Bewußtsein dessen, daß die Bourgeoisie als Klasse ein Rückzugsmanöver von historischer Bedeutung durchführte; aber dies ändert nichts an dem Wesen der Ereignisse . . . Das Rückzugsmanöver der Bourgeoisie war von vollem Erfolg gekrönt.«³

2) Siehe *Perlman A Theory of the Labour Movement / New York 1928/ Seite 4 und folgende.*

3) Siehe *Varga Die Wirtschaft der Niedergangsperiode des Kapitalismus nach der Stabilisierung / Hamburg 1928/ Seite 7 und folgende.*

Will man ein Resümee der geistigen Strömungen geben, die auf dem zu Ostern in Birmingham abgehaltenen Parteitag der Independent Labour Party zutage traten, so könnte es so lauten: Die Weltereignisse der letzten 11 Jahre sind an den Intellektuellen dieser Bewegung spurlos vorübergegangen. Bei Männern vom Schlag James Maxtons, dem das Sentiment stets mit dem Verstand davonläuft, braucht das nicht zu verwundern. Auch wenn Maxton dies nicht am Schluß des Parteitags tränenden Auges zugegeben hätte, ist es doch so, daß er wohl in Volksversammlungen Massen aufpeitschen kann, zum Führer einer großen Sache ihm jedoch das Zeug fehlt. Anders steht es mit Brailsford und seinen Gesinnungsgenossen, die dem Parteitag fernblieben. Warum? Nominell gehören 200 Parlamentarier zur Independent Labour Party, doch folgen nur etwa 30 den Maxtondirektiven, 170 sind Gegner der Gruppe, hielten es jedoch nicht für nötig auf dem Kongreß zu erscheinen. So gab es wohl bombastische Resolutionen und Erklärungen gegen die offizielle Politik der Gesamtpartei, doch blieb es zunächst noch ein Geheimnis, was mit den Kampfansagen gemeint ist. Das ist spezifisch englisch. Die Engländer sind eben eine Nation von "muddlers". Klaren Entscheidungen geht man aus dem Weg, man muddelt sich einfach durch. In Deutschland, wo stets um "theoretische Klärung" gerungen wird, sind solche Zustände undenkbar. Das liegt freilich auch an der Verschiedenheit der Parteiorganisation. Außerdem gibt es in Deutschland fast in jeder größeren Stadt ein Parteiorgan, was in England nicht der Fall ist. Der Daily Herald, der am 17. März endgültig zum offiziellen Parteiorgan erhoben wurde, ist die einzige Parteizeitung. Der New Leader, das offizielle Wochenblatt der Independent Labour Party, hat nur wenige Leser. Auch kennt man keine Parteiversammlung nach deutschem Muster. Gleichwohl können die vorhandenen Gegensätze der Partei zum Verhängnis werden. John Beckett, Mitglied der Maxtongruppe, schrieb in einem Brief an den Labour Leader, den dieser am 30. Dezember 1929 abdruckte, unter dem Titel Die rebellischen Abgeordneten:

»In ihrer jetzigen Lage verlangt niemand von der Regierung die Verwirklichung rein sozialistischer Maßnahmen. Wenn wir unzufrieden sind, so deshalb, weil wir vergeblich auf einen reiflich durchgearbeiteten Regierungsplan für die "Heimatfront" warten. Die Opposition ist das Resultat dessen, daß eine wachsende Zahl von Mitgliedern der Independent Labour Party wohl weiß, daß die Verwirklichung sozialistischer Pläne undenkbar ist, gleichzeitig aber ungehalten darüber ist, daß es die Regierung an der Durchführung grundlegender Reformen fehlen läßt, wie staatliche Familienzulagen zum Lohn, staatliche Kontrolle über Eisenbahnen und Bergwerke und anderes mehr, alles Dinge, die zum Titel Palliativmittel gehören. Es kann nicht klar genug betont werden: Die Rebellen sind keine kleinlichen Nörgler, die Opposition als Sport betreiben; dies geht doch aus unseren Handlungen im Parlament hervor. So stimmten wir für den Minister Thomas, als er für seine verdächtige Politik den Privatunternehmungen Staatssubventionen ohne jedwede staatliche Kontrolle zubilligte. Bei der Beratung des Witwenpensionsgesetzes stimmten wir im Interesse der Regierung gegen gewisse Abänderungsanträge der Liberalen, obgleich diese im Einklang mit der Politik standen, die wir bei den Wahlen befürwortet hatten. Wir stimmten sogar für die Kohlenvorlage, die nicht nur mit Halbheiten gespickt ist sondern auch so unsozial wie nur möglich ist. Daß wir rebellierten, ist gar nicht verwunderlich; zu verwundern ist es aber, wenn Männer und Frauen im Parlament, die doch auf Grund eines bestimmten Programms gewählt wurden, abgesehen von Abstimmungen über außenpolitische Angelegenheiten wiederholt für Anträge stimmen mußten, die im schärfsten Gegensatz zu den Grundsätzen standen, die man draußen im Land zu verteidigen hatte. Eine Anzahl von uns hat sich dahin entschieden, daß sie sich nicht länger von einer auf undemokratische Art gebildeten Regierung zwingen lassen kann gegen ihre Überzeugung zu stimmen.«

Diese Einwände verdienen genauer analysiert zu werden, da hier nicht nur das Problem der Opposition in den eigenen Reihen sondern auch das der Regierungsbeteiligung an sich oder, wie in England, der Regierungsübernahme aufgerollt wird. Daß wir Sozialisten in der Agitation für Dinge eintreten, die, wenn wir zur Regierung gelangt sind, einfach nicht verwirklicht werden, ist unbestreitbar. So entsteht der Gegensatz zwischen den bei den Wahlen gegebenen Versprechungen und dem Willen zu deren Verwirklichung. Wo ist hier die Grenze? Die Maxtonisten wollen unter allen Umständen das den Wählern vorgelegte Programm durchgeführt sehen. Das ist das große Problem. Die Rebellen geben sich auch mit dem Argument nicht zufrieden, daß, da die Labour Party keine Mehrheit im Parlament habe, der Labourregierung die Hände gebunden seien. Beckett sagt dazu:

»Besser 10 Monate hindurch die parlamentarische Maschine voll ausnutzen als sie 18 Monate bei nur halber Ausnutzung arbeiten lassen, mit dem Ergebnis, daß am Ende gar nichts Vernünftiges getan ist. Besser wäre schon eine schnelle Neuwahl, hervorgerufen durch weitgehende "Klassengesetzesvorlagen", wodurch das Volk in Wallung kommt, als eine neue "Camphellsache" [Affäre des kommunistischen Redakteurs Campbell, Hauptgrund des Regierungsturzes im Jahr 1924], die schon jetzt lähmend auf das Jahr 1930 drückt.«

In seiner Eröffnungsrede faßte James Maxton auf dem Parteitag die Politik der Independent Labour Party also zusammen:

»Wir wehren uns gegen die Theorie der Unvermeidlichkeit der stufenweise sich vollziehenden Entwicklung (inevitability of gradual gradualness) . . . Nach 1922 vergingen etwa 2 Jahre, in denen sich die Independent Labour Party damit beschäftigte ihre Ansichten auf einen konkreten Nenner zu bringen. So entstand das Schlagwort vom "Sozialismus in unserer Zeit", das wiederum in praktischen Anträgen verkörpert wurde, die unter dem Namen einer Politik des "auskömmlichen Lebensstandards" bekannt wurden. Alle diese Pläne waren ausgearbeitet, als ich Parteivorsitzender wurde. Ich wurde nicht beauftragt darüber nachzusinnen, ob die Independent Labour Party ihre Politik weitertreiben sollte oder nicht, auch verlangte man nicht von mir, ich sollte neue Schlagworte oder Vorschläge zur schnellen Verwirklichung des Sozialismus ausfindig machen. Der mir gegebene Auftrag lautete: durch Propaganda die Labour Party für den Gedanken des "Sozialismus in unserer Zeit" zu gewinnen und durch sie die Nation dafür zu interessieren. Den mir gegebenen Auftrag versuchte ich auszuführen. Unsere Idee vom "Sozialismus in unserer Zeit" stand im Widerspruch zur Idee des "Gradualismus" [die auf ihm begründete Theorie des Sozialismus stammt übrigens von Sidney Webb, Bernard Shaw und den Fabians], der bedeutet, der Fortschritt der Menschheit vollziehe sich durch Kräfte, über die der Mensch keine Gewalt habe, und nicht durch Kräfte, die er durch eigene Anstrengung bewußt lenke. Sie steht auch im Gegensatz zur Idee der Kommunisten, die den Standpunkt vertreten, die ökonomische Struktur des Kapitalismus rase a tempo einer Katastrophe zu, und dies gerade setze die Arbeiterklasse instand mit Hilfe der Gewalt ihren Willen durchzusetzen, den Grundstein zur Neuordnung der Dinge zu legen. Diese Ansichten verwerfen wir und betrachten die Sachlage mit proletarischen Augen . . . Wir wissen, daß die Arbeiter schon jetzt eine greifbare Besserung der Zustände haben wollen, um dann später eine soziale Gesellschaftsordnung zu bekommen, die auf dem Prinzip der Gleichheit beruht. Natürlich soll diese Umgestaltung ohne Blutvergießen durchgeführt werden . . . Der Gradualist sagt: Jawohl, habe nur Geduld, schließlich wird dir die Frucht deines Wartens in den Schoß fallen; Geduld ist die große Tugend, die der Gradualist von der Arbeiterklasse verlangt. Der Kommunist sagt: Jawohl, Verbesserung deiner Lage kannst du nur erzielen, wenn du genug Menschen abschlächtest; Ungeduld ist die große Tugend, die die Kommunisten von der Arbeiterklasse verlangen. Die Independent Labour Party sagt: Eine zielbewußte organisierte Arbeiterklasse kann durch Entschlußkraft merkliche Verbesserungen über den bestehenden Zustand hinaus erringen und baldigst eine neue Gesellschaftsordnung einführen. Während also Entschlußkraft und ausgeprägter Wille nottun, braucht man nicht Blut zu vergießen oder die Leiden der Arbeiter zu vermehren. Courage, Intelligenz und Vertrauen sind die 3 Tugenden, die die Independent Labour Party von der Arbeiterklasse verlangt.«

Mit großer Schärfe wandte sich Maxton gegen die Rationalisierungstendenz: »Mein Kampf richtet sich gegen alle, die mit in den Ruf für Rationalisierung und erhöhte Produktion einstimmen und die Macht und das Ansehen der organisierten Arbeiter dafür einsetzen, um das kapitalistische System zu erhalten, der Massenproduktion das Wort reden, die erhöhte Ausbeutung und größere Arbeitslosigkeit im Gefolge hat . . . Von unseren Ortsgruppen, unseren parlamentarischen Vertretern, unseren Staatsmännern verlange ich sich nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, wie mehr produziert, sondern darüber, wie eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Güter vorgenommen werden kann . . . Es ist nicht Aufgabe der sozialistischen Bewegung am Wiederaufbau der kapitalistischen Produktionsweise mitzuhelfen.«

Diese Ausführungen zeigen nun freilich in klassischer Weise, wie sehr diese "radikalen" Sozialisten, wie Maxton oder unsere Sachsen, in den alten Konsumentengedankengängen des Liberalismus stecken; sie kennen daher nur den distributiven, nicht den produktiven Sozialismus, und sie sind unfähig bis zum Kern des Sozialismus durchzudringen, das wirklich Revolutionierende seines Wesens zu erfassen. Das eigentlich Konservative, ja Reaktionäre dieses "Radikalismus", wie er Jahrzehnte hindurch auch die deutsche Sozialdemokratie beherrscht hat, tritt hier klar zutage. Maxton und die Independent Labour Party stehen aber mit dieser rückschrittlichen Auffassung zum Glück im Gegensatz nicht nur zur Labour Party sondern vor allem auch zur Gewerkschaftsbewegung, die seit 1927 offen für Rationalisierung eintritt. Die Gewerkschaften sind auch Gegner der staatlichen Familienzulagen zu den Löhnen, weil sie von einer Lohnsubvention nachteilige Beeinflussung der Lohngestaltung an sich erwarten. Freilich hat sich ein gemischter Ausschuß, bestehend aus Vertretern der Labour Party und der Gewerkschaften, mit Mehrheit für die staatliche Familienbeihilfe erklärt.

Auf einen Artikel John Wheatleys mit dem Titel Warum ich ein Rebell bin antwortete Alfred Salter am 2. Mai im Daily Herald in einem Gegenartikel Warum ich loyal bin. Er sagte da:

»Die Zitadelle des Kapitalismus wird von hervorragend ausgebildeten Legionen verteidigt, von tüchtigen Beamten, die mit dem modernsten geistigen Rüstzeug bewaffnet und für den modernen politischen Krieg gedrillt sind. Eine Belagerung hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die Gegenarmee diszipliniert ist und eine ausgezeichnete Ausrüstung aufzuweisen hat, wenn eine numerisch starke, wohlgeordnete parlamentarische Truppe vorhanden ist. Eine solche Armee ist aber nutz- und hilflos, wenn ihre Reihen durch Rebellen zerrissen werden. Eine Armee muß sich bewegen, handeln, wie ein in sich geschlossenes Ganzes vorgehen, oder sie bleibt am besten daheim . . . Bei den letzten Wahlen vereinigten die Labourkandidaten etwa 36 % der gesamten Wählerschaft auf sich. Wie viele von diesen sind jedoch wirkliche Sozialisten? Ich wäre schon zufrieden, wenn ich annehmen könnte, 10 % der Bevölkerung des Landes wären von der Notwendigkeit der Begründung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung überzeugt.«

Über den Verlauf des Parteitags schrieb der Daily Herald am 22. April:

»In vielen wichtigen Fragen vertritt die Independent Labour Party einen Standpunkt, der mit der Politik der Labour Party im Widerspruch steht; sie ist gegen Rationalisierung, bekämpft die Arbeitslosenpolitik der Partei sowie die Abrüstungspolitik. Auch in der Steuerfrage, beim auskömmlichen Lohn kreuzen sich die Wege. Geht das so weiter, dann kann es schließlich dahin kommen, daß die Parteien sich trennen müssen . . . Es kann nicht alles nach dem Willen der Independent Labour Party gehen. Sie kann nicht verlangen ein Teil der Gesamtpartei bleiben zu wollen, gleichzeitig aber mit der Parteiregierung im offenen Kampf stehen. Sie kann nicht in ihrem Tun fortfahren, einen Guerillakrieg führen, um dann zum Sturmangriff gegen die eigene Partei vorzugehen. Die moralische Stärke aller Parteien basiert auf einer gewissen Freiheit ihrer Einzelglieder. Diese Freiheit muß jedoch in gewissen Grenzen gehalten werden. Die Zeit ist nunmehr gekommen, daß die Independent Labour Party sich klar darüber werden muß, ob sie in ihrem Eifer die Grenze des Erlaubten nicht schon überschritten hat.«

Wie sich die Dinge weiter entwickeln werden, ist noch gar nicht abzusehen, da man zunächst noch nicht weiß, wie viele Rebellen bei der Stange gehalten werden können, ob die Exekutive der Independent Labour Party wirklich bereit ist das Tischtuch zwischen sich und der Gesamtpartei zu zerschneiden. Die auf dem Parteitag angenommenen Resolutionen sind trotz aller Bombastik vag, unbestimmt. Der Antrag auf Trennung von der Partei wurde verworfen. Abgelehnt wurde auch ein Antrag innerhalb der Partei für eine konsequentere Politik einzutreten. Das Bemerkenswerteste war: Man legte das fernere Schicksal der Independent Labour Party in die schwachen Hände James Maxtons. Ihm wurden Diktaturvollmachten verliehen. Welche Rolle nun spielt Maxton in der internationalen Politik? In fast allen von den "Kommunisten" gegründeten internationalen Zellen findet man den Namen James Maxton. Während der Gewerkschaftskongreß 1927 die lose Allianz mit Moskau löste, glaubt Maxton immer noch zur Schaffung einer "allumfassenden Internationale" berufen zu sein. In seiner Rede vermaß er auch nicht abfällige Bemerkungen über die Sozialistische Internationale zu machen.

Über die Flottenkonferenz und ihr Ergebnis hatte Maxton sonderbarerweise nicht viel zu sagen: wohl ein Beweis dafür, daß er sich in internationalen Dingen nicht auskennt. Wahrscheinlich steckt auch, trotz allem Rebellentum, zu viel vom "real Britisher" in ihm. Anders verhält es sich mit Brailsford, dem besten Auslandspolitiker der Labour Party. Er sagt der Partei und der englischen Öffentlichkeit dauernd die Wahrheit über den Charakter und die Methoden der britischen Politik, die er so sieht, wie man sie in der deutschen, auf England eingeschworenen Presse zu sehen nie wagte. Deshalb sind die ebenso mutigen wie geistvollen Artikel dieses Sozialisten in letzter Zeit in den Sozialistischen Monatsheften des öftern zitiert worden. Aber der Wahrheitssucher und Wahrheitsfinder Brailsford ist nicht die Labour Party. Und auch die Rebellen der Independent Labour Party: in der Außenpolitik sind sie fast durchweg merkwürdig loyal, da sind sie eben alle gute Engländer alter Schule, und ihr Internationalismus reicht nicht über den Kanal.

Wo also steht die Labourregierung in der Außenpolitik? Darüber gab der Parteitag der Independent Labour Party keine Auskunft. Man begnügte sich mit vagen Abstraktionen und einem politischen Potpourri. Einigen Aufschluß hierüber erhält man freilich vom New Leader. Das liegt gerade daran, daß er so lange unter dem Einfluß Brailsfords stand. Selbst der Vorwärts erkennt die Leistungen dieses Blatts an. Am 1. April schrieb er über ihn:

»Die inneren Wirren der britischen Unabhängigen Arbeiterpartei (Independent Labour Party) spiegeln sich seit längerem in der Redaktionsführung des New Leader, der wöchentlich erscheinenden offiziellen Zeitschrift der Independent Labour Party. Das erste Opfer war H. N. Brailsford, unter dessen Führung der New Leader wohl zur angesehensten und international am weitesten gelesenen sozialistischen Zeitschrift geworden war. Brailsford hatte es verstanden aus dem New Leader mehr zu machen als das Sprachrohr einer Gruppe. Der gesamte internationale Sozialismus pflegte sich im New Leader Rat zu holen, wenn er einer ihm unverständlichen Lebensäußerung der britischen Arbeiterbewegung gegenüberstand. Diese Funktion hatte der New Leader unter der Leitung Fenner Brockways langsam eingebüßt, als der Parteivorstand in Ernest E. Hunter einen Mann an die Leitung der Zeitschrift berief, der die von Brailsford eingeschlagene Linie auf populäre Weise wieder fortsetzte und den New Leader trotz der inneren Meinungsstreitigkeiten innerhalb der Independent Labour Party geschickt auf seine alte Höhe zurückzuführen begann. Leider war Hunters Redaktionsführung lediglich eine Episode.«

Aber auch der Daily Herald konnte nicht umhin eine Kapazität auf diesem Gebiet zu Wort kommen zu lassen. In einem Artikel, betitelt Frankreich ist nicht der Verbrecher, schrieb Norman Angell am 22. April, nach einer Warnung nicht wieder die Ereignisse von 1914 heraufzubeschwören:

»Kurz gefaßt ist die französische Stellung, wie sie fast auf jeder Konferenz, auf der Franzosen vertreten waren, zum Ausdruck kam: Wir glauben nicht an passive Resistenz, an Abrüstung durch das Beispiel, um dadurch unsere Sicherheit zu gefährden. Das tust du auch nicht, Britannien. Du begründest deine Sicherheit auf Waffen, Marinewaffen. Deshalb kannst du uns auch nicht vorwerfen, wir seien militaristisch, weil wir unsere Stärke auf die militaristische Macht begründen. In Gemeinschaft mit deiner Macht wollen wir sie als einen Teil eines internationalen Instruments ansetzen, wir verlangen nur für den Fall, wo Friktionen mit anderen entstehen, das Recht unparteiisch zu entscheiden, dann aber vor allem Sicherheit gegen den Angriff des Staates, der sich weigert dieses Prinzip anzuerkennen. Auch im Fall der Schiedsgerichtsbarkeit verlangen wir Sicherheit. Verteidigung heißt für uns Garantie für dieses Recht. Ihr Briten oder doch viele eurer Schriftsteller nennen das Militarismus oder gar "Bedingungen des Krieges". Jetzt wiederum erklärt man uns, 10 Jahre nach Begründung des Völkerbunds sei es verwerflich das Recht der Sanktionen zu fordern. Ihr aber habt euch zum Zweck der Verteidigung das Recht der Sanktionen, nationale Sanktionen, ausbedungen. Das sind dann keine "Bedingungen des Krieges". Wir aber wollen internationale Sanktionen. Verteidigung heißt Verteidigung des Prinzips der Schiedsgerichtsbarkeit. Das ist wohl die beste Definition des französischen Standpunkts und nicht, wie man annehmen könnte, nur eine Darlegung des Nationalismus der Boulevardpresse. Die Frage ist nicht, wie es verschiedene Schriftsteller dargestellt haben: Sanktionen oder keine Sanktionen? Gewalt oder keine Gewalt? Waffen oder keine Waffen? Denn wir sowohl wie die Franzosen verlassen uns gemeinsam auf die Kraft der Waffen. Die Frage ist einfach die, ob die Sanktionen national oder international sein sollen . . . Es wäre an der Zeit aufzuhören die Franzosen des "Militarismus" zu bezichtigen, bis wir uns klar darüber geworden sind, wie die Waffen, für deren Erhaltung wir uns in Gemeinschaft mit den Franzosen einsetzten, eventuell zu benutzen sind.«

Norman Angell protestiert dagegen Frankreich für den Mißerfolg der Flottenkonferenz verantwortlich zu machen. Alles drängt darauf hin Frankreich in der Rolle erscheinen zu lassen, in der einst das wilhelminische Deutschland erschien. Wir Sozialisten sollten uns hüten in das blöde Geschrei "Frankreich ist der Störenfried" einzustimmen. Aus dem Labyrinth, in dem sich das Europa von heute befindet, gibt es nur einen Ausweg, und er heißt: Aufrichtung des Vereinigten Europäischen Kontinents. James Ramsay MacDonald, der lange mit den Sozialistischen Monatsheften geistig verbunden war, konnte für diesen ihren Gedanken auf der Flottenkonferenz freilich keine Lanze brechen. Denn dort war er nicht der Sozialist, der dem Schaffensgedanken in allen Völkern den Weg bahnen muß, sondern der Premierminister Großbritanniens, das auf die Balance-of-power-Doktrin immer noch nicht verzichten zu können glaubt. Daraus sei ihm kein Vorwurf gemacht, Aber daraus müssen wir kontinentale Sozialisten die Konsequenzen ziehen.

Was uns an der Frage, wo die Labour Party steht, vor allem angeht, ist nicht ihre außenpolitische Haltung, in der sie, britischimperial gebunden, sozialistische Selbständigkeit nicht zeigen kann. Wichtig ist für uns ihre innere Politik, die mit der Gestaltung der Wirtschaft zusammenhängt. Hier kann sie Schaffensziele aufstellen, die auch den Weg des europäischen Sozialismus mitbestimmen können. Und deshalb sind die Phasen, die sie durchläuft, und die Hindernisse, die der Arbeiterpartei in der Arbeiterklasse selber bereitet werden, auch für uns von Bedeutung, und wir müssen allen Vorgängen dort die größte Aufmerksamkeit zuwenden.



RICHARD KLEINEIBST · ZWISCHEN LONDON UND GENÈVE

Sich von einander abzusondern ist die Eigenschaft der Deutschen: ich habe sie noch nie verbunden gesehen als im Haß gegen Napoléon.
Goethe an Knebel, 24. März 1813

MAN würde die menschliche Unvollkommenheit sicherlich verkennen und ihre Bedeutung unterschätzen, wollte man jeden politischen Akt als die Emanation eines großen Plans anschauen. Das Mosaik der Taten läßt verschiedene, durchgehende und gebrochene Linien erkennen. Jedoch in ihrer Gesamtheit geben die einzelnen Teile ein Bild. So wäre es sicherlich auch verkehrt in jedem Engländer einen bewußten Vorkämpfer für das Britische Weltreich, einen nach dieser einzigen Logik handelnden Verteidiger der imperialen Interessen der englischen Insel zu sehen. Aber so wie der einzelne nur in Ausnahmefällen sich einer groß angelegten Idee entziehen kann, die seit Jahrzehnten das Leben und die politischen Aktionen eines Volks bestimmt, so wird auch der politische Wille eines Volks, das als Volk und bewußt Politik macht, bei genauerm Betrachten eine bestimmte Wegrichtung aufweisen und innehalten, auch wenn er die Unebenheiten des Bodens hier vielleicht überbrückt, dort umgeht. Um es aus dem Bild zu übertragen: auch wenn das politische Handeln sich in diesem und jenem Fall an den nicht vorzuberechnenden Tageskonstellationen orientiert. Wer wollte zum Beispiel bestreiten, daß es genug Engländer ritterlicher Gesinnung gibt, was neuerdings von Anglomanen als Neuentdeckung präsentiert wird? Nichtsdestoweniger ist *cant* ein unübertragbares englisches Wort, ein Spezifikum englischen Geistes, demnach beziehungsreicher als eine immerhin international vorkommende Tugend.

So ist auch als Leitlinie der englischen Politik die Idee der Erhaltung, Sicherung und Stärkung des Weltreichs immer wieder erkennbar und ausschlaggebend, denn darin offenbart sich eine konstruktive Idee, organisch geboren aus der Entwicklung des British Empire und, was für Sozialisten immerhin nicht bedeutungslos sein sollte, ökonomisch fundiert, ist nicht aber eine Ideenkonstruktion europäischer Anglophoben. Der Unterschied zwischen einer konstruktiven Idee und einer Konstruktion im Sinn bloßer Spintisiererei wird gerade in Deutschland, dessen Bevölkerung man so gern die Fähigkeit zu besonders tiefreichender Abstraktion nachrühmt, gar zu gern übersehen. Ohne Kenntnis der konstruktiven Idee britischer Politik muß man aber zu Fehlschlüssen kommen, weil das geistige Band fehlt, das erst die Einzeltatsachen ordnet. Das ist der Grund, daß man immer wieder ganz überflüssige Ehrenrettungen "des Engländers" und der englischen Politik glaubt vornehmen zu müssen, selbst unter Vergewaltigung ganz unzweideutiger Tatsachen und Äußerungen (man denke an Lord d'Abernon), der Grund auch für die viel gefährlichere Ziellosigkeit und Wankelmütigkeit des politischen Handelns der Deutschen. Es fehlt ihnen daher ebenso die Fähigkeit die konstruktive Idee einer Vereinigung Europas zu begreifen, was denn auch Sozialisten, die sich immerhin an einer groß geschauten konstruktiven Idee orientieren, meist nicht über die programmatische Anerkennung des Schlagworts von den Vereinigten Staaten Europas hinauskommen läßt.

Dieses Manko zeigte sich deutlich wieder bei der Flottenkonferenz und zeigt sich erst recht bei den Schlußfolgerungen, die aus ihr gezogen werden.

Ziemlich einhellig war die sozialdemokratische Presse in der Verurteilung Frankreichs, das man nicht scharf genug als den "Störenfried" beschimpfen konnte. Beschämend die völlige Ahnungslosigkeit des Zentralorgans unserer Partei, das am 23. April das »Ergebnis von London« behandelte. Hier fehlt jedes Verständnis für die Motive und Hintergründe der Londoner Konferenz, ist auch keinerlei Andeutung über die doch so unverkennbare Gruppierung der Mächte und ihre Ziele zu finden, tritt einzig und allein die Tendenz hervor die Arbeiterregierung "herauszustreichen" und Frankreich (dazu auch Italien, aber dies nur nebenbei) anzuklagen. Wie das Spiel weitergehen soll, ist im Schlußsatz dieses Artikels angedeutet, der also lautet:

»Auf der nächsten Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbundes . . . werden Frankreich und die übrigen abrüstungsfeindlichen Staaten Farbe bekennen müssen. Dann wird es sich zeigen, ob dieses bisherige Hauptargument [nämlich, »daß es noch nicht gelungen sei die maritimen Rüstungen zwischen den 3 größten Seemächten zu stoppen«] nur ein Vorwand war, um den Abrüstungs- und Friedenswillen der sozialistischen Millionen in der ganzen Welt zu durchkreuzen.«

Man muß zugeben, daß von dieser Spekulation auf allzu simplistisches Denken die bürgerliche Presse im allgemeinen sich freihält. Klipp und klar überschreibt der Londoner Berichterstatter der Germania seine Schlußbetrachtung am 16. April Der angelsächsische Friede, und er erklärt das Ergebnis der Londoner Konferenz nach dem Gesichtspunkt, unter dem England es bewertet: »als eine Entscheidung zwischen Kontinental- und Weltpolitik, zwischen Völkerbund und Kelloggspakt«:

»Der ozeanische Friede ist zum übergeordneten Prinzip der englischen Außenpolitik geworden. Er rangiert von nun an für England vor dem Völkerbundspakt und allen kontinentalen Interessen, in jener Unbedingtheit, wie er bereits den Kelloggspakt von den sanktionsbehafteten Bestimmungen der Völkerbundssatzung unterscheidet.« Die entschiedene, ziemlich verächtliche Absage James L. Garvins vom Observer an Völkerbund und europäische Interessen wird zitiert und festgestellt, daß »überhaupt zur Stunde in England nichts populärer ist als Weltpolitik und Empire«. Und auch der Londoner Mitarbeiter der Kreuzzeitung vom gleichen Datum findet, »weltpolitisch« seien die Ergebnisse »eindeutig«:

»Der Wille und das Gewicht der vereinigten Angelsachsen hat schließlich mit brutaler Handbewegung die Hindernisse beiseite geschoben, die Frankreich als Vertreter des Versailler Kontinentalsystems der neuen Weltordnung in zäher Rückschrittlichkeit entgegengestellt hatte. Und so bewegen sich künftig die weltpolitischen Kräfte um den angelsächsischen Kern . . . , der in seiner Fernwirkung auch Frankreich und dem europäischen Kontinent das Gesetz des Handelns vorschreibt.«

Niemand wird von dieser Seite anderes als Freude darüber erwarten, daß es Frankreich nicht gelang »neue Sicherheitsverträge zu schließen . . . , das 1919 versprochene angelsächsische Garantiesystem zu realisieren«. Aber hier ist doch wenigstens eine Konzeption von den wahren Tatsachen und Absichten, hier geben doch wenigstens, wie übrigens oft in der deutschen konservativen, auf eine außenpolitische Tradition zurückschauenden Presse, eine Erkenntnis und ein Plan die Richtung, mag die Orientierung dann auch, worauf noch zurückzukommen sein wird, ins Leere, vielmehr ins Chaos führen. Anders in der demokratischen, in der Linkspresse. Der »Haß gegen Napoléon« wird in der Ideologie geleugnet, und so führen Ansätze zum Sehen nie zum Sprung ins Reich der Erkenntnis. Man muß, will man nicht entweder sich dem offenen Feldzug gegen Frankreich anschließen, wie ihn die deutsche Rechte als Ziel nicht leugnet, oder dem klaren Plan der Vereinigung des Kontinents zustimmen, sich selbst Urwälder schaffen, in denen es sich dann

freilich herrlich verirren läßt. Im Urwald von London, so ist denn auch der Leitartikel der Frankfurter Zeitung vom 9. April 1930 betitelt, der ein Musterbeispiel für den Zwiespalt im Denken und Wollen ist. Da heißt es: »Es gewann den Anschein, als ob die beiden angelsächsischen Mächte den Franzosen, Italienern und Japanern mit mehr oder weniger sanfter Gewalt ihren Willen aufzwingen wollten.«

Auch das Frankfurter Blatt findet, daß es »so krumm wie in London noch selten zugegangen ist«, und es stellt positiv fest, »daß Amerika durch ein allgemeines Flottenabkommen eine Überlegenheit gegen Japan sucht, und England gegenüber den europäischen Partnern so ungefähr den Zweimächtestandpunkt zu erhalten strebt«. So »ungefähr« ist es. Wagte die Frankfurter Zeitung den Schritt von der politischen Philosophie des Als-Ob zu einer klaren Erkenntniskritik, so verlöre sie sich nicht immer wieder in dem Dunkel des selbstgeschaffenen Urwalds. So könnte sie, die sehr wohl begreift, daß der Artikel 16 »seinerzeit nur zustande gekommen ist, weil er so weitmaschig gefaßt war« (warum, wird freilich nicht gesagt), nicht schreiben, daß Frankreich »jedenfalls etwas daraus machen möchte, was einem militärischen Bündnis auf ein Haar gleicht«. Sie begriffe dann, daß Frankreich eine Formel sucht, die nicht nur auf seine Spezialbedürfnisse sondern auf eine allgemeine Friedensgarantie zugeschnitten ist. Versöhnend könnte zwar der Schlußsatz des Artikels wirken, wenn man nur die Sicherheit hätte (auch eine "Sicherheitspsychose"), daß er mehr wäre als eine Stilübung. Er lautet nämlich:

»An der Themse war der Völkerbundsgeist vollkommen von den Sonderinteressen verflüchtigt worden. Es wird die Aufgabe der übrigen Völkerbundsmitglieder sein dem Gedanken der Abrüstung wieder den innern Eigenwert zu verschaffen. Diplomatisches Geschiebe wie das von London verdirbt selbst das bißchen Gute, das es unter tausend Nöten hervorbringen kann.«

Wenn dann aber am folgenden Tag der Bericht Rudolf Kirchers aus London mit den 2spaltigen Schlagzeilen »Briands neueste Drohung: Keine Konzession, aber ein diplomatischer Trick« versehen ist, und der Text dieser Überschrift entspricht, so vermag man nur die Leser zu bedauern, die sich hoffnungslos im Gestrüpp dieses verfinsterten Urwalds verfangen müssen, wenn sie keinen andern Führer haben, als der ihnen von der Frankfurter Zeitung gestellt wird.

Wohin man bei diesem politischen Astigmatismus gerät, zeigt weiter die Außenpolitische Umschau Friedrich Wilhelm von Oertzens, die in der Vossischen Zeitung vom 11. April 1930 den »Endkampf in London« behandelt. Da ist das britische Spiel gegen Europa in seinen tatsächlichen Zügen, ja in seinen politischen Bedingungen sehr wohl durchschaut: aber nicht als das planmäßige Vorgehen des vereinigten Angelsächsentums, nicht als die Konsequenz der englischen Gleichgewichtsdoktrin erkannt sondern als eine Folge des »sturen Festhaltens Frankreichs an seinen Forderungen und an seinem Flottenbauprogramm« deklariert. Das müsse, so ist dann die Schlußfolgerung, »zu einer Stärkung und Befestigung der im Werden begriffenen angelsächsischen Front« beitragen. England werde »bei der immer wieder zutage tretenden Abneigung Amerikas in die europäischen Wirren in irgendeiner Form hineingezogen zu werden« gezwungen »zur Verteidigung seiner europäischen Interessen und insbesondere zur Offenhaltung seines Mittelmeeres nach Indien eine europäische Politik zu betreiben, die es zwangsläufig in einen Gegensatz zu Frankreich hineintreiben muß«. Und deshalb müsse die Londoner Politik versuchen »durch die Stärkung des italienischen Einflusses im Mittelmeer eine Paralisierung dieser französischen Bedrohung

herbeizuführen«. Die Forderung Italiens habe den Zweck »Frankreich in die Isolierung hineinzumanövrieren, gegen die gerade jetzt der alte Fuchs Briand mit Aufbietung seiner gesamten Gewandtheit kämpft«. Daß alles das in dem angelsächsischen Plan der Weltbeherrschung schon virtuell beschlossen liegen könnte, daß das von anderer Seite, die freilich nicht mit dem Anspruch unfehlbaren Prophetentums auftritt, vor Jahr und Tag immer wieder als das Ziel und die notwendige Konsequenz aus der Durchführung des angelsächsischen Plans aufgezeigt worden ist, darf man ja vornehm ignorieren. Genau so gut, wie man es von jeher ignoriert hat, daß auch die "deutschen Belange" davon sehr schwer mitbetroffen werden. Die müssen natürlich gewahrt werden. Was aber dazu die vermeintlich überlegene außenpolitische Diplomatie von Oertzens auseinandersetzt, gehört zu den gefährlichen Einflüsterungen, die in letzter Zeit öfter und öfter versucht werden. Es ist ein Wiederlebendigmachen der mitteleuropäischen Pläne Naumanns. In aller Kürze zusammengefaßt: Annäherung Deutschlands über Österreich an ein im Gegensatz zu Frankreich stehendes Italien, Deutschland als "ehrllicher Makler" zwischen diesem Land und Jugoslawien, Isolierung Frankreichs auf dem europäischen Kontinent, und dann (es wird natürlich so nicht ausgesprochen) "wollen wir sie dreschen", die Franzosen nämlich in Genf, unter der Oberleitung Englands. Das nennt sich dann »Deutschlands Anteil an der Neugestaltung Europas« und ist doch nichts anderes, wenn natürlich auch nicht gewollt, als eine Spielerei mit dem Gedanken eines neuen Kriegs zur Neuaufrichtung und Befestigung der britischen Suprematie über unsern Kontinent.

Es ist nicht zu verwundern, daß solch ein Artikel in seinem Hauptteil vom Völkischen Beobachter sofort am 13. und 14. April übernommen, mit einem dem Geist dieses Blattes entsprechenden Kommentar versehen und als abdruckpflichtig für »alle Gaublätter« bezeichnet wurde. Das nennt man Erfolg. Seit den Tagen Goethes und Napoléons hat sich in Deutschland anscheinend noch nichts geändert. Hier ist die "Einheitsfront". Denn von Oertzen hat jene Parole durchaus nicht erfunden. »Will man Frankreich wirklich zu Leibe, so muß man den Angriff in Mitteleuropa ansetzen«, schrieb, unter dem Titel Das deutsche Problem, die Kreuzzeitung schon am 24. September 1928. Es hat sich seitdem weder bei der Kreuzzeitung noch auch in der deutschen Diplomatie und ihren journalistischen Helfern etwas geändert. Man will »Frankreich zu Leibe«. Wenn nur das erreicht werden kann, läßt man sich den angelsächsischen Frieden, die vasallenmäßige Abhängigkeit von England-Amerika, gern gefallen:

»Wir werden auf eine erhöhte französische Aktivität in Genf gefaßt sein müssen, sowohl in der Abrüstungspolitik wie in der Realisierung des Paneuropaplans. Was man in London verloren hat, muß man in Genf wiedergewinnen; wird die Welt von den Angelsachsen geführt, dann setzt sich Frankreich an die Spitze des europäischen Kontinents, unter einer Bedingung; wenn sich Deutschland für diesen Plan zur Verfügung stellt. Der Sinn der Londoner Ergebnisse geht allerdings nicht in diese Richtung.« Also liest man in der Kreuzzeitung vom 16. April 1930. Und der Schluß eines, Die neuen Staatensysteme überschriebenen Leitartikels der Germania vom 23. April 1930 lautet ganz ähnlich:

»MacDonalds hartnäckige, nie ermüdende Initiative in Washington und London und deren Teilerfolge haben gezeigt, daß das Ideal der Friedens- und Abrüstungsfreunde auch dort Fürsprecher hat, wo die Macht wohnt. Möge der englische Premier oder sein Beauftragter in Genf nicht allein stehen.«

Nun, die Verhandlungen im Schiedsgerichts- und Sicherheitskomitee des

Völkerbunds, die am 28. April begonnen wurden, haben bereits gezeigt, daß das Gebot der Germania nicht ungehört verhallt ist. Doch zuvor sei noch an einem Beispiel aus dem gleichen Artikel gezeigt, wie sehr bei solcher Orientierung der Wunsch Frankreich »zu Leibe« zu gehen jede Überlegung überschattet. Da wird festgestellt, daß Italien »unter dem fascistischen Regime, machtpolitisch gesehen, die 2. Großmacht des Kontinents geworden« sei und im Südosten Frankreich eingekreist habe. Und dann heißt es:

»Wichtiger aber ist, daß Englands Schatten hinter Italien steht, denn Englands traditionelle Gleichgewichtspolitik, die nach der Niederwerfung Deutschlands zum Nachteil Englands [man höre: zum Nachteil Englands!] jahrelang ausgeschaltet war, macht sich heute in veränderter Form im Mittelmeer geltend.«

Das Wie und Warum wird noch näher ausgeführt und erläutert, und der schon erwähnte Schluß gezogen, der nun einmal zum deutschen politischen Glaubensbekenntnis gehört. Heißt es doch auch, um ein anderes Beispiel, diesmal nicht der Tagespolitik sondern der Wissenschaft, zu zitieren, im Aprilheft der Geopolitik:

»Das Forum für Europa ist wieder in entscheidender Weise nach London verlegt worden. England hat die Schiedsrichterstellung, die es immer in Europa ausgeübt hat, wiedergewonnen. Diese Stellung hat sich bisher noch stets gegen die jeweils stärkste Macht des Kontinents ausgewirkt. Und da wir von dieser Situation niemals weiter entfernt waren als heute, kann uns diese Umstellung nur angenehm sein.«

Alles das ist wenigstens klar und eindeutig, bedarf keines Kommentars. Wie aber steht es mit der sozialistischen Presse?

Da ist ein früheres Zeugnis, aus der Wiener Arbeiterzeitung vom 5. Januar 1928, interessant. In dem österreichischen Zentralorgan konnte man lesen:

»Die englische Seepolitik arbeitet immer auf weite Sicht, und der Fehlschlag der Seeabrüstungskonferenz in Genf, die steigende Bedeutung des Stillen Ozeans für die weltpolitischen Entscheidungen, das ungelöste russische und chinesische Problem könnten Motive sein, um der französischen Vorherrschaft im Mittelländischen Meer durch eine Koalition von schwächeren Flotten das Gleichgewicht zu halten und aus dem Spiele der widerstreitenden Kräfte die Sicherheit des Seeweges nach Indien und Ägypten ohne den Einsatz allzu großer eigener Kräfte herbeizuführen. Das würde der britischen Politik im Mittelmeerbecken gestatten zu ihrem alten Grundsatz, dem Gleichgewicht der Mächte, zurückzukehren; eine Tendenz, die auch in der festländischen Politik Englands unverkennbar ist. Mussolini glaubt da zu schieben, aber in Wirklichkeit wird er geschoben.«

Das ist grundsätzlich so wahr und richtig, daß es auch heute noch nicht falsch ist. Die Londoner Konferenz hat diese allbritische Tendenz nur bestätigt. Aber heute wird England von einem Kabinett der Arbeiterpartei regiert: Grund genug, daß der festländische Sozialismus sich blind und taub stellt. Dabei ist es ganz unverkennbar und wird von der bürgerlichen Presse völlig zu Recht deutlich unterstrichen, daß der Arbeiterparteiliche MacDonald als britischer Premier sich nicht anders als in dem abgegrenzten Pfad der Empirepolitik bewegen kann: was niemand, der auch nur eine Ahnung von den vielzitierten "Zwangsläufigkeiten" hat, verwundern kann. Die Politik der Arbeiterregierung in Ägypten oder Palästina, noch deutlicher der Kurs gegen Indien, müßte eigentlich auch dem völlig Verblendeten die Augen öffnen.

Aber nichts davon. Die einen träumen, bis in die demokratische und selbst sozialistische Presse hinein, vom notwendigerweise gewaltsamen Umsturz des Versailler Vertrags (der, nebenbei bemerkt, längst Abwandlungen erfahren hat, womit der einzig mögliche Lösungsweg genügend angedeutet sein könnte), die anderen wollen nicht sehen, was sich mit Händen greifen läßt, und setzen alles auf die Karte einer Arbeiterregierung, nicht wie sie ist, sondern wie

man sie sehen will. So wird es denn möglich, daß der Genfer Berichterstatte des Sozialdemokratischen Pressediensts, Paul Haupt, in dem Freien Wort vom 20. April 1930 über die »Krise der Völkerbundspolitik« in einer Weise radotieren kann, die die durchschnittliche Trübe sozialdemokratischer Informationsquellen zu diesen Problemen noch um einige Grade übertrifft. Auch hier wieder findet man, das ist schon selbstverständlich, wichtige und richtige Beobachtungen, die die Richtigkeit der kontinentalpolitischen Konzeption ungewollt bestätigen. Der genannte Parteigenosse äußert sich da wie folgt: »Die Entwicklung des Völkerbundes zeigt einen deutlichen Einschnitt in den Jahren 1924 bis 1926, der gekennzeichnet wird durch das Scheitern des Genfer Protokolls, die Lösung der italienischen Außenpolitik von der französischen Bemutterung und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Das Scheitern des Genfer Protokolls beendete den französisch-englischen Kampf um die Macht über den Völkerbund mit einer französischen Niederlage.«

Es ist nicht schwer das Richtige vom Falschen zu sondern. Bestehen bleibt die Anerkennung, daß in Genf das angelsächsische System gegen das System des Völkerbunds, daß angelsächsische Politik nicht nur gegen europäische sondern auch gegen Weltpolitik im Sinn einer umfassenden Friedensgestaltung kämpft. Haupt drückt das aus, indem er sagt, die »Entpolitiserungspolitik Sir Erik Drummonds« sei »glänzend gelungen«. Und er meint weiter, die »sozialistische Außenpolitik, die einen politischen Völkerbund als Zentrum der internationalen Politik anstrebt«, müsse notwendig der »bittern Wahrheit« Rechnung tragen, »daß die jetzige Genfer Organisation nicht mehr die Absicht hat diese Weltzentrale zu sein, daß die Arbeitsmethoden und Wege der Außenpolitik vor dem Kriege immer neben dem Völkerbund fortbestanden, und mit ihnen heute in weit höherem Maße die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Völker geregelt werden als durch Völkerbundsvertrag und Völkerbundsabkommen«. Wenn dem so ist, und mindestens die Gefahr dieser Entwicklung besteht, so hat die Terminfestsetzung Haupts doch jedenfalls gezeigt, daß jene Kursänderung nicht ohne Mithilfe Deutschlands vorgenommen werden konnte. Und Deutschland ist mit Bienenfleiß dabei dieser Entwicklung weiter »Rechnung zu tragen«. Das Revirement im Außenpolitischen Dienst scheint ein beredtes Zeugnis dessen. Der neue Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Bernhard von Bülow, ist in früherer Zeit mit dem Beinamen eines "Referenten gegen den Völkerbund" belegt worden. Und die Entsendung Egon Wertheimers, des bisherigen Londoner Korrespondenten des Vorwärts und des Sozialdemokratischen Pressediensts, in die Presseabteilung des Völkerbundssekretariats kann man schwer anders als unter dem englischen Gesichtspunkt der deutschen Außenpolitik betrachten.

London hat mit einem Remis abgeschlossen. Mit dem ihnen eigenen Scharfblick haben die deutschen politischen Journalisten herausgebracht, daß man in Genf weiter über die "spitzfindige" Sicherheitsfrage, und was damit zusammenhängt, reden würde, das heißt, daß der Kampf zwischen dem angelsächsischen System und der übrigen Welt weitergeht, für dessen Ausgang die Haltung der europäischen Staaten als ein Ganzes entscheidend sein könnte. Auch hier wieder kommt es ganz wesentlich auf Deutschland an. Es hat zu wählen, ob es als aktiver Spieler mit am Zug sein will, oder ob es vorzieht sich als Bauer von England gegen nebelhafte Vergütung und Versprechung gebrauchen zu lassen. Genau wie in London stehen auch in Genf französische Klarheit und Logik der angelsächsischen politisch begründeten Neigung zum Unbestimmten, Provisorischen, Vieldeutigen gegenüber.

Obligatorische Bindung an die Entscheidungen des Rats in Konfliktsfällen, sagt Frankreich, Kontrollmöglichkeit für die Innehaltung der als notwendig vorgeschriebenen Maßnahmen, endlich ihre Garantierung durch potentielle Sanktionen. Das letzte ist natürlich das Stichwort, mit dem böse Unfug getrieben wird. Man macht berechnete pazifistische Gefühle scharf und hetzt sie auf das Wort. Und dabei handelt es sich doch um nichts anderes als um eine Exekutivversicherung, wie sie jede Rechtsprechung ergänzen muß, bis wir den Zustand allgemeiner Engelhaftigkeit und paradiesischer Unschuld erreicht haben. (Und selbst im Paradies gab es eine böse Schlange mit Schlangengenen.) Wieder, wie in London, sieht man in Genf den »unterirdischen Kampf«, la lutte sourde, wie der Brüsseler Peuple am 2. Mai ausführte, zwischen den Staaten, die auch die militärische Sanktion geregelt wissen wollen, und den anderen, die sich »so weit wie irgend möglich jeder militärischen Verpflichtung entziehen wollen«. Wieder ist es das böse, nach europäischer Hegemonie strebende Frankreich, das in der Frage der Kontrolle bereit ist eine Begrenzung der Souveränität zuzugestehen, ist es das "militaristische" Frankreich, das die nationalen Streitkräfte ganz oder teilweise durch internationale ersetzen will. Und wieder sind es ein Lord Robert Cecil und in seinem Gefolge das geschobene Italien und der deutsche Vertreter beim Völkerbund, Otto Göppert, die jeden "Rückfall" in die Zone und Definitionen des Genfer Protokolls sorgfältig verhüten. Und zum Erstaunen des belgischen sozialistischen Blatts war nicht nur nicht Einmütigkeit zu konstatieren bei der Selbstverständlichkeit, daß man, wenn eine Krise ausgebrochen ist, die streitenden Parteien von der Beratung und Beschlußfassung über die zu ergreifenden Maßregeln ausschließt, sondern im Gegenteil »völliges Auseinandergehen«. Das wäre gewiß verwunderlich, wüßte man nicht, daß die Vertreter der europäischen Nationen partie prise, mit gebundenem Mandat, nach Genf gegangen waren, daß vor jeder Diskussion die Entscheidung grundsätzlich getroffen war.

Das ist durchaus Realpolitik im üblichen Sinn, auch dann noch, wenn sie an den Realitäten vorbeigeht. Aber man behängt sie mit dem Mäntelchen der Moral (Schnitt nach der amerikanischen Kelloggmode), mit dem Mäntelchen, das immer hervorgeholt wird, wenn eine Blöße der Politik und der Logik zu bedecken ist. Bezeichnend für diesen Amerikanismus in Deutschland ist es, daß ein Völkerrechtslehrer wie Hans Wehberg in der Friedenswarte gegen Friedrich Wilhelm Foerster deshalb polemisiert, weil er sich die Sicherheitsidee Frankreichs zu eigen gemacht hat, sich also, so meint Wehberg, ins »Getriebe der sogenannten Realpolitik« verirrt habe. Wehberg begeht solche Sünde wider den heiligen Geist Amerikas nicht; er schwört einzig und allein auf die moralischen Kräfte und beschwört Foerster das gleiche zu tun. Nun, Foerster dürfte der letzte sein, den man auf den Wert und die Bedeutung moralischer Kräfte erst hinweisen müßte. Aber es scheint, daß er sich von der Unterschätzung rechtlicher Bindungen auch im Leben der Völker freier hält als der berühmte Lehrer des Völkerrechts. Denn die moralische Bindung, so stark sie sein mag, ist auf das Subjekt bezogen und eingestellt, allein von seinem guten Willen und seiner Erkenntnisfähigkeit garantiert; die rechtliche Bindung aber ist übersubjektiv und bietet objektiv, also allgemein Schutz. Die Anerkennung und Haltung einer moralischen Verpflichtung wird auch dem, der sie ohne Hintergedanken akzeptiert, erleichtert

durch die rechtliche, für alle bindende Normgebung. Denn der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach. Abrüstung, gestützt auf die in ihrer Stärke nie festzustellende Existenz moralischer Hemmungen, ruht auf höchst schwankendem Boden; eine rechtliche Definition der von allen Gesellschaftsgliedern einzuhaltenden Verpflichtung ist als eine Art Ausführungsgesetz für den Ausnahmefall zu betrachten, also als Garantie für die, die guten Willens sind, für die Friedfertigen, Gesetzestreuen. So hat es die französische Politik nicht schwer »offen und ganz konsequent« zu sein, was Josef Schwab im Berliner Tageblatt vom 12. April 1930 anzuerkennen gezwungen ist (ohne übrigens selber dem so gegebenen guten Beispiel zu folgen).

Jedoch in Genf wird nicht um den Kategorischen Imperativ gestritten sondern um Machtstellungen, wobei freilich auch moralische Maßstäbe angelegt werden könnten. Das Vorspiel ist bisher deprimierend. »Ich will nur sehen, was sie anfangen werden, wenn dieser über den Rhein gebannt ist«, so schließt das an der Spitze zitierte Wort Goethes. Wir haben es erlebt, und es war nicht schön. Und der Europäer, als der Goethe sich hier und sonst präsentiert, ist heute fast noch seltener in Deutschland als zu seiner Zeit. Die Leitlinie der deutschen Politik nach dem Abschluß der Reparationskonferenzen scheint nun hemmungslos auf die "Isolierung Frankreichs" gestellt. Die Warnungen eines Jahrhunderts sind wohl immer noch nicht begriffen worden. Solange Deutschland, ob mit Absicht oder nur aus Ahnungslosigkeit, und jedenfalls von England dirigiert, die von der französischen Politik immer neu geknüpften feinen Fäden zerreißt, sind alle Bemühungen um ein einiges Europa umsonst. Aber in eben diesem Europa liegt auch die Zukunft Deutschlands, die Möglichkeit seiner vollen Aufrichtung, wenn wir als internationale Sozialisten das Objektiv einmal nur auf diesen Gesichtskreis einstellen wollen. Wie lange noch soll dieser Boden deutschen Daseins untergraben werden?

WALTHER KOCH · KULTUR UND GRENZE

IN den Jahren nach dem Krieg wandte sich das öffentliche Interesse in steigendem Maß den Grenzlandfragen zu. Auch jeder bewußt dem neuen Staat dienende Staatsbürger muß sich selbstverständlich für den Schutz der Grenzen seines Landes verantwortlich wissen und sich ernsthaft die Frage vorlegen, worin dieser Schutz denn nun bestehen könne. Es ist nichts damit getan nur noch eine Menschheit anzuerkennen. Die Grenzpfähle lassen sich auch nicht mit pathetischen Deklamationen ausreißen, sondern es gilt sachlich die bestehenden Verhältnisse zu erkennen und an ihrer gesunden Weiterentwicklung mitzuarbeiten. Es wäre unmöglich und staatspolitisch verantwortungslos die Lösung der Grenzprobleme einfach der von vornherein in stärkster Weise dafür interessierten politischen Rechten allein zu überlassen, sondern gerade eine im republikanischen Sinn orientierte Staatspolitik der Arbeiterbewegung darf über den drängenden sozialen und wirtschaftlichen Tagesfragen nicht diese für die Existenz des gesamten Volkes und zugleich für die Ermöglichung einer neuen Völkergemeinschaft grundlegenden Fragenkomplexe der Grenzen vergessen. Im Gegenteil besteht die Verpflichtung der Frage nachzugehen, welche Bedeutung ein in ein neues Europa sich eingliederndes Deutschland seinen Grenzen beimißt, und in welchem Geist es Grenzpolitik treiben muß.

Es ist unmöglich die Nöte und Schwierigkeiten der Grenzlage zu ignorieren; es kommt aber andererseits alles darauf an sich über die geistigen Linien einer solchen im ureigensten deutschen Interesse zugleich europäisch gerichteten Grenzpolitik klar zu werden. Ebensowenig, wie ohne weiteres die Grenzlandfragen rein theoretisch zentralistisch, etwa als Ausfluß eines bestimmten außenpolitischen Kurses, gelöst werden können, genügt es diese Dinge nur von der Perspektive der Grenze selbst und ihrer besonderen Nöte zu sehen. Vielmehr ist ein Miteinanderschauen und Miteinanderarbeiten von Binnendeutschland und Grenzland notwendig. So selbstverständlich es ist, daß die Art der Grenzpolitik von der gesamten außenpolitischen Orientierung eines Staats abhängt, so wichtig ist es zu betonen, daß bestimmte Staatsnotwendigkeiten an der Grenze eher und dringender gesehen und anerkannt werden, daß der Druck der Not an der Grenze oft leichter zu notwendigen Lösungen führt als im Innern des Landes, das sich eher als die im Brennpunkt deutscher und europäischer Geschichte stehende Grenzbevölkerung den Luxus eines bis zum letzten gehenden Gegeneinanderarbeitens erlauben zu können meint. Nicht mit Unrecht spricht man neuerdings von einem spezifischen Grenzbewußtsein, das in erhöhtem Maß, bedingt durch die vor Augen stehenden Notwendigkeiten, sich für das gemeinsame Geschick verantwortlich weiß. Ich möchte dieses Grenzbewußtsein mit der philosophischen Deutung vergleichen, die Paul Tillich, der jetzt in Frankfurt wirkende Religionsphilosoph, neuerdings der menschlichen "Grenzsituation" überhaupt gegeben hat¹. Das Charakteristische dieser menschlichen Grenzsituation sieht Tillich in der unbedingten Bedrohtheit des menschlichen Seins. In einem ähnlichen Sinn, freilich auf einer ganz andern Ebene, wird man auch sagen können, daß an der Grenze, wo sie bewußt erlebt und verstanden wird, auch viel unmittelbarer das Gesamtleben sich in Frage gestellt sieht und daher immer aufs neue nach produktiven Zukunftslösungen suchen muß.

Eine Grenze grenzt auf der einen Seite das eigene Land vom fremden Land ab, auf der andern grenzt dort aber das Land an das Nachbarland. So ist der Blick nach Innen gewendet, er sieht auf das Tun und Treiben im Mittelpunkt des Reichs; dann aber sieht er hinüber zum Nachbarland, vergleicht, erweitert und verbindet. So ist Grenze nicht nur Abgrenzung sondern auch Brücke. Nur wenn beide Funktionen des Grenzlands, die bewahrende und die verbindende, in ihrer vollen Ergänzungsbedürftigkeit ernst genommen werden, nur dann erfüllt Grenzpolitik ihre doppelte Aufgabe. Meist freilich sieht man entweder nur das Trennende oder nur das Gemeinsame, man verzerrt dadurch die Wirklichkeit in ihrem dialektischen Spannungsverhältnis entweder zu einer nationalistischen Fratze oder zu internationalistischer Leere. Gerade wir sollten aber die Aufeinanderbezogenheit nationaler und universaler Tendenzen verstehen, die eine innige Verflechtung von jeher mit einander eingegangen sind, wie das der Berliner Historiker Friedrich Meinecke seinerzeit überzeugend und feinsinnig dargestellt hat².

Freilich, gerade an dem Begriff des Nationalstaats der Vorkriegszeit setzt heute immer mehr die Kritik der besonders sich mit Grenz- und Minderheitsfragen befassenden Kreise um den Deutschen Schutzbund ein. Hier wird der zum atomisierenden Zerfall Europas führenden Nationalstaatsidee eine neue

1) Siehe *Tillich Religiöse Verwirklichung* /Berlin 1930/ Seite 29.

2) Siehe *Meinecke Weltbürgertum und Nationalstaat* /München 1928/.

Volksidee entgegengesetzt, die nicht mehr Volk und Staat zur Deckung bringen will sondern das Recht der kulturellen Autonomie jedes Volkstums in jedem Staat als Zukunftsidee fordert. Während also früheres Denken, der Bismarckischen Reichsgründung entsprechend, die Idee einer Nation erst dann voll erfüllt sah, wenn sie auch ihren Leib in ihrem eigenen Staat gefunden hatte, sucht man nun aus einer völlig veränderten europäischen Lage heraus umgekehrt den Begriff der Nation wieder auf seine alte Wurzel der Kulturnation im Gegensatz zum Begriff des Staatsvolks zurückzuführen. Man ringt um Anerkennung solcher Kulturnationen als eigener Volkspersönlichkeiten mit eigener autonomer Selbstverwaltung auch in dem national gemischten Völkerstaat, wie er schon vor dem Krieg für Österreich-Ungarn und die Schweiz charakteristisch war, heute aber, ganz besonders im Osten, zu einer oft noch nicht anerkannten Kriegsfolge geworden ist. So tritt neben die Forderung eines europäischen Staatenbunds und einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Idee einer kulturellen Völkergemeinschaft Europas, in der jedes Volkstum nicht als am besten verschwindende und möglichst bald vom herrschenden Staatsvolk aufzusaugende Minderheit sondern als positiver Wert in seiner besondern Art geschätzt und geschützt werden soll. Wir kommen damit wieder zu einer Humanitätsauffassung, wie sie Herder am stärksten vertreten und mit der Freude an den Stimmen der Völker in Liedern verbunden hat. Wenn jedes Volkstum das Recht haben soll sein geistiges Wesen in Sprache und Sitte, Religion und Erziehung in kultureller Selbstverwaltung auszuprägen, so stoßen wir wieder auf Gedanken Steins, wie sie hier schon oft als Quellen künftiger Selbstverwaltung bezeichnet worden sind. Wie sich früher das religiöse Leben aus der Staatsallmacht befreien mußte, so muß es heute das gesamte kulturell-geistige Leben, das in seiner Eigengesetzlichkeit dann wieder vom Staat gefördert werden soll. Nur durch eine Abkehr vom zentralistischen Bürokratismus, hin zu einer regionalen Kulturautonomie, können auch Grenz- und Minderheitenfragen im Geist der Völkerverständigung gelöst werden. Während sonst das Aufeinandertreffen verschiedener Kulturen nur zu einer erbitterten Verschärfung staatlicher Macht Tendenzen führt, wenn sie auch Geist und Seele der Minderheit im Sinn des herrschenden Staatsvolks gestalten wollen, kann erst bei Anerkennung der verschiedenen Volksart und ihrer Auswirkung in Sprache und Bildung die Mannigfaltigkeit menschlichen Lebens zu einer fruchtbaren, sich ergänzenden Zusammenarbeit führen. Ebenso also, wie innenpolitisch die Eigengesetzlichkeit wie von Wirtschaft so auch von Kultur anerkannt werden und zu eigenen Selbstverwaltungskörperschaften führen muß, müssen auch im Leben der Völker neben der speziell politischen Verbindung die wirtschaftliche und auch die geistige Zusammenarbeit zu ihrem vollen Recht kommen. Die grenz- und auslanddeutschen Organisationen beginnen nunmehr auch sich von diesem Boden einer europäischen Regelung der Kulturautonomie aus mit der Frage einer europäischen Föderation auseinanderzusetzen und kommen dabei noch zu sehr verschiedener Stellungnahme. Mit am fruchtbarsten hat hier doch wohl Hans Gerber in dem von Hans Loesch herausgegebenen Sammelwerk Staat und Volkstum vorgearbeitet³, während andere Vertreter des Grenz- und Auslandsdeutschtums zu sehr in der Negation (häufig auch mißverständener) gesamteuropäischer Gedankengänge befangen bleiben. Doch

3) Siehe Gerber Ein Europäischer Bund?, in dem Sammelwerk Staat und Volkstum /Berlin 1926/ Seite 86 und folgende,

man gewinnt den Eindruck, daß auch hier heute der Boden für eine fruchtbare Auseinandersetzung aufgelockert, und zu einer Verständigung über eine produktive Eingliederung des deutschen Volksschicksals in das Problem einer künftigen Organisation Europas die Stunde nahe ist. Es kommt aber alles darauf an, daß wir aus dem unfruchtbaren mechanischen Schematismus parteiagitorischer Schlagworte, seien sie nun "nationaler" oder "internationaler" Färbung, herauskommen und zu einem organischen Verständnis solidarischer Gliedhaftigkeit aller Lebenszusammenhänge gelangen. Nur im Geist genossenschaftlicher Staats- und Gesellschaftsauffassung kann nicht nur der soziale sondern auch der nationale und gesamteuropäische Aufbau erfolgen. Von hier aus kommt man dann zur Anerkennung landschaftlicher Besonderheiten und zu einer regionalistischen Kulturpolitik, die nichts zu tun hat mit irgendwelchem eigenbrötlerischen Partikularismus oder sich vom Ganzen loslösenden Separatismus. Heimat und Volkstum sind zwar Quellen gesunder Menschenbildung, müssen sich aber in größere Volks- und Völkerzusammenhänge einfügen, um nicht unfruchtbar zu werden.

Ziehen wir aus einer solchen Gesamtanschauung die Folgerung für die Kulturarbeit zumal an der Grenze. Volksbildung wurzelt im Volk, in seiner landschaftlichen Besonderheit wie seiner soziologischen Struktur. Wo aber die Landschaft, der Volksstamm, als einziger, allein bestimmender Gedanke die Volksbildung beherrschen will, muß er rettungslos in geistigem Provinzialismus ersticken. Dieser Gefahr sind ländliche Volksbildungskreise nicht immer entgangen, zumal in der besonders ausgeprägten Landschaft Schleswig-Holsteins. Um so erfreulicher ist es, daß sich gerade der verantwortliche Leiter der Nordmarkbüchereien, Franz Schriewer in Flensburg, entschieden gegen jede provinzielle Abkapslung wendet. Schriewer, einer der führenden Männer des deutschen Grenzbüchereiwesens, der in jahrelanger praktischer Aufbauarbeit Großes für das kulturelle Leben der Nordmark geleistet hat, führt in einem vor einiger Zeit von ihm herausgegebenen Werk darüber folgendes aus: »Für die deutsche Bücherei heißt das aber, daß wir bei dem Heimatgedanken nicht stehen bleiben dürfen, daß wir auch in starkem Maße jene Bücher, die, wie man heute wohl sagt, Bekenntnisse zum europäischen Geiste sind, einsetzen müssen.« Und ferner: »Durch die beiden Ideen: Kreise des Nationalen und des Weltbürgerlichen, muß unsere Literaturpädagogik in Auswahl und Vermittlung bestimmt werden.«⁴ Man sieht also, daß die deutsche Büchereiarbeit an den Grenzen Deutschlands nicht in nationalistischem sondern in durchaus positiv deutschem und europäischem Geist zugleich geleistet wird. Von einer solchen weiten und tiefen Auffassung deutscher Grenzbüchereiarbeit zeugt das eben erwähnte Buch, das im Auftrag des Vereins Grenzbüchereidienst und Bildungspflege herausgegeben wurde. Hier werden zum erstenmal in größerem Zusammenhang Wesen und Gestalt dieser in weiteren Kreisen sicher noch viel zu wenig beachteten Kulturarbeit dargestellt. Zur grundsätzlichen Beachtung finden wir hier Beiträge Franz Schriewers über Buch, Volk und Menschheit und über Prinzip und Form grenzländischer Büchereiorganisation, sowie von dem Berliner Bibliothekar Wilhelm Schuster, dem Vorsitzenden des Verbands Deutscher Volksbibliothekare, über Freie Volksbildungsarbeit im Grenzland und über Volksbildung im Grenzland als angewandte vergleichende Volks- und Kulturkunde. Es

4) Siehe Schriewer Buch, Volk und Menschheit, in dem Sammelwerk Kultur, Buch und Grenze /Leipzig 1930/ Seite 14 und folgende.

folgen dann als Beispiele der praktischen Büchereiarbeit von den verschiedenen deutschen Grenzen Landschaft, Mensch und Buch im Grenzland Schleswig von Franz Schriewer, Grenzcharakter und Büchereiarbeit in Ostpreußen von Wilhelm Schroeder und Grenzbüchereiarbeit im Saargebiet von dem Verfasser dieses Artikels. Eine Betrachtung über Büchereistatistik der Grenzgebiete schließt die Reihe dieser aus der Zusammenarbeit der Grenzbibliothekare erwachsenen Aufsätze. Was geistig-kulturelle Bildungsarbeit für ein Grenzland zu leisten vermag, haben in früherer Zeit, besonders nach 1864, nach dem Verlust Schlesiens, die Grundtvigschen Volkshochschulen Dänemarks gegeben. Wenn wir auch diese nur in dänischen Verhältnissen mögliche ländliche Volksbildungsarbeit durchaus nicht nachahmen wollen, so hat sie uns doch klar gezeigt, ein wie entscheidender Faktor schließlich auch für jede wirtschaftliche und politische Leistung wahre Volksbildungsarbeit sein kann. Und wenn wir an das Wirken eines Stein, eines Fichte und eines Humboldt im alten Preußen denken, so sehen wir auch hier, wie gerade in wirtschaftlich und politisch bedrängtesten Notzeiten dieses Geschlecht weit entfernt war von unserer heute so oft beliebten Verlegenheitslösung bei den (an sich natürlich dringend notwendigen) Sparmaßnahmen zunächst einmal die anscheinend als am überflüssigsten angesehenen geistig-kulturellen Ausgaben verringern zu wollen, wie das gerade in grotesker Weise jetzt von dem nationalsozialistischen Minister Thüringens versucht wird⁵. Wer wirklich eine Erneuerung und Wiedergeburt Deutschlands erstrebt, nicht nur davon redet und sie parteiagitorisch auszuschlachten sucht, dürfte auf keinen Fall vergessen, daß es die Pestalozzischen Erziehungsgrundsätze waren, die Fichte in seinen Reden an die deutsche Nation mit Nachdruck als Grundlage auch aller staatlichen Befreiung fordert. Das damalige Deutschland war eben noch weithin von universalen Ideen durchdrungen, ohne die der nationale Gedanke notwendigerweise verkümmern muß.

Besonders alle Grenzarbeit würde bei einer Einengung nur auf Pflege des eigenen Volkstums sehr bald spüren, daß kein Glied sich ungestraft vom Ganzen lossagen kann. Schuster betont hier mit Recht, daß zu der trennenden und bewahrenden Funktion der Grenze »Verbindung, Austausch und Durchdringung« gefordert werden müssen. »Keine Lebensform kann sich erhalten, wenn sie sich mit der Abwehr allein begnügen will. Und selbst wenn dies möglich wäre, so würden Volk und Kultur doch damit ihrer Menschheitsaufgabe verlustig gehen, die nur im Austausch und in gegenseitiger Durchdringung der Kulturen sich vollziehen kann.« Diese verbindende Aufgabe des Kulturaustauschs darf also bei aller Grenzkulturarbeit nicht vergessen werden. Das erfordert neben der Pflege des heimatlichen Schrifttums auch die tiefe und freie Auseinandersetzung mit der Literatur des Nachbarvolks, ohne die uns Geist und Art der Nachbarn ja gar nicht verständlich werden könnte. Von einer verblendeten Nichtbeachtung aber des psychologischen Verständnisses der anderen europäischen Völker sollten wir durch die Weltkatastrophe gründlich geheilt sein. Für den Westen Deutschlands wird es eine besondere Aufgabe bedeuten die nunmehr erfolgende Rheinlandräumung und die hoffentlich ihr recht bald nachfolgende Rückgliederung des Saargebiets nicht zum Anlaß nationalistischer Über-

5) Siehe *Siemsen* Der Fall Tinz und seine politische Bedeutung, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 I Seite 335 und folgende.

heblichkeit sondern zur vollmenschlichen Aufgeschlossenheit für die tiefe Schicksalsverbundenheit der gesamten deutschen mit der französischen Kultur zu nehmen. Die wohl allgemein nunmehr als notwendig anerkannten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich erfordern zu ihrer Ergänzung ein geistiges Aufeinandereingehen, das gerade in den Grenzbezirken um so mehr geübt werden sollte, wenn einmal jede Sorge um die Deutscherhaltung dieser Gegenden geschwunden sein wird.

Nachdem in der Rheinlandräumung so Wesentliches im Sinn einer wirklichen deutsch-französischen Zusammenarbeit geschehen ist, kann und darf nunmehr nicht das Saargebiet als Stachel im allgemeinen deutschen Volksbewußtsein, namentlich an der Westgrenze, zurückbleiben. Ist aber erst einmal, wie das ganz besonders auch die Vertreter der Arbeiterklasse einhellig fordern, die Rückgliederung restlos garantiert, dann ist es Aufgabe gerade des Saarlands mit beizutragen zu einer nicht nur wirtschaftlichen sondern auch geistigen Zusammenarbeit des deutschen und des französischen Volks. Das vorgelagerte Elsaß und Lothringen werden um so mehr als Brücke zu der französischen und umgekehrt zur deutschen Kultur dienen können, je weniger ihre politische Zugehörigkeit zu Frankreich entsprechend dem Locarnovertrag irgend in Frage gestellt wird. Dann allerdings kann gerade auch das deutsche Sprachgebiet des Elsaß und Lothringens im Aufbau eines neuen regionalistischen Kulturgedankens anstatt eines militärischen Festungsglaciés ein Übergang zu höherer kontinentaleuropäischer Zusammenarbeit werden, zu der alle Grenzländer das ihre beitragen müssen. So können dann Grenzen, die heute noch trennen und erbittern, in einem neuen Europa zu Brücken gegenseitigen Kulturaustauschs werden. Schon heute muß daher jede Grenz-kulturarbeit, besonders auch jede Grenzbüchereiarbeit, ausgehend von der Erhaltung und Pflege des eigenen Volkstums, den Blick auf den größern Zusammenhang einer Verbundenheit deutschen Volks und Landes mit dem europäischen Kontinent als Ganzem gerichtet halten.

WALTHER MAAS · POLENS SCHULWESEN UND ERZIEHUNGSZIELE

POLENS Schulwesen könnte man auf sehr verschiedene Art darstellen: ideengeschichtlich, pädagogisch, politisch, soziologisch. Zu einer ideengeschichtlichen Darstellung, das heißt einer Beleuchtung des Schulwesens auf der Grundlage aller in Polen kreisenden Ideenströme, wäre eine größere Bekanntschaft der deutschen Leserwelt mit dem Geist Polens notwendig, mit der Formung der polnischen Seele unter dem Einfluß von Landschaft, Volk, sozialer und politischer Geschichte, Eindringen westeuropäischer Ideen, deren Rezipierung und Modifizierung. Ein Werk, das diese Verhältnisse darstellt, existiert in deutscher Sprache trotz seiner Notwendigkeit nicht. Eine rein pädagogische Darstellung wäre hier nicht am Platz, diese Seite der Sache kann hier nur gestreift werden. Politisch wäre manches noch zu sagen. Tout comme chez nous, muß man da häufig ausrufen. Da nun aber über das polnische Schulwesen in Deutschland fast nichts bekannt ist, so müßten die Leistungen des polnischen Volks zunächst einmal objektiv, zahlenmäßig, dargestellt werden. Erst aus den Realitäten erwachsen die Probleme, die zu lösen wären.

Vor dem Krieg gab es im russischen Teilgebiet Polens keine Schulpflicht; die wenigen Schulen waren meist russisch, und das polnische Volksbildungswesen, stets verfolgt, steckte in den Kinderschuhen. Im preußischen Teilgebiet war zwar die Volksschulpflicht streng durchgeführt, und das für 8 Jahrgänge, aber es gab nicht eine einzige polnische Schule, und von den Lehrern war nur eine verschwindende Minderheit Polen. In Galizien war das Schulwesen verhältnismäßig am besten entwickelt; es gab polnische Schulen, und es bestand eine 6- bis 7jährige Schulpflicht.

Es kam der Krieg: der Weltkrieg 1914 bis 1918, dann der Krieg mit den Bolschewisten 1919 bis 1920. Die meisten Schulgebäude in Galizien und Kongreßpolen wurden zerstört, ebenso die wenigen Schulen in den Ostgebieten. Auch die blutigen Verluste der galizischen Lehrerschaft im Heer waren groß. Die deutschen Lehrer Posen und Pommerellens waren für ein polnisches Schulwesen nicht zu gebrauchen. So mußte der Staat Schulgebäude, Lehrer und Schulgesetze schaffen, und das alles gleichzeitig. Dabei halfen die trefflichen Traditionen der Vergangenheit. 1364 wird die ehrwürdige Jagellonische Universität in Krakau errichtet, Kopernikus war ihr berühmter Schüler. 1529 widmet Erasmus von Rotterdam eine Senecaausgabe dem Bischof von Krakau, dem Zentrum europäischer Wissenschaft. Schon 1550 verlangt St. Warszewski ein Unterrichtsministerium, desgleichen 1632 K. Siemek. Und tatsächlich ist Polen das Land, das das erste Unterrichtsministerium in Europa hatte: die 1773 geschaffene Kommission der Nationalen Erziehung. Einer ihrer tätigsten Wegbereiter war der Piarist Stanislaw Konarski, der 1754 seine Ordinationes herausgab. 1765 entstand unter dem Einfluß seiner Ideen die Ritterschule, schon zu Zeiten der Unfreiheit 1805 das berühmte Lyzeum in Krzemieniec in Wolhynien. 1831 veröffentlichte der polnische Philosoph Hoene Wronski seine Philosophie der Erziehung, und 1842 erschien in Posen Bronislaw Trentowskis Chowanna, System einer Nationalerziehung. Zur Beleuchtung der Aufbauarbeit ein Beispiel. In Kongreßpolen besuchten 1910-1911 19,4 % der im Schulalter stehenden Kinder die Schule, 1927-1928 aber 90,2 %; 1917 gab es dort 9448 Lehrer, 1928 schon 27 270.

Das Volksschulgesetz datiert vom 17. Februar 1922. Es setzt fest, daß alle Kinder von 7 bis 14 Jahren die Schule besuchen müssen, also eine 7jährige allgemeine Schulpflicht; in Oberschlesien besteht noch die 8jährige Schulpflicht. Wie wird nun die Schulpflicht erfüllt? Darüber diese Zahlen:

| Gebiet | Es besuchten die Schule (in % der schulpflichtigen Kinder) | |
|-----------------------|---------------------------------------------------------------|-----------|
| | 1921-1922 | 1927-1928 |
| Ganz Polen | 66,2 | 92,8 |
| Kongreßpolen | 61,8 | 90,2 |
| Osten | 30,5 | 74,6 |
| Galizien | 76,6 | 100,1 |
| Posen und Pommerellen | 99,0 | 100,9 |
| Schlesien | 90,0 | 122,2 |

Wie konnte dieses günstige Ergebnis erzielt werden? 3 Ursachen wirkten zusammen: 1. die Einstellung von Hilfslehrern, 2. die Ausbildung von neuen Lehrern, 3. der durch den Geburtenausfall während des Kriegs verursachte Rückgang der Anzahl der schulpflichtigen Kinder.

Fangen wir mit dem letzten an. 1910-1911 gab es auf dem Gebiet des heutigen Polens 4 912 000 schulpflichtige Kinder (davon besuchten 2 676 000 die Schule), 1921-1922 5 075 000 (3 202 000), 1925-1926 dagegen nur 3 942 000 (3 258 000). Gegen 1910 hat sich die Schülerzahl 1925-1926 um 21,7 % erhöht, gegen 1921-1922 nur um 1,7 %. In der letztgenannten Zeit stieg aber die Anzahl der Lehrer um 20,8 %. 1922 waren 40 % aller Lehrer Hilfskräfte, das heißt fachlich oft wenig vorbereitet, 1927-1928 nur noch 4 %. 34 500 Lehrer hatten das Examen erst während der Berufsarbeit abgelegt. Es gab 36 515 Frauen, 28 696 Männer, so daß, wie in Frankreich, im Lehrfach die Frauen überwiegen. Die Gehälter sind übrigens bei gleicher Stundenzahl gleich. Gesetzlich sollen auf 1 Lehrer 43 Schüler entfallen, das war 1925-1926 jedoch nur im ehemaligen preußischen Gebiet und im Osten der Fall; der Staatsdurchschnitt betrug 46,9, gegen 55,9 im Jahr 1921-1922.

Was kennzeichnet nun die polnische Volksschule? 3 Dinge sind da zu nennen:

1. Der nationale Charakter der Schule. Jedem Schulkind soll der Unterricht in seiner Muttersprache gegeben werden. Über die Abweichungen später.
2. Der staatliche Charakter der Schule. Es gibt in Polen keine kommunalen Schulen. Privatschulen werden zwar geduldet, sind aber nicht gern gesehen.
3. Der stark betonte Einheitsschulcharakter. Seit 1928 ist der Unterrichtsplan der letzten 3 Vorschulklassen und der 3 ersten Gymnasialklassen völlig einander angeglichen. Man nennt diese 3 Jahre das Untergymnasium.

Die Grundschule dauert 4 Jahre. Im 1. Jahr werden wöchentlich 18 Stunden Unterricht erteilt, im 2. Jahr 22, im 3. Jahr 28, im 4. Jahr 29, von da ab durch das ganze Unter- und Obergymnasium 30 Wochenstunden. Im Lauf der 4 Jahre Grundschule erhalten die Schüler in der Woche (durch 4 dividiert) Muttersprache 26 Stunden, Rechnen 15, Turnen 12, Handfertigkeiten 10, Religion 8, Zeichnen 7, Singen 7, und nur in den beiden letzten Jahren Geschichte 4, Geographie 4, Naturkunde 4. Der Lehrplan des Untergymnasiums (in 3 Jahren) sieht so aus: Muttersprache 12 Stunden, Mathematik 12, moderne Fremdsprache 11, Handfertigkeit 9, Turnen 9, Naturwissenschaften 9, Religion 6, Zeichnen 6, Singen 5, Geschichte 5, Geographie 5.

Ein sehr wichtiges Problem ist naturgemäß der Organisationsgrad der Schule. Das Bestreben der polnischen Schulbehörden ist möglichst überall 7klassige Schulen zu schaffen. Es sind schon ganz schöne Erfolge erzielt worden. In Kongreßpolen waren 1910-1911 96,2 % aller Schulen 1klassig, 1927-1928 nur noch 51,3 %; 26 % aller Schüler besuchen 1klassige Schulen, 28 % 7klassige.

Vor dem Krieg sah es mit der Lehrerbildung schlecht aus; am besten noch in Preußen, wo die Volksschule, die Präparandenanstalt, das Seminar die Lehrer ausbildeten; in Rußland gab es nur 3 bis 4 Jahre eines kümmerlichen Seminars nach der Volksschule, nicht viel besser in Galizien. Jetzt dauert das Lehrerseminar, das sich auf die Volksschule aufbaut, 5 Jahre. Es werden wöchentlich erteilt: Geschichte und Geographie 23 Stunden, Polnisch 21, Naturkunde 21, Zeichnen und Handfertigkeit 18, Mathematik 15, "Drill" 15, Musik 14, Fremdsprache 13, Methodik und praktische Übungen 12, Psychologie und Geschichte der Pädagogik 11, Religion 10, Kalligraphie 1. Die Lehrerschaft verlangt, daß die Lehrer nach Besuch der Höheren Schule in besonderen Instituten herangebildet werden sollen, also etwa nach dem neuen preußischen System der Pädagogischen Akademien.

Die Höhere Schule besteht aus Untergymnasium und Obergymnasium. Dieses ist in 3 Typen entwickelt, als Restbestände gibt es noch andere Formen, so das alte preußische Lyzeum. Die Typen heißen: Modernes Gymnasium mit 88 597 Schülern (darunter 41 695 Mädchen), Klassisches Gymnasium mit 21 520 (1954), Naturwissenschaftliches Gymnasium mit 18 185 (4110) und "Restbestände" mit 1516 (1338) Schülern. Der Lehrplan sieht so aus:

| Lehrfach | Anzahl der Stunden | | |
|--------------------------|-----------------------------------|--------------------|-----------------------|
| | Naturwissenschaftliches Gymnasium | Modernes Gymnasium | Klassisches Gymnasium |
| Religion | 10 | 10 | 10 |
| Polnisch | 18 | 20 | 16 |
| Moderne Sprache | 15 | 20 | 15 |
| Geschichte | 10 ^{1/2} | 17 ^{1/3} | 14 ^{1/3} |
| Geographie | 7 ^{1/2} | 7 ^{1/2} | 5 ^{1/2} |
| Naturkunde | 33 | 15 | 10 |
| Philosophie | 3 | 13 | 3 |
| Mathematik | 22 | 17 | 12 |
| Turnen | 15 | 15 | 15 |
| Zeichnen, Handfertigkeit | 16 | — | — |
| Latein | — | 25 | 27 |
| Griechisch | — | — | 22 |

Die Anzahl der Schulfächer im Gymnasium in einer Klasse übersteigt jetzt nicht 8, während es früher in Kongreßpolen bis 16 in einer Klasse gab; der moderne Gedanke der Konzentration hat also gesiegt. Die Mädchenbildung wird in Polen nicht vernachlässigt. Auf 130 840 Gymnasiasten kamen 78 354 Gymnasiastinnen, aber in den Staatsschulen auf 81 823 Gymnasiasten nur 20 403 Gymnasiastinnen. Es gab 313 Knaben-, 242 Mädchen- und 239 Koedukationsschulen. Von den 794 Gymnasien waren 270 staatlich, 128 privat mit Öffentlichkeitsrecht, 396 ohne solches. Lehrer gab es an den Höheren Schulen 10 760, davon 4667 in den Staatsschulen. Die Oberlehrer müssen das Abiturientenexamen bestanden, dann 4 Jahre Universitätsstudium absolviert haben, worauf sie das Examen als Magister philosophiae machen; dann folgen 2 Jahre Unterricht oder 1½ Jahre pädagogisches Studium, dann muß noch ein weiteres Examen als profesor gimnazjalny bestanden werden.

Schlecht steht es um die Berufsschulen. Es gab 1918-1919 270 Berufsschulen, 1927-1928 428, davon 128 staatliche. Und zwar (in Klammern die Zahl der Schüler) 49 Technische Schulen (11 000), 99 Kaufmännische (13 000), 141 Bureaupersonalschulen (19 000), 127 Haushaltsschulen (15 000), 31 Mittlere Landwirtsschulen (2000). 75% der Berufstätigen Polens sind Landwirte; täte Polen so viel für deren Ausbildung wie die Tschechoslowakei, müßte es auf Landwirtsschulen aller Art über 100 000 Schüler haben. Die Fortbildungsschulpflicht steht noch zumeist auf dem Papier. Selbst in Warschau gingen 1929 von 30 000 Pflichtigen 10 574 in die Schule, jetzt sollen es 14 000 sein.

Da Polen sich bisher vor allem den äußeren Problemen des Schulwesens zuwenden mußte, blieb für die Einführung neuer Schulmethoden nicht allzu viel Raum. Immerhin wird in etwa einem Dutzend Schulen der Daltonplan angewandt, und die Ideen Decroly und anderer Schulreformer werden beachtet. Der Unterrichtsminister Slawomir Czerwinski sucht modernen Geist in die Schulen zu bringen, wofür er natürlich stark angefeindet wird.

Sehr im argen liegt das Recht der nationalen Minderheiten auf gleiche Behandlung. Von der Bevölkerung Polens sind nach der amtlichen Volkszählung 69,2 % Polen, aber polnische Unterrichtssprache haben 89,2 % der Staatsschulen. Von 1000 Schülern empfangen den Unterricht in einer Fremdsprache: Polen 2, Deutsche 281, Ukrainer 306, Litauer 423, Russen 957, Weißrussen 984, Tschechen 900, Juden 1000.

Ein ungeheures Problem erhebt sich vor dem polnischen Volksbildungswesen in den nächsten Jahren. Der Rückgang der Kinderzahl durch die Kriegsfolgen hört bald auf. Kinder im Schulalter gab es oder wird es geben: 1921-1922 5 075 000, 1927-1928 3 605 000, 1929-1930 3 900 000, 1933-1934 5 201 000, 1939-1940 6 000 000. Das ist ein Lehrerproblem und ein Schulstubenproblem. 1927-1928 hatte man 65 000 Lehrer. Wenn dem Gesetz Genüge getan werden soll, das für 43 Schüler 1 Lehrer verlangt, so brauchte man damals schon 73 000 Lehrer und für die Viertelmillion ganz unbeschulter Kinder nochmals 6000 Lehrer, also 79 000. Nennt man diese Zahl 100, so braucht man 1935 schon 119 und 1939 schon 135. Nun scheiden aber auch Lehrer aus, und so berechnet man den jährlichen Lehrerneubedarf auf 10 000 Lehrer. Die Seminare einschließlich der privaten entlassen aber jährlich deren nur 5500. Finanziell bedeutet das jährlich, trotz dem Hungergehalt von 3000 Zloty für einen Lehrer, 3 Millionen Zloty mehr. Schlimmer ist es noch mit den Schulstuben. Rechnet man pro Klasse 43 Schüler, so fehlten 1927-1928 25 % der gesetzlich geforderten Zahl. Außerdem müssen 1928 bis 1932 7483, 1932 bis 1936 8216, 1936 bis 1940 6300 Schulstuben jährlich neugebaut werden. Hierbei ist berechnet, daß alle bestehenden Schulräume weiterhin benutzbar bleiben: eine durch nichts gerechtfertigte Annahme. 41 % der Schulstuben sind gemietet, im Osten 60 %, in Kongreßpolen 69 %. Bis 1940 sind allein 80 000 Schulstuben neu zu bauen, was 3,6 Milliarden Zloty kosten würde. Schon 1919 wurde beschlossen, daß jährlich 5000 Klassenräume gebaut werden sollen. Tatsächlich aber baute man bis 1929 statt 50 000 nur 3415, und zwar 1925 1022, 1926 218, 1927 346, 1928 150, 1929 allerdings 1679, und außerdem erklärte der Ministerpräsident Kasimir Bartel, daß am 1. November 1929 weitere 3558 kurz vor der Vollendung wären. Aber was ist das alles? Im Budget 1930-1931 waren von Regierungsseite für Schulbauten 7,5 Millionen Zloty ausgesetzt; die Polnische Sozialistische Partei beantragte 50 Millionen, der Antrag fiel; die Bauernpartei Wyzwolenie beantragte 20 Millionen, was angenommen wurde. Für die Polizei gab man 125 Millionen aus. Es ist daher kein Wunder, daß sowohl die Rechts- als auch die Linksopposition von der Tragödie des allgemeinen Schulwesens spricht.

Über die Hochschulen sei nur folgendes mitgeteilt: Es gibt in Polen Universitäten in Krakau, Wilna, Lemberg, Warschau, Posen und Lublin, dazu eine Freie Universität in Warschau; weiter Technische Hochschulen in Lemberg und Warschau, Handelshochschulen in Warschau, Lemberg, Posen, eine Tierärztliche Hochschule in Lemberg, in Warschau eine Landwirtschaftliche, eine Zahnärztliche Hochschule und eine Hochschule für Politik, in Krakau eine Bergakademie und eine Kunstakademie. Alle zusammen hatten 1928 40 600 Studenten; darunter waren 10 600 weibliche.

Dies der Tatbestand. Nun sei noch angeführt, wohin das Schulwesen Polens geistig steuert. Hier kann man natürlich nur aus Symptomen schließen.

Die Lemberger Gymnasiallehrerzeitschrift *Muzeum* veranstaltete vor kurzem eine Enquete über das polnische Erziehungsideal. Sie stellte 250 Männern des öffentlichen Lebens diese 5 Fragen:

1. Welchem obersten Ziel soll die Erziehung in Polen dienen?
2. Welche Charaktereigenschaften soll der Erzieher im Zögling vor allem entwickeln?
3. Was für eine allgemeine Grundlagenbildung ist für einen polnischen Bürger besonders erforderlich?
4. Welche Zweige des Spezialschulwesens sind heute besonders erforderlich?
5. Welches Verhältnis der allgemeinen Bildung zur Berufsbildung soll auf der Mittelstufe (bis 18 Jahre) herrschen?

Es antworteten ganze 9, darunter 1 Frau, was die Zeitschrift mit Recht als einen Mangel an Interesse für das wichtigste Problem der polnischen Nation anmerkt. Von den 8 Männern waren 3 Universitätsprofessoren, 1 General, 1 Bankdirektor, 2 Großgrundbesitzer, 1 Techniker; 6 Antworten kamen aus Galizien, 2 aus Großpolen, 1 aus Schlesien. Was war nun das Ergebnis?

Zur 1. Frage: Der Pole ist zu einem ehrlichen Menschen und guten Bürger seines Vaterlandes zu erziehen. Das ist genau das Erziehungsideal der Kommission der Nationalen Erziehung vor 150 Jahren. Einige Einsender setzen noch hinzu: zu einem guten Christen. Ein Professor schreibt, das Ziel der Erziehung soll das Glück des einzelnen und das Wohl des Vaterlands sein. [Die Kommission der Nationalen Erziehung hatte gesagt: Der junge Pole soll so erzogen werden, daß es ihm gut gehe und anderen mit ihm.] Der Professor G. betont die Notwendigkeit die Polen »von ihrem romantischen Idealismus zu heilen« und ihnen klar zu machen, daß sie sich auch materielles Glück verschaffen sollen: der Pole soll wie der Amerikaner arbeiten, um sich so schnell wie möglich ein Vermögen zu erwerben. Die Frau wendet sich gegen »Normung« und verlangt Erziehung zu Individualitäten. Zur 2. Frage: Hier werden nationale Fehler angeführt, die die Erziehung ausmerzen soll. Der zum Aufschneiden neigende Pole soll zur Wahrheitsliebe, der vielversprechende zum Worthalten und zur Treue erzogen werden. Andere Tugenden: Disziplin, Sparsamkeit, sozialer Sinn, Achtung anderer Überzeugungen, Toleranz, Solidarismus, Zivilkurage, Gefühl für Menschenwürde, seien in Polen nur schwach vertreten, waren es früher mehr, die Unfreiheit und der Krieg haben viel zerstört. Alle Einsender aber heben gemeinsam etwas hervor, was der jungen Generation angewöhnt werden muß (und ihr ja tatsächlich fehlt): Ehrung und Wertschätzung der Arbeit, auch der manuellen. Der Oberschlesier schreibt direkt: Der Pole sei kein Spezialist, sei Dilettant, fürchte sich vor der Arbeit, verstehe nicht zu arbeiten, liebe es nicht, und dies darum, weil man ihn es nicht gelehrt hätte. [Ford erklärt allerdings, die Polen seien die anständigsten und fleißigsten Arbeiter.] Der General Haller empfiehlt als Erziehungsideal die 7 christlichen Tugenden, andere bezeichnen als solches die Liebe zu Gott und dem Nächsten.

Zur 3. Frage: Hier stellen manche ihre Antworten auf die Grundschule, andere auf das Gymnasium ein. Alle unterstreichen die Hinwendung zur Praxis zum Leben, bei den Fächern ein Hinweggehen von der historisch-philologischen zur realen Bildung. Alle verlangen eine starke Berücksichtigung der Staatsbürgerkunde und des Wissens um das Heimatland, dessen Geschichte und Geographie. Am weitesten geht wohl der Oberschlesier; er verlangt die Anfangsgründe der Medizin, des Rechts, der Landwirtschaft, der Technik, des Bergbaus, der Erfindungen, starke Berücksichtigung der Handfertigkeit und schließlich gesellschaftliche Umgangsformen. Alle sind für körperliche Ausbildung; der Professor G. wünscht »keinen Sport sondern praktische Dinge, Boxen, Schießen, Fechten«. An Stelle der alten Sprachen seien Russisch, Deutsch, Ukrainisch zu lehren, vor allem aber Polnisch.

Zur 4. Frage: Hier wird die Wichtigkeit des Berufsschulwesens zunächst einmal anerkannt, was in Polen einen großen Fortschritt bedeutet. Zur Zeit der Adelsrepublik und im Bewußtsein weiter Volkskreise noch heute waren Menschen, die mit der Hand arbeiteten: Kaufleute, Handwerker, Industrielle, Bauern, keine "Herren". Noch heute wollen daher die Eltern ihre Kinder lieber Beamte, Offiziere, Geistliche werden lassen als sonst irgendetwas. Der Erfolg ist eine Überproduktion von Akademikern, die schon anfangen überhaupt keine Stellen zu finden, obwohl der Bedarf des neuen Staats an sich groß ist. Es hat sich hier der *circulus vitiosus* ergeben: Verlangt man Berufsschulen, so heißt es: Erst muß die Gesellschaft dahin

gebracht werden, daß sie Berufsarbeit anerkennt. Fordert man die Gesellschaft auf Achtung vor der Berufsarbeit zu haben, so heißt es: Schafft erst Berufsschulen. Man sollte meinen, da Polen ein landwirtschaftliches Land ist, würden die Einsender vor allem Landwirtschaftsschulen verlangen. Weit gefehlt. Sie verlangen Handels- und Industrieschulen. Der Grund wird auch offen angegeben: um diese Gewerbezweige Nichtpolen abnehmen zu können. Also auch hier mehr Nationalismus als Einsicht in die Verhältnisse der Agrarlage. Die einzige Frau will eine besondere Erziehung für die Mädchen. Bis zum 14. Jahr könnten sie mit den Knaben zusammen unterrichtet werden, dann aber sollten sie in besondere Schulen gehen und hier vor allem Hauswirtschaft lernen, höhere und niedere, denn »Polen braucht vor allem Mütter, Wirtschaftserinnen, Gattinnen, mehr als Mathematikerinnen«. [Von dem Frauenüberschuß, in Polen 109 : 100, und von den kaufmännischen und technischen weiblichen Angestellten scheint die Einsenderin, obgleich sie die Nichte eines Bankdirektors ist, noch nichts gehört zu haben.] Der General Haller verlangt gemeinsamen Unterricht aller bis zum 14. Jahr; dann 4 Jahre Berufsschule in 4 Typen: naturwissenschaftlich (für Landwirte, Förster, Gärtner, manche Handwerker und Techniker), mathematisch-technisch (für Techniker, Industrielle, Militärs, Kaufleute, Künstler), humanistisch (für Lehrer, Beamte, Offiziere, Literaten), klassisch (für Geistliche, Oberlehrer, Juristen, Ärzte, Wissenschaftler). Leider gibt er nicht an, nach welchen Kriterien man zu verfahren hat, wenn nun die 15jährigen in diese 4 Schultypen eingereiht werden sollen.

Zur 5. Frage: Fast alle verlangen eine frühe Spezialisierung. Die beiden Techniker, der Bankdirektor verlangen die Entscheidung erst für das 18. Jahr. Die Zulassung zu höheren Studien soll nur den »Begabtesten« gestattet werden. Sonst sollen die Absolventen der Gymnasien und der Berufsschulen gleichgestellt sein. Beide Schularten sollen auch einander angeähneln werden.

Es ist nun interessant auf die Stellung des derzeitigen polnischen Unterrichtsministers Czerwinski zum Erziehungsideal hinzuweisen. Es seien daher aus einer Rede, die er am 8. Juli 1929 in Posen hielt, diese Sätze zitiert:

»Wir haben uns bisher zu sehr um die äußeren Formen des Schulwesens gekümmert, um Aufbau, Lehrmittel, Lehrmethoden, zu wenig aber um ein Erziehungsideal. Ich bin der schärfste Feind der Bürokratisierung der Schule. Wir haben uns von unseren Zöglingen durch eine Mauer von Reglements und Vorschriften aller Art abgegrenzt. Claparède unterscheidet als psychologische Typen den Arbeiter und den Kämpfer. Das ist der alte Gegensatz von Klassiker und Romantiker und in gewissem Sinn vom preußischen und russischen Polen. Ich halte den Kämpfertypus für sehr wertvoll, die Lehrer sind geneigt ihn, da er mehr Arbeit verursacht, nicht zu schätzen. Aber Polen braucht Arbeiter. Pilsudski hat gesagt: »Es kommen Zeiten, deren Kennzeichen der Wettkampf der Arbeit sein wird, wie es vorher der Wettkampf des Eisens war und noch vorher der Wettkampf des Bluts.« Ich halte dieses Wort für die tiefste Wahrheit, die seit dem Krieg in polnischer Sprache ausgesprochen wurde. So bin ich der Ansicht, daß die Lehrer versuchen müssen beide Typen zu verschmelzen. Die guten Eigenschaften sowohl des Kämpfers wie des Arbeiters sollen den neuen Polen auszeichnen.«

Diese Sätze charakterisieren wohl am besten, was das neue polnische Staatswesen in der kommenden Generation der Polen verwirklicht sehen möchte.

ERNST UNTERMANN · AMERIKANISCHE KLASSENJUSTIZ



ALLE Menschen sind gleich geboren und haben das gleiche Recht auf Leben, Freiheit und Glück: Mit diesen Worten trieben die Väter des Unabhängigkeitskriegs die amerikanischen Arbeiter und Bauern in den Befreiungskampf gegen England. Kaum aber hatte ihnen das Volk die Unabhängigkeit erkämpft, da fanden sich einige Dutzend Gentlemen ohne irgendein Mandat des Volks zusammen und tüftelten hinter verschlossenen Türen eine Verfassung aus, die das versprochene Gleichheitsparadies in sein Gegenteil verkehrte. Was in dieser

selbstherrlichen Versammlung wirklich vorgegangen war, blieb lange ein Geheimnis, denn die Teilnehmer hatten sich zu lebenslänglichem Schweigen verpflichtet. Erst nach James Madisons Tod /1836/ kam sein geheimes Journal of the Constitutional Convention zum Vorschein. Es bewies, was inzwischen schon deutlich genug geworden war: daß viele Väter der Republik am liebsten eine amerikanische Monarchie gegründet hätten. Nur ihr gegenseitiges Mißtrauen und die Furcht vor drohender Volksrevolution erzwangen die Annahme einer Verfassung, die auf dem Papier eine Demokratie der Aristokratie über den Köpfen der gemeinen Freiheitskämpfer errichtete. Aber selbst unter sich hielten die Aristokraten ihre Standesabstufungen aufrecht, bekämpften sich um die Herrschaft in der Regierung, drohten oft mit der Sezession und trieben es schließlich zum großen Bürgerkrieg. Vor dem gleichen, allgemeinen und geheimen Wahlrecht hatte man Angst. Das Stimmrecht wurde noch lange nach der Revolution in vielen Staaten nach dem Besitz bemessen. Selbst die derartig beschränkte Zahl der Wähler durfte nur für die unteren Volksvertreter bis hinauf zu den Staatslegislaturen und den Repräsentanten im Unterhaus des Bundeskongresses stimmen. Die Senatoren wurden von den Staatslegislaturen gewählt. Der erste Präsident, George Washington, wurde von den Gentlemen als Kommandierender General der Revolutionsarmee ins Amt gesetzt, aber dann doch zur Wahrung des Scheins durch ein fein ausgesiebt und von den Staatslegislaturen ernanntes Kollegium bestätigt. Seine Nachfolger wurden durch ähnliche Kollegien erwählt. Die Krönung dieses aristokratischen Tempels der Demokratie war das Oberbundesgericht. Die 9 Richter dieser Kammer wurden vom Präsidenten mit Zustimmung des Bundessenats ernannt, und zwar auf Lebenszeit, so daß sie keine Wähler zu fürchten hatten. Als Washington triumphierend in New York einzog, um sein Amt als erster Präsident anzutreten und die neue Freiheit zu verherrlichen, wurden vor seinen Augen auf dem Auktionsblock des Sklavenmarkts Negermädchen an den Meistbietenden verkauft und widerpenstige weiße und farbige Arbeiter am Pfahl öffentlich ausgepeitscht. Der erste Akt der neuen Regierung war die Fundierung der Staatsschulden und die Preisgabe des Geheimnisses an die reichen Spekulanten, damit sie die Soldaten der Revolution und andere kleine Staatsgläubiger um ihre Scheine beschwindeln konnten. So sah die amerikanische Demokratie gleich nach der Revolution aus, und so ist sie im Wesen bis heute geblieben. Wie es für den ersten Vizepräsidenten, John Adams, ein höchwichtiges Problem war, ob Washington Exzellenz oder Majestät betitelt werden sollte, so ist es noch heute eine peinliche Staatsfrage, ob Frau Nicky Longworth, ehemalige Alice Roosevelt, oder Frau Gann, die Schwester des Vizepräsidenten Curtis, bei Galafunktionen am Washingtoner "Hof" den Vortritt hat. Zwar hat der lange Kampf zwischen Demokratie und Aristokratie seit dem Zwist zwischen Thomas Jefferson und Alexander Hamilton im Lauf von etwa 140 Jahren das Wahlrecht demokratisiert. Aber die Verfassung ist noch die alte, von den alten Gentlemen ausgeklügelte, um einander in Schach zu halten und das gemeine Volk zu betrügen. Die Korruption, die diesen Balg aus der Wiege gehoben, macht noch heute das Wahlrecht für große Massen illusorisch und entrechtet Millionen nach Klasse oder Rasse. Die Oberbundesrichter stehen immer noch über den Köpfen der Wähler. Trotz allen Anstrengungen von Minoritäten ist es so geblieben, wie Hamilton es haben wollte, als er ausrief: »Die Macht, die die Schnüre des Geldbeutels zieht, muß unbedingt herrschen.«

Seit John Marshall, der erste Chef des Oberbundesgerichts, sich das Recht anmaßte eigenmächtig über die Verfassungsmäßigkeit der vom Kongreß angenommenen Gesetze zu entscheiden, haben alle Oberbundesgerichte dem Kongreß vorgeschrieben, welche seiner Gesetze die Würde des anerkannten Rechts genießen sollen. Nicht etwa 40 000 000 Wähler und 800 Volksvertreter im Kongreß, sondern 9 Zaren im Bundesgericht entscheiden mit 5 Stimmen gegen 4, was in dieser Demokratie Gesetz ist. Im Bund mit dem Präsidenten bestimmen 5 auf Lebenszeit ernannte Selbstherrscher den Gang der Gerechtigkeit im Land der Freien zugunsten des Geldbeutels. Kein Mann des Volks kann unter diesem aristokratischen System irgendwelchen demokratischen Einfluß auf den Gang der großen Rechtspflege ausüben. Ein Richter mag aus dem Volk hervorgehen, aber erst wenn er durch lange Dienste Gewähr leistet, daß er im Geist der herrschenden Oberklasse richtet, kann er auf einen hohen Posten hoffen. In keinem andern hochentwickelten Land ist daher die Gerichtsbarkeit so frech Klassenjustiz wie in dem angeblich klassenlosen Land der demokratischen Freiheit. »Unsere Richter«, vertraute ein weinseliger Klubmann einem Freund an, »werden nicht nur ernannt sondern zuerst sorgfältig in unserm Geist erzogen.« Zwar behaupten heute manche journalistische Spaßmacher, das Obergericht lege das Ohr auf den Boden, lausche in die Tiefe und richte seine Entscheidungen nach dem Ausfall der großen Wahlen ein. Doch das ist mehr Dichtung als Wahrheit. Freilich horcht und schielt man nach unten, aber nur, um rechtzeitig mit dem Opium der üblichen Beruhigungsreden bei der Hand zu sein oder, wenn das nicht genügt, unruhige soziale Patienten mit Eisenbartmethoden zu kurieren. In den Hallen dieser Snobokratie hat noch kein Arbeiter oder Bauer einen Prozeß gegen einen Millionär gewonnen. Leute wie die Oberrichter Holmes oder Brandeis gelten zwar als Liberale, doch ihre Liebe fürs Volk reicht nicht in die Tiefen des Klassenkampfes. Kein amerikanischer Demokrat hat die Finanzherrschaft oder die Autokratie des Obergerichts ernstlich bedroht. Auch William Jennings Bryan nicht, dessen Doppelwährungsplan ein Doppelspiel mit den Massen war. In allen derartigen Fragen hat das Obergericht auf der Seite der Finanzaristokratie gestanden, obschon die Unabhängigkeitserklärung unter ihren Anklagen gegen den König Georg III auch die folgende aufzählte: »Er hat die Richter von seinem Willen allein abhängig gemacht, für den Besitz ihres Amtes und die Höhe und Auszahlung ihrer Gehälter.« Die Geschichte will ihren Humor haben. Denn 154 Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung saß ein von der Hochfinanz bezahlter amerikanischer Richter im "Weltgericht" des Haag, und als offizieller Vertreter der amerikanischen Demokratie trat der beinahe zum Präsidenten erwählte Charles Evans Hughes an seine Stelle, um dann auf den Posten des sterbenden Taft als Chef des Obergerichts berufen zu werden. Und J. P. Morgan, dessen Haus den Grund zu seiner Finanzmacht während des Bürgerkriegs legte, indem der ältere Morgan ausrangierte Karabiner der Unionstruppen billig aufkaufte, putzte und für schweres Geld an Lincolns Regierung zurückverkaufte, eröffnet gleichzeitig seine Internationale Bank in Basel. Er wird sich auf Hughes und seinen Nachfolger im Haager Gericht verlassen, wenn es gilt den Europäern seinen Willen so aufzuzwingen, wie einst Georg III den 13 amerikanischen Kolonien. Die Geschichte wird sich erst dann etwas anders wiederholen, wenn ein Vereinigter Europäischer Kontinent seine eigene Unabhängigkeitserklärung schreibt.

Solange der Einfluß der Sklavenbarone in der Bundesregierung überwog, fällte das Obergericht nie eine Entscheidung zugunsten der Sklavenbefreiung. Noch kurz vor dem Bürgerkrieg entschied der Oberrichter Taney im Dred Scott Fall, ein Sklavenhalter habe das Recht einen entlaufenen Sklaven aus einem Antisklavereistaat zurückzuholen. Als aber die Wahl Abraham Lincolns zum Präsidenten den Kapitalisten des Nordens endgültig die Macht der Bundesregierung in die Hände spielte, und damit auch die Möglichkeit einer andern Orientierung des Obergerichts gegeben war, fielen die Sklavenbarone von der Union ab, bildeten ihre eigene Konföderation und griffen die Nordstaaten an. Wobei sie dann zu kurz kamen. So wurde aller Welt samt den Sklavenhaltern und ihren Oberrichtern klar gemacht, daß es doch noch eine höhere Instanz als das Obergericht gibt, um die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze zu bestimmen. Das hatte ihnen Daniel Webster schon 1830 gesagt, als der Senator Hayne aus Südcarolina behauptete, jeder Staat der Union hätte das souveräne Recht Bundesgesetze für nichtig zu erklären und sich sogar von der Union zu trennen. »Solch ein Fall berechtigt zur Revolution, Herr«, hatte Webster erwidert; »sie macht, wenn sie kommt, ihr eigenes Gesetz.« Und als nun nach dem Bürgerkrieg die von den Kapitalisten beherrschte Bundesregierung Gesetze zum Schutz der freigelassenen Sklaven annahm und ihre Truppen nach dem Süden schickte, um diese Gesetze im Interesse der republikanischen Parteimaschine durchzusetzen, verbot der Kongreß dem Obergericht diese Gesetze als Verstöße gegen die Verfassung zu bezeichnen. Das Obergericht verstand die Drohung und ließ die Hände davon. Ein prächtiger Präzedenzfall für eine wahre Volksregierung, an den aber die heutigen alten Parteien nicht gern erinnert werden. Denn die Oberrichter der Kapitalisten bilden sich ein, sie könnten die Welt dadurch zum Stillstand zwingen, daß sie in Taney's Fußtapfen treten und möglichst viele Arbeiterschutzgesetze der Staaten als verfassungswidrig verwerfen. Die alten Parteien überlassen dem Obergericht gern die Verantwortung dafür, daß der Arbeiter der Ausbeutung überliefert und seiner Bürgerrechte beraubt wird.

Diese Haltung des Obergerichts wirkt natürlich auf das ganze System der nationalen und staatlichen Rechtsprechung, so daß die Geschichte unserer offiziellen Justiz eine lange Reihe gesetzlich geheiligter Gewaltakte gegen die Arbeiter darstellt. Unter den nach langen Kämpfen der Arbeiter in verschiedenen Staatslegislaturen durchgesetzten, aber vom Oberbundesgericht als verfassungswidrig beiseite geschobenen Maßnahmen sind die folgenden: Verbot der Kinderarbeit, Verbot der Nacharbeit der Frauen, Achtstundengesetze, Minimallöhne, Schutz der Löhne gegen Pfändung, Schutz der Gewerkschaftskassen gegen Entschädigungsansprüche der Arbeitgeber, Ersetzung privater Arbeitsvermittlung durch kostenfreie öffentliche Arbeitsnachweise, Abschaffung privater Spione und bewaffneter Söldner gegen Streiker, Anerkennung der Gewerkschaften als gesetzliche Vertreter aller Arbeiter bei Verhandlungen mit Arbeitgebern, Verbot des Ausmietens von Sträflingen an Unternehmer. Zwar verfolgen die Gewerkschaften nach jedem Mißerfolg zäh die selben Ziele, haben auch in solchen Punkten allmählich Erfolge aufzuweisen. Aber es gibt noch immer keine einheitliche nationale Gesetzgebung und Durchführung solcher Regeln. Und das Spiel der Klassenjustiz wird noch dadurch erleichtert, daß die Exekutive der American Federation of Labor es immer noch vorzieht durch Selbsthilfe auf wirtschaftlichem

Weg ihre Ziele zu verfolgen und höchstens mit Hilfe der alten kapitalistischen Parteien und durch "Lobbies" im Kongreß nachzuhelfen, statt sich durch ihre eigene Klassenpartei Einfluß auf die Regierung und die Rechtspflege zu verschaffen. In allen anderen Fragen gelten Bundesgesetz und Bundesverfassung als maßgebend in der Rechtsprechung der Einzelstaaten. Aber wenn Arbeitergesetze zur Diskussion stehen, verkriecht man sich noch im 20. Jahrhundert hinter die archaischen Ideen der alten Sezessionisten über die souveränen Rechte der Staaten. Jede nationale Arbeitergesetzgebung wird als Eingriff in die Staatenrechte verschrien, und es gibt sogar Arbeiterführer, die aus persönlicher Berechnung gelegentlich mit den Richtern der alten Parteien in das selbe Horn stoßen. Denn Zentralisation der Macht in der Bundesregierung und Autonomie der Staaten und Gemeinden sind hier noch immer offene Fragen, gefällige Spielbälle der Beutepolitiker, und man läßt sie bei jeder Gelegenheit aufsteigen, um diese unvermittelten Gegensätze zur Verwirrung der Diskussion und Rechtspflege zu benutzen. Dabei ist die American Federation of Labor selbst fortwährend von Jurisdiktionszwisten ihrer Gewerkschaften zerrissen. Die praktische Durchführung ihrer Konventionsbeschlüsse scheidert häufig an Fragen der Autonomie, hinter denen sich zuweilen weiter nichts verbirgt als das persönliche Interesse eines Gewerkschaftsvorsitzenden oder -sekretärs. Daher kommt der alte Kampf zwischen dem "open shop" der Unternehmer und dem "closed shop" der Gewerkschaften nicht vom Fleck. Obgleich kaum $\frac{1}{4}$ der amerikanischen Arbeiter den Achtstundentag genießt, tut die American Federation of Labor, als könnte sie die Frage als erledigt ansehen und eine Agitation für die 5tägige Woche als nächsten Schritt unternehmen. In Europa längst gelöste Fragen der Arbeitervertretung in Wirtschaft und Politik liegen in Amerika noch im ungewissen, trotz der Mitarbeit der American Federation in der National Civic Federation, die die friedliche Verständigung und Zusammenarbeit der Klassen fördern soll. In keinem wirtschaftlich hochentwickelten Land ist deshalb die soziale Gesetzgebung so rückständig, spielen die großen Gewerkschaften wirtschaftlich und politisch eine so klägliche Rolle, hat die Klassenjustiz ein so leichtes Spiel mit den Arbeitern wie in den Vereinigten Staaten. Die Anwesenheit Matthew Wolls in der Civic Federation hat das Obergericht nicht verhindert die Hutmachergewerkschaft zur Zahlung von Millionen an die Unternehmer zu verdonnern oder die Leiter der American Federation wegen Verachtung des Einhaltsbefehls mit schweren Gefängnisstrafen zu bedrohen. Ebenso wenig hat die Taktik der gewerkschaftlichen Selbsthilfe und politischen Neutralität das Obergericht abgehalten auf Grund der Antitrustgesetze Gewerkschaften als »Verschwörungen zur Behinderung des Handels« zu bezeichnen oder die sonst so heilige Verfassung mit Füßen zu treten, wenn es sich um das Recht von Streikenden handelte.

So reich ist die Geschichte der amerikanischen Klassenjustiz an Fällen, die beweisen, daß die Verfassung in den Händen der Richter und des ganzen Regierungsapparats zur Schändung, nicht zum Schutz der Arbeiter dient, daß man Bände darüber schreiben könnte, die auch längst erschienen wären, wenn es hier eine wirkliche klassenbewußte Arbeitermacht gäbe. Es ist sehr leicht zu beweisen, daß es sich dabei um die Regel und ein bewußt gewolltes System, nicht um die Ausschreitungen einzelner handelt. Das hat sich nicht nur in der Praxis der Richter gezeigt sondern ist oft ganz frech den Arbeitern

ins Gesicht gesagt worden. Namentlich wenn Streikende, zur Verzweiflung getrieben und von schlecht beratenden Führern oder Provokateuren angereizt, bei ihrer Abwehr Dummheiten machten, beging die Klassenjustiz Heldentaten der Gesetzlosigkeit. Das klassische Beispiel dieser Art lieferte der General Bell bei den großen Streiks der Western Federation of Miners in Idaho und Colorado um die Wende des Jahrhunderts. Die industrielle Organisation und sozialistische Politik der Western Federation machte die Minenbarone rasend. Als die Streiks zu wirken angingen, schrien die Kapitalisten nach den Truppen. Unter diesen waren auch farbige Milizen, denn man liebt es bei solchen Gelegenheiten die nichtweißen gegen die weißen Arbeiter auszuspielen, um dadurch die Einigung der Rassen zu einer Arbeitermacht zu hintertreiben. Öffentliche Versammlungen der Streikenden wurden verboten und durch Militär zerstreut. Sozialistische Literatur wurde konfisziert, darunter auch ein Flugblatt mit dem Abdruck einer amerikanischen Flagge, auf die die Verfasser geschrieben hatten: »Sterne sieht der Arbeiter, wenn ihm der Polizeiknüffel auf den Schädel fällt, Streifen trägt er auf seinem Rücken von den Peitschenhieben der Kapitalisten.« Selbst das öffentliche Lesen der Unabhängigkeitserklärung wurde als Aufruhr verurteilt. Als sich die Streikleiter auf diese Erklärung und ihre in der Verfassung garantierten Bürgerrechte beriefen, schnarrte der General Bell: »To hell with the constitution!« Die Leiter wurden arretiert. Einige Freunde wollten ihnen auf dem Bahnhof Abschied sagen und die Hände drücken. Bell stieß sie barsch zurück, was Bill Haywood so aufbrachte, daß er den General mit einem Faustschlag auf den Mund zu Boden streckte. Natürlich wurde er sofort von den Soldaten mit den Gewehrkolben niedergeschlagen. Die Verteidiger der Arretierten verlangten auf Grund des Habeas Corpus die Auslieferung gegen Kautions an die Zivilbehörden. »To hell with Habeas Corpus, we'll give 'em Post Mortem«, schrie Bell. Die Soldaten durchsuchten die Häuser der Streikenden nach Waffen. Man sah einen Negersoldaten die Bettdecke einer kreißenden Frau wegreißen und mit dem Bajonnet die blutige Matratze unter ihr hochheben, um zu sehen, ob ihr Mann ein Gewehr darunter versteckt hatte. Alles war darauf berechnet die Streikenden zur wilden Wut und Gewalt zu treiben. Die Gerichte bis hinauf zum Obergericht nahmen von dieser Verachtung der heiligen Verfassung durch Bell und seine Soldaten keine Notiz, der General wurde noch mit Ehrungen überhäuft und befördert. Aus den Folgen dieses Streiks entwickelte sich der Prozeß gegen Haywood, Moyer und Pettibone wegen angeblicher Ermordung des Gouverneurs von Idaho, Steunenberg. Bill Haywood hatte in den Kneipen allerhand dummes Zeug gefaselt, die Spione der Minenbarone hatten darüber in ihrer Weise berichtet und einige Freudenmädchen als Zeugen zitiert, die Anwälte der Minenbarone spannen daraus ein Gewebe von Anklagen, um die Western Federation of Miners durch Verurteilung ihrer Führer zu zerschmettern. Die 3 Angeklagten, von denen Moyer und Pettibone durchaus gegen Haywoods Gewaltmethoden waren, schleppte man widerrechtlich von Colorado nach Idaho, um ihnen dort vor einem Schöffengericht von Bauern und Geschäftsleuten den Prozeß zu machen. Die Justiz ließ das zu. Man hoffte, daß diese Schöffen noch vergiftet wären durch die Vorgänge des großen Streiks im Distrikt Coeur D'Alene des nördlichen Idaho. Dort hatte man die Streikenden in einem mit Stacheldraht umzäunten Pferch wie Kriegsgefangene behandelt, wobei einige Provokateure der Minenbarone eine Erzmühle gesprengt hatten; um

der Western Federation Gewalttätigkeiten aufnutzen zu können. Trotzdem verloren die Minenbarone diesen Prozeß, denn es gelang dem Advokaten Clarence Darrow das freche Spiel überzeugend aufzudecken und die Gesetzlosigkeit der Kapitalisten an den Pranger zu stellen. Es war eine schwere Lektion für die gemäßigten Führer der Bergarbeiter. Ihr ist es zu verdanken, daß die geschwächte, zerspaltene und verarmte Organisation schließlich wieder in der American Federation of Labor Zuflucht suchte. Um dort neue Proben der Klassenjustiz trotz ihrer Verbindung mit der Civic Federation zu ernten. Denn die Minenbarone änderten ihre Taktik nicht. Sie gründeten ihre eigenen "Company Unions". Die Rockefeller-Guggenheim-Kombination ließ noch 1914 das Zeltlager der Streikenden von Ludlow /Colorado/ in Brand schießen, und ihre bewaffneten Söldner sahen ruhig zu, wie Frauen und Kinder unter den Ruinen mit verbrannten. Und als Upton Sinclair deshalb eine Demonstration vor der Geschäftsstelle des jungen Rockefeller in New York veranstaltete, galt die Freiheit der Rede und Versammlung ebenso wenig für ihn wie für die zusammengeschossenen Streiker. Rockefeller spielt seine Rolle als guter Christ und selbstloser Diener der Menschheit ruhig weiter, und seine Oberrichter sitzen wie weiße Eulen auf ihren Prunksesseln und mahnen das Volk zur Achtung vor dem Gesetz. Das ist selbstverständlich für Leute, die mit der Hochfinanz und ihrem System verschwägert sind. Genau so war es auch Eugene Debs mit seiner American Railway Union 1896 im Streik gegen die Pullman Company ergangen. Das Obergericht erließ einen Einhaltsbefehl gegen ihn, angeblich wegen Verletzung des Sherman'schen Antitrustgesetzes. Der demokratische Präsident Cleveland schickte gegen den Protest des demokratischen Gouverneurs Altgelt die Bundes-truppen nach Chicago, um den Streik zu brechen. Auf Antreiben bezahlter Provokateure wurden einige halb zerfallene Pullmanwagen in Brand gesteckt. Debs wurde in Woodstock eingekerkert. Diese ganze Prozedur war so offenbar widergesetzlich, daß selbst der konservative Biograph Clevelands, McElroy, bezweifelt, ob der Gebrauch des Einhaltsbefehls und der Bundes-truppen zu einer derartigen Justizverdrehung weise war, denn das Antitrustgesetz hätte wohl gegen die Pullman Company, aber nicht gegen die Gewerkschaft angerufen werden können. Doch es handelte sich eben nicht um die vorurteilslose Handhabung der Verfassung und der Gesetze sondern um die unbedingte Aufrechterhaltung der Klassenjustiz gegen Arbeiter, die die Scheindemokratie in eine wirkliche verwandeln wollten. Auch der Zwist zwischen Altgelt und Cleveland hatte den selben sozialen Hintergrund. Altgelt war in dem damals schwebenden Prozeß gegen die Chicagoer "Anarchisten" wegen angeblichen Bombenwurfs auf dem Heumarkt eminent unparteiisch, was man ihm als Parteinahme für die Arbeiter auslegte. Und als der Bombenwurf der Polizei selbst zur Last gelegt und die Hinrichtung von 5 Angeklagten als Justizmord gebrandmarkt worden war, beging Altgelt die unverzeihliche Sünde die übrigen Angeklagten freizulassen. Der aristokratische Mob und seine Presse verwandelten darum seinen Namen John P. Altgelt in John Pardon Altgelt. Ein demokratischer Gouverneur soll ein Diener der Geldmenschen sein; zeigt er sich gerechter als die Justiz, hat er ausgespielt.

Mitten unter solchen Vorgängen feiert man dann am 4. Juli die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten mit Lobreden auf die Demokratie, Freiheit und Gleichheit, die wir George Washington verdanken. Dies ist ein freies

Land für Millionäre. Gar Fälle wie der Justizmord an Sacco und Vanzetti, oder die Einkerkierung von Tom Mooney und Genossen wegen angeblichen Bombenwurfs in die Militärparade von San Francisco, oder das Herausfordern und Lynchen von Mitgliedern der Industrial Workers of the World durch Mitglieder der American Legion und Handelskammer von Centralia /Washington/ tragen den Stempel der Klassenjustiz schamlos auf der Stirn. Selbst wenn es sich im Lauf der Jahre herausstellt, daß falsche Zeugen, bestochene Richter, gekaufte Detektive und eingeschüchterte Schöffen ein ungerechtes Urteil zustande gebracht haben, hat kein Gouverneur den moralischen Mut die Unschuldigen frei zu lassen, wie es einst Altgelt gewagt hat.

Der Krieg zur "Sicherstellung der Demokratie in der Welt" hat die Klassenjustiz noch mit mehr Machtmitteln ausgestattet, und die Furcht vor der stetig wachsenden Macht des europäischen Sozialismus hat die herrschende Oberklasse noch brutaler und kopfloser gemacht. Sie will in alle Länder der Welt ihre amerikanische Überhebung tragen, ist aber empfindlich wie ein altmodischer Backfisch, wenn andere Nationen das gleiche Recht beanspruchen und durch ihre Propaganda bei uns Stimmung machen wollen. Der Internationalismus der amerikanischen Klassenherrschaft ist so einseitig wie ihre Demokratie, auch so heuchlerisch und intolerant. Namentlich die Äußerungen der europäischen Arbeiterpresse bringen unsere Plutokratie in Wut. Unsere Schmocks dürfen darüber nur mit überlegenem Hohn schreiben, als wären es lächerliche Kindereien. Denn man ist es nicht gewohnt sich von Arbeitern die Wahrheit sagen zu lassen. Das zeigte sich deutlich im Sacco-Vanzetti-Fall. Je lauter die Proteste im Ausland sich gegen den beabsichtigten Justizmord erhoben, um so fester verbissen sich die Bostoner Gewalthaber in ihren Entschluß an diesen beiden Ausländern, ob schuldig oder unschuldig, ein fürchterliches Exempel zu statuieren. Und sie führten ihre Absicht durch, selbst nachdem sich die Beweise für die Unschuld der beiden bis zu vernichtenden Anklagen gegen den Richter Thayer und den Gouverneur Fuller gehäuft hatten. Dazu ließen sie sich ihr Recht zu diesem Mord noch von ihren Universitätsprofessoren bescheinigen. Vielleicht um aller Welt zu zeigen, wie wenig sich die amerikanische Oberklasse um die Öffentliche Meinung zu Haus und im Ausland schert? Vielleicht um zu beweisen, daß ihr ganzes Justizsystem von dem servilen Thayer bis zu den aus dem Weg schleichenden Oberrichtern an einem Strang zog? Vielleicht um den Arbeitern im Ausland einzuschärfen, daß jedes Rütteln an diesem System den Tod einläd?

Der Prozeß gegen Debs wegen angeblicher Verletzung des Spionagegesetzes im Krieg entsprang dem selben Klassendünkel der amerikanischen Plutokratie. Denn andere schrieben und redeten gegen den Krieg, ohne angeklagt zu werden. Man sah eben in der künstlich aufgelegten Kriegsstimmung eine gute Gelegenheit dem Präsidentschaftskandidaten der Sozialistischen Partei eins auszuwischen. Man fühlte sich so sicher, daß Richter und Schöffen ihre Voreingenommenheit ganz offen während der Verhandlung zur Schau trugen. Die Bestätigung des Urteils auf 10 Jahre Zuchthaus durch das Obergericht und Woodrow Wilsons Weigerung Debs freizulassen, obgleich der Justizminister Palmer dafür war, zeugen für die Macht des schlechten Gewissens und der Klassenarroganz wie für das völlige Fehlen des Rechtssinns. Auch der Präsident Harding, schon tief in den Teapot-Dome-Skandal verwickelt, wagte es nicht den todkranken alten Mann freizugeben. Erst als er

im Zuchthaus zu sterben drohte, schaffte man ihn nach Haus. Die erbärmliche Kriecherei unserer hohen Regierungsbeamten vor der Plutokratie ist kaum frappanter zu illustrieren. Wäre Debs bereit gewesen sich schuldig zu bekennen und den Moloch des Klassendünkels um Gnade zu flehen, hätte man ihn früher geschont. Aber dazu war Debs zu aufrichtig und männlich.

Nach der Tragödie des Debsprozesses kam die Komödie des Prozesses gegen das sozialistische Kongreßmitglied Victor Berger aus Wisconsin. Schon daß man ihn mit den "Kommunisten" in einen Topf warf, war eine demagogische Komödie, denn man wußte sehr gut, daß diese seine bitteren Feinde waren. Die ganze Verhandlung unter der Leitung des Richters Kennesaw Mountain Landis, den wir bald Kennesaw Mountebank Landis taufte, war auf eine Farce abgestimmt. Er war Richter, Staatsanwalt und Henker in einer Person, warf dem Angeklagten die größten Beleidigungen ins Gesicht und machte gar kein Hehl daraus, daß es sich um ein vorgefaßtes Urteil, nicht um eine Rechtsprechung handelte. Der Hauptzweck dieser Clowniade war der republikanischen Garde in Wisconsin zum Sieg über Berger zu verhelfen und die sozialistische Tageszeitung in Milwaukee, den Milwaukee Leader, zu vernichten. Beide Absichten schlugen fehl, weil sich der Krieg dem Ende zuneigte, die Wähler und Leser den Angeklagten kräftig unterstützten, und die Stimmung schnell so umschlug, daß die Kriegsprofitler und Korruptionisten am Pranger standen, und die Sozialisten mehr und mehr in ihrer Haltung gegen den Krieg gerechtfertigt wurden. Landis verschwand bald darauf von der Richterbank, die er zu lächerlich gemacht hatte, als daß er selbst der Plutokratie hätte gefallen können. Durch diesen würdelosen Bajazzo litt sie Schaden, und der Republikanischen Partei wurden Wähler abgetrieben. Die Klassenjustiz kann das Gelächter schlechter vertragen als den Angriff. Der Kongreß weigerte sich nach Bergers erster Wiederwahl ihn aufzunehmen. Als aber die Wisconsiner Wähler dem Urteil zum zweitenmal trotzten und ihn in den Kongreß zurückschickten, gab man nach. Dann bequeme sich endlich auch die höhere Justiz das lächerliche Urteil des Richters Landis, das auf 20 Jahre Zuchthaus lautete, niederzuschlagen.

Zu einer ähnlichen Farce entwickelte sich kürzlich der Prozeß gegen die streikenden Baumwollspinner in Gastonia /Nordcarolina/. Der Polizeichef Aderholt war von unbekanntem Feinden in der Nähe des Gewerkschaftshauses erschossen worden. Weil einige angebliche Kommunisten unter den Streikenden waren, suchte man die ganze Gewerkschaft mit der "kommunistischen" Gewalttaktik zu belasten. Die Verhandlungen vor der ersten Schöffenreihe mußten abgebrochen werden, weil ein Schöffe so viel über Hölle und ewige Seligkeit grübelte, daß er verrückt wurde. Das kam von der Atmosphäre, die der Staatsanwalt mit seinen Reden geschaffen hatte. Auch bei den Verhandlungen vor den neuen Schöffen wurde die selbe Posse aufgeführt. Obgleich die Verfassung die Freiheit der religiösen Überzeugung garantiert, beschuldigte der Staatsanwalt die Gewerkschaft der Gottlosigkeit, freien Liebe und Gesetzlosigkeit. Er suchte nachzuweisen, daß diese gottlosen und unmoralischen Gewerkschafter aus Prinzip die Polizei hassen und Polizeichefs morden. Dennoch mußte er seine Anklage in Mord 2. Klasse verwandeln, wodurch die Todesstrafe ausgeschlossen wurde. Dafür bearbeitete er die gottesfürchtigen Schöffen aber derartig mit Sonntagsreden, daß 7 Streiker zu je 17 bis 20 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden. Die Sache wird noch ver-

schiedene Nachspiele haben. Wären die Streiker noch dazu Mexicaner, andere Ausländer oder Nichtweiße gewesen, so hätte man auf noch mehr Vorurteilen der Schöffen herumspielen können. Denn das gehört mit zu den amerikanischen Begriffen über demokratische Gleichheit vor dem Gesetz.

Wie die Richter und Staatsanwälte, so die Polizei und die Schöffen. Die Polizei steht beim Volk schon längst in sehr schlechtem Ruf, wegen ihrer offenkundigen und korrupten Verbindungen mit dem Verbrechen, ihrer widergesetzlichen Gewalttaten gegen Streikende oder unbescholtene Arrestanten, denen man Geständnisse nicht begangener Verbrechen abzwängen will, und wegen beutepolitischer Gepflogenheiten beim Eintreiben aller Arten ungesetzlichen Tributs. Das Schöffensystem arbeitet nur bei Hinterwäldlern und in Fällen außerhalb des Klassenkampfes mehr oder weniger demokratisch. Zudem ist es auf dem Besitz aufgebaut, wie die ganze Rechtspflege. Handelt es sich um Gewerkschafter, politisch Radikale, Anhänger des Evolutionsgedankens, Ausländer oder "Farbige", so zeigt sich auf den ersten Blick, daß man nicht nach Grundsätzen der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit sondern nach Klassengeist, Borniertheit und Intoleranz Recht spricht. Der Fall des Professors Scopes in Arkansas ist so typisch für dieses System wie die von mir zitierten Fälle. Aber selbst diese Voreingenommenheit und krasse Unwissenheit der Schöffen reichen für die Zwecke unserer Oberklasse nicht mehr aus. Man macht jetzt Propaganda für die Abschaffung der Schöffen und möchte am liebsten auf die amerikanischen Auswüchse der Rechtspflege die Methoden der mittelalterlichen Inquisition aufpfropfen, namentlich zur Unterdrückung sozialer, wissenschaftlicher und religiöser Ketzer. Durch die Prohibition sind auch ihre Gegner auf den Index dieser gesetzlosen Justiz gekommen; ihre Ausschweifungen steigen ins Unermeßliche, wobei das Obergericht und das Justizministerium den Ton angeben. Zur Gegenwehr ist von den am meisten Betroffenen eine Nationale Kommission zur Untersuchung offizieller Gesetzlosigkeit geschaffen worden. Ihr Stab von Gesetzkundigen sammelt Daten über solche Dinge wie die Unterdrückung der freien Rede, ungesetzliche Methoden der Polizei beim Kesseltreiben in der "Unterwelt", Unterdrückung der bürgerlichen Rechte in Bergbaudistrikten, Korruption unter Richtern, Polizeibeamten und Agenten des Prohibitionsdepartements, Verletzung der Verfassung und Verdrehung des Rechts durch offizielle Gesetzeshüter, ungesetzliche Methoden beim Empfang von Einwanderern und Deportieren von Ausländern. Auch Organisationen wie die von Sozialisten und Liberalen gegründete Civil Liberties Union beweisen, daß man sich hier gegen ein tief eingewurzelt System, nicht gegen vereinzelte Ausnahmen verteidigt. Wären noch weitere Beweise dafür nötig, so gäben sie die wütenden Angriffe der offiziellen Justizmißhandler gegen solche Organisationen.

Die amerikanische Klassenjustiz, mit ihrer Scheindemokratie, Heuchelei, Gewaltsamkeit, Borniertheit, Intoleranz und Rückständigkeit ist ein natürliches Stück des plutokratischen Kapitalismus, dessen Regierungsmaschine von jeher Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit gehaßt hat und von Tag zu Tag mehr haßt. Die amerikanische Oberklasse möchte gern ihre rückständige Geisteskultur mit ihrer Geldherrschaft nach Europa exportieren und dort den reaktionärsten Elementen unter den Herrschenden helfen das Rad des sozialen und geistigen Fortschritts so weit wie möglich rückwärts zu drehen.



FELIX STÖSSINGER · KONTINENTALPOLITIK ALS BEGINN DER NEUZEIT



SEIT dem Weltkrieg hat die Kontinentalidee der Sozialistischen Monatshefte eine immer größere Bedeutung erlangt, sie wird heute als eines der mächtigen Grundprinzipien erkannt, um die sich ein neues Zeitalter bildet, und Aristide Briand hat ihre Verwirklichung jetzt als ein Ziel der französischen Europapolitik proklamiert. Wie jeder große Gedanke hat auch der kontinentale seine Vorgeschichte. Gewöhnlich stellt man an ihren Anfang den sogenannten Großen Plan einer Christlichen Republik, als dessen Schöpfer Heinrich IV gilt, auf Grund der Memoiren seines Ministers Herzog von Sully. Das Ziel dieses Plans war »la paix perpétuelle de l'Europe«. Der Große Plan Heinrichs IV hat seine Bedeutung gehabt, einerlei, ob er Historie war oder Legende. Aber auch er hatte einen großen Vorgänger: die politischen Verhandlungen und Kombinationen des tschechischen Königs Georg von Podiebrad, der bereits 150 Jahre vor Heinrich IV die Zersplitterung und Selbstvernichtung Europas durch eine europäische Konföderation unter französischer Führung beenden wollte. Es ist gewiß kein Zufall, daß bahnbrechende Ideen, wenn sie vorzeitig auftreten und zunächst mehr eine geträumte als eine politische Realität haben, mit großen Persönlichkeiten gerüchtweise oder gerechterweise in Verbindung gebracht werden. Heinrich IV war ein großer Volkskönig, und deswegen traut ihm die Geschichte seinen Großen Plan zu. Aber auch der Hussitenkönig Georg von Podiebrad war ein Politiker großen Formats, der als erster die europäische Einheit zum Postulat erhebt. Geboren aus dem Leiden an der europäischen Uneinheit, steht diese Forderung im engsten Zusammenhang mit den politischen Kämpfen des tschechischen Volks, das seiner Umwelt in vielen Beziehungen um Jahrhunderte voraus war.

Es ist keine Übertreibung vom tschechischen Volk im Zeitalter der Hussitenkriege von 1409 bis 1470 dies zu behaupten. Durch 2 Prinzipien, die damals noch nirgends in solcher Stärke vorhanden waren, stellte sich das Volk auf eine geschichtlich weit fortgeschrittene, daher aber isolierte und unhaltbare Position. Das eine Prinzip war das Nationalgefühl, das andere die Demokratie. Diese beiden Kräfte begannen sich erst im 15. Jahrhundert zu entwickeln. Ihr großartigster Ausdruck war der Sieg des Nationalgedankens durch die Hilfe eines Volkskindes, war der Triumph der Jeanne d'Arc. Aber schon 30, ja 50 Jahre vorher war im tschechischen Volk diese Kraft lebendig, ja drohend vorhanden, stärker als irgendwo sonst. Alle politischen Ereignisse in Böhmen stehen in dieser Epoche unter dem Druck eines Faktors ganz moderner Prägung, unter dem Druck der Straße. Unter dem Druck der Straße eroberten die Tschechen unter dem Rektorat Jan Hus' die Prager Universität, unter dem Druck der Straße wird Georg von Podiebrad, ein bewährter Politiker aus kleinem tschechischen Landadel, im Alter von 37 Jahren zum König gewählt, der einzige moderne Volkskönig des ausgehenden Mittelalters, der seine Stellung aus dem Widerstreit demokratischer und reaktionärer Strömungen empfing. Und schließlich ist das ganze Hussitentum nichts anderes als der religiöse Ausdruck des nationalen und demokratischen Willens eines ganzen Volkes. Das religiöse Kennzeichen des Hussitentums war die Kommunion in zweierlei Gestalt, durch Brot und Wein. Wäh-

rend der katholisch Kommunizierende nur die Hostie empfing, eroberte sich der Hussite den Genuß des Kelchs. Politisch bedeutete das die Gleichberechtigung des Volks neben dem Priester, dem der Kelch sonst allein vorbehalten war. Das Laientum versuchte das Privileg der geistlichen Weihe durch die Eroberung einer geistigen Erhebung zu brechen, von der sich alle materiellen Vorrechte herschrieben. Die Hussitenkämpfe waren also nicht, wie es einer rein ideologischen Geschichtschreibung erscheint, Kämpfe um ein religiöses Dogma sondern um eine politische Macht. Das tschechische Volk blutete sich buchstäblich dafür zu Tod, weil es wußte, daß allein sein Kelchertum seine staatliche Unabhängigkeit von Rom gewährleistete, ohne die seine nationale Gestalt nicht denkbar war. Denn damit waren noch verbunden: Einschränkung der geistlichen Macht zugunsten der weltlichen, staatliche Kontrolle der Priesterschaft, freie Wahl des Monarchen, nationales Königtum. Eine solche Volksgemeinschaft war etwas Unerhörtes im Mittelalter, da noch jede Macht ein Geschenk, ein Lehen des Papstes war, und keine weltliche Existenz außerhalb der päpstlichen, geschweige denn im Gegensatz zu ihr, denkbar. Der Hussitenstaat war, so gesehen, der erste europäische laizistische Staat, den anderen Völkern eine Anregung zu gleicher Initiative durch den Wohlstand und das friedliche Glück, das sich auf der Basis weltlicher Kräfte hier entwickelte, gefördert durch eine ganze Reihe glänzender Persönlichkeiten, deren historisch bedeutendste Georg von Podiebrad war. Mit seinen nationalen und demokratischen Energieen verband das tschechische Volk einen sehr gesunden realen und einen religiös intuitiven Sinn. Seine große Originalität bestand in 2 polaren Leistungen: in der Entwicklung einer neuen, nämlich demokratischen Kriegskunst in den hussitischen Wagenburgen, die historisch große Wirkungen erzielten, und, durch eine Politik erfolgreichen Verhandeln mit allen Völkern, in der Aufstellung politischer Ziele von weiter Sicht.

Es war natürlich, daß der hussitische Laienstaat, von aller Welt isoliert und bekämpft, auf Vereinigung sinnen mußte. So geschickt Georg auch mit dem Papsttum lavierte, so war doch die Austragung der Gegensätze nur eine Frage der Zeit. Gegen die Europa beherrschende Kirche konnte sich der Hussitenstaat nur halten, wenn er eine gleich starke Gegenmacht schuf. Eine solche konnte aber keiner der bestehenden Staaten sein, sondern nur ihre Summe durch ihre Vereinigung. Unmöglich war das nicht, denn es gab keinen Staat, der nicht durch den Anspruch des Papsttums als doppelte Macht, nämlich als geistliche und als weltliche, anerkannt zu werden dauernd Schaden litt. Übertragen wir die moderne Kontinentalterminologie auf die damaligen Verhältnisse, so könnte man sagen, daß das Papsttum damals ein geschlossenes geistiges Imperium darstellte, das durch Übergriffe in andere politische Imperien seine Stellung sicherte, den anderen Imperien die Entwicklungsmöglichkeiten beschränkte und eine schließlich für sich selbst unheilvolle Politik betrieb. Demgegenüber erkannte der tschechische König, daß die freiwillige Einigung der europäischen Mächte die europäischen Staaten viel besser nach außen sichern, außerdem eine Fülle innerer Konflikte beseitigen würde, die aus dem zwiefältigen Spiel der päpstlichen Diplomatie herrührten.

So ging Georg von Podiebrad an die Bildung von immer größeren Einheiten. Zuerst sicherte er seine Macht über Böhmen. Dann brachte er die wichtigsten deutschen Mächte auf seine Seite. Kraft seiner Persönlichkeit und der Konsolidierung seines Staats fiel ihm wiederholt die Rolle des Friedensstifters

und Schiedsrichters in den unzähligen Händeln zu, die die deutschen Fürsten unter einander entfesselten. Er, der Ketzler, war Schiedsrichter und Friedensstifter zwischen dem Kaiser und Bayern, zwischen Bayern und Hohenzollern, zwischen Hohenzollern und Bamberg. Er entwarf und verhandelte Pläne zur Reform des Reichs, zur Stützung der Kaisermacht, zur organischen Bildung einer deutschen Einheit. Es war natürlich und nicht zu vermeiden, daß seine Kandidatur auf den römischen Thron fast greifbar wurde. Trotzdem versuchte er als Gegenspiel gegen die katholische Einheit eine christliche Einheit durch Verbindungen zwischen der hussitischen und der griechischen Kirche zu schaffen. Aber seine Stellung blieb trotz enormen Erfolgen gefährdet, da dem Papsttum die religiöse Leidenschaft aller Völker gegen den isolierten, noch unverstandenen Patriotismus des tschechischen Volks zur Verfügung stand, und es die Instrumente zur Niederkämpfung des Königs schließlich einmal doch finden und kaufen konnte. Selbst die türkische Gefahr, die damals für Europa mit der Eroberung Konstantinopels begann, war für Georg kein Schutz, obgleich er ihre Größe besser als seine Zeitgenossen erkannte und zu ihrer Bekämpfung aufrief. Das war die Situation, aus der der Plan des tschechischen Königs Georg von Podiebrad zu einer Konföderation Europas unter französischer Führung hervorging.

Beziehungen zwischen Tschechen und Franzosen waren damals durchaus nicht neu. Zu den Franzosen fühlten sich die Tschechen wiederholt verwandt hingezogen. Gern gaben sie sich dem Einfluß der französischen Kultur hin, der auch im 15. Jahrhundert in allen europäischen Staaten groß war. Tschechische Chroniken klagen schon im 13. Jahrhundert, daß das Volk, ohne die Mittel dazu zu haben, französische Moden nachäffe und einen zu großen Kleiderluxus entfalte. Dagegen predigten die Böhmisches Brüder, eine Gemeinschaft, die wir heute als Tolstojaner bezeichnen würden, und die sich sehr bezeichnend des besondern Schutzes Georg von Podiebrads erfreuten, nicht obgleich, sondern weil sie jeden Krieg als Verbrechen erklärten, gegen Tötung und Todesstrafe sprachen. Auch hierin zeigt sich die Liebe Georgs zum Frieden, wie auch noch Jahre später, als er, um den furchtbaren Krieg gegen den katholischen Gegenkönig Matthias von Ungarn zu beenden, sich zum Zweikampf mit ihm anbot, dessen Ausgang den Krieg entscheiden sollte. Zunächst aber sah sich Georg durch den Verlust verschiedener Bündnisse bedroht, und das brachte ihn auf 2 Pläne: einen vorläufigen und einen weitergehenden. Der vorläufige Plan war ein Bündnis Böhmens, Ungarns, Polens, also eine Art Kleine Entente. Diese Kleine Entente sollte, und das war der weitergehende Plan, mit Frankreich eine größere bilden, und aus ihr sollte eine Vereinigung aller europäischen Staaten entstehen.

Aus den Überlieferungen geht der Plan des Königs Georg als eine Einheit hervor, die zielbewußt geschaffen werden sollte. Aus vielen vereinzelt Handlungen erkennt man einen genialen Instinkt und ein Streben nach einem neuen Prinzip. Der Gedanke der europäischen Einheit war für die damalige Zeit durchaus nicht etwas revolutionär Neues. Die Einheit, die Europa im Schoß der Christenheit fand, und die Jahrhunderte später Novalis wiederherstellen wollte, war durchaus nicht dem Bewußtsein der Zeit verloren gegangen. Das Revolutionäre und Neue des hussitischen Plans war vielmehr die Erneuerung der europäischen Einheit außerhalb des Papsttums. Wäre Georg von Podiebrad nur ein kleiner Politiker gewesen, hätte er das Papst-

tum wie andere nach ihm bekämpft. Er erkannte aber, daß das Papsttum nur durch Ausübung verkehrter Funktionen sich um seine Bedeutung und die Völker um den Frieden brachte. Georg brauchte der Welt gegenüber die geistliche Rechtfertigung. Diese Rechtfertigung konnte nur ein Konzil gewähren. Da aber der Papst die Einberufung des Konzils verweigerte, sollten die europäischen Staaten unter französischer Führung sich durch ihre Einigung jene Autorität verschaffen, die zur Einberufung eines Konzils und zur Schlichtung aller geistlichen und weltlichen Streitfragen unerläßlich war. Das neue Konzil sollte regelmäßig wiederkehren, eine Versammlung aller europäischen Fürsten und Gesandten zur Reglung staatlicher Fragen, unter Ausschaltung der Kurie. Die neuen europäischen Fürstentage sollten mit der steigenden Macht, die ihnen erfolgreiches Handeln sicherte, die Grenzen zwischen Papst und Staatsmacht ziehen, Kirchenrecht durch Völkerrecht ersetzen, das Papsttum säkularisieren, nach dem Vorbild des tschechischen Laienstaats ein laizistisches Europa herbeiführen. Realpolitisch bedeutete das, daß der neue Fürstenbund den Schutz Europas gegen die Türken übernehmen werde. Der Kreuzzug, bisher eine Sache des Papsttums, wurde Sache Europas, das heißt, die Religionskriege wurden nunmehr zu Nationalkriegen.

Bei diesen Plänen hatte Georg mit den selben Schwierigkeiten zu kämpfen wie 350 Jahre später Napoléon. Sprach er seine europäischen Tendenzen aus, so wurden sie nicht geglaubt, verschwieg er sie, so konnte er nicht überzeugen. Die Idee war Gegenstand der Kabinette, aber sie wurde von niemandem schneller verstanden als von denjenigen, gegen die sie gerichtet war: von der päpstlichen Diplomatie. Ähnlich wie heute die kontinentale Idee dem Angelsachsentum rascher aufgegangen ist als dem Kontinentaleuropäertum. Die Ähnlichkeit zwischen damals und heute beruht auf den selben Gründen. Personen, die an Gegenwartsvorstellungen, Gruppen, die an Gegenwartszustände gebunden sind, sahen und sehen sich durch den Zusammenschluß des Kontinents bedroht. Sie fühlen instinktiv, daß die Entstehung eines neuen Europas alle parasitären Existenzen bedroht und alles Veraltete in den Strom eines neuen Werdens hineinreißt. Durch diesen Prozeß wäre damals wie heute vieles beseitigt worden, was damals wie heute für ewig geschaffen zu sein schien. Genau so wie der zu schaffende Vereinigte Europäische Kontinent das wahre Interesse Englands nicht verletzt sondern ihm erst die richtigen, homogenen Lebensformen geben wird, stand auch die hussitische Idee: außerhalb der weltlichen Papstmacht Europas Einheit zu schaffen, keineswegs im Gegensatz zu den wahren Aufgaben der Kirche sondern nur im Gegensatz zu zeitgebundenen Irrtümern, die von den Jahrhunderten seitdem überwunden sind. Solange das Papsttum seine geistliche Universalidee mit einer weltlichen verband, mußte es jeden Versuch eine imperiale Universalität zu errichten als Gefährdung seiner geistlichen betrachten. Heute, da diese Divergenzen nicht mehr bestehen, hat der Katholizismus erkannt, daß er selbst zu einer reinern Gestalt seiner Idee gelangt, wenn die Völker die Zerrissenheit Europas überwinden, die alles wirtschaftliche, geistige und damit auch religiöse Leben auf die Dauer unmöglich macht. Bei der Bildung des Vereinigten Europäischen Kontinents werden die katholischen Kräfte mit ihrem in Jahrhunderten erworbenen Sinn für universale Bindungen eine Rolle spielen, die stets so groß sein wird wie die Unterstützung, die sie dem neuen Europa angedeihen lassen. Daß der Katholizismus auf diesem Gebiet

wirkungsvolle Hilfe leisten kann, hat die katholische Jugend Deutschlands unmittelbar nach dem Weltkrieg bewiesen, als sie mit richtungweisender Offenheit die Pflicht Deutschlands Frankreichs verwüstete Provinzen wieder aufzubauen als einen Akt moralischer Wiedergutmachung betätigte. Zu dieser Gesinnung zurückzufinden (und unterscheiden zu lernen zwischen der Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung durch die deutschen Reparationszahlungen an Frankreich und dem gemeineuropäischen Tribut für amerikanische Kriegsgewinnler) gehört zu den Aufgaben der neuen Generation.

Wenden wir uns nun wieder der Politik europäischen Aufbaus bei Georg von Podiebrad zu. Erst am 16. Mai 1464 war nach mehrjährigen Vorbereitungen der historische Tag gekommen, an dem eine feierliche tschechische Gesandtschaft in Stärke von etwa 50 Personen in Prag aufbrach und mit dem offiziellen Auftrag Verhandlungen über ein tschechisch-französisches Bündnis zu führen quer durch Deutschland nach Frankreich zog. Die Ereignisse dieser Reise zeichnet das Tagebuch des Gesandtschaftssekretärs Jaroslaw sorgfältig auf, das der große Historiker der böhmischen Geschichte, Franz Palacky, später, vor jetzt 100 Jahren, veröffentlicht hat.

Die persönliche Aufnahme der Gesandtschaft war glänzend, die diplomatische nicht, obwohl der tschechische Plan den französischen Interessen sorgfältig angepaßt war. Der König von Frankreich sollte die Leitung des Europäischen Bundes übernehmen, die regelmäßige Einberufung des Bundestags, die militärische Führung des Kontinents. War die Einberufung der europäischen Reichstage bisher Sache des Papstes oder seines Vertreters, des christlichen Kaisers, so war schon durch den Übergang dieses Einberufungsrechts auf einen französischen König, auf dessen Wahl das Papsttum ohne Einfluß war, ein sensationelles Laienrecht usurpiert. Nach französischem Vorbild sollten die künftigen europäischen Konzile als Parlamente bezeichnet werden, ihr weltlicher Charakter sollte schon im Namen zum Ausdruck kommen. Die päpstliche Diplomatie hatte gegen die Gesandtschaft mit allen Kräften vorgearbeitet. Trotz den Differenzen des französischen Königtums mit dem Papsttum war der französische Hof wie jeder andere in dieser Zeit geistlich. Die Bischöfe erklärten daher sofort, daß auch die allgemeinste Besprechung, ja die bloße Erwähnung des Plans ohne formelle Zustimmung des Papstes unmöglich sei. Die Vollmachten der Gesandtschaft zu diesen Verhandlungen wurden bestritten, obgleich ihre absichtlich nachträglich vorgenommene Verlesung den Plan als authentisch erwies. Die Gesandtschaft konnte nicht mehr erreichen, als daß einige unverbindliche Besprechungen außerhalb der Sitzungen des Königlichen Rats stattfanden. Jaroslaw schildert in seinem Tagebuch die Verhandlung zwischen den beiden tschechischen Gesandten und den französischen Bischöfen. Man schrie sich derart erregt an, daß man durch das Fenster auf der Straße der Diskussion über den Europapakt folgen konnte. Leidenschaftlich erklärten der Bischof von Evreux und der Patriarch von Jerusalem, es stehe dem König von Böhmen gar nicht an ohne Zustimmung des Heiligen Vaters und des Kaisers der Christenheit solches zu verlangen, nur diese hätten den Beruf dazu, der König von Böhmen habe sich nicht darein zu mengen. So lief die Gegenarbeit auf die (uns gewiß nicht unbekannt) Argumentation hinaus, man dürfe eine europäische Einigung nicht ohne päpstliche (lies heute: angelsächsische) Zustimmung in die Wege leiten. Auch an sonstigen modernen Argumenten

fehlte es schon damals nicht. So etwa, daß Frankreich durch Verfolgung dieses Europaplans etwas "gegen" Deutschland, "gegen" den römischen Kaiser unternehme. Auch die moderne tschechenfeindliche Geschichtschreibung, etwa Adolf Bachmanns in seiner Geschichte Böhmens, folgert aus Georgs Einheitsplänen auf seine Hinterlist, da er doch gleichzeitig die Reichsreform betrieb. Schon damals konnte man sich also nicht vorstellen, daß die Schaffung höherer Einheiten nicht notwendig gegen andere Einheiten gerichtet und nicht zur Unterdrückung ihrer Teile bestimmt sei. Es ist ebenso lehrreich wie amüsant, daß gegen die Idee der europäischen Einheit von ihren Gegnern seit 500 Jahren keine neuen Argumente mehr gefunden werden.

Die päpstliche Sabotage hatte vollen Erfolg. Ludwig XI fühlte sich aber selbständig genug gegen den päpstlichen Willen ein tschechisch-französisches Bündnis zu schließen und statt, wie es gewünscht worden war, den Europa-plan abzulehnen nur seine Vertagung auszusprechen.

Das war das Ende des ersten Plans eines europäischen Zusammenschlusses. Das Gefühl der europäischen Solidarität, das damals noch vorhanden war, wurde in der Folgezeit derart zerstört, daß noch heute seine Wiederherstellung Menschen ohne Phantasie nicht möglich erscheint. Erst die folgenden Jahrhunderte haben den Völkern Europas das gegeben, was das tschechische Volk damals schon in so starkem Maß besaß: Volksgefühl, Demokratie und Verantwortung für das Werden und Schaffen einer neuen Zeit.

Georg von Podiebrads Plan ging aber nicht unter. Seine Grundzüge sind unverkennbar in dem Großen Plan einer Christlichen Republik enthalten, den Sully in seinen Mémoires vielleicht erfunden, vielleicht aufrichtig übermittelt hat. Auch der Plan Sullys will einen Europäischen Bund unter französischer Führung mit einer parlamentarischen Vertretung aller Staaten und mit der Aufgabe den ewigen Frieden als Resultat internationaler Rechtsentwicklung herbeizuführen. Er enthält freilich auch viele Elemente der Herrschsucht durch seine unverkennbare Kampfstellung gegen Habsburg. Er ist lange nicht so rein wie der Plan des Hussitenkönigs, der Geist vom Geist der Römischen Bruderschaft Peter Chelcickys war. Durch Heinrich IV und Sully geht der hussitische Plan auf den Abbé Saint-Pierre, auf Rousseau, Kant und Saint-Simon über. Damit ist der Anschluß an unsere Zeit vollzogen. Napoléon fand die Aufgabe vor Europa nicht gegen das Papsttum sondern gegen die Macht zu einigen, die durch Europas Uneinigkeit zum »Despoten des Weltmarkts« werden mußte; gegen England. Die französische Demokratie trägt durch Victor Hugo, Ernest Renan, Emile Zola den Gedanken der Einigung Europas durch die bürgerlichen Nationalkriege. Diese schaffen die Nationalstaaten als Voraussetzung der Internationale, wie es seit Napoléon Marx und Engels gefordert haben. Heinrich Heine und Friedrich Nietzsche begreifen wie wenige die Mission Napoléons, dessen Untergang sein Vermächtnis an Europa 100 Jahre verhüllt hat. Die Kontinentalidee der Sozialistischen Monatshefte enthüllt aus dem Geist des Marxismus die vielen lange unfaßbare Tatsache, daß sich jenseits Europas 4 Wirtschaftsimperien gebildet haben oder sich zu bilden im Begriff sind, und daß Kontinentaleuropa vor der Entscheidung steht sich zu einer ebensolchen Wirtschaftseinheit zusammenzuschließen oder zugrunde zu gehen. Der moderne Sozialismus gibt durch den Revisionismus dem Europagedanken seine letzte Gestalt. Darüber hinaus gibt es keine begriffliche Entwicklung mehr sondern nur noch seine reale Gestaltung.

Die neue Tschechoslowakische Republik betrachtet sich mit Stolz als den Nachfolgestaat des Hussitenreichs. Zu den ersten Festen der jungen Republik gehörte eine gewaltige Feier des ganzen Landes zu Ehren Hus'. Es sind mehr als verwandte politische Konstellationen, es sind vielmehr die Grundkräfte der Realitäten selbst, die die neue Republik durch die Kleine Entente in das selbe Bündnissystem gebracht haben, das Georg von Podiebrad vor einem halben Jahrtausend als Vorstufe für ein einiges Europa zusammenfügen wollte. Heute trägt die tschechische Politik im Verein mit der französischen die Kontinentalidee, deren Verwirklichung die endgültige Versöhnung zwischen dem Deutschtum und dem Tschechentum herbeiführen muß.

Wie vor 500 Jahren soll auch heute Deutschland nicht Objekt sondern Subjekt des europäischen Zusammenschlusses sein. Dazu bedarf es nichts andern, als daß Deutschland selbst Träger dieser Idee wird. Gerade diese historische Reminiszenz zeigt, welche Kräfte geistige Mächte entwickeln. Nach jeder Unterdrückung erheben sie sich von neuem, und sie tragen das Volk am höchsten, das den Mut hat sich ihnen anzuvertrauen.

DAVID LUSCHNAT · DAS SCHIFF



AUF dem bewegten Salzwasser, das der Sturm streichelt, bewegt sich das Schiff seinem Ziel entgegen. Oben sind Sterne und Wolken, unten sind Korallenwälder und elektrische Fische. Das Schiff würde untergehen und nicht mehr Schiff sein, wenn es nicht leeren Raum im Innern hätte. Dieser leere Innenraum ist die Seele des Schiffs. Er bewirkt, daß es bleibt, was es ist und auf der Grenzlinie von Oberwelt und Unterwelt hingleitet. Die Mannschaft ist darauf bedacht ihrem Schiff die Seele zu erhalten. Denn sie will mit Hilfe dieses Innenraums das Ziel erreichen, den südlichen Palmenhafen.

Die Mannschaft hat eigentlich kein bestimmtes Bewußtsein von dem Innenraum, weil sie gewohnheitsmäßig darin herumhandelt. Aber ihre Handlungen sind gleichwohl unablösbar mit dem Innenraum verbunden, der eigentlich aus lauterm Nichts besteht und doch dem Schiff das Leben gibt.

Ein solches Schiff ist vielleicht auch der Mensch. Mit der Mannschaft seiner Mächte und Gewalten, seiner Geister und Götter bemannt, bewegt er sich dem Palmenhafen des Todes entgegen. Auch er hat seinen Seelenraum, der eigentlich aus lauterm Nichts besteht und ihm das Leben gibt. Mit diesem Innenraum sind alle seine Handlungen unablösbar verbunden. Alles dreht sich um Bewahrung des Innenraums. Denn dieser Innenraum bewirkt ja, daß der Mensch auf der Grenze von Oberwelt und Unterwelt in der Schwebelage gehalten wird. Ohne ihn würde er untergehen und nicht Mensch sein können.

Was aber geschieht mit ihm bei der Ankunft im Hafen? Da steigt doch die Mannschaft an Land, alle die Mächte, Gewalten und Götter samt ihrem Handgepäck von Ideen und Erlebnissen. Was geschieht jetzt mit dem Schiff? Wird es zu neuer Fahrt bemannt? Wird es in seine Bestandteile zerlegt? Oder wird es von der Reederei (die eine Aktiengesellschaft oder ein einzelner Herr sein kann) eingeschlürft wie eine köstliche Auster? Es ist bemerkenswert, daß viele Köpfe in vielen Jahrhunderten sich ernsthaft um Beantwortung dieser Fragen bemüht haben.

ERWIN HASSELMANN · DIE WIRTSCHAFTLICHE SELBSTHILFE DER BEAMTEN UND IHRE ENTARTUNG



ROSS und vielmaschig ist das Netz von Selbsthilfeeinrichtungen, über das die deutsche Beamtenschaft heute verfügt. In fast allen größeren Orten Deutschlands, recht oft auch in kleineren, bestehen Beamtenbaugenossenschaften, zahlreiche Beamtenkonsumvereine gibt es, Beamtenbanken, Beamtenpar- und Darlehnskassen, Beamtenerholungsheime und so fort. Zu den örtlichen Organisationen tritt noch eine ganze Reihe von zentralen Einrichtungen: Versicherungsunternehmen, geldwirtschaftliche und warenwirtschaftliche Unternehmen. Der größte Teil der beamtenwirtschaftlichen Organisationen und Unternehmen ist im Deutschen Beamtenwirtschaftsbund zusammengefaßt.

Von einem beamtenwirtschaftlichen *Netz* kann freilich nur mit Vorbehalt gesprochen werden. Trotz dem Zusammenschluß im Deutschen Beamtenwirtschaftsbund besteht ein großes Durcheinander und Gegeneinander in der Beamtenwirtschaft. Der Deutsche Beamtenwirtschaftsbund hat es bisher nicht vermocht diese Gegensätze zu meistern. Wie stark diese Gegensätze sind, das beweist der vor einiger Zeit vollzogene Austritt der Deutschen Beamtenversicherung, einer der größten Versicherungsunternehmungen Deutschlands, aus dem Deutschen Beamtenwirtschaftsbund. Das beweisen auch die Auseinandersetzungen zwischen der genossenschaftlichen Beamtengeldwirtschaft und der Deutschen Beamtenzentralbank, die sich bisher Anstalt des Deutschen Beamtenwirtschaftsbundes und des Deutschen Beamtenbundes nannte, das beweist auch der Konkurrenzkampf zwischen der Deutschen Beamtenwarenversorgung und den Beamtenwarengenossenschaften, zum Beispiel in Berlin, wo außer dem Warenhaus der Deutschen Beamtenwarenversorgung ein solches des Berliner Beamtenwirtschaftsvereins vorhanden ist.

Die Selbsthilfebestrebungen der Beamtenschaft reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück. Im Jahr 1863 wurde der erste Beamtenwirtschaftsverein, der Haushaltsverein in Hannover, gegründet; die älteste Beamtengenossenschaftsbank des Deutschen Beamtenwirtschaftsbunds, die Kasseler Beamtenbank, stammt aus dem Jahr 1881, die älteste Beamtenbaugenossenschaft, der Beamtenwohnungsverein zu Kassel, aus dem Jahr 1889. Die bei weitem überwiegende Zahl der Beamtenwirtschaftsunternehmen entstand jedoch in der Nachkriegszeit, vornehmlich in der Inflationszeit. Im Jahr 1923 dürften mehr Beamtenbanken gegründet worden sein als in der ganzen Vorkriegszeit. Die Tatsache, daß ein großer Teil der Beamtenwirtschaftseinrichtungen aus der Inflationszeit stammt, ist wichtig. Zahlreiche Zusammenbrüche von Beamtenkonsumgenossenschaften und sonstigen Beamtenunternehmungen erklären sich daraus, daß in jener Zeit eine feste Fundierung dieser Unternehmen nicht möglich war. Manche von diesen Beamtenkonsumgenossenschaften haben heute noch schwer zu kämpfen; die Konsumgenossenschaftliche Rundschau registrierte erst am 29. März wieder nicht weniger als 3 Löschungen von Beamtenkonsumvereinen. Diesen Beamtenkonsumvereinen, die vielfach neben leistungsfähigen allgemeinen Konsumvereinen gegründet worden sind, fehlen neben der hinreichenden Kapitalgrundlage auch alle sonstigen Voraussetzungen für eine einigermaßen

befriedigende Entwicklung. In der Inflationszeit mangelte es an der Orientierung, die imaginären Zahlen verdeckten die Kleinheit der Absatzbasis, ließen keinen Schluß auf die Eignung der führenden Personen zu. Erst die Stabilisierung brachte Klarheit, und erst mit der Stabilisierung begannen die Schwierigkeiten, die von den meisten der betroffenen Vereine nicht überwunden werden konnten. Hervorgehoben sei jedoch, daß eine Reihe von Beamtenwarengenossenschaften heute durchaus gesund ist; der Beamtenwirtschaftsverein in Berlin zum Beispiel ist mit seinen 120 000 Mitgliedern und 25 Millionen Mark Jahresumsatz heute die größte Konsumgenossenschaft des Reichsverbands Deutscher Konsumvereine. Die Beamtenkonsum- oder Beamtenwirtschaftsvereine, wie sie sich meistens nennen, sind teils im Deutschen Beamtenwirtschaftsbund, teils im Reichsverband und teils im Zentralverband Deutscher Konsumvereine organisiert. Von einer organisatorischen Einheit kann ebensowenig gesprochen werden wie von einer ideellen. Hat ein Teil der Beamtenwarengenossenschaften die Notwendigkeit der Einordnung in die allgemeine Verbraucherbewegung erkannt, so ist ein anderer großer Teil noch weit von dieser Erkenntnis entfernt. Die organisatorische Zersplitterung ist auch der Grund für den Mangel an nur einigermaßen zuverlässigen Statistiken. Alles in allem dürften heute den Beamtenwarengenossenschaften 200 000 Mitglieder mit einem Jahresumsatz von etwa 40 Millionen Mark angehören.

Die zentrale *Beamtenwarenwirtschaft*, wenn überhaupt von einer solchen gesprochen werden darf, hat eine ungleich größere Bedeutung erlangt als die lokale. Die Deutsche Beamtenwarenversorgung, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, erzielte 1929 einen Umsatz von etwa 80 Millionen Mark, sie unterhält mehr als 20 Filialen, darunter einige von respektabler Größe, in denen rund 500 000 Kunden bedient werden; die Anzahl der Beschäftigten dürfte heute fast 5000 betragen. Es muß anerkannt werden, daß die Entwicklung der Deutschen Beamtenwarenversorgung, die 1925 aus der Gemeinnützigen Beamtenwarenversorgung hervorging, eine imposante Höhe erreicht hat. Aber alles, was hier geschaffen wurde, ist zwar mit Hilfe der Beamtenschaft, aber zuletzt doch nicht für die Beamtenschaft geschaffen worden. Die organisierte Beamtenwirtschaft hat in der Deutschen Beamtenwarenversorgung so gut wie nichts zu sagen: trotz 76prozentiger Kapitalbeteiligung und trotz Stellung des Aufsichtsrats durch den Deutschen Beamtenwirtschaftsbund. Die Deutsche Beamtenwarenversorgung ist vertraglich so fest an die Aktiengesellschaft Emil Köster, das heißt faktisch an den hinter ihr stehenden Michaelkonzern, der die Aktienmajorität dieser Gesellschaft besitzt, gebunden, daß dem Deutschen Beamtenwirtschaftsbund damit jede Handlungsfreiheit genommen ist. Das Kapital der Deutschen Beamtenwarenversorgung beträgt 100 000 Mark. Es ist ohne weiteres klar, daß mit einem solchen Kapital kein Umsatz von 80 Millionen Mark erzielt werden kann. Die Deutsche Beamtenwarenversorgung ist nichts anderes als ein reines Kommissionsgeschäft für die genannte Aktiengesellschaft, sie bezieht nur von dieser ihre Waren und verkauft sie für deren Rechnung, ihr ganzer immobilier Besitz gehört ihr nicht zu eigen. Der wirklich genossenschaftlich orientierte Teil der Beamtenschaft lief von Anfang an Sturm gegen die Deutsche Beamtenwarenversorgung. Im Deutschen Beamtenbund, der dem Deutschen Beamtenwirtschaftsbund bis zum Bundestag von 1928 angehörte, ja in diesem ausschlaggebenden Einfluß hatte, entbrannten heftige Kämpfe um die Deutsche Beam-

tenwarenversorgung, die mit dem Austritt des Deutschen Beamtenbunds aus dem Deutschen Beamtenwirtschaftsbund endeten. Gebessert wurde durch diesen Austritt nicht viel: Die Deutsche Beamtenwarenversorgung bestand weiter als *Beamtenwarenversorgung*, ihre Entwicklung wurde durch die Auseinandersetzungen im Deutschen Beamtenbund nicht beeinflusst. Obgleich das Amtsgericht Berlin Mitte in seinem Lösungsbeschuß gegen die Deutsche Beamtenwarenversorgung festgestellt hat, daß »Gewinn, Preisgestaltung, Risiko und Eigentum« dieses Unternehmens nicht dem Deutschen Beamtenwirtschaftsbund sondern einer andern »reinen Erwerbsgesellschaft« zustehen, gibt es heute noch Beamtenvertreter in großer Zahl, die die Geschäfte des Michaelkonzerns besorgen, indem sie für jenes "Beamtenunternehmen" Propaganda machen. Wenn man auch zugesteht, daß die Heranziehung der Aktiengesellschaft Emil Köster zur Stützung der Deutschen Beamtenwarenversorgung im Jahr 1925 aus Not geschah, weil nämlich der Konkurs der Gemeinnützigen Beamtenwarenversorgung drohte, so durfte man doch nicht die Deutsche Beamtenwarenversorgung mit dem Nimbus der Selbsthilfe-idee umgeben. Das geschieht auch heute noch, obgleich die Deutsche Beamtenwarenversorgung, allgemein nur Debewa genannt, ihren Firmennamen kürzlich in Deutsches Bekleidungswarenhaus, abgekürzt ebenfalls Debewa, umgewandelt hat. Der Deutsche Beamtenwirtschaftsbund teilt dazu mit, daß das Unternehmen seinen Charakter als Beamtenkaufhaus beibehalte und auch vertragsmäßige Anstalt des Deutschen Beamtenwirtschaftsbunds bleibe. Es ist also nur ein Name geändert worden. Es hätte niemals dahin kommen dürfen, daß das Gericht feststellen mußte, der Firmenname der Deutschen Beamtenwarenversorgung sei geeignet die Verbraucherkreise irrezuführen.

Die Verhältnisse in der Beamten*geld*wirtschaft sind denen in der Beamtenwarenwirtschaft nicht unähnlich. Was über die Rolle der Inflation für die Beamtenwirtschafts-genossenschaften gesagt wurde, gilt zum Teil auch für die Beamtenbanken. Die jüngsten Zusammenbrüche von Beamtenbanken sind noch in aller Erinnerung. Trotzdem kann gesagt werden, daß der größte Teil der Beamtenbanken heute finanziell einigermaßen sicher ist. Das gilt vor allem für die im Deutschen Beamten-genossenschaftsverband zusammengeschlossenen Beamtenbanken, obgleich die Liquidität der einen und der andern Bank noch zu wünschen übrig läßt. Diese Beamtenbanken, an Zahl etwa 75, zählen rund 250 000 Mitglieder. Sie arbeiten mit einem Eigenkapital von etwa 11 Millionen Mark und verwalten über 100 Millionen Mark Einlagen der Beamten (je zur Hälfte auf Sparkonten und Gehaltskonten). Ihr Umsatz betrug 1928 etwa 4,3 Milliarden Mark. Von den Beamtenbanken des Beamten-genossenschaftsverbands wurde im Dezember 1929 die Reichszentralkasse der Deutschen Beamtenbanken gegründet, einmal als Geldausgleichsstelle, vor allem aber auch, um den weniger liquiden Beamtenbanken einen Rückhalt zu geben. Die Reichszentralkasse in Karlsruhe, die mit einem Kapital von nur 300 000 Mark arbeitet, hat sich eng an die Preußische Zentralgenossenschaftskasse angeschlossen, die ihr wiederum festen Rückhalt gibt. Ursprünglich hatte auch die Deutsche Beamtenzentralbank in Berlin, deren Aktien (2400 000 Mark) sich in den Händen des Deutschen Beamtenwirtschaftsbunds und des Deutschen Beamtenbunds befanden, die Absicht sich in die Reichszentralkasse einzugliedern. Sie hätte dann eine Umstellung auf das Berliner Platzgeschäft vornehmen müssen. Diese Absicht wurde später wieder aufgegeben, weil der

Deutsche Beamtenwirtschaftsbund bei dieser Umstellung ein Aktienpaket von 900 000 Mark, das er übernommen hatte, um es an die lokalen Beamtenbanken weiterzugeben, nicht unterbringen konnte. Die Deutsche Bank und Diskontogesellschaft hatte schon vorher Interesse für das Beamtengeschäft gezeigt, sie erklärte sich jetzt zu sehr weitgehendem Entgegenkommen bereit, so daß ein Vertrag zwischen den Aktionären der Deutschen Beamtenzentralbank und der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft zustande kam. Dieser Vertrag sieht dem Vertrag der Deutschen Beamtenwarenversorgung mit der Köstergesellschaft außerordentlich ähnlich. Die Deutsche Beamtenzentralbank wird aufgelöst und durch eine Nachfolgerin ersetzt, die nur mit 500 000 Mark Kapital arbeitet. Die Deutsche Bank und Diskontogesellschaft übernimmt von diesem Kapital 260 000 Mark, also mehr als die Hälfte, als Preis für die unwiderrufliche Garantie, die sie für alle Einlagen der Deutschen Beamtenzentralbank leistet. In den Rest des Kapitals teilen sich der Deutsche Beamtenbund und der Deutsche Beamtenwirtschaftsbund. Der Vorstand wird paritätisch aus je 2 Vertretern der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft und der Beamtenaktionäre zusammengesetzt, auch in den Aufsichtsrat entsendet die Deutsche Bank und Diskontogesellschaft ihre Vertreter. Die Deutsche Beamtenzentralbank ist jetzt zwar fest fundiert, aber sie ist kein Beamtenunternehmen mehr. Das Vorstandsmitglied der Deutschen Beamtenzentralbank Paul Lockenvitz nannte den Vertrag mit vollstem Recht eine »innere Untreue gegen die Idee«. Er fügte zwar hinzu: Not kennt jedoch kein Gebot. Das motiviert die Untreue vielleicht, schafft sie aber nicht aus der Welt.

Die im Deutschen Beamtenwirtschaftsbund zusammengeschlossenen Beamtenbanken nahmen am 16. März in Frankfurt einstimmig eine Resolution an, die also lautet: »Die in Frankfurt am Main am 16. März 1930 versammelten Vertreter der deutschen Beamtenbanken mißbilligen und bedauern einmütig den Beschluß des Hauptvorstandes des Deutschen Beamtenwirtschaftsbundes über den Abschluß des Vertrages mit der Dedibank vom 21. Februar 1930. Zu diesem Vertragsabschluß bestanden keinerlei sachliche und zwingende Gründe. Die Vertreter der in den deutschen Beamtenbanken zusammengeschlossenen 250 000 Beamten erheben schärfsten Einspruch gegen die Preisgabe des genossenschaftlichen Gedankens und gegen den Versuch die Beamtengeldwirtschaft an das Hochkapital auszuliefern. Die Beamtenbanken stehen auch ferner geschlossen zur Reichszentralkasse der Deutschen Beamtenbanken und zur Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, da nur im Zusammengehen mit diesen Stellen eine gesunde Entwicklung der Beamtengeldwirtschaft auf der Grundlage der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung gewährleistet ist.« Dieser Beschluß ist klar und eindeutig.

Wird der Deutsche Beamtenwirtschaftsbund in Zukunft auf die genossenschaftliche Orientierung seiner Mitglieder Rücksicht nehmen? Oder werden die Beamtengenossenschaften die Konsequenzen aus dem Verhalten des Deutschen Beamtenwirtschaftsbunds ziehen? Man weiß es nicht. Sicher ist nur, daß die Unklarheit, die Richtungslosigkeit und das Gegeneinander im Deutschen Beamtenwirtschaftsbund fortbestehen werden, solange dieser Bund eine Politik betreibt, die dem Genossenschaftsgedanken in der Beamtenschaft zuwiderläuft und sich damit gegen die dem Deutschen Beamtenwirtschaftsbund angeschlossenen Genossenschaften richtet.



HANS HARTMANN · DIE JUGEND FRANKREICHS

WILL man sich über die lebendigen Dinge in der französischen Jugend auf dem Laufenden erhalten, muß man *Notre Temps*, die Monatsschrift der Jungsozialisten, auch die Zeitschrift der Völkerbundsjugend *La Renaissance Politique* lesen. Marc Sangniers und Georges Hoogs *Jeune République* wird man auch nicht vergessen, ebensowenig die *Equipes Sociales* des Jungkatholiken Robert Garric. Und was in der protestantischen Jugend vor sich geht, wird am besten in der führenden Monatsschrift des französischen Protestantismus *Le Christianisme Social* sichtbar. Natürlich gibt es eine Unmasse anderer Blätter der Jugend; ich möchte mir nicht anmaßen da eine endgültige Klassifizierung zu unternehmen. Aber von den Dutzenden verschiedener Blätter, die durch meine Hände gingen, war doch keines so aus der Not der Gegenwart geboren wie die genannten. Es mögen noch andere sein, die mir bisher entgingen. Doch die Blätter allein tun es nicht. Man muß auch mit der französischen Jugend leben, muß ihre Völkerbundsdiskussionen mitmachen, muß eine Komiteesitzung der Sozialistischen Jugend miterleben, muß die *Jeunesse Patriote* als Saalschutz bei einer nationalistischen Versammlung beobachten, muß die jungen Leute, die ihr Studium beendet haben und eine viel lebendigere Zwischenschicht zwischen Professoren und Studentennachwuchs bilden als irgendwo in der Welt, an der Arbeit sehen: dann rundet sich allmählich das Bild. Und was erblickt man dann? Einen Reichtum individuellen Lebens, nicht auf eine Formel zu bringen. Überall aufflackerndes Licht, oft Flammen, einen Zug des gemeinsamen Schauens und der gemeinsamen Richtung, ohne daß es die Beteiligten oft selbst wissen. Wir können im besten Fall versuchen das Gesamtbild der französischen Jugend mosaikartig aufzubauen.

Sprechen wir zunächst von einem Wichtigen, das dem aufmerksamen Auge begegnet: Das sind die Vorstöße der radikalen Jugend, aller Richtungen natürlich, in *Neuland des Denkens*. Es sei wiederholt: aller Richtungen. Denn daß das edle Wort radikal, also wurzelhaft, der Beschlagnahme durch parteipolitische Flügelgruppen entrissen werden muß, weiß man mindestens in Frankreich (hoffentlich auch bald in Deutschland), und man fängt mit Recht an von einer Radikalisierung der Mitte zu sprechen, was nichts mehr mit wirksamen Schlagworten sondern im Gegenteil mit einem tiefem Realismus und einem genauern Gesichtswinkel zu tun hat. In Frankreich, wo die große Partei der Mitte mit ihren 130 Abgeordneten das Wort *radicaux* im Titel führt, ist diese Auflockerung weit vorgeschritten. Die historische Tradition hat dazu wesentlich geholfen; es war dort mindestens seit der Großen Revolution das Vorrecht der Jugend *aller Richtungen* radikal sein zu dürfen.

In Frankreich nennt man die Flügelgruppen Extremisten, die anderen Gemäßigte. Ein Führer der Akademischen Völkerbundsjugend, Roland Alix, leitete vor kurzem eine Enquete über das Denken der Jugend in die Wege. Durch viele persönliche Aussprachen und Hunderte von Briefen nach allen Teilen Frankreichs und seiner Kolonien hat er bei der akademischen Jugend (und diese ist, im Gegensatz zu Deutschland, immer führend, wenn man von Jugend spricht) festgestellt, was da eigentlich lebt. Er hat mit der Elite dieser Jugend an der Sorbonne, der *Ecole Normale*, des juristischen und medizinischen Nachwuchses, und besonders der *Fondation Thiers* gesprochen.

In der führenden Literaturzeitschrift *Les Nouvelles Littéraires* gab er in 5 Artikeln Rechenschaft. Er vergleicht diese Enquete von 1929 mit einer andern, die Agathon (Pseudonym für Henri Massis und Alfred de Tarde) 1913 veranlaßt hat, und er findet den Unterschied ungeheuer. Er sagt darüber: »Wir sind wirklich die Söhne des Krieges, denn wir haben sehr wenig Berührungspunkte mit den Älteren . . . Ich verstand nicht, daß der Unterschied zwischen dem jungen Menschen von 1913 und 1929 so tief sein kann. . . . Gerade dem Krieg verdanken wir eine Geistesart, die gar nicht die von Siegern ist, vielmehr ganz einfach die von Menschen. Wir kennen den innern Sinn des Lebens, den Preis des Bluts. Die Zeit ist uns eine wichtige Tatsache, wie wenn wir eine Art Furcht hätten, sie könnte uns geraubt werden. Daher unsere Verachtung des Unnützen, der großen Geschwätze, unser spöttisches Lächeln über Wichtigtuerei: eine Haltung nicht bloß einer bestimmten Gruppe sondern der gesamten Jugend. Als eine Generation von Verwirklichern befassen wir uns viel weniger mit dem Geld, wie man doch annimmt, als mit der Arbeit. Etwas schaffen: das ist das Ziel der Jungen; Erfolg haben, vielleicht aus Freude am Erfolg selbst, vor allem aus trunkener Hingabe an die Tat. Unsere Vorfahren haben sich auf das Handeln vorbereitet, wir handeln.« Von einem Vertreter der Sorbonne hören wir dieses Bekenntnis: »Ich wollte immer gern in den Geist flüchten, viel verstehen, viel fühlen. Aber ich glaube das nun nicht zu dürfen. Ich sehe die sozialen Güter jetzt für viel wichtiger an. Ich fürchte, daß die schönen Dinge des Lebens beim Triumph der demokratischen und sozialistischen Ideen verlieren. Aber ich glaube, hier ist der Punkt, wo das wahre Opfer in Betracht kommt. Und das ist das Tragische an unserer Epoche. Ich brauche großen Mut nicht den gutzuheißen, der Geschmack hat und sich wirklich in die Dinge versenkt, sondern das Rohe, das sich auf einen stürzt, und das ich verabscheue.«

Dieses Zeugnis eines Franzosen ist sicher beachtenswert. Man kann es nur ganz verstehen, wenn man sich erinnert, wie wesentlich für den Franzosen das künstlerische und literarische Leben ist, und weiß, daß er dieses am schwersten und spätesten opfert. Um so mehr setzt der Radikalismus in Erstaunen, der in diesen Worten liegt. Jean Luchaire, ein Führer einer jungen Gruppe, schildert in einem Buch diese »génération réaliste«, die furchtlos den Notwendigkeiten ins Auge sieht. Natürlich ist die Stimme aus der Sorbonne nur eine aus dem reichen Chor. Wir finden ebenso den Willen zum Ausgleich der künstlerischen und sozialen Werte. Es kommt uns hier darauf an die ganze neue Denkweise als solche zu erfassen. Alix selbst betont, daß es ihm auf Realität und Klarheit ankomme. Der politische Kleinkram des Tages störe nur die große Linie, die allein eine wirkliche Politik ermögliche. Man müsse aber in allen Fragen, auch in der internationalen Verständigung, sich als ein Glied des Ganzen fühlen; sonst sei das Neue, das die Gegenwart verlangt, nicht möglich: »Der junge Mensch schafft sich erweiterten Lebensraum . . . Renaissance: dieses Wort ist nicht zu stark. Und es ist gut, daß es uns, fast gegen unsern Willen, geschieht, daß wir aus Instinkt ebenso sehr als Europäer, als Menschen überhaupt denken wie als Franzosen.« So finden wir auch hier im Grunde, nur in einer neuen, resoluten, eigenwilligen Form jene Einheit, die alle wahren Menschen der Gegenwart kennzeichnet: eine Synthese von Nation und Menschheit, die keiner von beiden Eigenwert und Tiefe raubt.

Wir haben hier eine ganz weite und große Perspektive. Es ist Zukunftsmusik. Aber es ist nicht nur Zukunftsmusik. Denn in diesen Kreisen, besonders dem um Notre Temps und die Sammlung der Jungen Bücher, von denen das Luchaires und das kürzlich ins Deutsche übersetzte Gaston Rioux *Europe ma patrie* besonders genannt seien, ist man realistisch. Man hat engste Beziehung zu den führenden Politikern, wenn man auch mit sehr scharfsinniger Begründung die Ablehnung oder Anerkennung der parlamentarischen Methoden durchaus freigibt. In Notre Temps wurde am 15. Februar eine sehr realistische Aussprache geführt, ob es zu einem Linksblock komme, wie groß die Gegenströmungen abzuschätzen seien, ob doktrinäre Haltung bei den Sozialisten zu sehr hindere, und dergleichen mehr.

Was die französischen jüngeren Lehrer schaffen, liegt nicht jedem sichtbar auf der Oberfläche. Man wird nur bei starker persönlicher Fühlungnahme und durch Schulen davon genauere Kenntnis erhalten. So viel wir bis jetzt sehen können, erstrecken sich ihre Leistungen auf 2 Gruppen von praktischen Fragen: eine bestimmte Lebenshaltung in der jungen Generation zu erzeugen und am Friedensproblem auf eine besondere Weise mitzuarbeiten. Man kann mit mehr Recht von *dem* französischen Lehrer sprechen als von *dem* deutschen. Hier wirken, wie so oft in Frankreich, Syndikalismus und Zentralismus zusammen, um aktionsfähige Einheiten zu schaffen. Während sich in Deutschland sozialistische, freie (im Deutschen Lehrerverein organisierte) und konfessionelle Verbände geistig die Wage halten, kommt von den 120 000 französischen Lehrern wesentlich nur die große Lehrgewerkschaft mit etwa 80 000 Mitgliedern in Frage; ihre Organisation hat ihren Sitz in dem Gebäude der Gewerkschaften, der Confédération Générale du Travail, und steht sehr stark unter dem Einfluß von Junglehrern.

Die jungen Lehrer sind stolz darauf mit dem Prinzip der freien Entwicklung der Persönlichkeit bei ihren Schülern ernst zu machen. Sie versuchen so menschlich wie möglich zu sein und appellieren an die Idee der *bonté*, die, wenn man so will, neben der *clarté* und der *simplicité*, der 3. der Grundbegriffe zum Verständnis des gegenwärtigen Frankreichs ist. Schon in den Regeln zum Moralunterricht aus den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts steht viel von den Pflichten, nicht nur gegen Menschen sondern auch gegen Tiere. Dieser Gesichtspunkt der Güte tritt aber nach dem Krieg immer stärker hervor. In vielen Schulen wirkt eine *Ligue de Bonté*, die nach allen möglichen Erdteilen mit anderen Schulen in Verbindung steht, wobei die Schüler einander schreiben, sich Zeichnungen und Bilder schicken und sich Geschenke machen. Ritterliche Haltung gegenüber dem Schwächern, korrektes Handeln: das ist es, was die junge Lehrergeneration beseelt. Ohne Zweifel liegt hier eine Hoffnung für die Zukunft. Damit hängt zusammen, daß man sich bemüht aus der bisherigen geographischen und kulturellen Isolierung herauszutreten und über die Grenzen zu sehen. Es gibt mehrere wichtige Schulzeitungen, darunter besonders *L'Ecole Libératrice*, *L'Ecole et la Vie*, *Journal des Instituteurs et des Institutrices* und die dem Internationalen Lehrerverband dienende Viermonatsschrift *Fédération Internationale des Associations d'Instituteurs*, dazu noch eine von Schülern für Schüler redigierte Zeitschrift, *L'Oiseau Bleu* betitelt. Diese Organe muß man verfolgen, um die richtigen Einblicke zu bekommen. In einer praktisch-pädagogischen Studie in *L'Ecole et la Vie* wird über Deutschland gesprochen. Der Lehrer will

den Kindern den Respekt vor Deutschlands Wiederaufstieg einflößen, es wird von der Inflation, der äußern und innern Stabilisierung gesprochen, und es ist kein Zweifel, daß hier eine ganz weitgesteckte Arbeit der Auflockerung und der psychischen Entspannung geleistet wird, die ein auf gegenseitiger Achtung basierendes Zusammenarbeiten ermöglichen wird ¹.

Mit den zuletzt berührten Dingen aus der Tätigkeit der französischen Lehrerschaft haben wir uns schon mitten in den andern Fragenkomplex hineinbegeben, wo es sich um die Friedensarbeit handelt.

Es ist in Deutschland nicht allzu bekannt, daß alsbald nach dem Krieg die junge Lehrer- generation Frankreichs sich energisch an die Beseitigung jeglichen Chauvinismus aus den Schulbüchern gemacht hat. Man hat das auch in Deutschland deshalb nicht wissen können, weil die alten Bücher zunächst noch immer in den Buchhandlungen zu haben waren und auch in manchen Schulen noch gebraucht wurden. In Frankreich bestimmt nicht eine Zentral- oder Provinzialbehörde über die zugelassenen Schulbücher, sondern die souveräne Bezirkslehrerkonferenz. Und da ist es unter Führung der Jung- lehrer jener großen Lehrgewerkschaft gelungen das Übel im Lauf der letzten Jahre fast vollständig zu beseitigen. Die entscheidenden Jahre dieser Arbeit waren die von 1923 bis 1928. Man stellte eine schwarze Liste von 26 Schulbüchern auf, an deren Ausmerzung die Lehrerkonferenzen unverzüglich gingen. Ein Beispiel für viele: Unter dem Druck der vereinigten Lehrerschaft hat ein Verleger eines chauvinistischen Buchs schon nach einem Jahr ein Buch radikal geändert. Man vergleiche nur die Titelblätter: 1924 Bilder von Generalen, Namen von Schlachten, Hinweis auf den Schmach- frieden von 1871, Verhöhnung des Untergangs des Deutschen Reichs mit seinen verbrecherischen Absichten; 1925 nichts mehr von all dem, sondern Zahlen der Gefallenen aller Völker (wobei Deutschland mit 2 Millionen die höchste Totenzahl hat, gegen 1 700 000 Russen und 1 493 788 Franzosen) und Hinweise auf den Völkerbund, der (alles das steht auf dem Titelblatt) folgende 5 Aufgaben habe: Schiedsgericht, Selbstbestimmung der Völker, Abrüstung, Verwaltung der Länder, die im Versailler Vertrag den Besitz gewechselt haben, bis zum »complet équilibre«, Arbeitsrecht.

Es lohnt sich einen Augenblick die große Bedeutung dieser Dinge für die junge Generation festzustellen. Denn all das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die entschlossene Abwendung von der alten Zeit und die Hin- wendung zu einer neuen Art Austragung der Gegensätze. Die schreckliche und unwürdige Zeit, wo man dem Gegner überlegen zu sein glaubte, indem man ihn verkleinerte und verunglimpfte, geht zu Ende. Sie hat die Seele aller Nationen vergiftet, jetzt wird die Bahn frei für fruchtbare Austragung des Kampfs und für ritterliches Tun der Jugend.

Nun zur Sozialistischen Jugend. Diese ist eine ausgesprochene Kampftruppe. Sie kann es trotz immer erneuten Versuchen nicht recht zu einer starken Organisation bringen. Gegen etwa 70 000 deutsche junge Sozialisten in der Arbeiterjugend hat sie es mit Mühe auf 8000 Mitglieder in ganz Frank- reich gebracht. Das ist auch angesichts der Tatsache, daß man in Frankreich nicht sehr freudig und beständig im Organisieren ist, wenig. Freilich sind

¹) Siehe dazu auch *Obermann* Deutsche und französische Jugend als Wegbereiter für eine deutsch-fran- zösische Verständigung, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 I Seite 250 und folgende.

8000 entschlossene Leute auch wiederum viel; und als in der Nacht vom 22. zum 23. Juni 1929 jungsozialistische Gruppen von Messerhelden auf der Gegenseite in Lille angegriffen wurden, was viel Aufsehen erregte, setzte man sich in der Öffentlichkeit tapfer und mit Erfolg zur Wehr. Es scheint, als ob die Organisation der französischen Sozialistischen Jugend etwas unter dem System der comités mixtes (in der "Alte" und "Junge" zusammen die Leitung haben) leidet. Doch ist man sich einer großen Mission bewußt. Das jungsozialistische Organ *Le Cri des Jeunes* ist lebendig und zu ernsthafter gedanklicher Arbeit durchaus bereit. Und auch in den Programmschriften ist der Gedanke deutlich sichtbar, daß es sich um sozialistische Erziehung handle, und daß nur aus dem Zusammenschluß und gemeinsamer Aktivität etwas Rechtes kommen könne. In diesen Programmschriften betont die Sozialistische Jugend, daß sie die handarbeitende und die akademische Jugend in gleicher Weise umfasse. Die handarbeitende steht mit Recht voran, weil sich ja aus der Klassenlage des jungen Arbeiters, der in Frankreich bisher noch mehr unter der unsichern und ungeschützten Lebenslage litt als in Deutschland, von selbst die Tendenz zum Sozialismus ergibt. Freilich gibt es auch in Frankreich ein wachsendes akademisches Proletariat.

Dann steht in dem Programm voran, daß man die Jugend auch körperlich und, wiederum echt französisch, auch künstlerisch schulen, ihr aber auch eine besondere sozialistische Belehrung geben will. Es gibt da also Sportgruppen, Jungscharen, lyrische Gruppen, eine Sache, für die wir nicht ohne weiteres das Verständnis aufbringen, auch wenn die deutsche sozialistische Jugend mit der französischen in einer Sozialistischen Jugendinternationale zusammengeschlossen ist und sich gelegentlich trifft. Aber wir dürfen nie vergessen, daß der französische Mensch von Natur ein viel näheres Verhältnis zur Literatur, zur Kunst und gerade auch zur Lyrik hat als andere Völker. Was nicht seinen literarischen Niederschlag fand, was nicht künstlerisch ausgereift und formuliert wurde, das gilt in Frankreich als nicht wirklich.

Von der Betrachtung der Jugend der Parteien wenden wir uns zur Völkerbundsjugend. Hier haben wir in steigendem Maß ein überparteiliches Forum, wo sich junge Leute um konkrete Ziele scharen. Es ist zwar einmal der Versuch gemacht worden im Zusammenhang mit dem Weltbund der Jugend und dem Kongreß von 1928 in Ommen-Eerde eine *Fédération Française des Jeunesses pour la Paix* ins Leben zu rufen; man hat Treffen veranstaltet und etwa 40 Jugendgruppen für die Arbeit um den Frieden zu interessieren vermocht. Aber es scheint, als ob die Organisation als solche nicht recht lebensfähig ist. Der Franzose hat es nicht gern in ein System von Gruppierungen und Dachorganisationen eingeschachtelt zu werden. Er hat genug mit *einer* Organisation, der er angehört, und ist eher bereit sich individuell über deren Rahmen hinaus zu betätigen. Und es wächst sehr stark das Gefühl, daß man zu handeln habe, während die alte Generation sich an ihren Deklamationen berauschte. Das Wort *activité* zündet heute in der französischen Jugend aller Richtungen. Und sicher ist in der Völkerbundsjugend viel von solchem Willen zur Aktivität zu bemerken. Sie ist in mehreren Gruppen tätig, hat aber jedenfalls in den Universitäten ihre besten Wirkungsstätten. Es mag immer wieder betont werden, daß in der gesamten jüngern Generation Frankreichs die akademische Jugend in ganz anderm Sinn führt als in Deutschland. Das beruht auf mehreren Gründen: Das

ganze Erziehungswesen ist viel einheitlicher und systematischer aufgebaut, der Akademiker fühlt sich ganz von selbst verantwortlich geistiger Führer zu sein, also wirklich zu führen, und nicht nur zu registrieren und in der Wirklichkeit hinterherzukommen, und er wird, solange er nicht den Gegenbeweis liefert, auch als Führer angesehen. In der Cité Universitaire, der berühmten Pariser Universitätssiedlung, wo die meisten "Völker" in ihren besonderen Häusern zusammenwohnen und studieren, wirkt die Völkerbundsjugend unter der Leitung Roland Alix'. Eine andere Gruppe, die in Arbeitsgemeinschaft mit der genannten steht und auch Älteren zugänglich ist, sammelt sich um den Advokaten Robert Lange. Lange, ein typisch französischer Führer der Jugend, gibt die Wochenschrift *La Renaissance Politique* heraus. Dieses sehr lebendige Blatt, an dem mehrere politische Führer mitarbeiten, geht den drängenden Fragen ganz konkret zu Leibe. Ein furchtloser Geist herrscht da, eine der notwendigen Vorbedingungen für ein neues Europa.

Einige Bemerkungen mögen nun noch der konfessionellen Jugend gelten. Dabei darf man auch auf das verweisen, was Hiltgart Vielhaber hier über die Geisteshaltung der katholischen Jugend Frankreichs ausgesagt hat².

Die katholische Kirche umfaßt nominell die große Mehrheit der 40 Millionen des französischen Volks. Allerdings rechnet man, daß nur etwa 10 Millionen "praktizieren"; diese Zahl wächst aber seit dem Krieg. Naturgemäß verfügt sie über große Organisationen, besonders die im Süden starke und auf mehrere Hunderttausend geschätzte Katholische Jugend unter dem General Castelnau, die Association Catholique de la Jeunesse Française und die Patronages, die mehr parochial gebildet sind und sich um den Ortspfarrer gruppieren. Diese Gruppen sind gegenüber den politischen und sozialen Fragen der Neuzeit nicht sehr aufgeschlossen sondern, wie ein großer Teil des offiziellen französischen Katholizismus, einseitig reaktionär und nationalistisch. Zwar bestreiten das einige weiterblickende Führer, aber sie erklären zugleich, daß man diese Haltung historisch verstehen könne; denn der laizistische Staat, der auf den Revolutionsideen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit beruhe, habe die Katholiken so wenig im Geist dieser Ideen behandelt, daß man das Vertrauen zu ihm verlor und sich nicht sehr gern für die Durchsetzung dieser Ideen einsetzt. Es gibt aber auch katholische Gruppen, in denen ein neuer Geist weht, und die naturgemäß noch schwächer sind. Geistig am bedeutendsten sind die Equipes Sociales, zurzeit etwa 12 000 an Zahl, unter Führung des eifrigen jungkatholischen Sozialpolitikers Garric. Es soll hier das Beste aus dem patriarchalischen Gedanken, der in Frankreich noch viel stärker lebt als in anderen Industriestaaten, für das Chaos der Gegenwart fruchtbar gemacht werden; und man darf sagen, daß in dieser katholisch verwurzelten Gruppe mehr Verständnis für Tatsache und Sinn des Chaos lebt als in anderen Gruppen, von Marc Sangniers Gruppen vielleicht abgesehen. Ihre Zeitschrift ist von Wärme und Verantwortung erfüllt, und sie berichtet über die wachsende Tätigkeit im Geist jener simplicité, die man als ein neues französisches Ideal bezeichnen kann. Man könnte ihr in dieser Beziehung die an sich kleinere Schar der katholischen Wandervögel um Père Doncoeur, den hervorragenden Erforscher der Mystik, vergleichen. Diese sind im Typus die Gruppe, die unserm Begriff von

2) Siehe *Vielhaber* Neue katholische Jugend, in den Sozialistischen Monatsheften 1929 II Seite 708 und folgende.

Wandervogel am meisten gleicht; in ihrem Singbuch Roland finden sich religiöse und weltliche Lieder, und Père Doncoeur schreibt als Herausgeber in der Einleitung, daß es nach dem entseelenden Kriegserlebnis gelte Frankreich seine Seele wiederzugeben. Nicht so scharf in den Konturen sind Gruppen wie die Fédération des Etudiants Catholiques, die Jeunesse Ouvrière Chrétienne, die aus Belgien herüberkam und schon beträchtliche Ausdehnung gewann, und die Scouts de France, die katholischen Pfadfinder. (Man muß dabei im Auge behalten, daß es 3 Pfadfindergruppen in Frankreich gibt: diese katholische, die freie der Eclaireurs und die Unionisten; das sind die protestantischen, die seit 1911 als Gruppe der protestantischen Jugend wirken und seit 1920 selbständig sind, wobei sie sehr weitherzig auch viele Andersdenkende in ihren Reihen haben.) Die Jugend um Marc Sangnier, die Jeune République, ist die bekannteste unter allen französischen Jugendgruppen. Sie hat ernsthafte Organe in ihren Zeitschriften und in Marc Sangnier einen unbeirrbaren Friedensfreund, der bei den Chauvinisten aller Art als großer Schädling gilt. Aber es besteht der merkwürdige Widerspruch, daß er und seine Freunde sich ihrer Zeit voraus fühlen, und daß sie trotzdem von den Gruppen, wo man wirklich neue Fronten bildet, oft als unbeträchtlich und nicht tiefgehend genug empfunden werden.

Wir fragen nun nach der äußern und innern Haltung der sehr aktiven protestantischen Jugend in Frankreich. Also nach dem, was wir zuerst suchen: Haltung, Formung, Ideale, Ziele. Das Programmbuch der Unionisten, des Hauptverbands der Christlichen Jungen Männer und Mädchen, hat den bezeichnenden Titel A la conquête de la vie, will also »Meisterung des Lebens«. Der 1. Hauptteil befaßt sich nur mit Sport, Gymnastik, Körperpflege. Viel ist dann vom Wandern die Rede, und wir sehen, daß Ferienlager in Frankreich auch schon zu den Tatsachen gehören. Ja, die Protestanten marschieren da an der Spitze. Auch an den Olympiaden beteiligen sich die Unionisten. Diese Betonung der körperlichen Dinge ist nur daraus zu erklären, daß man weiß, wie sehr die Disziplinierung nötig ist, um überhaupt zu einer Lebenshaltung und Lebensformung zu gelangen. Man will aber ebenso ernst das pflegen, was wir allgemeine Bildung nennen. Hier macht sich das konfessionelle Ziel im eigentlichen Sinn: Bekenner zu gewinnen, schon deutlicher bemerkbar. Man muß sich die Liste der »guten« Bücher ansehen, und man wird finden, daß dort durchaus das Prinzip der vorsichtigen Bewahrung, der Jugendpflege, herrscht im Gegensatz zu der Auffassung, die die jungen Menschen selbst alles prüfen und durchkämpfen lassen will. Man ist da wirklich weitgehend überzeugt, daß es gelingen kann schädliche Beeinflussung fernzuhalten. Der Schicht der intellektuellen Führer, die in Frankreich die absolute Freiheit des Geistes wollen, steht eine "moralistische" gegenüber; Professoren schreiben dicke Bücher über l'indiscipline des moeurs, die Liga gegen die Immoralität, die sehr stark unter protestantischer Führung steht, hat keineswegs den Beigeschmack eines deutschen Vereins zur Hebung der Sittlichkeit, vielmehr ist da ein Bezirk, an den sich die Ironie, die sonst auch in der protestantischen Jugend sehr stark verbreitet ist, nicht heranwagt. Wir haben hier eine Erscheinung, deren Bedeutung im Zusammenhang des französischen Lebens meist nicht genug gewürdigt wird. Ich kenne kein Land, wo Moralismus so stark mit Geist gepaart in die Erscheinung tritt wie in Frankreich. Er ist in gar keiner Weise

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Erwin Rawicz

Internationale Seit Bestehen der Internationalen Arbeitsorganisation sind durch die Internationale Arbeitskonferenz bisher 12 verschiedene Tagungen abgehalten worden, deren 1. in Washington 1919 bekanntlich das denkwürdige Übereinkommen über den Achtstundentag zeitigte, das der Ratifizierung durch die führenden Industriestaaten Europas immer noch harret. Insgesamt sind auf den 12 Tagungen der Internationalen Arbeitskonferenz 28 Übereinkommen angenommen worden, auf denen das internationale Arbeitsrecht sich aufbaut. In sehr verschiedener Weise sind diese Übereinkommen durch die einzelnen Staaten ratifiziert worden. Deutschland hat bisher 13 Übereinkommen ratifiziert, Frankreich 15, England ebenfalls 15; keiner dieser Staaten hat das erste Übereinkommen über den Achtstundentag bisher ratifiziert. An der Spitze der europäischen Staaten steht Luxemburg, das 26 Übereinkommen ratifiziert hat, die kümmerlichste Anzahl, nämlich nur 5 Übereinkommen, sind von Portugal angenommen worden. Im übrigen wird Deutschland die Anzahl der Ratifikationen demnächst vermehren, da bereits 7 weitere Übereinkommen zur Ratifizierung von der frühern Reichsregierung vorbereitet wurden. Hervorhebenswert und kennzeichnend für die Mitarbeit an der internationalen Sozialpolitik ist es, daß von außereuropäischen Staaten Cuba mit 16 Ratifikationen an der Spitze steht, danach folgen Indien mit 11 und Japan mit 9. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts beendete am 30. April seine 48. Tagung, die in Paris stattfand. Die britische Regierung erklärte, daß sie nun endlich das Abkommen über den Achtstundentag zu ratifizieren gedenke.

Arbeitslosenversicherung Trotz der großen Gesetzesreform vom Oktober 1929 steht die Arbeitslosenversicherung nach wie vor im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Das ist im Hinblick auf die überaus hohe Arbeitslosigkeit nicht erstaunlich. Wurden doch noch Anfang März 1930 rund $2\frac{3}{4}$ Millionen Menschen in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge unterstützt, zu denen noch über 300 000 Arbeitslose in der kommunalen Fürsorge treten. Die

starke Depression, die auf der Wirtschaft lastet, die ständig sich vermehrenden Einflüsse struktureller Natur (Betriebsstillegungen, Rationalisierung, Erwerbstätigenzuwachs) und insbesondere die Kapitalknappheit sind neben der jährlichen winterlichen berufsüblichen Arbeitslosigkeit die Hauptursachen der Massenarbeitslosigkeit. Der Haushalt der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung weist für das Rechnungsjahr 1930-1931 ein Defizit von rund 332 Millionen Mark auf, wobei dieser Voranschlag von einer werktäglich durchschnittlichen Unterstütztenzahl von 1 200 000 Menschen ausgeht. Man wird diese Zahl in Hinblick darauf leider für zu niedrig halten müssen, daß insbesondere für das Eingangskommen des Baumarkts die allergrößten Schwierigkeiten bestehen, und auch das Darniederliegen der Metall- und der Textilindustrie nach der konjunkturellen Seite hin die ungünstigsten Vorzeichen bietet. Dazu kommt, daß sich selbst bei einer günstiger werdenden Wirtschaftslage (für die jedoch noch keinerlei Anzeichen vorhanden sind) die Arbeitsmarktlage noch lange nicht ändern muß, weil sich mit steigender Produktion und steigendem Absatz die Arbeiterkapazität der gleichen Industrie keineswegs in gleichem Ausmaß ausdehnt. So kommt es, daß man anstatt mit 1,2 Millionen vielleicht mit 1,3 Millionen Arbeitslosen durchschnittlich rechnen muß, was das Defizit der Reichsanstalt von rund 330 auf rund 430 Millionen Mark im Jahr erhöhen würde. Ein derartiges Defizit kann aus einer ganzen Reihe von Gründen auf die Dauer nicht durch Reichsdarlehen gedeckt werden. Bevor sich die notwendige Regelung eines organischen Beitragssystems der Arbeitslosenversicherung, einmal in Richtung auf die Beitragsquellen, zum andern durch der Höhe der Arbeitslosigkeit angepaßte Maßstäbe herausgebildet hat, mußte jedoch die Reichsanstalt ihr Defizit noch durch Reichsdarlehen decken. Bei der Kassennot des Reichs mußte die frühere Reichsregierung einen Ausweg suchen, um die Reichsdarlehen zur Arbeitslosenversicherung möglichst niedrig zu halten. Das Programm des Reichsfinanzministers Paul Moldenhauer, auf das sich die Regierung, Hermann Müller wie Rudolf Wissell, in einer Kabinettsitzung vor Annahme der Younggesetze festgelegt

hatte, sah eine Quellenvielheit für die Deckung des Defizits der Arbeitslosenversicherung vor. Dem Haushaltsvoranschlag der Reichsanstalt entsprechend ging die Reichsregierung von einem Defizit von 332 Millionen Mark aus, von denen rund 100 Millionen dadurch gedeckt werden, daß die Beitragserhöhung um $\frac{1}{2}\%$, das heißt von 3 auf $3\frac{1}{2}\%$ (siehe diese Rundschau, 1930 I Seite 157), nicht nur bis zum 30. Juni 1930 sondern bis zum Schluß des Rechnungsjahrs, also bis zum 31. März 1931, erhoben wird. Das verbleibende Defizit von rund 230 Millionen sowie ein darüber hinausreichender Notstock der Reichsanstalt sollten aus folgenden Quellen gebildet werden: 150 Millionen Mark aus dem Verkauf von 150 Millionen Mark Reichsbahnvorzugsaktien aus Reichsbesitz an die Angestellten- und Invalidenversicherung, 50 Millionen aus dem Reservefonds der Bank für Industrieobligationen, Aus dem Ertrag der Lohnsteuer, soweit er über 1450 Millionen Mark beträgt, sollten bis zu 30 Millionen dieses Mehrbetrags der Reichsanstalt zugewiesen werden. (Der zwischen 1300 und 1450 Millionen Mark liegende Ertrag aus der Lohnsteuer wird auf Grund der sogenannten Lex Brüning der Knappschaffs- und Invalidenversicherung zugeleitet.) Vom Jahr 1931 ab sollte bei dem sinkenden Aufkommen der Einkommensteuer auf Grund der geplanten Einkommensteuerreform die Lohnsteuererstattung fortfallen, und dafür die freierwerbenden etwa 60 Millionen Mark der Reichsanstalt zugeführt werden. Dieses Programm würde für 1930-1931 das fiktive Defizit der Reichsanstalt decken. Bei den vielfachen, auch aus den Reihen der Arbeiterklasse geäußerten Bedenken war es von vornherein zu bezweifeln, ob die frühere Reichsregierung für alle Blumen dieses Deckungsbuketts die Zustimmung der damaligen Regierungsparteien gefunden hätte. Die Sozialdemokratie hat ihre erheblichen Bedenken insbesondere gegen die Lohnsteuererstattungen bereits geltend gemacht; die Arbeiter hätten für eine derartige Maßnahme wohl nur sehr wenig Verständnis gehabt. Wenn die Regierung für weitere Deckungsmöglichkeiten dem Vorstand der Reichsanstalt die Möglichkeit einer Beitragserhöhung von $3\frac{1}{2}\%$ auf 4% geben wollte, so ist das bei der stimmlichen Zusammensetzung und der dafür vorgesehenen qualifizierten Mehrheit eines solchen Beschlusses eine undurchführbare Maßnahme, so daß die über das oben genannte Programm hinaus notwen-

dige Beitragserhöhung ohne Einschaltung der Selbstverwaltung der Reichsanstalt gleich von der Regierung beschlossen werden müßte. Bei 4% Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung hätte man auf die Streichung der Lohnsteuerrückerstattungen vielleicht verzichten können, so daß damit zunächst für den 1. Teil des Rechnungsjahrs 1930 die finanziellen Gefahren für die Arbeitslosenversicherung beseitigt gewesen wären.

Bevor jedoch der Reichstag zu diesem Programm Stellung nehmen konnte, war in den Verhandlungen der Reichsregierung und der Parteien die Entscheidung bereits gefallen. Der Widerstand der Deutschen Volkspartei, insbesondere in Richtung auf eine Beitragserhöhung, und ferner ihr Wunsch nach Leistungsabbau bewirkten einen Vermittlungsvorschlag des Zentrums: den $3\frac{1}{2}\%$ prozentigen Beitrag zunächst beizubehalten, über das Defizit der Reichsanstalt im Spätsommer zu beschließen, mit 3 festgelegten Möglichkeiten: Erhöhung der Beiträge, Mittelbeschaffung durch neue indirekte Steuern oder Leistungsabbau. Diesen Vermittlungsvorschlag lehnte die Sozialdemokratie im engsten Einvernehmen mit den Freien Gewerkschaften ab. Da nun Moldenhauer in der dem Zentrumsvorschlag folgenden letzten Kabinettsitzung erklärte, er könne die Vorlage der früheren Reichsregierung im Plenum des Reichstags nicht mehr vertreten, gab Müller am 27. März die Demission des Kabinetts (siehe die Rundschau Innenpolitik, 1930 I Seite 361 und folgende). Die neue, unter der Leitung des Zentrumsführers Heinrich Brüning stehende Regierung brachte zunächst am 8. April im Reichstag durch Moldenhauer die selbe Vorlage ein, um eine Doppelvorlage zu vermeiden, und der ehemalige Zentrumsvermittlungsvorschlag wurde als Initiativantrag der Regierungsparteien eingebracht und am 14. April in 3. Lesung angenommen. Danach ist das Finanzierungssystem der Arbeitslosenversicherung grundsätzlich dahin abgeändert worden, daß neben den Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Zukunft feste Reichszuschüsse vorgesehen sind. Zwar sind die Beiträge auf $3\frac{1}{2}\%$ belassen, doch treten dazu für 1930 ein Reichszuschuß von 150 Millionen Mark und weiterhin zur Bildung des Notstocks 50 Millionen aus der Industriaufbringungsumlage sowie bis zu 30 Millionen aus dem Lohnsteueraufkommen, soweit es den Betrag von 1425 Millionen im Jahr übersteigt. Langen diese Mittel nicht aus, so soll der Vorstand der

Reichsanstalt auf dem Weg der Verwaltung Maßnahmen ergreifen respektive der Reichsregierung Reformvorschläge unterbreiten. Die Darlehenspflicht des Reichs ist grundsätzlich aufrechterhalten, falls die Mittel der Reichsanstalt nicht ausreichen. Doch ist die Reichsregierung zur Prüfung weiterer Ersparnismöglichkeiten gezwungen. Das bedeutet praktisch die Einbringung eines neuen Reformgesetzes, dem sich die Sozialdemokratische Partei wie die Freien Gewerkschaften widersetzen, da sie in der gegenwärtigen Arbeitslosenversicherung das Mindestmaß des zu Leistenden sehen. Nach einer Resolution des Reichstags soll die Reichsregierung noch vor dem 1. Juli 1930 ein Gesetz zur Sicherung des Ausgleichs zwischen Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung einbringen, sofern die Befürchtung auf eine höhere Monatsdurchschnittszahl als 1,2 Millionen Arbeitslose gegeben ist.

Arbeitslosigkeit In Österreich wurden Anfang März über 300 000 Arbeitslose unterstützt, das heißt etwa $\frac{1}{4}$ der Zahl derer, die gegen Arbeitslosigkeit versichert sind. Die österreichische Arbeitslosigkeit wird auf längere Sicht durch ein neues Abkommen zwischen Österreich und Frankreich verringert werden, da danach 15 000 österreichische Erdarbeiter in den nächsten 3 Jahren nach Frankreich vermittelt werden können.

In Italien ist die Arbeitslosigkeit nach den amtlichen Berichten wenig verändert. Ende Februar sollen 455 000 Arbeitslose vorhanden gewesen sein, doch dürfte in dieser Zahl keineswegs die gesamte Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kommen, da es sich hier nur um einen Teil der Unterstützten handeln kann.

Die Arbeitslosigkeit in England ist in den letzten Wochen weiter gestiegen. Die Anzahl der Arbeitslosen im gegenwärtigen Zeitpunkt innerhalb der englischen Arbeitslosenversicherung beträgt an Unterstützten allein rund 1 540 000.

In Japan hat die Anzahl der Arbeitslosen 1 Million bereits überschritten.

Auch aus den Vereinigten Staaten von Amerika wird eine steigende Arbeitslosigkeit gemeldet. Die Anzahl der Arbeitslosen wird auf 5 bis 6 Millionen Arbeitnehmer geschätzt. Leider fehlt hier eine exakte Statistik. Die hin und wieder bekannt werdenden Arbeitslosenzahlen aus den Vereinigten Staaten stammen aus den Gewerkschaften und haben nur untergeordnete Bedeutung, weil der Organisationsgrad noch sehr gering ist.

Vereinigte
Staaten von
Amerika

In dem Land des Hochkapitalismus, in dem nicht nur das Kapital sondern auch die Arbeiter mangels ernsthafter Organisation jede Sozialpolitik lange ablehnten, beginnen sich Wandlungen von allgemeiner Bedeutung zu vollziehen. Soweit in Amerika von Sozialpolitik gesprochen werden kann, handelt es sich im wesentlichen um die freiwilligen Wohlfahrtsmaßnahmen der großen Konzerne. Auch die Ansätze zu einer allgemeinen Zwangssozialversicherung fehlen vollkommen, wenn man von einer Art Unfallversicherung absieht, die in einem Teil der Vereinigten Staaten eingeführt ist. Nun, da, wie in Europa, auch in Amerika die Lage der älteren Arbeiter und Angestellten offensichtlich immer schlechter wird, da ihre Arbeitskraft der der Arbeitnehmer in jüngeren und mittleren Jahren nicht gleichsteht, wird auch in einzelnen Arbeitgeberorganisationen erwogen sich für eine staatliche Altersrente für Arbeiter einzusetzen. Nach den vorliegenden Plänen soll der Staat den Arbeitern, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, eine Altersrente bezahlen, deren Mindesthöhe mit 300 Dollars, also rund 1200 Mark, jährlich angesetzt ist. Bei Bewertung dieses Betrags ist jedoch die verschiedene Kaufkraft des Geldes in Deutschland und in Amerika, am leichtesten ablesbar in dem Preisniveau, zu berücksichtigen. Danach ist 1 Dollar in der Kaufkraft mit 2,50 Mark, statt der Goldparität nach mit 4,20 Mark, zu bewerten. Diese Einzelheiten sind hier jedoch für die künftige Wandlung, die sich allmählich in der Hochburg des Kapitalismus zu entwickeln beginnt, als weniger wichtig zu bezeichnen. Die geistige Bewegung für die Sozialpolitik, ohne die ein Kulturstaat auf die Dauer nicht bestehen kann, wird an Boden gewinnen, wenn sich die Arbeiter und die Angestellten der Vereinigten Staaten in weiterem Umfang als bisher organisieren, und dann durch den Mund der Millionen die soziale Sicherung gefordert werden wird.

Totenliste

Durch den Tod *Simon Sargoskijs* verlor das Internationale Arbeitsamt am 14. März einen Wissenschaftler von Rang. Er war fast ein Jahrzehnt im Internationalen Arbeitsamt in Genf beschäftigt, bearbeitete dort die Berichte über die Sozialpolitik in Rußland, die er als ehemaliger hoher russischer Ministerialbeamter in der Obersten Arbeitsbehörde zu beurteilen besonders berufen war.

Der Vorsitzende der Internationalen Artistenloge *Max Berol-Konorah* starb am 25. März (siehe auch die Rundschau Bewegungskunst, in diesem Band Seite 510). Er war ein treuer Anhänger der freigeberkschaftlichen Bewegung und verstand es sich mit Erfolg für die schwierigen Arbeitsfragen der Artisten einzusetzen. Gerade zuletzt war Konorah als Leiter eines neugeschaffenen paritätischen Arbeitsnachweises für Artisten ausersehen.

Kurze Chronik In *Frankreich* wurde das Sozialversicherungsgesetz am 24. April mit 547 gegen 29 Stimmen, also mit erdrückender Mehrheit, angenommen und am 26. April vom Senat mit 273 gegen 15 Stimmen verabschiedet. Dieses Werk, das die Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung in einem umfaßt, muß noch besonders gewürdigt werden. ◊ Das Schöffengericht Neumünster verurteilte den Leiter der *Fürsorgeerziehungsanstalt Ricklingen* und 2 seiner Helfer wegen fortgesetzter Mißhandlung von Fürsorgezöglingen zu Gefängnisstrafen von mehreren Monaten. Die Öffentlichkeit erwartet einen Bericht, wie die Aufsichtsbehörde in Zukunft der Mißhandlung wehrloser Fürsorgezöglinge entgegenzuwirken gedenkt. ◊ Das *Kleinrentnerrecht*, in Deutschland noch ungerichtet, ist in Österreich in Form eines Kleinrentnergesetzes geregelt worden, das den Kleinrentnern Anspruch auf eine Unterhaltsrente gibt. Die Mittel für den Kleinrentnerfonds werden aus Staats- und Gemeindebeiträgen aufgebracht, und zwar bringen $\frac{3}{4}$ der Staat und $\frac{1}{4}$ die Gemeinden auf. Es ist ausdrücklich festgestellt, daß die Leistungen aus dem Kleinrentnergesetz nicht als solche aus einer Armenversorgung anzusehen sind.

Literatur Auf eine interessante Untersuchung über die wirtschaftlich und sozialpolitisch in gleicher Weise wichtige Frage der Arbeiterwanderungen sei hingewiesen, die *Herta Schmidt* über die Arbeiterpendelwanderungen im Regierungsbezirk Merseburg in den Beiträgen zur mitteldeutschen Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftskunde / Halberstadt, H. Meyer/ herausgegeben hat. Eine entsprechende Untersuchung dieses bedeutungsvollen Gebiets der Wanderungsbewegung, die sich über das ganze Reichsgebiet ausdehnt, wäre sehr erwünscht, insbesondere, wenn die Grundlagen einer solchen Untersuchung auf exakter Statistik basieren.

Wirtschaft / Gerhard Kreyszig

Deutschland Immer erneut zeigen die vielfältigen Kennziffern der Wirtschaft die Uneinheitlichkeit, die das deutlichste Merkmal der gestörten Gleichgewichtslage der Wirtschaft ist. Die Hoffnungen auf die alljährliche Saisonbelebung mußten arg zurückgesteckt werden. Eine neue Periode sozialer Auseinandersetzungen wird angekündigt. Der Kampf um die notwendige Sanierung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wird verschärft werden. Augenblicklich steht das Wirtschaftsbarometer auf Veränderlich und läßt nur bescheidene Hoffnungen auf konjunkturelle Besserung. Trotz der günstigen Witterung, die einen starken saisonmäßigen Aufschwung in den Außenberufen ermöglicht hätte, begann die Entlastung am Arbeitsmarkt nur zögernd. In den Saisongruppen nahm die Arbeitslosigkeit nach der Statistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zwar von 59,5 % auf 50 % ab; Ende März war damit aber jeder 2. Arbeiter beschäftigungslos, während es im März 1929 nur 43 % waren. Durch die Ungunst der Kapitalmarktverhältnisse ist besonders im Baugewerksbund trotz der saisonmäßigen Entlastung die Arbeitslosigkeit mit 51,6 % noch wesentlich höher als im Vorjahr, wo 46,7 % der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos waren. Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit wurde im Februar zwar überschritten, nach dem Bericht der Reichsanstalt waren Mitte April aber mit 1,86 Millionen Hauptunterstützungsempfängern immer noch rund $\frac{1}{2}$ Million Menschen mehr aus dem Produktionsprozeß herausgeschleudert als im Vorjahr. Die Gesamtzahl der Arbeitssuchenden betrug am 15. April noch immer 2,94 Millionen.

Die saisonmäßige Entlastung des Arbeitsmarkts konnte sich für den gesamten Arbeitsmarkt deshalb nur relativ geringfügig auswirken, weil in einer Reihe von Produktivindustrien ungünstige Arbeitsverhältnisse eintraten. So hat sich die Lage im März, vor allem im Bergbau und in der Metallindustrie, verschlechtert. Ein Rückblick über das 1. Quartal 1930 zeigt an den Produktions- und Umsatzzahlen, daß nach den Konsumgüterindustrien, die unter dem Mangel an Massenkaukraft schon früher zu leiden hatten, jetzt auch die Produktionsgüterindustrien schärfer von der wirtschaftlichen Depression betroffen werden. Die Kohlenförderung liegt zwar im Gesamtergebnis höher als im Februar, ist aber arbeits-

täglich um 20 000 Tonnen gesunken, und das Anwachsen der Haldenbestände seit Februar um 1 Million Tonnen auf 4,2 Millionen Tonnen Anfang März kennzeichnet die erhöhten Absatzschwierigkeiten. Im Braunkohlenbergbau stockt der Absatz noch mehr. Die Eisen- und Stahlproduktion geht ebenfalls zurück, die Verschlechterung der Auslandskonjunktur erschwert zugleich den Export, der auch die Maschinenindustrie betrifft und den Beschäftigungsgrad verringerte. Nach dem Quartalsbericht der Vereinigten Stahlwerke ging der Umsatz gegenüber dem Vorquartal von 356 auf 327 Millionen Mark zurück, und der Auftragsbestand für Eisen- und Stahlwerkserzeugnisse betrug für März nur 69 % des Monatsdurchschnitts für 1928-1929. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß der Güterverkehr bereits um über 15 % unter dem Vorjahresstand liegt, und daß die Eingänge aus der Umsatzsteuer hinter den Erwartungen zurückbleiben. Die Bauvorhaben sind wegen der Finanzierungsschwierigkeiten auch wesentlich geringer als im Vorjahr. Hier fällt entscheidend ins Gewicht, daß der Öffentlichen Hand, deren Aufträge 60 % der Bautätigkeit umfassen, keine Mittel für Bauten zur Verfügung stehen.

Diskontbaisse Die Verflüssigung der Geldmärkte, die eine internationale Erscheinung ist, schien ihren Höhepunkt erreicht zu haben und war zum Stillstand gekommen. In ihrem Verlauf hatte der Reichsbankdiskont bis auf 5 % gesenkt werden müssen. Obwohl damit der niedrigste Zinsfuß seit der Stabilisierung erreicht war, den Deutschland nur von Januar bis Juni 1929 bisher einmal hatte, wurde dadurch die Wirtschaft nicht belebt. Die Beanspruchung der Reichsbank zum Quartalsabschluß zum Beispiel blieb wesentlich geringer als 1929, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß das Reich nach der Sanierung seiner Kasse keinen Geldbedarf hatte. Trotz dem Quartalstermin betrug der Umlauf an Reichsbanknoten nur 4,8 Millionen Mark, die zu 60 % mit Gold und Devisen gedeckt waren. Die Diskontsenkung am 25. März hatte den weitem Zufluß von Gold in die Kassen der Reichsbank keineswegs aufzuhalten vermocht, das Zinsgefälle gegenüber den Finanzzentren der Welt war noch zu groß. Ende April waren die umlaufenden Noten durch den raschen Rückgang der Kreditansprüche unter gleichzeitigem Zufluß neuen Goldes durch Gold allein bereits zu 62,2 %, durch Gold und Devisen zu

70,9 % gedeckt. Den weitem Zustrom könnte nur nochmaliges Senken des Diskonts aufhalten. Dazu wird die Reichsbank durch die erneute internationale Diskontsenkung gezwungen werden. Paris, London und New York ermäßigten am 1. Mai ihren Diskont um $\frac{1}{2}$ %; auf $2\frac{1}{2}$ % Frankreich, je 3 % England und Amerika. Die Gleichzeitigkeit der Aktion ist dabei zweifellos das Ergebnis vorheriger Verständigung. Deutschland bekäme also als währungspolitische Abwehrmaßnahme jetzt den niedrigsten Diskontsatz seit der Stabilisierung.

Preisniveau Es hat in Deutschland fast eines ganzen Jahres nachlassender wirtschaftlicher Tätigkeit bedurft, ehe die Preise merklich nach unten gingen und sich damit der Konjunkturlage anpaßten. Der Großhandelsindex für März 1930 liegt jetzt nicht nur niedriger als in der Depressionsperiode von 1926 (134,4) sondern hat sogar mit 126,4 den Tiefstand von Juni und Juli 1924 (127,9) unterschritten. Sein Absinken beeinflußt entscheidend die Preise von industriellen Rohstoffen und Halbwaren, die mit 125,5 erheblich unter dem Stand von 1924 (134,8) liegen, Tendenzen also, die im Gefolge der abgleitenden Weltkonjunktur auf die deutsche Wirtschaft treffen. Die Weltbaisse erfaßte besonders Textilien, Häute, Gummi, Petroleum, Baumwolle und eine Reihe von Edelmetallen, von denen vor allem Kupfer wieder einmal einen regelrechten Preissturz von 25 % durchmachte. Aber auch Nahrungsmittel wie Zucker, Kaffee und Getreide wurden billiger. Wesentlich zögernder folgt dieser Gesamttendenz der Lebenshaltungsindex, der immerhin seit Januar um 3 Punkte fiel. Das Hemmnis einer nachhaltigeren Verbilligung der Lebenshaltung liegt nach wie vor in den industriellen Fertigwaren mit ihren kartellgebundenen Preisen. Während der Index der freien Preise von Januar 1929 zu Januar 1930 von 101,9 auf 90,4 sank, stieg der Index der geregelten Kartell- und Syndikatspreise in diesem Zeitraum von 104,6 auf 105,0.

Weltwirtschafts- Je schärfer und länger über **konjunktur** Deutschland die große Arbeitslosigkeit lastet, desto wichtiger wird die Frage nach der Gesamtkonjunktur der Weltwirtschaft. Von ihr hängt es ab, ob durch Exportausichten der Mangel an Absatz im Inland wettgemacht werden kann. In den wichtigsten Ländern zeigen sich eher Merkmale des Abstiegs als der Besserung.

Die sinkende Preistendenz auf den Warenmärkten als Folge der Geldflüssigkeit und der Absatzstockungen findet international ihren Ausdruck im Abgleiten aller Großhandelsindices. Als weitere internationale Erscheinung ist schließlich, neben der Stagnation auf allen wichtigen Börsenplätzen, die Zunahme der Arbeitslosigkeit in allen kapitalistischen Ländern zu verzeichnen. Englands Arbeitslose sind im letzten Quartal bis auf mehr als 1½ Millionen gestiegen, in den Vereinigten Staaten von Amerika wird das Heer der Beschäftigungslosen auf 5 bis 6 Millionen geschätzt.

Die Automobilproduktion, die in den *Vereinigten Staaten von Amerika* als Konjunkturbarometer gewertet wird, betrug im März trotz saisonmäßiger Belebung 300 000 Stück und ist damit um fast die Hälfte unter dem Produktionsstand vom April 1929 mit ½ Million Wagen zurückgeblieben; im Dezember 1929 war sie schon einmal bis auf 120 000 gefallen. Das einzige Land, das von der ungünstigen Entwicklung der weltwirtschaftlichen Lage nach wie vor unberührt bleibt, ist *Frankreich*, das keine Arbeitslosigkeit kennt, einen günstigen Produktionsstand und gewaltige Kapitalreserven hat. Ein von der Kammer soeben verabschiedetes Steuersenkungsprogramm ist der Ausdruck der wirtschaftlichen Gesundheit, die sich Frankreich durch die Energie und Zielklarheit seiner Leitung errungen hat, trotz den Hindernissen, die ihm von außen bereitet wurden.

Um so ungünstiger ist die wirtschaftliche Lage *Englands*, das trotz allen Rationalisierungsmaßnahmen seine Dauerarbeitslosigkeit nicht meistern kann, dessen innere Situation zudem durch die Entwicklung der Dinge in Indien noch erschwert wird. Die Haupt Sorge der Labourregierung war der Staatshaushalt, der mit einem Fehlbetrag von fast 300 Millionen Mark abschloß. Der neue Etat zeigt einen Mehrbedarf von über 800 Millionen. Die sozialen Leistungen, Witwen-, Alterspensionen und Arbeitslosenunterstützungen, werden allein um 400 Millionen Mark erhöht. Die Mittel werden durch Erhöhung der Einkommen- und Erbschaftsteuer und durch Zuschläge zur Biersteuer beschafft; auf die beabsichtigte Senkung der Zölle hat man verzichtet.

Seeschiffahrts- Die deutsche Großschiffahrt
trust über den Atlantischen Ozean wurde seit Jahrzehnten durch 2 überragende Schiffahrtsunternehmen beherrscht; die Hamburg-Amerika-Linie /Hamburg/ und den Nord-

deutschen Lloyd /Bremen/. Diese beiden haben sich jahrzehntelang, mit Lokalpatriotismus um die Geltung der Häfen im Hintergrund, in erbitterter Rivalität um den Vorrang auf dem Weltmeer bekämpft. Alle Einigungsverhandlungen, die schon 1926 und 1928 gepflogen wurden, scheiterten bisher. Hamburg erwartete aus der Freigabe seiner Amerikaguthaben einen Machtzuwachs, der seinen zeitweiligen Vorsprung vor Bremen vergrößert hätte, andererseits mußte Bremen erst durch den Bau seiner 2 Riesenschiffe Bremen und Europa mit Hamburg wieder in gleiche Wettbewerbsfront rücken, ehe es zum Friedensschluß kommen konnte. Jakob Goldschmidt, der Führer der Darmstädter und Nationalbank, und der Bremer Bankier Johann Friedrich Schröder, der Rationalisator der deutschen Schiffswerften, waren die treibenden Kräfte für die jetzt im März abgeschlossene Interessengemeinschaft zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd, die zunächst 50 Jahre läuft und durch Personalunion der Gesellschaftsvorstände und gleichmäßige Gewinnverteilung zwischen den beiden Unternehmungen diese wirtschaftlich so eng zusammenschweißt, daß die Interessengemeinschaft einer Fusion gleichkommt. Beide Unternehmungen behalten allerdings ihre wirtschaftliche Selbständigkeit und getrennte Aufsichtsräte; als völlig gleichberechtigte Partner verzichten sie aber zukünftig auf jede Prestigepolitik und gegenseitige Konkurrenz, wofür die Gewinnverteilung im Verhältnis 1 : 1 die Garantie bietet. Beide Unternehmen, die in Kapitalkraft und Schiffstonnage einander ebenbürtig sind, werden also in Zukunft alljährlich die gleichen Dividenden ausschütten. Damit ist aus 2 bisher monopolistischen Großreedereien Deutschlands der deutsche Schiffahrts-trust mit unbestrittener Monopolstellung geworden, der seine »gesamte wirtschaftliche Betätigung unter Verzicht auf jedweden Vorrang in gegenseitiger Unterstützung und Förderung nach einheitlichen Gesichtspunkten und unter einheitlichem Zusammenwirken« ausübt. Der Trust verfügt mit einer Gesamtflotte von 2,69 Millionen Bruttoregistertonnen über die größte so straff organisierte Tonnage auf dem Weltmeer.

Diese Union, für deren Zustandekommen der Wettbewerb Englands und der Vereinigten Staaten von Amerika stark mit maßgebend war, hat bereits in England zu einer strafferen Organisation der Großreedereien Anlaß gegeben. Die englischen Gegenspieler sind der Royal-Mail-Kon-

zern und die Cunardgruppe. Neben einer straffern und rationellern Zusammenfassung des Royal-Mail-Konzerns wird vor allem der Zusammenschluß der Cunardlinie mit der White-Star-Linie erwogen, um dem deutschen Schiffsblock durch das Zusammengehen der beiden bedeutendsten englischen Seeschiffahrtlinien ein Gegengewicht zu bieten.

Zollfriede? Man muß sich in die Erinnerung zurückrufen, daß die im Mai 1927 in Genf abgehaltene Weltwirtschaftskonferenz in der »Rückkehr zu tatsächlicher Freiheit des internationalen Handels eine der grundlegenden Vorbedingungen für den Wohlstand der Welt« sah und deshalb unter anderm den Abbau von Ein- und Ausfuhrverboten, die allgemeine Meistbegünstigung, möglichst langfristige Handelsverträge und die Vereinfachung der Zolltarife empfahl. Bei diesen Empfehlungen blieb es, das praktische Handeln war genau entgegengesetzt. Nachdem Herbert Hoovers Hochschutzzollpolitik die Notwendigkeit einer Europäischen Zollunion noch besonders verdeutlicht hatte, berechnete die für den 17. Februar 1930 nach Genf einberufene europäische Zollfriedenskonferenz zu Hoffnungen. Das Ergebnis enttäuscht um so mehr. Statt des von keiner Seite ernstlich gewollten Zollfriedens ist das Endergebnis der Konferenz die Konvention vom 24. März 1930, die den beteiligten Staaten im wesentlichen die Verpflichtung auferlegt ablaufende Handelsverträge nicht zu kündigen. Man bestätigt also mit Ach und Krach die bisherige Lage, läßt dabei Hintertüren offen für "Notfälle", die den Wirrwarr vergrößern, aber man kommt nicht zu einem Zollfrieden, geschweige denn gar zu einem geeinten europäischen Zollgebiet, innerhalb dessen die Zollmauern abgerissen werden.

Wilhelm Grotkopp hat in seinem Buch *Die Zölle nieder!* (Berlin, Walther Roth-schild/ wertvolles Material dazu veröffentlicht und zugleich Vorschläge unterbreitet, die man in Genf bei erstem Willen um das Endziel hätte diskutieren können. Seine Schilderung der Situationen der einzelnen Staaten ist die Prognose des Fiaskos. Grotkopp erhoffte allerdings Positives, und zwar unter Einbeziehung Englands in die europäische Union. Das wäre freilich alles andere als eine Lösung. Diese bringt nur der Vereinigte Europäische Kontinent. Eine Arbeitsteilung unter den Nationen Kontinentaleuropas beseitigt von selbst die binneneuropäischen Zölle.

Im Zusammenhang mit den Fragen der Zollpolitik sei auf Heinrich Nettmanns Studie über Ausgleichszölle (Halberstadt, H. Meyer/ hingewiesen, die historisches und theoretisches Material bringt. Der Autor lehnt Ausgleichszölle ab, weil sie insbesondere die Verteilung des Sozialprodukts in einer das Arbeitseinkommen benachteiligenden Weise beeinflussen.

Totenliste Finanzielle Schwierigkeiten trieben Anfang März den Wiener Großindustriellen

Oskar Körner von Mauer im Alter von 50 Jahren zum Selbstmord. Er ging aus der Holzindustrie hervor, in der er sich aus kleinen Anfängen emporarbeitete, so daß er in ihr vor dem Krieg zu den Führenden Österreichs gehörte. Später betätigte er sich im Bankfach. Er war Hauptaktionär der Depositenbank und spielte lange in der Wiener Finanzwelt eine bedeutende Rolle.

Am 12. April starb, 67 Jahre alt, einer der geistvollsten und populärsten englischen Großindustriellen, der "Whiskykönig" James Lord Dewar, der das Kartell der schottischen Whiskyfabrikanten geschaffen hat. Er war Mitbesitzer des englischen Whiskytrusts und besaß ein Vermögen von etwa 10 Millionen Pfund, das nun dem Staat 4 bis 5 Millionen einträgt, da er keine direkten Erben hat.

Kurze Chronik Die Rentabilitätsstatistik für die deutschen *Aktiengesellschaften* weist für 1928-1929 die gleiche Durchschnittsdividende von 6,2% aus, die für das Jahr 1927-1928 festgestellt war. ◊ Da die *Warenhäuser* immer stärker zu zentralen Einkaufsplätzen der breiten Massen geworden sind, geben ihre Umsätze interessante Aufschlüsse darüber, welcher Bedarf vornehmlich im Warenhaus gedeckt wird. Seit 1925 waren die Gesamtumsätze der deutschen Warenhäuser bis zum Oktober 1929 um rund 33% gestiegen; hinter dieser Steigerung (1925 mit 100 angesetzt) blieben die Umsätze an Bekleidungsgegenständen (123,6) und Textilien (121,9) zurück. Stärker als der Gesamtumsatz stiegen die Umsätze von Hausratsartikeln (143,7) und Nahrungs- und Genußmitteln (242,2), mit deren Vertrieb sich die Warenhäuser immer stärker befassen. ◊ Die Bilanzen der deutschen *Großbanken* beweisen, daß sie auch 1929, das Jahr der Börsenbaissen und der Finanzskandale, erfolgreich überstanden haben. Wenngleich die Gewinne etwas geschrumpft sind, haben Rationalisierungsmaßnahmen und der An-

gestelltenabbau die Dividenden sämtlich auf Vorjahreshöhe gehalten; Darmstädter und Nationalbank und Berliner Handelsgesellschaft verteilten 12% Dividende, Kommerz- und Privatbank 11%, Dresdener Bank sowie Deutsche Bank und Diskontogesellschaft schütteten je 10% Dividende aus. ◊ Durch die bevorstehende Inkraftsetzung des § 31 des *Bankgesetzes* wird die Reichsbank zur Einlösung ihrer Noten in ausländische Währungen, Goldbarren oder Goldmünzen, verpflichtet. ◊ Zum Direktor der Bank für Internationale Zahlungen, der Reparationsbank, wurde der Chef der Abteilung für wirtschaftliche Untersuchung in der Bank von Frankreich *Pierre Quesnay* gewählt. Er ist erst 35 Jahre alt, ein vielseitig gebildeter Mann, der neben Literatur und Philosophie vor allem auch Staatswissenschaften studierte. Er war schon in der Reparationskommission tätig und wurde 1925 in die Wirtschaftsabteilung des Völkerbundssekretariats in Genf gewählt. Er hatte Anteil an der französischen Währungsstabilisierung und hat auch in der Sachverständigenkommission für den Youngplan mitgearbeitet. Er ist von der Notwendigkeit einer französisch-deutschen Wirtschaftskooperation überzeugt, tritt seit langem für sie ein.

Literatur Die Literatur über den *Ruhrkrieg* ist durch eine von der Vereinigung der Städte und Ämter im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet geförderte umfangreiche Darstellung vermehrt: *Ruhrkampf, Einbruch und Abwehr im rheinisch-westfälischen Industriegebiet* /Berlin, Reimar Hobbing/, die Paul Wentzke bearbeitet hat. Dem zunächst vorliegenden 1. Band soll ein weiterer folgen, nach dessen Veröffentlichung hier eine Gesamtbeurteilung gegeben werden wird. ◊ Durch das Buch des Vizepräsidenten der Bankers' Trust Company *Fred W. Shibley* *Der neue Weg zum Reingewinn*, das, mit einem Vorwort von Donaldson Brown versehen, jetzt auch deutsch erschien /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/, ist die Serie der Prosperitätsrezepte Amerikas vergrößert worden. Interessante und geistreiche Einzelheiten vermögen aber nicht darüber hinwegzutäuschen, daß Europa vorläufig kein Absatzgebiet ist wie Amerika, und daß amerikanische Methoden in Europa heute zu Fehlschlägen führen. Allerdings bilden sie gerade ein schlüssiges Argument für den wirtschaftlichen Zusammenschluß unseres Kontinents, der dann den Vorsprung Amerikas einholen könnte.

Staatssozialismus / Walther Pahl

Deutsche Elektrizitätswirtschaft Der Enqueteausschuß über die deutsche Elektrizitätswirtschaft der Öffentlichkeit/Berlin, E. S. Mittler & Sohn/. Er enthält ein knappes zusammenfassendes Referat über den innern Aufbau der Elektrizitätswirtschaft, eine Darstellung der deutschen Elektrizitätswirtschaft nach Versorgungsgebieten und eine große Reihe von Sachverständigengutachten vor allem über die Probleme der Wirtschaftlichkeit und Tarifgestaltung in der Elektrizitätswirtschaft. Seinen Ausgang nimmt es von einer Darstellung des Spitzenproblems, das für die Wirtschaftlichkeitsverhältnisse in der Elektrizitätswirtschaft von entscheidender Bedeutung ist. Zwischen Erzeugungsfähigkeit und tatsächlicher Ausnutzung der Anlagen besteht eine sehr bedeutende Spanne, die dadurch bedingt ist, daß die Werke infolge der großen Schwankungen des Bedarfs an elektrischem Strom innerhalb der Tages- und Jahreszeiten eine Erzeugungskapazität bereithalten müssen, die auch den einmaligen Höchstbedarf überschreitet. Könnten die Maschinen das ganze Jahr hindurch, das heißt 365 mal 24, also 8760 Stunden arbeiten, so wäre die Erzeugung pro installiertes Kilowatt in 1 Jahr 8760 Kilowattstunden. Tatsächlich betrug die durchschnittliche Benutzungsdauer der deutschen Elektrizitätswerke, öffentliche Versorgung und Eigenanlagen zusammengekommen, im Jahr 1928 nur 2510 Stunden. Die durchschnittliche Benutzungsdauer der Eigenanlagen lag mit 2856 Stunden höher als die der öffentlichen Versorgung mit 2246 Stunden. Die Eigenanlagen der Chemischen und der Metallurgischen Industrie erreichten 4146 Stunden. Bei den öffentlichen Erzeugungsanlagen ist die Benutzungsdauer am höchsten in den oberen Größenklassen. Große Unterschiede zeigen sich, wenn man die durchschnittliche Benutzungsdauer der öffentlichen Stromversorgung in den einzelnen deutschen Landesgebieten betrachtet. Sachsen hat 3630 Stunden, Thüringen dagegen nur 1080 Stunden. Es zeigt sich hier, daß das Verhältnis zwischen Leistungsfähigkeit und tatsächlicher Leistung weitgehend von dem Stand der Zusammenfassung zu einem einheitlichen Versorgungsgebiet abhängt. Mit aller Energie wird heute in der deutschen Elektrizitätswirtschaft an die Lösung des Spitzenproblems herangegangen. Die Absenkung der Spitze kann zunächst einmal durch technische Maß-

nahmen erreicht werden. In den Zeiten geringer Stromnachfrage, vornehmlich in den Nachtstunden, können die Wärmekraftwerke Pumpenanlagen mit Kraft versorgen, die Wasser in ein höher gelegenes Becken pumpen, das dann bei Auftreten des Spitzenbedarfs zu Tal stürzt und dabei die zur Befriedigung der Spitze erforderliche Energiemenge liefert. Zurzeit sind in Deutschland 2 hydraulische Speicheranlagen, in Herdecke an der Ruhr und in Niederwartha im Elbtal, kurz vor der Inbetriebnahme. Das Kraftwerk Charlottenburg stellte im Jahr 1929 eine große Ruthsdampfspeicheranlage auf. Dieses Dampfspeichersystem kommt vor allem dort in Frage, wo man den Standort des Speichers so nahe wie möglich an den Verbrauchsschwerpunkt heranrücken muß.

Indessen kann auf diesen technischen Wegen das Problem nicht gelöst werden. Grundlegend für die Wirtschaftlichkeit der deutschen Elektrizitätsversorgung sind vielmehr die Entwicklungsvorgänge auf dem Gebiet der Organisation und der Preispolitik. Der Enqueteausschuß hat deshalb diesen organisatorischen und preispolitischen Fragen in seinem allgemeinen Bericht besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Nachdrücklich setzt er sich für eine Beseitigung der einer weiteren Konzentration der Elektrizitätswirtschaft entgegenstehenden Hemmungen ein, er fordert die Ausschaltung sowohl politischer Einflüsse als auch persönlicher und lokaler Rücksichten. Trotz allen retardierenden Momenten ist der Konzentrationsprozeß augenblicklich in vollem Fluß, hat auch bereits einen hohen Grad erreicht. Interessant ist dabei die Konstatierung des Berichts, daß die Abneigung gegen den Anschluß an die allgemeine Versorgung in erster Linie nicht von den kommunalen Werken ausgeht sondern zumindest auch in gleichem Maß von den privaten Unternehmungen. Eine besondere Rückständigkeit zeigt sich hier bei den Elektrizitätsgenossenschaften, deren es am 1. Januar 1929 5921 gab. Sie verursachen in einzelnen Landesteilen durch ihre außerordentlich hohe Zahl eine große Zersplitterung der Erzeugung und Verteilung. Beispielsweise hat die zwischen Erzeugungswerk und Verbraucher eingeschobene Handelskette in der Provinz Sachsen mehr als 5 Glieder.

Deutschland ist heute durch Demarkationsabkommen der Elektromächte in eine kleine Anzahl großer Versorgungsgebiete und Interessenzonen aufgeteilt. So gewiß diese Grenzziehungen einen großen Vorteil gegenüber der lokalen

Zersplitterung und den Konkurrenzkämpfen der vorhergehenden Zeit bedeuten, so kann man sich doch mit der Aufteilung Deutschlands in große Elektroprovinzen heute nicht mehr begnügen. Die Technik der Übertragung des elektrischen Stroms ist auf ganz weite Strecken hin noch wirtschaftlich. Bei einer isolierten Entwicklung der einzelnen Stromversorgungsgebiete kann man die Fortschritte der Höchstspannungstechnik gar nicht ausnutzen. Um den wirtschaftlich rationellen Stromaustausch und den gemeinsamen Leitungsbau mit den Nachbarn zu fördern, wurde im Mai 1928 die Aktiengesellschaft für Elektrowirtschaft gegründet, die den organisatorischen Rahmen für eine Reichsvereinheitlichung der deutschen Elektrowirtschaft abgeben sollte. Bis heute ist über die bisherige Tätigkeit und die konkreten Arbeitspläne der Gesellschaft nichts bekannt geworden. Neuerdings ist der im Auftrag des Reichswirtschaftsministeriums von Oskar von Miller ausgearbeitete Reichsplan für die künftige deutsche Elektrizitätsversorgung der Öffentlichkeit übergeben worden. Miller rechnet in seinem Gutachten damit, daß in einigen Jahren die öffentlichen Elektrizitätswerke, die heute 16 Milliarden Kilowattstunden erzeugen, 34 Milliarden erzeugen müssen, um den dann vorhandenen Bedarf zu befriedigen. Die Kosten für die hierfür erforderlichen Neubauten und Erweiterungen (5,5 Millionen Kilowatt), Transformatorstationen und Leitungsnetze, gibt das Gutachten Millers mit 3,7 Milliarden Mark an. Der Plan sieht die Schaffung eines fast 2500 Kilometer großen Netzes von 220 000 Voltleitungen vor, das alle großen Elektrizitätswerke Deutschlands mit einander verbinden soll. Die Frage einer Reichsorganisation für die Elektrizitätswirtschaft ist dringlich. Von den verantwortlichen Stellen ist zu erwarten, daß sie ihre Stellungnahme zu dem Millerschen Plan so schnell wie möglich bekannt geben und an die Arbeit für eine Vereinheitlichung herangehen. Heute scheint es recht zweifelhaft, ob wirklich ohne äußeren Zwang eine planmäßige Ausbaurbeit im Reichsmaßstab möglich ist.

Die Untersuchung des Enqueteausschusses über die Elektrizitätspreise kommt zu dem Ergebnis, daß wegen der Vielgestaltigkeit der die Preise von der Erzeugungs- und von der Verbraucherseite beeinflussenden Faktoren ein Urteil über ihre Angemessenheit etwa auf der Grundlage von Durchschnittspreisen unmöglich ist. Es wird der wichtige Vorschlag ge-

macht durch eine laufende statistische Erfassung der tariflich festgesetzten Preise und der Durchschnittseinnahmen eine Urteilsbildung zu ermöglichen. Eine derartige Einrichtung soll auch eine Vereinheitlichung der Tarife vornehmen. Allgemein waren die Sachverständigen der Ansicht, daß eine durchgängige Einführung des Grundgebührentarifs erwünscht, seine Verfeinerung durch eine gestaffelte Arbeitsgebühr erstrebenswert sei. Von einem verfeinerten Grundgebührentarif versprechen sich die Sachverständigen vor allem eine Verbesserung des Verhältnisses von Spitze und durchschnittlicher Inanspruchnahme der Werke. So wird darauf hingewiesen, daß in denjenigen Gebieten, in denen der Preis für Nachtstrombezug herabgesetzt wurde, um einen Anreiz für die Beanspruchung des Werks in diesen Stunden schlechtester Ausnutzung zu bieten, bereits kurz nach der Einführung der günstige Einfluß der tariflichen Maßnahme auf die Abnahme sich geltend gemacht habe.

Die Untersuchung über die Rentabilitätsverhältnisse in der Elektrowirtschaft gelangte zu dem Ergebnis, daß die Verzinsung für das tatsächliche Eigentümerkapital bei der Gesamtheit der Elektrizitätswerke etwa 6% beträgt. Nach der Schätzung der Sachverständigen waren Ende 1928 in den Anlagen etwa 6,3 Milliarden Mark investiert. Der Jahresproduktionswert dürfte etwa 1,82 Milliarden Mark betragen haben. Genaue Feststellungen über die Einnahmen pro Kilowattstunde konnten von dem Enqueteauschuß nicht gemacht werden. Die Gutachterkommission hat lediglich für 1925 aus den Anlagen von 232 Werken eine durchschnittliche Einnahme pro Kilowattstunde für alle Stromarten und Werke von 15 Pfennig ermittelt. Der Großabnehmerpreis bei den untersuchten Werken wurde mit 9,06 Pfennig errechnet. Diese Angaben dürften im ganzen auch heute noch zutreffen. Teilweise liegen sie etwas unter den für 1925 ermittelten Zahlen. Sehr interessant sind die Untersuchungen über die Kosten der Elektrizitätswirtschaft. Der jährliche Durchschnittsaufwand für Abschreibungen und Kapitaldienst stellte sich 1928 pro erzeugte Kilowattstunde auf 6,2 Pfennig. Dabei ist ein durchschnittlicher Wiederbeschaffungswert von Erzeugungs- und Verteilungsanlagen in Höhe von 1000 Mark und ein Durchschnittssatz für Abschreibungen und Kapitaldienst in Höhe von 14% zugrundegelegt. Der Aufwand für Brennstoffe stellte sich durchschnittlich auf rund 1,4 Pfennig, der für Löhne,

Gehälter und soziale Leistungen ebenfalls auf rund 1,4 Pfennig. Die Steuern werden von den Sachverständigen mit durchschnittlich 8 bis 10% aller entstehenden Kosten beziffert. Auf etwa der gleichen Höhe liegt der Aufwand, den die Leitungsverluste verursachen. Im Reichsdurchschnitt betragen die Stromverluste 14% der Abgabe; bei überwiegendem Kleinverbrauch erreichen sie 25% und mehr. Außerordentlichen Schwankungen unterliegen die sogenannten Verwaltungsaufwendungen für Zählerkontrolle, Inkassotätigkeit usw. Bei Werken mit hohem Kleinverbrauch sind diese Aufwendungen wegen der großen Zahl der Anschlüsse besonders hoch. Die Sachverständigen schätzen, daß in diesen Fällen vielfach 8 bis 10 Pfennig pro Kilowattstunde aufgewendet werden. Auch die sonst entstehenden Kosten liegen natürlich beim Kleinverbrauch weit über der Durchschnittshöhe. So ergibt sich für Abschreibungen und Kapitaldienst für Kleinverbrauch ohne Landwirtschaft ein Aufwand von 16,6 Pfennig und bei landwirtschaftlichen Verbrauchern ein Aufwand von 32,2 Pfennig pro nutzbar abgegebene Kilowattstunde. Die für die Belieferung der Kleinabnehmer entstehenden Mehrkosten müssen aus den Abgaben an die übrigen Bezieher mit höherer und stetiger Benutzungsdauer gedeckt werden.

Die kommunalen Werke liefern einen beträchtlichen Anteil ihrer Einnahmen an den Haushalt der Kommune ab. Der Anteil der Abgaben an den Durchschnittseinnahmen schwankt zwischen 10 und 50%; bei einem großen Teil der Werke beträgt er etwa 25%. Bei 19 Großstädten, deren Elektrizitätsabgabe 1928 rund 50% der Stromabgabe aller deutschen Großstädte (außer Berlin) umfaßte, wurden an die Gemeindekassen rund 76 Millionen Mark abgeführt, das heißt 5,16 Pfennig pro Kilowattstunde. Der Enquetebericht geht zum Schluß auch noch auf die in den letzten Monaten durch die Krise der öffentlichen Finanzen in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückte Frage einer Privatisierung der kommunalen Elektrizitätswirtschaft ein. Er beschränkt sich leider darauf zu erklären, daß die Frage einer Überlassung eines kommunalen Werks an das Privatkapital von Fall zu Fall und nicht allein unter dem Gesichtspunkt des aktuellen Finanzbedarfs der Kommunen sondern gerade im Hinblick auf die Versorgungsaufgaben der Werke und auf die Wirtschaftlichkeit der Elektrizitätsversorgung geprüft werden müsse.

Preußen: Bergwerksbetriebe

Die günstige Kohlenkonjunktur des Jahres 1929 war auch bei der Preußischen Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaft, deren Kapital in Höhe von 140 Millionen Mark dem Staat gehört, für das Abschlußergebnis von entscheidendem Einfluß. Der Gesamtumsatz der Werke erhöhte sich von 125,18 auf 137,66 Millionen Mark. Der Betriebsgewinn erhöhte sich auf 22,06 und der Beteiligungsgewinn auf 2,76 Millionen Mark. Nach Absetzung der Unkosten (7,50 Millionen) und der Abschreibungen (10,19 Millionen) verblieb ein Reingewinn von 8,9 Millionen (gegen 6,7 im Vorjahr), der nach Vornahme der üblichen Rückstellungen von 1,76 Millionen Mark zur Ausschüttung einer Dividende von 5% (gegen 4% im Vorjahr) auf das eingezahlte dividendenberechtigte Aktienkapital von 10 Millionen Mark verwandt wird. Im Berichtsjahr wurden 22,5 Millionen, gegen 18,2 im Vorjahr, zur weiteren Modernisierung der Betriebe investiert. Die Kosten dieser Rationalisierungsarbeiten wurden teilweise durch die Kapitalserhöhung, teilweise aber auch aus laufenden Gewinnen bezahlt. Von den einzelnen Betrieben haben insbesondere die Kali- und Kohlenbergwerke gut abgeschlossen. Dagegen war die Lage der Erzbergwerke im Oberharz und der Eisen- und Stahlgießereien in Gleiwitz-Malapané recht ungünstig. Die Bernsteinwerke in Ostpreußen erzielten zwar einen größeren Absatz, konnten aber keine den wirklichen Selbstkosten entsprechenden Preise erzielen. Die Preußische Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaft befürchtet von dem Inkrafttreten des deutsch-polnischen Abkommens eine empfindliche Beeinträchtigung des Absatzes der oberschlesischen Kohle für das laufende Jahr. Die Verwaltung rechnet damit, daß die Folgen der polnischen Einfuhr von jährlich 4 Millionen Tonnen sich in einer Mehrarbeitslosigkeit von 10 000 bis 12 000 oberschlesischen Bergleuten auswirken werden. Die Aussichten werden deshalb für das laufende Jahr als denkbar ungünstig bezeichnet. Doch braucht man nicht zu übertreiben. Das Preisabkommen zwischen der oberschlesischen und der polnischen Industrie schließt eine Schleuderkonkurrenz der polnischen Kohle aus. Außerdem sind organisatorische Maßnahmen in Vorbereitung, die den oberschlesischen Bergbau von einer Überflutung mit polnischer Kohle entlasten und für eine gleichmäßige Verteilung auf dem deutschen Markt sorgen sollen.

Totenliste

Der Landeshauptmann der Provinz Oberschlesien *Hans Piontek* starb am 2. Februar im Alter von 54 Jahren. Vor seiner Tätigkeit als Landeshauptmann war Piontek in den Jahren 1921 bis 1924 Oberbürgermeister von Ratibor. Der letzte Oberpräsident der Provinz Westpreußen, *Ernst Ludwig von Jagow*, starb am 20. April auf seinem Ruhesitz in Brandenburg an der Havel, im Alter von 77 Jahren. Jagow ging aus dem preußischen Verwaltungsdienst hervor: 1886 wurde er Landrat des Kreises Osterburg, 1895 Regierungspräsident in Posen, 1905 kam er als Oberpräsident der Provinz Westpreußen nach Danzig, an die Stelle des spätern Staatssekretärs Clemens Delbrück. Nach dem Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrags schied er aus seinem Amt. Der wirtschaftliche und kulturelle Aufstieg des deutschen Ostens war stets Ziel seiner Lebensarbeit.

Kurze Chronik Die Stromabgabe der *Preußischen Elektrizitätsgesellschaft* stieg im vergangenen Jahr um 20,17% auf 646,26 Millionen Kilowattstunden, wobei etwa 14% Steigerung auf normale Konsumzunahme und etwa 6% auf Expansion entfällt. Die Dividende wurde von 5% auf 6% erhöht. \diamond Der Kreistag Weisfenfels stimmte einem Vertrag zu, wonach die Preußische Elektrizitätsaktiengesellschaft zur Übernahme des Elektrizitätsverbands Weisfenfels-Zeit unter dem Namen *Stromversorgungsgesellschaft Weisfenfels-Zeit* eine neue Aktiengesellschaft gründet, deren Aktienmehrheit sie in Gemeinschaft mit der Reichselektroaktiengesellschaft Berlin übernimmt. Die hinter dem Elektrizitätsverband Weisfenfels-Zeit stehenden Kreise werden an dem neuen Unternehmen voraussichtlich mit 26% beteiligt. \diamond Die 3 staatlichen *bayerischen Großwasserkraftwerke*: Bayernwerk, Mittlere Isar und Walchenseewerk, haben ihre Dividende für das am 30. September 1929 beendete Geschäftsjahr von 4% auf 5% erhöht. Der Gesamtstromumsatz bei dem Bayernwerk erhöhte sich von 686 auf 840 Millionen Kilowattstunden. Die beiden eine Betriebseinheit bildenden Werke Walchensee und Mittlere Isar haben im ganzen 451 Millionen Kilowattstunden Strom abgegeben. \diamond Die reichseigene Aktiengesellschaft *Vereinigte Aluminiumwerke* (Lautawerk) verteilte wieder 9% Dividende. Der Absatz hat sich für 1929 um 10% erhöht. Als Auswirkung der Preissenkung vom Mai 1928 ist eine Mindereinnahme zu verzeichnen.

Literatur Eine der wichtigsten Aufgaben der Verwaltungsreform ist es aus der Tatsache, daß die öffentlichen Körperschaften heute nicht mehr nur Verwaltungsorganismen sondern wirtschaftliche Organismen sind, die Konsequenzen zu ziehen. Dazu gehört nicht zuletzt eine Verstärkung des volkswirtschaftlichen Elements in der Beamtenschaft des Reichs, der Länder, der Kommunalverbände und der sonstigen öffentlichrechtlichen Körperschaften. Das Juristenmonopol muß gebrochen werden, wenn die "Schwerfälligkeit" der öffentlichen Verwaltung beseitigt werden soll. In seiner Schrift *Verwaltungsreform und Berufsbildung der Volkswirte* /München, Duncker & Humblot/ macht *Bill Drews* konkrete Vorschläge für eine Reform der Ausbildung der Verwaltungsbeamten. Diese Vorschläge sehen einen besondern Studiengang für künftige Verwaltungsbeamte vor, der von dem rein juristischen Studiengang zu trennen ist und seinen Schwerpunkt gleichmäßig in Verwaltungsrecht und Volkswirtschaft haben soll. Dem Verwaltungsreferendarexamen soll ein praktischer Vorbereitungsdienst folgen, der mit der Ablegung des Verwaltungsassessorexamens abgeschlossen wird. Für den Fall, daß sich diese Forderung zurzeit nicht durchsetzen läßt, soll wenigstens der Bildungsgang der Volkswirte durch eine stärkere Betonung des verwaltungsrechtlichen Studiums ergänzt werden. An die Stelle des Diplomvolkswirtsexamens soll das Wirtschaftsreferendarexamen treten, an das sich eine mit dem Wirtschaftsassessorexamen abzuschließende praktische Vorbereitungszeit anschließt. Dem hat auch die Vereinigung Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlicher Hochschullehrer zugestimmt.

◇ Den Berufscharakter des Volkswirts untersucht *Karl Pintschovius* in seiner Arbeit *Volkswirte als Führer oder als Fachbeamte?* /München, Duncker & Humblot/. Die Volkswirte sind um ihre ständische Geltung gegenüber dem vorherrschenden Juristen offenbar sehr besorgt. Sehr richtig wird der Mangel eines eindeutigen Bezugspunkts für den Beruf des Volkswirts aufgewiesen, der sich in den Kampf der Klassen um die Wertordnung des gesellschaftlichen Lebens hineinsetzen muß. Pintschovius will den Volkswirt nicht als Fachbeamten sondern als »Führer« qualifiziert wissen. Über allem Interessentendienst, den die Volkswirte in der praktischen Arbeit des Tages leisten müssen, sollen sie sich sozusagen auf ihren "höhern Zweck" besinnen.

Kommunalsozialismus / Hanns Müller

Arbeitslosen- Wie die Auseinander-
fürsorge setzungen über die Finan-
zierung der Arbeitslosen-
versicherung zur Genüge gezeigt haben,
sind unsere politischen Gewalten nicht
imstande die Regelung der Situation der
Erwerbslosen mit der umfassenden
Gründlichkeit durchzuführen, die diese
Aufgabe erfordert. Aus dem Umfang
und der Dauer der Erwerbslosigkeit er-
geben sich aber Aufgaben, die nach der
jetzigen Ordnung über den Bereich der
Arbeitslosenversicherung hinausgehen.
Zwangsläufig werden die Gemeinden
durch die Länge der Beschäftigungs-
losigkeit immer stärker zum Träger der
Unterstützungslasten, und sie werden
durch diese Entwicklung gezwungen in
bedenklichem Maß ihre sonstigen Auf-
gaben zurückzustellen, da ihnen für den
Ausgabenzuwachs keine Einnahmemög-
lichkeiten zur Verfügung stehen. Die
allgemeine Krise der Gemeindefinanzen
hat bei allen vermeidbaren Ursachen
doch den entscheidenden Grund im ge-
waltig und unberechenbar gesteigerten
Fürsorgeetat. Der städtischen Fürsorge
fallen vor allem die Ausgesteuerten der
Arbeitslosen- und Krisenfürsorge zur
Last. Deren Zahl wächst naturgemäß mit
der Verfestigung der schlimmen Arbeits-
marktlage, daher ist das Gesetz über die
Arbeitslosenversicherung für die Städte
sehr nachteilig geworden. Zum Verhäng-
nis wird diese Entwicklung noch beson-
ders dadurch, daß sich gewissermaßen
ein "Stand" der dauernd Erwerbslosen
herauszubilden droht. Nach mehrfachen
Beobachtungen ist bei den Ausgesteuerten
die Anzahl der Vermittlungen wesent-
lich geringer als bei den Nichtaus-
gesteuerten. Die Städte erhalten für die
ihnen zur Last fallenden Erwerbslosen
nicht einmal die Erleichterung, die sich
aus der an sich schon recht schlechten
Arbeitsmarktlage ergibt. In besonders
krasser Weise zeigen Zahlen aus Dort-
mund den Einfluß des Gesetzes über
die Arbeitslosenversicherung auf die
Beteiligung der Gemeinden am Tragen
der Last. Dort machten die Wohlfahrts-
erwerbslosen im Oktober 1929 das
16fache vom Juli 1927 aus (4053), die
Arbeitslosen nur 44% (4273) und die
Krisenunterstützten 22% (829). Die Fi-
nanzierung der Arbeitslosen wird hier
fast zur Hälfte auf die Gemeinde ab-
gewälzt, und es erscheint bei solcher
Sachlage nicht mehr erheblich übertrie-
ben, wenn der letzte statistische Bericht
des Deutschen Städtetags über die

öffentliche Fürsorge im 4. Quartal 1929 schreibt, die Entwicklung gehe dahin, daß die gesamte strukturelle Arbeitslosigkeit auf der Schulter der Gemeinden ruht, während in der Arbeitslosenversicherung nur noch die kurzweilige konjunkturelle und saisonmäßige Erwerbslosigkeit verbleibt. Das Gesamtproblem der Arbeitslosigkeit wird wesentlich verdeckt, wenn stillschweigend eine solche Verschiebung der Last stattfindet. Nach dem genannten Bericht entfielen in den 87 Städten mit über 50 000 Einwohnern auf 1000 Einwohner durchschnittlich 9,22 Wohlfahrtserwerbslose, und von 100 der überhaupt laufend in offener Fürsorge unterstützten Parteien waren 19,47, $\frac{1}{5}$, Wohlfahrtserwerbslose. Der Aufwand für sie betrug im 4. Quartal 1929 35,1 Millionen, wozu noch 3,6 Millionen Zusatzunterstützung für Empfänger von Arbeitslosenunterstützung kommen. Diese 38,7 Millionen machen 24,4%, $\frac{1}{4}$ des gesamten Fürsorgeaufwands, aus. Rechnet man hierzu noch die 10 Millionen Sonderaufwand für Arbeitslose, die sich in Arbeitsfürsorge (durch das Fürsorgeamt vermittelte Arbeit, die gegen höheres Entgelt als die Unterstützung gewährt wird) befinden, so umfaßt der Arbeitslosenaufwand 33,8% aller Fürsorgeleistungen.

Es ist durchaus begreiflich, daß sich die Gemeinden gegen diese Lasten wehren. Der Zuwachs von Wohlfahrtserwerbslosen muß auch den Charakter der gemeindlichen Fürsorgearbeit ganz und gar verändern und von einer "individuellen" Wohlfahrtspflege immer mehr wegführen.

Wirtschaftsstruktur

Der deutsche Enqueteausschuß veröffentlicht die Ergebnisse einer Sonderuntersuchung über die Wirtschaftsstruktur unserer Gebietskörperschaften (Das Wirtschaftsleben der Städte, Landkreise und Landgemeinden /Berlin, Reimar Hobbing/). Der Hauptteil des Berichts umfaßt die Darstellung der Großstädte und deren Stellung im Rahmen des deutschen Wirtschaftslebens. Untersucht wurden die wirtschaftliche und soziale Struktur und die »aktive« und »passive« Verbundenheit mit der übrigen Wirtschaft, der Austausch an Gütern und Arbeitskräften. Der praktische Wert solcher Untersuchungen ist allerdings problematisch, da die Massenbehandlung zu schematischer Einordnung zwingt, und deshalb die Unterschiede nur in der allgemeinsten Form dargelegt werden können. Durch die Berufs- und Betriebszählung sind für die

Frage nach der Existenzgrundlage der städtischen Bevölkerung noch am besten ein faßbares Ergebnis und zwischenörtlicher Vergleich möglich. Bekannte Eindrücke erhalten so eine statistische Stütze. Die Unterschiede im Erwerbsaufbau der Städte sind durchaus erheblich. In den Großstädten an der Ruhr und Wupper leben von Industrie und Handwerk 60 bis 80% der Bevölkerung, in München und Breslau nur 39%. Hamburg ist die Stadt, in der Handel und Verkehr mehr Menschen ernähren als Industrie und Handwerk; 44% gegen 32%. Der Anteil der Arbeiter beträgt in München, Wiesbaden, Karlsruhe, Münster 27 bis 34% der Einwohnerschaft; in den Städten des Ruhrgebiets dagegen bis zu 74%. Außerhalb der Großstädte über 100 000 Einwohner wohnen rund 70% der Bevölkerung. Interessant ist die Veränderung, die die Menschenversorgung der Stadt durch das flache Land allmählich erfahren hat. Sie erfolgt heute zunehmend in der Form des Pendelverkehrs. Unter den kleineren und mittleren Städten gibt es einige mit typischer Monokultur; so die Porzellanstadt Selb, die Schmuckwarenstadt Pforzheim, die Lederwarenstadt Offenbach, die Korbwarenstadt Lichtenfels, die Hutmacherstadt Guben und die sächsischen und nordbayrischen Textilstädte. Das besondere faßbare Kennzeichen der Kleinstädte sind die niedrigeren Einkommenstufen und die geringeren Umsatzwerte. Die Ursachen liegen zu erheblichem Teil in dem Einfluß selbstversorgender Landwirtschaft, in dem Umstand, daß ein erheblicher Teil des Konsums in der Großstadt gedeckt wird, und dem Vorherrschen handwerklicher und kleinbetrieblicher Wirtschaftsführung. Die Finanz- und Steuerkraft ist dementsprechend in den Größengruppen recht verschieden. In Preußen kam 1926 an Gesamtsteuerleistung in den Landkreisen 40 Mark, in den Großstädten dagegen 98,5 Mark und in den Städten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern 72 Mark auf den Kopf der Bevölkerung. Diese Zahlen geben, auch bei Annahme statistischer Mängel, nicht zuletzt ein Bild von der Differenzierung der Bevölkerung durch die Größenordnung der Gebietskörperschaften.

Wirtschaftspolitik

Der Wettbewerb vieler Gemeinden um die *Ansiedlung neuer Industrien*, der oft in Form billiger oder kostenloser Überlassung von Grundstücken, partiellen oder totalen Steuerbefreiun-

gen und mit anderen Mitteln geführt worden ist, hat die preußischen Minister des Innern und für Handel und Gewerbe zu einem Erlaß an die Ober- und Regierungspräsidenten genötigt, in dem diese aufgefordert werden auf eine Einschränkung dieses Wettbewerbs unter den Kommunen hinzuwirken. Durch die Vergünstigungen würde die Konkurrenzfähigkeit begünstigter Betriebe gegenüber anderen gleichartigen Betrieben in ungerechtfertigter Weise erhöht. Besonders bedenklich sei das, wenn solche Vorteile ausländischen Unternehmungen gewährt werden. (Leider kann man nicht annehmen, daß man bei diesen ausländischen Unternehmungen an amerikanische denkt; diese werden vielmehr in jeder Weise gefördert und hofiert, während man französischen mit ausgesprochener Feindseligkeit begegnet: siehe das Beispiel der Galeries Lafayette, deren Errichtung man in Berlin unmöglich gemacht hat, und deren Stelle jetzt ein amerikanisches Kaufhaus einnehmen soll, wogegen anscheinend niemand etwas einzuwenden hat.)

Der starke *Andrang zu den Höheren Schulen*, der in diesem Jahr besondere Bedeutung erlangte, weil zum erstenmal ein großer Nachkriegsjahrgang von der Grundschule zu den Höheren Schulen kommt, veranlaßte den Vorstand des Deutschen Städtetags besondere Anregungen an die Mitgliedstädte zu formulieren. Sie erstreben vornehmlich eine Verschärfung des Aufnahmeverfahrens, ferner einen rationellen Ausgleich der Aufnahmequote von Schule zu Schule. In Hamburg wird die Sicherstellung gleichmäßiger Anforderungen durch Bezirksausleseausschüsse erstrebt. Für wichtig wird weiter gehalten Elternschaft und Öffentlichkeit über den Wert der Mittlern Reife aufzuklären und die Einsicht zu verbreiten, daß der Weg über die Höhere Schule unter den gegenwärtigen und künftigen Verhältnissen in Deutschland zum erheblichen Teil nicht mehr der Weg zum sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg ist.

Totenliste Am 10. Februar starb in Leipzig der besoldete Stadtrat *Theodor Ludwig Dix*, im Alter von 56 Jahren. Dix war zuerst als Richter in Greiz tätig, er wirkte hierauf von 1909 bis 1918 in Leipzig als Polizeirat, dann als Stadtrat. Als solcher hatte er das Dezernat für das Gesundheitswesen inne. Er war auch Mitglied des Interkommunalen Ausschusses für das Gesundheitswesen.

Der frühere Bürgermeister von Wattenscheid in Westfalen *Anton Wibberding* starb am 24. März, im Alter von 70 Jahren. 27 Jahre hindurch, von 1894 bis 1920, hatte er an der Spitze der Stadtverwaltung von Wattenscheid gestanden.

Kurze Chronik Der Entwurf einer *Reichsstädteordnung* des Deutschen Städtetags ist als Initiativantrag der Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei dem Reichstag zugegangen. Die bayrische Regierung setzt diesem Entwurf in einer amtlichen Erklärung stärksten Widerstand entgegen. Eine solche Städteordnung ist nach ihrer Meinung verfassungsrechtlich, staatspolitisch, kommunalpolitisch und verwaltungstechnisch für Städte und Länder unerträglich, ebenso wie eine Reichslandgemeindeordnung und eine Reichskreisordnung, die der Städteordnung nachfolgen würden. Die Städte selbst hätten das größte Interesse an einer ausschließlich landesrechtlichen Regelung des Städterechts. ◊ Auf dem Weg des Ermächtigungsgesetzes hat *Thüringen* die Übernahme der kommunalen Polizei durch den Staat beschlossen. Diese Übernahme wird für eine Anzahl Städte bereits am 1. Juli erfolgen. Die entsprechenden Maßnahmen müssen bis zum 30. September, dem Termin des Ablaufs des Ermächtigungsgesetzes, beendet sein. ◊ Wie stark die Anforderungen an die Fürsorgeleistung der Städte auch die Finanzen solcher Städte mit sehr gesunder Finanzpolitik und Finanzgrundlage gefährden, das zeigt der Haushaltsplan der Stadt *Frankfurt* für 1929. Der Etat, der ausgeglichen war, brachte ein Defizit von 4,8 Millionen, das auch hier vornehmlich auf einem Mehrbedarf der offenen Wohlfahrtspflege von 4,6 Millionen beruht. Da der neue Etat noch 3,5 Millionen Mark ungedeckte Ausgaben enthielt, mußten insgesamt für 8,3 Millionen Deckung beschafft werden. Das wurde durch Ausgabenenkung und die Erhöhung von Gebühren und Steuern und Änderung des Straßenbahntarifs erreicht. ◊ Auch in *Wiesbaden* hat die Stadtverordnetenversammlung eine Umwandlung der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke in eine kommunale Aktiengesellschaft beschlossen. Sie wird mit der Notwendigkeit begründet Kapital zu beschaffen: Es sollen 10 Millionen zur Ablösung kurzfristiger Kredite aufgenommen werden. Das Grundkapital der neuen Aktiengesellschaft beträgt 20 Millionen Mark, eingeteilt in

4000 Namensaktien zu 5000 Mark. Die Stadtgemeinde übernimmt 3995 Aktien, ferner übernehmen je 1 Aktie der Stadtverordnetenvorsteher, sein Stellvertreter und 3 Stadträte. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht aus 5 bis 18 ehrenamtlichen Mitgliedern. Darunter sind 3 besoldete Ratsmitglieder. Die Tarife werden mit Genehmigung des Aufsichtsrats und der Gesellschaft festgesetzt. ◊ In *Stuttgart* wurde am 22. März eine finanz- und wirtschaftspolitische Ausstellung eröffnet, genannt Deutschlands Not und Lebenswille. An dieser Ausstellung ist der Bund für Erneuerung des Reichs beteiligt. Nach ihr finden noch 2 technische Ausstellungen statt: eine mit dem Gesamthema Die Straße und eine Lehrschau Holz. Daneben wird vom 27. Mai bis zum 29. Juni eine Ausstellung Technik und Heim durchgeführt.

Literatur

Heute, da Fälle ernster Mißwirtschaft stark den Eindruck eines Mißverhältnisses von Aufgabenentfaltung und Organisationsaufbau der großstädtischen Verwaltung schaffen, erhält das Buch des Stadtrats *Alfred Schmude* Revision der Stadtwirtschaft? /Berlin, Reimar Hobbing/ besondere Aktualität. Der Verfasser weist mit Nachdruck darauf hin, daß die bisher übliche Form nachträglicher Kontrolle der Verwaltung nicht ausreicht, vor allem die dringend notwendige laufende Aufsicht nicht ersetzt, die der Bürgermeister als Führer der Verwaltung zur Grundlage seiner Entscheidung braucht. Schmude empfiehlt, damit Unregelmäßigkeiten und Unzulänglichkeiten entdeckt werden, ehe sie sich zu Skandalen auswachsen, die Einrichtung eines Chefbureaus, das dem Bürgermeister zur Beaufsichtigung unmittelbar zur Seite steht. Das Buch enthält fruchtbare Anregungen für eine Rationalisierung der Stadtverwaltung, die vornehmlich durch Ausbau der Wirtschaftskontrolle erstrebt werden soll, und berichtet über die Revisionseinrichtungen verschiedener Städte Deutschlands und öffentlicher Verwaltungen des Auslands. Das Schlußkapitel behandelt die Probleme des Einheitsetats und der Einheitsbuchführung. ◊ In der von Adolf Weber herausgegebenen Reihe Wirtschaftsprobleme der Gegenwart /Berlin, Junker & Dünhaupt/ erschien ein Heft *Johann Viktor Brecht* Die Wohnungszwangswirtschaft. Es bietet in der Hauptsache eine Übersicht über die Entwicklung und den jetzigen Stand der Gesetzgebung.

Geistige Bewegung / Herbert Kühnert

Kulturpolitik Bei der Beratung des Kultusetats durch den Preussischen Landtag hielt der Minister Adolf Grimme am 31. März eine programmatische Rede. Er sagte unter anderem: »Es ist nicht Sache des Staates und ist nicht Sache des Unterrichtsministers zwischen den religiösen und weltanschaulichen Strömungen, die das deutsche Volk durchziehen, zu werten; wir haben weder eine Staatsreligion noch eine staatliche Lehrmeinung. Und ich möchte annehmen, daß, wer das Verhältnis von Staat und Kultur sieht, ... in diesem Verzicht nicht Folge einer Toleranz au. Schwäche oder Unentschiedenheit, vielmehr die Folge einer Toleranz aus Achtung vor den Grenzen der Möglichkeit des Staates sieht. Er ist Folge jener Toleranz, die ihre Kraft aus der gläubigen Bejahung des geistigen Kampfes als des besten Mittels der Meinungsklärung zieht. Mißverstehen würde diese Toleranz allerdings der, der meinen sollte, daß sie dem Gegner ein Recht auf unbegrenzte Schimpffreiheit verbrieft. Diese Toleranz verträgt sich vielmehr sehr wohl mit einer höchst intoleranten Haltung gegenüber einem politischen Rowdytum; jede Toleranz findet ihre natürliche Grenze an einer Intoleranz, die darauf ausgeht das Fundament zu unterhöhlen, auf dem die Ausübung der Tugend der Toleranz allein möglich ist; den demokratischen Staat. Solange politische Gruppen ihren jugendlichen Mitgliedern zur Pflicht machen bei geistigen Auseinandersetzungen die Person des Gegners aus dem Spiel zu lassen, und solange sie im Staat den unaufhebbaren Rechtsboden für solch ein geistiges Ringen achten, so lange wird sie jeder Kultusminister als Bundesgenossen am Werk der Erziehung zum Staat und zum geistigen Menschentum bejahen. Er wird sich dann des geistigen Radikalismus der Jugend sogar freuen, weil es schon so ist, daß, wer in der Jugend nicht radikal ist, kein Herz hat. Aber ein seiner Verantwortung bewußter Erziehungsminister muß Front dagegen machen, wenn diese Jugend in die politische Arena als bloßes Werkzeug hinabsteigt. Der Staat, der die Bahn freimachen will für den Menschen als Träger geistiger Werte, darf nicht die Toleranz des Schwachen gegen die zum Grundsatz machen, die bewußt jene Überheblichkeit in der heranwachsenden Generation großzüchten, die den Träger der eigenen Meinung von vornherein höher wertet als den

Gegner, und die dazu verführt, daß Unterschiede der Auffassungen hinübergespielt werden auf die Ebene der Moral, gleichsam so, als sei die andere Meinung Ausdruck mindern Menschentums, und als messe sich der Wert eines Menschen schon an der Gesinnung, die er sich ins Knopfloch steckt. Wir brauchen eine Jugend, die sich in unserm Zeitalter der Knopflochgesinnung gegen die Seuche des Klischeedenkens bewußt immunisiert. Wir brauchen eine Jugend, der es zwar selbstverständlich ist, daß sie auch in den Fragen des staatlichen Lebens im ernstesten Ringen zur Klarheit des Urteils kommt, der es aber sogar staatsdienlicher erscheint, wenn sie sich mit französischen und englischen Vokabeln abplagt, als daß sie jongliert mit einer unverständenen parteipolitischen Vokabulatur. Wir aber sollten uns in diesem einen wenigstens verbunden fühlen, daß die Sache der Jugend über dem Hader der Parteien steht. So lebendig sollte schon in der Jugend der Wille zur Objektivität geworden sein, daß es schon ihr eine Selbstverständlichkeit ist, daß das religiöse oder das nationale Erleben eines Menschen nicht an die Voraussetzung der Zugehörigkeit zu bestimmten Parteien gebunden ist. Es muß ihr ebenso eine Selbstverständlichkeit sein die subjektive religiöse Wahrhaftigkeit auch dem zuzubilligen, der meint, daß eine Wirtschaft ohne den Hebel des Egoismus nicht bestehen kann, wie dem, der als Sozialist davon durchdrungen ist, daß das Festhalten am Egoismus als Triebfeder der wirtschaftlichen Prosperität dem Geist des Evangeliums zuwiderläuft. Es wäre eine Tat von gar nicht abzuschätzender nationalpädagogischer Bedeutung, wenn die parteipolitischen Gruppen aller Lager aufhören wollten politische Erziehung mit parteipolitischer Festlegung zu verwechseln. Wir Erwachsenen sollten den Idealismus der Jugend mobil machen zum Kreuzzug gegen den Ungeist der politischen Verleumdung. Denn aller Dienst am Staat muß heute mit der Entgiftung und Verständigung des politischen Kampfes beginnen. Dann brauchten die parteipolitischen Schülerbünde dem Erziehungsminister kein Gegenstand der Sorge zu sein, wenn in jedem ihrer Mitglieder jener heldische Instinkt der Jugend lebte, dem Gestrafftheit und Gezügeltheit höher steht als Unbeherrschtheit, dem Haltung mehr gilt als Radau, und dem mehr imponiert als der Sklave der Phrase ein Diener der Idee. Wir brauchen eine Jugend, die weiß, daß, wer am Staate mitarbeiten will, kein

Neutrum sein darf, aber immer tolerant sein muß. Diese selbe Idee der Toleranz wird meine Haltung zu den großen schulpolitischen Problemen bestimmen, die die religiöse und weltanschauliche Seite unseres Schulkampfes bilden, einer Toleranz den Konfessionen, aber ebenso auch den nichtkonfessionellen Kreisen gegenüber.« Grimme sprach sich sodann für eine sinnvolle Haltung vor allem der Öffentlichkeit gegenüber dem staatlichen Berechtigungswesen aus. Er versprach, daß innerhalb seines Ressorts, was an ihm liege, der Befähigungsnachweis zum Besuch bestimmter Schulen und Hochschulen keine mechanische Anwendung finden solle, sofern in einzelnen Fällen die für diesen Besuch erforderlichen Voraussetzungen auch auf anderm als dem normalen Weg erarbeitet worden seien. Doch müsse vor allem danach gestrebt werden, daß der tüchtigen Persönlichkeit der Weg zu den Höheren Schulen unabhängig von der wirtschaftlichen Lage ermöglicht werde. Hier helfend mitzuarbeiten müßten alle Gruppen und Parteien als eine im Interesse der Nation zu leistende Aufgabe ansehen.

Grimme beendete seine Rede mit bemerkenswerten Ausführungen zu dem Problem Masse und Persönlichkeit. Unter anderm sagte er hierzu: »Wem heute das Organ für die Masse abgeht, der sollte die Hände von dem Versuch lassen diesen Ausfall durch die Einbildung wettmachen zu wollen, als besitze er auch nur irgendwie das Organ für die Werte echter Persönlichkeit. Der Versuch wäre schon deshalb völlig vergeblich, weil das eben die nichtindividualistische Persönlichkeit charakterisiert, daß für sie jetzt das Schicksal der Masse ins Zentrum des sittlichen Erlebens getreten ist, und daß für ihr Empfinden bei aller persönlichen Unantastbarkeit des einzelnen Besitzenden der Satz gilt: Besitz ist Schuld, ist objektive Mitschuld am Los des Proletariats. Wer sich heute zum Sprachrohr der Sehnsucht der Masse zum Menschentum macht, dem fehlt nicht der Sinn für die Persönlichkeit, sondern er hat einen andern. Er will dann die Persönlichkeit, die nicht bloßer Ausdruck ihrer selbst ist, weil einer solchen Persönlichkeit, die ohne innern Bezug zu einer Gruppe lebte, das wesentliche Kennzeichen fehlte: Sie wäre nicht, was alle Persönlichkeit ausmacht, der gesteigerte Ausdruck eines überindividuellen Empfindens, denn zum Wesen der Persönlichkeit gehört, daß sich in ihr ein Stück des kollektiven Willens einer Zeit auffängt. So gesehen ist es kein

Paradox sondern die Anerkenntnis eines kulturellen Prozesses von ungeheurer Tragweite, wenn man sagt, daß gerade, wer die Persönlichkeit will, zur Masse stehen muß... Aber uns sollte über alles Trennende hinweg das Ziel der notwendigen Synthese von Masse und Persönlichkeit oder, wenn Sie so wollen, von Masse und Geist gemeinsam sein, damit über die von mir vorgefundene Synthese von Staat und Geist hinaus das Wunschbild der Synthese von Geist und Masse Wirklichkeit wird.«

Staatsbürgerliche Erziehung In zunehmendem Maß sind in unserm öffentlichen Leben Symptome zu beobachten, die entweder auf Mangel an staatsbürgerlicher Erziehung oder auf ein völliges Versagen der bis jetzt angewandten Maßnahmen, die dem Ziel der staatsbürgerlichen Erziehung im weitesten Sinn dienen sollen, schließen lassen. Im demokratischen Staat ist, was oft übersehen wird, die staatsbürgerliche Erziehung zunächst viel mehr ein Problem der Erwachsenen- als der Jugendbildung. Ferner ist sie innerhalb einer Verfassung, die die Erziehung vorwiegend als ein Recht und eine Pflicht der Eltern respektive ihrer gesetzlichen Vertreter auffaßt, ein Problem der häuslich-familialen Erziehung. Weiter kommen in Betracht die vielfachen Einflüsse, denen die Jugend durch Parteien, Bünde, Vereine und die alltägliche Berührung mit dem Leben außerhalb der Familie ausgesetzt ist, und durch die die Gewohnheiten und Anschauungen der Jugend heute in den weitaus meisten Fällen die entscheidende Prägung bekommen. Die Schule, abgesehen von den wenigen Fällen, wo sie aus sozialer Zwangsläufigkeit oder erziehungsreformerischer Tendenz das gesamte jugendliche Leben zu gestalten anstrebt, spielt hier bei weitem nicht die wichtige oder gar wesentliche Rolle des staatsbürgerlichen Erziehers und Bildners, den ihr die unser bürgerliches Leben beherrschende liberalistisch-intellektuelle Ideologie immer noch beizumessen geneigt ist. Freilich wird selbst der geringe Wirkungsspielraum, den die öffentliche Schule in der staatsbürgerlichen und menschlichen Erziehung der Jugend hat, noch oft genug überhaupt nicht, zu wenig oder in einem der staatsbürgerlichen Erziehung völlig zuwiderlaufenden Sinn ausgenutzt. Auch unter Lehrern und Hochschullehrern gibt es solche, die in Sitten, Anschauungen, Takt, Denkmethode und Menschentum der Jugend nicht Vorbild und Wegweiser

auf dem Weg zu demjenigen Staatsbürger- und Menschentum, das von der neuen Reichsverfassung sinngemäß vorausgesetzt wird, sein können. Aber diese Fälle sind nicht häufig. Die Arbeit an der staatsbürgerlichen Erziehung der Nation muß daher bei den Erwachsenen und den von ihnen getragenen gesellschaftlichen Institutionen einsetzen. Gewiß, ein großer Teil unserer Jugend wirft Stinkbomben, randaliert in Versammlungen, beschimpft Andersdenkende, brutalisiert Minderheiten, macht sich in Vereinen und Bünden wichtig, gebraucht gedankenlos Schlagworte, beschmiert Tisch und Wände mit Unflätigkeiten, schnauzt, rüpelt, kurantzt, verbittet sich alles Mögliche, spielt Welt- und Bürgerkrieg usw. Aber eigentlich muß man sich nur wundern, daß das Beispiel, das ihnen in allen diesen Dingen, im Parlament, in der Presse, in Parteien und Bünden, im öffentlichen und privaten Leben täglich und stündlich gegeben wird, nicht noch viel mehr verwüstet. Ereignen sich nicht täglich politische Brutalitäten auf der Straße, im Theater, im Parlament? Wie sind die Umgangsformen der Beamten, wie ist die Zeugenvernehmung vor Gericht, mit welcher Rücksichts- und Gedankenlosigkeit wird nicht über die Zeit und die Nerven derer verfügt, die auf ein Amt oder vor das Gericht zitiert werden? Hier, bei diesen Dingen, beginnt die große nationale Aufgabe der staatsbürgerlichen Erziehung, und soweit der Staat durch seine Organe und Einrichtungen dazu beitragen kann einen Wandel der Gesinnung und Sitten im Sinn der Mitverantwortung aller Staatsbürger für das öffentliche Leben und damit zugleich für die staatsbürgerliche Erziehung der Jugend anzubahnen, sollte er alles das tun. Es ist die höchste Zeit, daß die Aufgabe der staatsbürgerlichen Erziehung endlich einmal vorwiegend als Aufgabe der Erwachsenenbildung und als Durchdringung unseres gesamten staatlichen Lebens mit einem neuen Geist aufgefaßt wird. Auch die Lehrer- und Hochschullehrerbildung liegt selbstverständlich im Rahmen dieser Aufgabe. Das Wesentliche dabei aber ist, daß die Organe des Staats sich hier nicht von vornherein als die geborenen Erzieher der deutschen Nation betrachten, sondern daß sie versuchen dem Ziel zunächst einmal auf dem Weg der Selbstbesinnung und der Selbsterziehung näher zu kommen. Erst dann gewinnen sie ein inneres sittliches Recht auch die Staatsbürgerschaft zum Objekt staatsbürgerlicher Erziehung zu machen.

In dem preußischen Staatshaushaltsplan sind für Volkshochschulen 250 000 Mark vorgesehen. Unter den in Preußen augenblicklich bestehenden 100 Abendvolkshochschulen und 40 Volkshochschulheimen werden aus den preußischen Staatsmitteln diejenigen planmäßig und besonders unterstützt, die auf Grund ihrer hochwertigen Arbeit als sozialpädagogische Beispiele wirken können. Es wäre interessant einmal festzustellen, inwieweit in dem Programm dieser Schulen bisher das Problem der Erwachsenenbildung unter dem Gesichtspunkt einer staatsbürgerlichen Erziehung für das republikanische Alltagsleben bewußt, planmäßig, unter Betonung seiner zentralen Bedeutung für das neue (innerlich erst noch zu bauende) Deutsche Reich behandelt worden ist. Ähnliches ließe sich ergänzend zu einer an und für sich sehr dankenswerten Verordnung sagen, die neuerdings vom Provinzialschulkollegium der Provinz Sachsen herausgegeben worden ist, und die sich mit der Ausbildung der Studienreferendare für die Aufgaben der staatsbürgerlichen Erziehung befaßt. Die Behörde schlägt vor, daß sich die Studienreferendare im 1. Ausbildungsjahr unter anderm an einer für sie veranstalteten staatsbürgerlichen Woche beteiligen sollen. Im 2. Jahr sollen Arbeitsgemeinschaften für politische Bildung eingerichtet werden, und für die verbindliche Mitarbeit an ihnen sollen die bekannten, vom Reichsministerium des Innern seinerzeit herausgegebenen Richtlinien zugrunde gelegt werden. In diesen Richtlinien nun ist eigentlich mehr von den Stoff- und Problemgebieten, die für den staatsbürgerlichen Unterricht in Frage kommen, die Rede als davon, wie die in Frage kommenden Begriffe, Kenntnisse, Ideen nun eigentlich pädagogisch lebendig und wirksam gemacht werden können. Und gerade hierauf müßte bei der pädagogischen Ausbildung der Studienreferendare das größte Gewicht gelegt werden. Während die Universität von der Philosophie und Wissenschaft ausgeht, muß die Arbeit der Schule umgekehrt von der Anschauung des täglichen Lebens zur Philosophie und Wissenschaft hinführen. Zur wissenschaftlichen Grundlegung der Staatsbürgerkunde an unseren Hochschulen und Pädagogischen Akademien muß ihre spezielle Pädagogik ergänzend hinzutreten. Auf diesem Gebiet liegt gleichzeitig das Reich der Ideen, das für die bisher nach Konfessionen gesonderten Pädagogischen Akademien das gemeinsame Zentrum werden kann.

Totenliste Mitte Februar starb an den Folgen einer Operation, im Alter von 39 Jahren, der Redakteur der Frankfurter Zeitung *Erich Trob*. In dem Hochschulblatt der Frankfurter Zeitung, das er leitete, beschäftigte er sich namentlich mit den Jugendproblemen; er ließ dort mit Vorliebe jüngere Wissenschaftler zu Wort kommen. Mitte März starb in Berlin der Stadtschulrat *Reinhold Otto*, im Alter von 67 Jahren. Er beschäftigte sich im Preußischen Landtag, dem er seit 1913 angehörte, vor allem mit den Fragen der Schule und Kulturpolitik. In Meran starb nach langem Leiden am 20. April der Kulturpolitiker *Werner Mahrholz*, 40 Jahre alt. Er hatte auf die akademische Laufbahn, zu der ihn seine ausgedehnten Kenntnisse auf literarischem und soziologischem Gebiet zu prädestinieren schienen, verzichtet. Er betätigte sich lieber journalistisch, so vor allem als kulturpolitischer Mitarbeiter der Vossischen Zeitung. Schon als ganz junger Student in München wurde Mahrholz ein Führer der Freien Studenten; später schuf er das neue freiheitliche Studentenrecht mit, wie er auch nie sein Ideal eine gesamtstudentische Verfassung ins Leben zu rufen aus den Augen ließ. Er machte ausgedehnte Studienreisen nach England, Frankreich, Italien und verwertete das Gesehene publizistisch. Am bekanntesten wurde darunter seine Literaturgeschichte *Die deutsche Dichtung der Gegenwart* /1926/.

Kurze Chronik In Rio de Janeiro wurde unter Teilnahme amtlicher Stellen ein Institut eröffnet, das sich der Pflege der kulturellen Beziehungen zwischen *Deutschland und Brasilien* widmen will. ◊ *Das Deutsche Institut für Ausländer* in Berlin, das seit seiner Begründung /1922/ 8000 ausländische Studierende in die deutsche Sprache und Kultur eingeführt hat, bezog neue Räume, die ihm Anna Lessing in ihrem Haus in der Doretheenstraße zur Verfügung gestellt hat. ◊ Das Deutsche Reich überließ dem Reichsverband der *Deutschen Presse* das ehemals Reichenheimische Palais in der Tiergartenstraße in Berlin für 36 000 Mark Jahresmiete als Klubhaus. Zur Herrichtung für seinen jetzigen Zweck stiftete der Reichsminister des Innern 250 000 Mark. Das Haus hat unter anderm einen großen Festsaal, einen schönen Garten, aber vorläufig nur 2 Telephonzellen. Wie es scheint, soll es mehr repräsentativen Zwecken dienen als der Erleichterung der journalistischen

Berufsarbeit. Immerhin dürfte es sich empfehlen in das Haus ein kleines Postamt, ein paar Dutzend weitere Telephonzellen mit Vorzugsbehandlung, ebenso viele Schreib- und Diktierzellen mit Maschinen und Stenotypistinnen einzubauen und alle diese Einrichtungen sämtlichen in Berlin arbeitenden oder zu Gast weilenden Berufsjournalisten des In- und ebenso des Auslands zur Benutzung zu übergeben.

Literatur

Das Problem der Hochschulreform in Deutschland ist in den letzten Jahrzehnten so häufig theoretisch behandelt worden, daß im Augenblick kaum ein anderes Bedürfnis besteht, als daß die Forderungen, die längst erhoben worden, aber doch in der praktischen Kulturpolitik nur wenig berücksichtigt geblieben sind, immer wieder eindringlich erhoben werden, bis sie endlich entscheidende Gestalt gewinnen. Gleichwohl ist *Otto Friedlaenders* Schrift *Die Hochschule im Volksstaat* /Jena, Karl Zwing/ eine wertvolle Bereicherung der bereits vorhandenen Literatur. Die der Broschüre am Schluß angefügten Thesen sind sowohl von der Sozialistischen Studentenschaft Deutschlands und Österreichs wie auch vom Deutschen Studentenverband angenommen worden. Auch in anderen Zweigen der Internationalen Sozialistischen Studentenföderation, die ihrerseits eine Sektion der Sozialistischen Jugendinternationale bildet, ist man zurzeit mit der Abfassung von Hochschulprogrammen beschäftigt, die sich an die von Friedlaender entwickelten Gedanken anlehnen; so vor allem in Frankreich, Belgien und den baltischen Staaten. Wie seinerzeit die vom Bearbeiter dieser Rundschau zusammen mit Herman Kranold verfaßten programmatischen Schriften zur Hochschulreform geht auch Friedlaenders Schrift aus von dem Versuch einer grundsätzlichen gegenseitigen Abgrenzung der Leistungen und Aufgaben der Hochschulen und der wissenschaftlichen Institute. Die Notwendigkeit einer bewußt den neuen deutschen Verfassungsverhältnissen Rechnung tragenden Personalpolitik bei den Hochschulen wird von Friedlaender mit Recht besonders im Hinblick auf diejenigen Lehrgebiete betont, bei denen das soziologische Werturteil maßgeblich in Frage kommt. Von Wichtigkeit ist auch seine Forderung, daß ein »allgemeiner staatsbürgerlicher Unterricht« das Spezialwissen des Studenten in die »großen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgabenkreise unserer Zeit« einordnen solle.

Frauenbewegung / Mela Corssen

Neuer Frauentypus Was eigentlich das Wesen der Frau und insbesondere der neuen Frau sei, darüber werden noch immer die entgegengesetztesten Meinungen laut. In dem Sammelwerk *Die Frau von morgen*, herausgegeben von M. Huebner /Leipzig, E. A. Seemann/, äußert sich eine Reihe von Männern, meist moderne Dichter und Schriftsteller, über das, was sie von der Frau erwarten und wünschen, und mehrere, ja die größere Zahl, schreiben ihr die Fähigkeit zu wesentlicher Mitbestimmung in der kommenden Kultur zu. Auf der andern Seite schreibt etwa Mela Hartwig einen Roman *Das Weib* ist ein Nichts (nur durch den Mann kann sie etwas werden, wird das Hebbelzitat in dem Motto des Buches ergänzt) /Wien, Paul Zsolnay/. Sie schildert, allerdings in einer etwas krampfhaft übersteigerten und nicht durchaus überzeugenden Manier, wie eine Frau nach einander ganz verschieden gearteten Männern verfällt, sich jedesmal geradezu in ihr Wesen verwandelt. Das wären die beiden Extreme in der Zeichnung, die heute von der Frau entworfen wird.

Wenn man nun fragt, wie denn jene Frau geartet ist, von der also jetzt anscheinend die Männer so viel erwarten, so scheint es, daß in den auf diese Frage gegebenen Antworten trotz manchen Widersprüchen eine gewisse Linie zu erkennen ist. Jedenfalls herrscht Einstimmigkeit darüber, daß die Frau heute anders ist als früher. Der Gegensatz zu der Frau von gestern wird in dem Buch *Elsa Herrmanns* So ist die neue Frau /Hellerlau, Avalunverlag/ sehr stark herausgearbeitet. Der Hausfrau und der Dame als den beiden gestrigen Typen wird die Berufsfrau, die in ihrem Verhältnis zum Mann und zum Kind frei ist, gegenübergestellt, wobei freilich die Verteilung von Licht und Schatten nicht ganz historisch gerecht gehandhabt wird, und das Bild der neuen Frau von einem etwas primitiven Rationalismus schöngefärbt wird. Erik Ernst Schwabach betont in seinem Buch *Die Revolutionierung der Frau* /Leipzig, Der Neue-Geist-Verlag/ das positiv Wertvolle, das die Befreiung der Frau auf allen Lebensgebieten bedeute. In einer ganzen Reihe von Auseinandersetzungen über das »Mädchen unserer Zeit«, die sich in den Offenen Briefen an die Vossische Zeitung abspielten, wurde immer wieder deutlich, daß sich die weibliche Jugend den Frauen früherer Generationen gegenüber als an-

ders empfindet und als anders angesehen wird, wenn sie auch, wie einmal gesagt wird, selbst nicht genau angeben kann, wie das »wirkliche Mädchen von heute« nun eigentlich beschaffen ist. Auf jeden Fall will man anders sein als gestern. Man will ein neues Kameradschaftsverhältnis zum Mann, und in der männlichen Jugend findet dies Verlangen nach Selbstständigkeit und Unabhängigkeit ein Echo. Auch im modernen Roman begegnet man immer wieder der Frau, für die nicht mehr, wie früher, die Liebe des Mannes, eines Mannes, Lebensinhalt ist, die ihren Schwerpunkt in sich selbst hat. So in dem Roman Vicki Baums Stud. chem. Helene Willfür /Berlin, Ullstein/, in dem allerdings der Aufstieg einer armen Studentin zu einer wissenschaftlichen Größe durch geradezu phantastische Nöte und Schwierigkeiten mit reichlich dick aufgetragenen Farben dargestellt wird, oder in dem schönen Buch Willa Cathers Antonia /Stuttgart, J. Engelhorns Nachfolger/, das die Töchter von Auswandererfamilien in Amerika schildert, Mädchen, die in der Arbeit am Boden, in der freien Luft der Steppe zu starken, selbstsicheren Frauen heranwachsen, über deren Leben nicht mehr der Mann entscheidet. Auch in dem Roman Helene Voigt-Diederichs' Ring um Roderich /Jena, Eugen Diederichs/, der 3 Frauen im Verhältnis zu einem Mann, als Gattin, als Geliebte, als Freundin, darstellt, hat unter den dreien die stärksten eigenen Züge diejenige, die ihre Liebe zu einem einmaligen starken Erlebnis gestaltet und sich dann aus eigenem Entschluß von dem Mann trennt, während die anderen eine vorwiegend passive Rolle spielen. Wenn also heute die Frau nicht mehr sein will, was sie früher war, so will sie auch nicht das selbe sein wie der Mann. Sie will nicht frei von seinem bestimmenden Einfluß werden, um sich ihm anzugleichen, wie es in den Anfängen der Frauenbewegung vielleicht scheinen konnte, und wie es heute zuweilen noch in falschem Versehen der modernen Frau von den Gestrigen vorgeworfen und selbst von Heutigen befürchtet wird. So glaubt Schwabach, der sich so stark für das Freiwerden der Frau auch in der Liebe und Ehe einsetzt, doch andererseits gewisse Beschränkungen der Freiheit für die Frau befürworten zu müssen; er glaubt, daß insbesondere wissenschaftliche Arbeit die Mütterlichkeit der Frau beeinträchtigen, und andererseits die Wissenschaft durch die Frau gefährdet werden könne. Der Frauenarzt Hugo Sellheim, der unter dem Titel 4 neuzeitliche Frauenfragen Vor-

träge über Gymnastik, Eheberatung, Geburtenreglung und Kameradschaft zwischen Mann und Frau veröffentlicht hat /Berlin, S. Karger/, sieht die physische Mutterschaft der Frau gefährdet durch den Sport, der die Muskeln zu sehr kräftigt, und stellt die Forderung auf, daß »der Knabe zur Wehrhaftigkeit, das Mädchen zur Mutter erzogen werden« solle. Als bestimmend für das Wesen der Frau erscheint hier die Mutterschaft. Und dies ist nun auch in allem, was die moderne Frau über sich aussagt, das Entscheidende. Man könnte da vielleicht einwenden, daß dies wirklich nichts Neues sei. Aber neu ist doch der Akzent, der heute auf diesem Wort liegt. Früher stand immer an erster Stelle im Leben der Frau der Mann. Das Muttersein war erst eine Folge dessen, daß der Mann in ihr Leben eintrat. Das scheint heute, könnte man sagen, nur noch eine physische Tatsache. Im modernen Frauenroman spielt oft der Mann keine wesentliche Rolle im Leben der Frau, aber durchaus entscheidend bleibt immer die Mutterschaft. Die Bewegung, die heute darauf zielt die Stellung der unehelichen Mutter zu heben, bringt damit zum Ausdruck, daß der Mann auch für die Frau, die Mutter ist, nicht mehr absolut notwendig zum Leben gehört.

Die unabhängig werdende Frau sieht also den Mittelpunkt ihres Daseins in der Mutterschaft. Nicht ausschließlich, wie es vielfach die Männer tun, in der körperlichen Mutterschaft, sondern in der Mütterlichkeit, die auch geistiger Art sein kann, überhaupt. Von der Frauenbewegung ist dies seit langem grundsätzlich ausgesprochen worden. Aber es wird heute mit neuen und stärkeren Tönen verkündet. So schreibt Else Hasse ein Buch der weiblichen Selbsterforschung Der Ruf nach der mütterlichen Frau /Hahelschwerdt, Franke/, in dem sie aus der Mütterlichkeit die besondere Art der Frau im Gegensatz zum Mann abzuleiten sucht. Dabei bleibt es freilich nicht aus, daß sie teilweise in das alte Schema von der Frau, die nicht mit Verstand sondern mit Gemüt begabt sei usw., zurückfällt. Anders und tiefer ist das Wesen der Mütterlichkeit in dem Buch Lenore Kühns Magna Mater /Jena, Eugen Diederichs/ erfaßt. In mehr dichterisch andeutender Form wird die Große Mutter als die lebenszeugende Urkraft verherrlicht; sie führt den Mann, der sich in seinem Streben und Handeln vereinzelt hat, wieder in die Verbundenheit mit dem All zurück, und aus diesem Urkreis der Mütterlichkeit haben sich die anderen Kreise ent-

wickelt: die leibliche, die karitative und die geistige Mütterlichkeit. Es sind immer die unmittelbare Lebensnähe und die Kraft der seelischen Hingabe, die als Kennzeichen der Mütterlichkeit erscheinen. Etwas Ähnliches soll im Grunde auch in dem Buch Else Hasses gesagt werden, nur daß hier schließlich bei der Anwendung des Begriffs der Mütterlichkeit auf das wirkliche Leben diese allzusehr qualitativ bestimmt, ja für bestimmte moralische und politische Auffassungen in Anspruch genommen wird.

Es zeigt sich überhaupt immer wieder, daß das Bild sofort schief wird, sobald man die Unterschiede zwischen den Geschlechtern wertet, sobald man damit etwas für die Überlegenheit oder Unterlegenheit eines Geschlechts beweisen will. Sowenig die Frau dem Mann gegenüber minderwertig ist, so wenig kann man ihr schon, etwa auf Grund ihres Muttertums, a priori alle möglichen edlen Eigenschaften, wie Güte und Friedensliebe und dergleichen, zusprechen. Dagegen könnte es sein, daß eine Besonderheit, die auch Hasse besonders hervorhebt, die Frau wirklich vom Mann unterscheidet: die stärkere Geschlossenheit und Geradlinigkeit ihres Wesens. Jedenfalls stimmt es mit vielen Beobachtungen, die an großen Dichtungen gemacht werden können, überein. Goethe drückt es so aus: »Du rechnest sicherer auf sie im Guten wie im Bösen.« Damit ist auch schon gesagt, daß dies keinen Wertunterschied bedeutet. Die Frau ist, vielleicht, weniger kompliziert als der Mann, weniger auf die Vielfältigkeit als auf die Intensität des Lebens gerichtet. Man könnte annehmen, daß es ihr vor allem gegeben und aufgegeben sein wird die Kräfte des Lebens, und das heißt dann natürlich die aufbauenden Kräfte, zu intensivieren, die "Trägheit des Herzens", aus der ein so großer Teil alles dessen herrührt, was falsch in unseren Einrichtungen ist, zu überwinden. Allerdings, die öffentliche Wirksamkeit der Frau, namentlich ihre politische Praxis in der Kriegs- und Nachkriegszeit, hat von einer so verstandenen "weiblichen Eigenart" nichts gezeigt. Man darf sie ihr daher weder zum Guten noch zum Schlechten anrechnen; das heißt, man darf daraus weder rühmend eine besondere Mission der Frau zur Neugestaltung des öffentlichen Lebens herleiten noch schließen, daß es notwendig oder förderlich sei der Frau irgendwelche Lebensgebiete zu verschließen oder etwa ihre Erziehung schon auf ganz bestimmte Aufgaben einzustellen. Trotz mancher dahingehenden Bestrebung auch von Frauen-

seite wird dagegen auch immer wieder energisch und überzeugend protestiert, so etwa vor einiger Zeit von Helene Klein in der Kölnischen Zeitung. Man kann im Gegenteil sagen: Bei der Neigung der Frau sich zu konzentrieren würde jede Beschränkung viel eher eine Gefahr der Verengung und damit eine Lahmlegung ihrer Kräfte bedeuten. Auswirken könnte sie sich jedenfalls nur, wenn ihr nach allen Seiten der Weg freigegeben wird.

Schwangerschaftsunterbrechung

Zu der neuen Freiheit der Frau gehört auch, daß sie selbst darüber entscheiden kann, ob sie Mutter werden will. In seinem oben erwähnten Buch setzt sich Sellheim entschieden dafür ein, daß die Frau über Methoden und Mittel der Empfängnisverhütung aufgeklärt werde, er wendet sich aber ebenso entschieden gegen die heute schon von weiten Kreisen erstrebte Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung. Carl Credé berichtet in seinem Buch Frauen in Not: § 218 /Berlin, Adalbert Schultz/ über eine große Zahl von Fällen, die mit grausiger Deutlichkeit beweisen, wieviel Elend der § 218 des Strafgesetzbuchs über so viele Frauen und Familien bringt. Sellheim beruft sich bei seiner Bekämpfung der Freigabe auf die Erfahrungen, die in Rußland gemacht wurden. Die Anzahl der Abtreibungen sei gestiegen, die kurfuscherischen Aborte seien nicht ausgerottet, und wenn die Geburtenzahl trotzdem nicht gesunken sei, so sei das eben in der ungewöhnlichen Fruchtbarkeit des russischen Volks begründet: in Deutschland müßte eine solche Maßnahme zu einem rapiden Sinken der Geburtenzahl und damit zum Untergang führen. Sellheim meint: daß der kurfuscherische Abort nur zurückgegangen, nicht gänzlich beseitigt sei, bedeute schon einen Mißerfolg der Gesetzgebung. A. B. Genss berichtete im November 1928 in der Neuen Generation, daß in Moskau die illegalen Aborte im Verhältnis zur Gesamtzahl der Eingriffe in dem Zeitraum von 1923-1926 von 57,9 % auf 12,2 % zurückgegangen seien, in 28 russischen Gouvernements von 42 % auf 24,5%. Nun sind ja alle bolschewistischen Zahlenangaben mit höchster Skepsis zu betrachten. Aber man könnte Sellheim gegenüber argumentieren, daß in Deutschland, wo, wie Sellheim selbst betont, die Kenntnis von der Freigabe des von ärztlicher Hand ausgeführten Aborts sich unter der Bevölkerung viel schneller verbreiten würde als in Rußland, die kurfuscherischen Eingriffe sich auch weit wirksamer eindämmen ließen. Ein

Gesichtspunkt, der früher in der Diskussion über diese Frage häufig geltend gemacht wurde und auch von Sellheim wieder betont wird; daß nämlich, sobald die Abtreibung freigegeben sei, die Männer nicht mehr zu Verhütungsmaßnahmen bereit wären, und daß somit diese Gesetzgebung zu verstärktem Mißbrauch der Frauenkraft führen würde, verdient gewiß Beachtung. Man braucht die Gefahren der Schwangerschaftsunterbrechung nicht zu übertreiben, wie es, nach einem Brief Julius Moses' an die Vossische Zeitung vom 6. Januar 1929, Wilhelm Liepmann in seinen Berechnungen tut; der Eingriff bedeutet trotzdem eine körperliche und seelische Gefährdung für die Frau und sollte nur als Notbehelf betrachtet werden. Man wird hoffentlich nicht annehmen müssen, daß die Männer im allgemeinen solche Bestien sind wie der in dem von Hermann Bahr eingeleiteten autobiographischen Buch Martha Bergers *Das Leben einer Frau* (Wien, Rikolaverlag) geschilderte selbststüchtige und brutale Liebhaber; es handelt sich hier doch wohl um einen vereinzelt Fall. Daß aber der Mann im allgemeinen in seinem Verhalten gegen die Frau mehr Rücksicht und Verständnis beweisen könnte, ist nicht zu bezweifeln. Andererseits kann man aus diesem Buch auch den Schluß ziehen, daß nur bei voller gegenseitiger Gleichachtung sich die Formen des geschlechtlichen Lebens würdig und menschlich gestalten lassen.

Politische Rechte

Die politische Gleichberechtigung der Frau macht auch in den Ländern, die sich ihr bisher ganz verschlossen haben, langsam zwar, aber unaufhaltsam, Fortschritte. In der *Schweiz* wurde eine von 248 227 Personen unterzeichnete Petition für die Einführung des Frauenstimmrechts vom Nationalrat der Bundesregierung zur Berichterstattung überwiesen. In *Frankreich* wurde bei den Kommunalwahlen 1929 zum erstenmal eine Frau, die sozialistische Rechtsanwältin Simone Weiler, als Kandidatin aufgestellt. In *Italien* ist in den Nationalrat der Korporationen eine Frau, die Vorsitzende des Hebammenverbands, aufgenommen worden. Die Zulassung der Vertreterin eines rein weiblichen Syndikats, die sich aus der Struktur des italienischen Staats ergibt, sieht der Frauenstimmrechtsbund Italiens als einen wesentlichen Erfolg, einen ersten Schritt auf dem Weg zur vollen Gleichberechtigung der Frau an. In *Spanien* sieht die neue Verfassung das Wahlrecht der Frauen vor.

In *Litauen* soll auf den Wunsch des Litauischen Frauenverbands eine Vertreterin der Frauen in den Staatsrat kommen. Als Kandidatinnen werden sozialistische Führerinnen genannt.

In *Rumänien* wurde ein beschränktes Frauenwahlrecht eingeführt: Zu den kommunalen und Departementwahlen können wählen und gewählt werden Frauen mit Mittelschulbildung, weibliche Angestellte des Staats, der Provinzbehörden und der Gemeinden, Kriegerwitwen, Frauen, die sich im Dienst der Öffentlichkeit ausgezeichnet haben.

In der *Türkei* hat der Parlamentarische Ausschuß von Angora einen Abänderungsantrag zum Stimmrechtsgesetz angenommen, der auch den Frauen das Gemeindewahlrecht zuspricht.

In *Südafrika* wurde vom Parlament in Kapstadt ein Gesetz über das Wahlrecht für Frauen mit der unerwartet großen Mehrheit von 39 Stimmen beschlossen.

Totenliste

Im Dezember 1929 starb eine der bekanntesten Führerinnen der deutschen Frauenbewegung, die Vorsitzende des Verbands der Frankfurter Frauenvereine, *Anna Edinger*. Schon als Mädchen stark für Naturwissenschaften interessiert, arbeitete sie nach ihrer Ehe mit dem Neurologen Ludwig Edinger in der sozialen Fürsorge. Sie erwirkte die Anstellung von Wohnungsinspektoren wie der ersten Tuberkulosefürsorgerin in Frankfurt, arbeitete für die Schaffung von Kinderspielplätzen, förderte die Luftbadpflege und steuerte, solange sie selbst Mittel besaß, für alle diese Zwecke aus ihrem Vermögen reichlich bei. Die Stadt Frankfurt berief sie später als erste deutsche Frau in das Armenamt. Bei ihrem Tod ehrte sie die Stadt durch eine große Feier.

Kurze Chronik Für die Konferenz zur Kodifizierung des *internationalen Privatrechts* wurde der belgischen Delegation eine Juristin, Marcelle Renson, zur Vertretung der Fraueninteressen beigegeben. ◊ Vom 21. bis zum 23. März beging der *Deutsche Bund für Mutterschutz* die Feier seines 25jährigen Bestehens. In diesen 25 Jahren unermüdlichen Kampfs hat der Bund manche seiner Ziele sich erfüllen sehen; in der Stellung des unehelichen Kindes und der unehelichen Mutter hat sich manches zum Bessern geändert. Auf der Jubiläumstagung wurden die neuen Forderungen des Bundes zum Sexualstrafrecht behandelt; auch sprach man über Abtreibung und Geburtenreglung. ◊ Die

französische *Fliegerin* Lena Bernstein stellte am 1. Mai einen Rekord auf. Nach einem Flug von 35 Stunden 46 Minuten 55 Sekunden landete sie auf dem Flugplatz Le Bourget bei Paris. Damit hat sie nicht nur den Dauerweltrekord für weibliche Flieger geschlagen sondern auch den Weltrekord für Einzelflieger, den bisher Charles Lindbergh innehatte, an sich gebracht. In Deutschland gibt es zurzeit 14 Fliegerinnen, von denen 6 den Kunstflugschein besitzen. \diamond In *Südslawien* behält jetzt die Frau bei der Heirat mit einem Ausländer ihre Staatsangehörigkeit, wenn sie vor der Eheschließung erklärt, daß sie das wolle. \diamond Am 26. März sprach in Berlin, auf Einladung der Deutsch-Französischen Gesellschaft, die Vizepräsidentin der französischen Sozialradikalen Partei Suzanne Schneider-Crémieux über die *Pariserin*. Die heutige Pariserin habe nichts mit der Romanfranzösin zu tun. Sie sei im wesentlichen eine arbeitende Frau, die in der Stille schaffe. Sie habe das soziale Leiden erkannt und wirke für eine Besserung der Verhältnisse, sie wolle die Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts beseitigen, und sie arbeite vor allem auch für eine Verständigung der Nationen. \diamond Der Führerin der englischen Stimmrechtsbewegung Emmeline Pankhurst, die am 14. Juni 1928 starb, wurde in London ein *Denkmal* gesetzt. \diamond Am 25. Februar wurde *Martha Hoppe* in Berlin 70 Jahre alt. Sie wirkte vor allem für die gewerkschaftliche Organisierung der Textilarbeiterinnen und gleichzeitig für die politische Gleichberechtigung der Frauen. Sie hat ein arbeits- und kampfreiches Leben im Dienst der Arbeiterbewegung geführt.

Literatur

In der Sammlung Quellenhefte zum Frauenleben in der Geschichte /Berlin, F. A. Herbig/ veröffentlicht *Käthe Stricker* unter dem Titel *Deutsche Frauenbildung vom 16. Jahrhundert bis Mitte des 19. Jahrhunderts* eine interessante Zusammenstellung von Zitaten aus pädagogischen Werken, Schulplänen und Briefen einzelner geistig hervorragender Frauen. Der Wandel der Grundsätze in der Erziehung des weiblichen Geschlechts läßt sich deutlich verfolgen, und man bemerkt, daß in den Anfängen, als das Ziel der Erziehung im allgemeinen noch stark religiös bestimmt war, etwa bei Comenius, das Problem der Frauenbildung mit weit geringerer Voreingenommenheit angefaßt wird als später, da man sich um das spezifisch Weibliche zu bemühen begann.

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Ziele und Methoden

Die Zeiten, da man in der unter Gustav Schmollers Führung stehenden Historischen Schule die gelehrte Zusammenstellung von historischen Einzelheiten schon für eine besondere Spitzenleistung der ökonomischen Wissenschaft hielt und die systematische Denkarbeit eines Smith, Ricardo und Marx für überholt erklärte, sind ja wohl endgültig vorbei und haben wenig Chancen ihre einstige Umwertung aller Werte noch einmal mit dem Schimmer modernen Fortschritts zu krönen. Die Frage nach den Zielen der Erkenntnis und den verschiedenartigen Wegen, die dem wissenschaftlichen Streben dabei vorgeschrieben sind, ist wieder aufgeworfen worden, und man hat sich bei diesem Bemühen überzeugen müssen, daß die eine Zeitlang so hochmütig verachtete Philosophie, richtig erfaßt, noch immer eine reiche Fülle von Anregungen und Direktiven birgt, ohne die eine methodische Orientierung auch im Gebiet der positiven Einzelwissenschaften nicht möglich ist. Ein philosophisch diszipliniertes Denken, das sich nicht mit allgemeinsten Gesichtspunkten zufrieden gibt sondern darüber hinaus in gewissen Grundfragen positiver Disziplinen (wie der Ökonomie) Klarheit erstrebt, erscheint um so mehr erwünscht, als heute ein so einflußreicher Mann wie der Wiener Hochschulprofessor *Othmar Spann* in seiner hier schon früher charakterisierten Volkswirtschaftslehre und in späteren Publikationen, deren letzte, der Vortrag *Die Krisis in der Volkswirtschaftslehre*, soeben ungefähr gleichzeitig mit *Werner Sombarts* neuester Arbeit *Die 3 Nationalökonomien* bei Duncker & Humblot in München erschien, mit neuem Wirrwarr droht. Die Darstellung, die Spann unter dem Etikett einer »universalistischen« Philosophie vorsetzt, und mit der Sombart gründlich aufräumt, ist etwa so geheimnisvoll und so verblüffend wie jene Anekdote, die erzählt, wie ein enthusiastischer Bewunderer des alten Tiedge, des Verfassers der *Urania*, als er Tiedge im Weinhäus vorgestellt wird, sich in seiner Begeisterung sinnvoll mit dem Trinkspruch: »Vivat Oranien!« Luft macht. Der ähnliche Klang von Tiedge und Tiedge, wie der friedfertigen *Urania* mit dem englischen Königshaus hatte die Verwirrung angestiftet. Die *Quidproquos* Spanns rufen das einem ins Gedächtnis. Lieber keine als eine Philosophie, die mit lee-

ren Reden Smith als "Individualisten" verpönt, um seinem Individualismus etwas "Höheres", die "Ganzheitslehre", gegenüberzustellen, die, wenn das neue, von Spann geprägte Wort überhaupt einen verständlichen Sinn hat, für Smith, wie seine eigenen Ausführungen zeigen, sich einfach von selbst verstand, so sehr, daß es nicht nötig war darüber noch besonders Worte zu machen.

Sombart, der schon nach der unverständlichen und unvermuteten Marxattacke seines Proletarischen Sozialismus, bald darauf im Schlußband seines Modernen Kapitalismus in die freien und weitgesteckten Bahnen seines einstigen Denkens wieder einlenkte, hält diese Richtung in seinem neuen, oben genannten Buch, das in weiten Parteien, auch wo der Name nicht genannt wird, der Abweisung der Spannschen Pseudophilosophie gewidmet ist, erfreulich ein und geht in ihrem Rahmen erfolgreich weiter fort.

Nach knappen, klarem Ausblick auf den allgemeinen Zustand der heutigen Nationalökonomie, auf die Unbestimmtheit in der Abgrenzung ihres Gegenstands, die Unbestimmtheit ihrer Erkenntnisweise und ihrer terminologischen Bezeichnungen, wendet er sich zur kritischen Entwicklung der Grundrichtungen, die er in der Nationalökonomie unterscheidet. Er stellt die richtende, die ordnende und die erstehende Nationalökonomie als Grundtypen einander gegenüber. Der Leser spürt, nach so manchen überraschenden Wandlungen, in diesem Buch wieder, wie tief der Drang nach systematischer Selbstverständigung, der sich schon in seinem Jugendwerk, dem 1. Band seines Modernen Sozialismus, markiert hatte, in seiner Wesensart liegt und in ihm, wenn auch für den Beobachter verborgen, im stillen fortgewirkt hat. Max Scheler, der nach mannigfachen, zum Teil sehr bedenklichen Zickzackwegen in den letzten Jahren zu fruchtbar originaler Problemerkörterung und neuen Wegerichtungen in der Soziologie fortschritt, und noch mehr Max Webers geradliniger Pfadfindergeist scheinen Sombart, vor allem in seinen späteren Jahren, befruchtende Anregungen gegeben zu haben. Das einzige, in dem die sonst sehr lichtvollen Ausführungen des 1. Abschnitts (da ist vor allem von der mittelalterlichen Scholastik die Rede) Bedenken hervorrufen, ist die hier im Anschluß an Scheler gelegentlich auftretende Manier in allen möglichen Weltdingen und Werturteilen Spuren eines "metaphysischen" Hintergrunds zu wittern. Der Willkür

wird in solcher Ausdrucksweise Tür und Tor geöffnet. Wozu das Wort Metaphysik bemühen, wenn es im Grunde nichts anderes sagt, als daß zwischen Himmel und Erde vielerlei umläuft, das unsere Schulweisheit nicht abzuleiten und zu verstehen vermag? Aber bei dem reichlichen Gebrauch des Worts Metaphysik bleibt sich Sombart dessen, in wohlthuendem Gegensatz zu der feindseligen Marxpolitik seines Buchs Der proletarische Sozialismus (siehe diese Rundschau, 1925 Seite 55 und folgende), in allem Wesentlichen wohl bewußt. Von irgendeiner Absicht aus der Annahme von metaphysischen Erkenntnissen Waffen wider den Sozialismus herzuholen läßt sich hier nichts verspüren. Die Ablehnung einer »richtenden« Nationalökonomie, die auf irgendwelchen religiös oder metaphysisch fundierten, also überhaupt nicht wissenschaftlich kontrollierbaren Sätzen ruht, versteht sich dann ganz von selber, was ebenso auch für die physiokratische Doktrin und für das damit eng zusammenhängende Manchesterdogma von dem Segen der unbeschränkten freien Konkurrenz gilt.

Sehr interessant sind auch die Ausführungen über das, was der Verfasser als »ordnende« oder »naturgesetzliche« Ökonomie bezeichnet. Hier wird an Stelle von dogmatischen (religiösen oder philosophischen) Voraussetzungen, auf die sich, in erster Reihe, jene richtende Ökonomie stützt, der Versuch gemacht dem verwickelten Komplex historischer gegebener ökonomischer Zeitverhältnisse mit wissenschaftlichen Mitteln beizukommen, wobei aber, nach Sombart, das Beispiel der naturwissenschaftlichen Methode mit ihren Klassifikationen und ihrem Strebeziel der Auffindung von Naturgesetzen führend gewesen sei. Man habe dabei übersehen, daß dem Begreifen- und Verstehenwollen menschlicher und menschlich sozialer Zusammenhänge eine ganz andere Betrachtungsweise als die der Naturwissenschaften vorgezeichnet sei. Die elementarische Zergliederung der Natur und das Bemühen im Rahmen so gefundener Elemente mathematisch formulierbare Beziehungsgrößen festzulegen lassen gewiß das Eintreten einzelner bestimmter Erscheinungen durch die Zurückverweisung auf das So-und-so-Sein bestimmt formulierbarer allgemeiner Gesetze klarer voraussehen. Aber diese erforschten Gesetze sind letzthin doch nur wieder aus der Zergliederung der wirklichen Erfahrung gewonnene allgemeine Erfahrungstatsachen, die so für

unser Denken konstatierbar sind, in dessen nicht von uns als denknotwendig angesehen werden können. Kein Grübeln über das notwendige "Wesen" einer Welt führt zur Erkenntnis des Grundes, weshalb dieses Wesen gerade den und den bestimmten Komplex von Gesetzen erheischt, eine andere Ordnung aber ausschließt. Ganz anders indes, wo es sich um Verstehen von menschlichem Handeln und irgendwelcher menschlich kulturellen Ordnungen handelt. Hier verlangt jedes Verstehenwollen nicht, wenigstens nicht in erster Reihe, die Subsumtion, die Zuordnung einzelner Erfahrungen und Vorgänge unter gewisse begriffsmäßig rubrizierte Erfahrungstypen und -gesetze, sondern ein »Sinnverstehen«, das aus der Art der Zwecke, die als mögliche respektive notwendige Motive (Antreiber des Handelns) im Menschenwesen angelegt sind, und aus der Art der jeweils gegebenen Umstände die Genesis der menschlichen Ordnungen nachbildend von innen her erfaßt. Hier schwingt, wenn wir verstehen wollen, in dem Beschauer wie in den menschlich sozialen Fakten, die es zu verstehen gilt, ein im Objekt und Subjekt gleichmäßig gegenwärtiges sinnbestimmtes Hintergrundelement mit und gibt den allgemeinen Leitfaden, an dem das Begreifen weitertastet.

Die "Gesetze" der Kulturwissenschaften, beispielsweise der Nationalökonomie, sind immer nur für bestimmte besondere Phasen des historischen Ablaufs aufzustellen und können so wesentlich nur Ausdruck für gewisse Regeln im Verhalten der Menschen sein, die sich nur im Rahmen der gesellschaftlichen Ordnung fassen lassen. Dieser tiefgreifende und unmittelbar evidente Unterschied, der die Art kulturwissenschaftlichen und damit auch ökonomischen Erkennens von naturwissenschaftlicher Erkenntnis scheidet und dem Wort Gesetz einen völlig andern Sinn aufdrückt, erhält in dem 3. und letzten Hauptabschnitt des Sombartschen Buchs charakteristische Beleuchtung. Die *Opposition*, die Spann gegen die Anwendung der naturwissenschaftlichen Methode aus seinem »Universalismus« heraus erhoben hatte, wird in den Grenzen, in denen sie überhaupt Sinn hat, von Sombart aufgenommen und zugleich von der haarsträubenden Verdrehung, als widerlege sie eine kausal-genetische Betrachtungsweise, endgültig losgelöst. Will man auch hier einen Einwand gegen Sombart erheben, so könnte er sich nur auf einen Nebenpunkt beziehen: darauf,

daß er den alten, ebenso verständigen wie berühmten Adam Smith, dem alle Dogmatik fernlag, den Vertretern der ordnenden und naturgesetzlichen Betrachtungsweise zuzählt. Smith war ein zu großer und unverbildeter Geist, um den Sachverhalt der von ihm behandelten Probleme derart zu verkennen.

Besondere Beachtung, besonders auch in den Kreisen einsichtiger Marxisten, verdient der Nachdruck, mit dem Sombart die Bedeutung der klassisch adäquaten Formung, der künstlerisch und wissenschaftlich organischen Gliederung des Gedankengehalts hervorhebt. In dem ganzen Buch ist kaum von Marx die Rede. Und doch, wer dächte, wenn so wie hier von Höhenleistungen des Denkens gesprochen wird, nicht an den unvergänglichen Eindruck, den die Begegnung mit Marx hinterläßt? Und Sombart selbst hat wohl trotz der üblen Laune, mit der er in seinem Proletarischen Sozialismus den Marxismus angriff, so gedacht. Das scheint bei dem Enthusiasmus, mit dem er im letzten Band seines *Modernen Kapitalismus* Marx feiert, sich von selber zu verstehen.

Totenliste In New York starb der frühere Präsident der American Economic Association

Jeremiah Whipple Jenks, im Alter von 72 Jahren. In den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts an das Knox College in Illinois berufen, lehrte er dort Politische Ökonomie; er ging dann später für das gleiche Fach an die Universität New York. Daneben hatte er zahlreiche Regierungsstellen inne. Das Department of Labor veranlaßte ihn zum Studium des Trustproblems, dessen Resultat die *Studies of Trusts and Combinations* waren. Für das Kriegsdepartement besuchte er den Orient, besonders China, worauf er Fragen der chinesischen Wirtschaft behandelte. Auch das Einwanderungsproblem hat ihn beschäftigt und zu Arbeiten angeregt. Endlich ist zu erwähnen sein Werk *The Political and Social Significance of the Life and Teachings of Jesus*.

Am 8. Februar starb in London, 58 Jahre alt, *C. P. Sanger*, der sich auf dem Gebiet der Wirtschaftsstatistik, über die er in London Vorlesungen hielt, einen Namen als Fachmann gemacht hat.

Der Biologe, Psychologe und Philosoph *Eugenio Rignano*, der Anfang Februar in Mailand starb, verdient auch als Sozialwissenschaftler Erwähnung. Er befaßte sich auf diesem Gebiet vor allem mit statistischen Arbeiten.

Kurze Chronik Einen Preis von 5000 Mark setzt die Gesellschaft für Deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik in Berlin für die beste Arbeit über folgendes Thema aus: »Die Persönlichkeit des deutschen Unternehmers in seiner Bedeutung für die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft in den Jahren 1860 bis 1919.« Im Preisrichterkollegium sind unter anderen der frühere Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht und eine Reihe von Professoren der Nationalökonomie. ◊ Der außerordentliche Professor für Soziologie an der Universität Frankfurt Gottfried Salomon erhielt als ein Kenner des modernen Frankreichs den Auftrag die *französische Staats- und Gesellschaftskunde* in Vorlesungen und Übungen darzustellen. Salomon, ein Schüler Franz Oppenheimers, hat in dem 1. Band seiner Geschichte der Soziologie Frankreich behandelt. Er hat auch die Internationalen Hochschulkurse organisiert, die jetzt zum drittenmal, und zwar in Davos, stattgefunden haben. ◊ Eine Tagung des Deutschen Instituts für Zeitungskunde, die in Berlin unter der Leitung des Kölner Professors Martin Spahn im Februar stattfand, beschloß eine *Zeitungswissenschaftliche Vereinigung* zu gründen, die in Lehre und Forschung die Zeitungswissenschaft fördern soll. Zu Vorstandsmitgliedern wurden die Professoren Emil Dovifat /Berlin/, Karl d'Ester /München/ und Hans von Eckardt /Heidelberg/ gewählt. ◊ Das Pariser *Institut für Soziologie* ernannte James Ramsay MacDonald, Arthur Henderson, Hermann Müller und Julius Curtius zu Ehrenmitgliedern. ◊ In der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin *habilitierte* sich für Staatswissenschaften Wilhelm Moritz von Bissing; seine Antrittsvorlesung behandelte die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft und ihre Ursachen. ◊ Der Direktor des Marx-Engels-Instituts in Moskau, D. Rjasanow, feierte zugleich mit seinem 60. Geburtstag Ende März das Jubiläum seiner 40jährigen wissenschaftlichen Tätigkeit. In einem Bericht über das Institut teilte er mit, daß noch in diesem Jahr eine ganze Reihe Bände einer russischen Ausgabe der Werke Marx' und Engels' herauskommen solle. Das Institut besitzt die größte überhaupt existierende Bibliothek über den Marxismus, neben Zeitschriften, Briefen, Zeichnungen usw. allein 330 000 Bücher. Seine Tätigkeit muß als verdienstvoll bezeichnet werden.

Literatur

Nicht weniger als Sombarts Auseinandersetzung rückt des Philosophieprofessors *Franz Jerusalem* klar aufgebaute Schrift *Grundzüge der Soziologie* /Berlin, Industrieverlag Spaeth & Linde/ in ausgesprochenen Gegensatz zu Spanns so unkritisch naiven Universalismusreden, die die Geisteswissenschaften, insbesondere die Nationalökonomie, auf einen "neuen" Boden stellen wollen. Ebenso lehnt er in seinen positiven Ausführungen ohne ausdrückliche Polemik die unfruchtbaren, hier früher wiederholentlich besprochenen Klassifikationen ab, auf die Leopold von Wiese die Soziologie als sogenannte Beziehungslehre zu gründen denkt. Seine Arbeit richtet sich, ausgehend von einem knapp gefaßten klaren Überblick über die methodische Grundlage, insbesondere auf den soziologischen Grundbegriff des Kollektivgeistes, die kausalgesetzlichen Formen des sozialen Lebens und den in ihnen sich auswirkenden Drang zur Selbsterhaltung. Eine Fülle wichtiger sozialer Probleme wird anregend und ohne unnützen Gelehrsamkeitsaufwand in dem Büchlein berührt. Der Leser fühlt sichern Boden unter seinen Füßen. ◊ Die einzelnen fleißig und zuverlässig durchgearbeiteten Bändchen, in denen *Michael Beer* seine Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe dargestellt hat, liegen, ein Zeichen lebhaften Interesses, bereits in 6. Auflage in einem 800 Seiten umfassenden, durch Namen- und Sachregister praktisch erweiterten Gesamtband vor /Berlin, Neuer Deutscher Verlag/. ◊ Gesammelte Abhandlungen *Friedrich von Wiesers*, des Vorkämpfers und Mitbegründers der vielgenannten Grenznutztheorie, mit einer Lebensskizze des Verfassers eingeleitet, gibt der Verlag J. C. B. Mohr in Tübingen heraus. ◊ Die Frage, ob eine Konjunkturpolitik möglich ist, wird in einer Dissertation *Leopold Weinrichs* aufgeworfen /Dresden, Paul Welzel/. ◊ Die Frage nach den Grenzen der Statistik in der Konjunkturforschung erörtert kritisch eine Arbeit *Hans Peters* /Bonn, Kurt Schroeder/. Da die Konjunkturkunde eine gewisse Rolle in unserer Wirtschaft zu spielen scheint, hat diese Schrift, wie die vorerwähnte, ein aktuelles Interesse. ◊ Als *Festschrift* zum 60. Geburtstag Alfred Webers publizieren 17 deutsche Gelehrte einen Band soziologischer Studien Zur Politik, Wirtschaft und Kultur der Gegenwart /Potsdam, Alfred Protte/, der eine Reihe anregender Untersuchungen vereinigt.

Religionswissenschaft / Theodor Siegfried

Friedensidee Mit sprühender Lebendigkeit der Darstellung durchmustert der Berliner Generalsuperintendent *Otto Dibelius* das Für und Wider der Friedensbewegung (Friede auf Erden /Berlin, Furcheverlag/). Ein außerordentlich reicher Stoff wird in seinem Buch ausgebreitet; es wird nicht nur eine Geistesgeschichte des Problems gegeben, sondern in packenden Durchblicken, die von der Antike bis zur Gegenwart streifen, der Wandel des Kriegs und des Kriegsgeistes beleuchtet. Eine differenzierte Einführungskunst nimmt den Leser gefangen, aber in dem Augenblick, da er ungeduldig wird, kommt auch die Antwort des Autors selbst, eine Antwort, die einem wahrhaft ersten Ringen mit dem Problem entstammt; man fühlt, hier ist einer, der aufgeschlossen in die Situation hineinhört. Dibelius bejaht die organisatorisch-politischen Bemühungen um eine Neuordnung der politischen Welt aus christlichen Prinzipien. Er fühlt die Schwierigkeit, die hierin liegt: Die christliche Freiheit von der Welt soll zur Weltarbeit treiben; das Irrationale des Glaubens soll der Rationalisierung der Welt sich zuwenden. Mit Recht fühlt Dibelius hier ein Paradoxon vorliegen; aber er fühlt auch, daß es das christliche Paradoxon selbst ist, das zum Dienst an der Welt treibt. Mit eindeutiger und erfreulicher Klarheit weist er es ab den Krieg als Schöpfungsordnung zu begreifen. Er ist böse und gottwidrig. »Der Pazifismus, der vom Neuen Testament herkommt, macht keine Unterschiede zwischen Krieg und Krieg. Er will das System nicht. Er will die ganze Atmosphäre der Gewalt nicht, in der der Krieg sich bewegt. Er will das Blutvergießen nicht und nicht die gegenseitige Vernichtung von Menschen.« Aus dieser Voraussetzung nun bejaht Dibelius alle politische Arbeit, die den Krieg überwinden will. Er tut es in einem Augenblick, da zweifellos der Friedensgedanke wieder einmal in das Zeichen einer Ebbe getreten ist. Dennoch sagt er: »Schiedsgerichte sind ein Instrument des Friedens.« Darum bejaht er sie und den Völkerbund. Mit kräftiger Energie stellt er die Verantwortlichkeit an den allgemeinen Ordnungen heraus. Aber er weiß auch, daß sie nur »Formen« sind, die auch das Gefäß für sehr unreinen Inhalt sein können. Trotz der Zweideutigkeit der Form bejaht er die Friedensordnung. »Wir sagen es fest und

bestimmt: Gott will den Krieg nicht. Obwohl die Feder jedesmal zu zittern anfängt, wenn sie schreiben soll; Gott will oder Gott will nicht.« Die christlich-theologische Grundlegung des Autors ist damit gezeichnet. Sie scheint uns von außerordentlicher Gediegenheit. Daraufhin sei eine Anmerkung hinzugefügt: Dibelius geht teilweise von der Frage aus, ob der Krieg oder der Friede mehr Möglichkeiten enthalte Liebe zu üben. Diese theologisch wohlverständliche Fragestellung liegt durchaus im Rahmen seines Ansatzes, sie enthält die richtige Ansicht, daß der "Friede" als solcher kein letzter Wert ist. Aber sie ist in Gefahr das Problem aus der Wirklichkeitsverflechtung zu lösen, in der es steht. Der Krieg ist nach Clausewitz eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Es handelt sich um die Form der Auseinandersetzung zwischen Staaten und Staatengruppen. Wird also Friede erstrebt, so heißt das, das Leben der Staaten soll in eine neue Form kommen. Insofern aber tritt der Friede doch unter einen andern Gesichtspunkt. Es handelt sich um Neugestaltung des politischen Lebens. Diese Gestaltung ist doch unmittelbarer Ausdruck des Lebens selbst, das sie hervorbringt. Sie ist nicht bloß ein leeres Gefäß sondern selber der gebotene Ausdruck eines bestimmten Geistes; aber sie ist auch eine neue Gestalt des Staatslebens, und das heißt, sie kann ebensowenig abstrakt aufgefaßt werden, wie der Krieg je und je das selbe gewesen wäre. Dieses beobachtet Dibelius. Dann gilt es aber auch für den Frieden. Und zu den ethischen und unethischen Motiven, die Dibelius für den Friedenswunsch anführt, müßte, wer den Frieden will, das konkrete Bild einer neuen politischen Gestalt, das heißt eines neugearteten politischen Lebens, und das heißt eines neuen Gestaltungswillens setzen. Es wäre zu wünschen, daß Dibelius in einer hoffentlich bald notwendigen 2. Auflage auch nach dieser Seite hin noch mehr aus der Zone der ideologischen Konstruktion herausträte. Damit soll seine Leistung in keiner Weise verkleinert werden. Die Kraft der Problemdurchdringung verdient alle Anerkennung. Das Ja zum Völkerbund, das natürlich bei Dibelius ebensowenig wie bei sonst jemandem ein einfaches Ja zu seiner jetzigen Gestalt sein kann, ist unmittelbar wohl wirkungskräftiger, regt mehr zur Entscheidung an als eine Theorie über den politischen Gestaltungswillen. Aber auf die Dauer wird der christliche Theo-

loge auch diese Dinge konkret durcharbeiten müssen. Er wird in dem Frieden nicht nur ein Mittel für persönlichen ethischen Dienst am Nächsten sehen dürfen sondern ihn als Form der Staatsgestaltung zu begreifen haben. Wir begrüßen es, daß der Verfasser den Krieg nicht in die Zone des bloß Schicksalhaften verweist. Nachdem, aber wirklich erst, nachdem dies geschehen ist, darf freilich die tatsächliche Verquickung von Schicksal und Bösem ins Auge gefaßt werden. Wir können nirgends den Punkt angeben, wo etwas aufhört Schicksal zu sein und anfängt Schuld zu werden. Es gibt hier nur einen gleitenden Übergang. Das heißt: Nicht wir dürfen uns entlasten, sondern was uns als Schicksal erscheint, das haben wir doch als Schuld auf uns zu nehmen und eben darum den Weg zu neuer Gestaltung zu suchen. Aber diese neue Gestaltung ist wieder nur möglich auf der Basis des Gegebenen, des Schicksals, in das wir gestellt sind. So läuft diese Erwägung darauf hinaus der abstrakten Ideologie zu wehren und konkrete Gestaltung aus der schicksalhaften Situation heraus zu fordern. Kein Zweifel auch, daß Dibelius so die Gegenwarts-situation erfaßt, und daß darum sein Buch ein Bekenntnisbuch ist, das aus dem unmittelbaren Schicksal der Zeit und der lebendigen Auseinandersetzung erwachsen ist. Aber zu wünschen wäre, daß auch dieser Eindruck der Schicksalhaftigkeit der Situation in seiner Idee des Friedens noch mehr zum Ausdruck käme und sie vor allem konkretisierte.

Metaphysik Grundlegung einer Metaphysik will Ludwig Coellen geben, in einer Schrift, die er Von der Selbstoffenbarung göttlichen Lebens nennt (Darmstadt, Arkadenverlag). Es ist eine strenge, ungemein scharfsinnige Arbeit und eine Wiedergeburt idealistischen Denkens aus eigenem Erleben. Dreierlei wird entwickelt: 1. Alles Erkennen ruht auf der Intuition eines fraglosen Ja, das den Suchenden auf seinem Weg und Irrweg begleitet. 2. Dieses Absolute kann vom rationalen Denken nicht erfaßt werden. 3. Es darf aus der Situation heraus gedeutet werden, und solche Deutung ist weder subjektive Willkür noch unwillkürlicher Zwangsprozeß, sondern sie entspringt der lebendigen Wirkung und Gegenwart des Absoluten in der Situation selbst. Inhaltlich geht Coellen von der Intuition des Lebens aus, und er will dabei sowohl die mehr primitive mystische In-

tuition der Alleinheit des Seins wie die »christliche« der Transzendenz des reinen Seins überwinden. Aus seinem Ansatz versteht sich die Art seiner Linienführung. Aber wir müssen fragen, ob er das »Christliche« recht getroffen hat. Die Gegenwart des schaffenden und die Welt zu ihrer Vollendung führenden Gottes ist christliches Urmoment. Aber noch ein anderes muß hinzugefügt werden: Sollte die Liebe (ἀγάπη), die sich zum Zerrissenen und Verlorenen neigt und darum über alle Standpunkte hinaus liegt, nicht noch eine Steigerung jenes fraglosen Absoluten sein, und zwar gerade die Steigerung, die einesteils über die Namenlosigkeit des unbedingten Ja hinaus einen ganz bestimmten positiven Gehalt ausdrückt, andernteils gerade mit diesem Gehalt die Relativität der Standpunkte einschließt und bejaht? Die Gedanken Coellens weisen fast in solche Richtung. Sein Buch ist nicht nur klug und von großer Lebendigkeit sondern von einer Unmittelbarkeit, die uns immer zur Beschäftigung anreizt. Es ist für den gebildeten Laien lesbarer als diese Anzeige.

Baumgarten Der Kieler Theologe Otto Baumgarten, der Anfang 1928 70 Jahre alt wurde, schrieb eine Autobiographie (Meine Lebensgeschichte (Tübingen, J. C. B. Mohr)). Das Buch des temperamentvollen Kämpfers bietet ein ungemein vielseitiges Spiegelbild der Kaiserära. Dem Geist dieser Zeit fällt es zur Last, daß dieser ungewöhnlich lebendige und zum Führer berufene Mann sein Leben lang als Beobachter der entscheidenden Ereignisse verharren mußte. Sein mannhaftes, in damaliger Zeit unerhörtes Eintreten für die streikenden Hafenarbeiter in Hamburg von 1898 brachte ihm ein Disziplinarverfahren ein. Es wurde zwar niedergeschlagen. Aber die Laufbahn dieses Mannes war für immer beendet. Theologisch gehörte Baumgarten zu den prominentesten Führern des Liberalismus. Er scheute nicht den Konflikt mit der Kirchenregierung, als er seine Kieler Kandidaten bei einer Petition um Entlastung vom Bekenntnisdruck unterstützte, und er war der Verteidiger Jathos in dem bekannten Lehrprozeß. Das Kapitel, das diese Ereignisse beschreibt, ist das theologische Hauptkapitel des Werks. Es führt den bezeichnenden Titel Im Kampf um evangelische Freiheiten. Es erzählt auch von der eifrigen Beteiligung Baumgartens an der Lösung der Schulfragen. Politik und

Theologie waren die beiden unverschmolzenen Leidenschaften dieses Mannes. Baumgarten weiß von der Doppeltheit seines Wesens, er hat sie getragen und durchgelebt, ohne künstliche Brücken zu erdenken. Dennoch fand er sie ungewollt am Ende seines Lebens. Seine Predigt über den Weltblick des Christen ist ein beredtes Zeugnis, wie er aus dem Christlichsozialen heraus den Weg zur Weltgestaltung weisen will. Besonders wertvoll ist das reichhaltige Werk durch die große Zahl von Hauptstellen aus Baumgartens literarischer Arbeit. Sie vermitteln nicht nur ein Bild seiner Lebensarbeit sondern führen auch unmittelbar anschaulich in die Kämpfe der Zeit zurück, deren Erbe auf uns lastet. Die Christliche Welt brachte jetzt 2 außerordentlich lesenswerte Aufsätze über Baumgarten: von Marianne Weber und Paul Jaeger; besonders bemerkenswert wird dort die Kampfschrift Baumgartens Die Gefährdung der Wahrhaftigkeit durch die Kirche behandelt.

Totenliste Im Alter von 56 Jahren starb Anfang Mai in Arnstadt in Thüringen *Max Maurenbrecher*, zuletzt evangelischer Pfarrer in Mengersgereuth. Maurenbrecher studierte zunächst Theologie und wandte sich dann dem Oberlehrerberuf zu. Als eindrucksvoller Redner trat er im nationalsozialen Kreis Friedrich Naumanns hervor. 1903 ging er zur Sozialdemokratie über. Von 1908 bis 1912 war er entschiedener Anhänger und eifriger Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte. Von seinen hier veröffentlichten Aufsätzen sind in dieser Rundschau zu nennen: Die Evangelien, Der urchristliche Kommunismus, Religionsgeschichte und materialistische Geschichtsauffassung, Die Bedeutung des Klassengegensatzes für den israelitischen Monotheismus. 1909 bis 1916 war er nach einander Lehrer der Freireligiösen Gemeinde in Nürnberg und Mannheim. Theologisch bekannt wurde er durch seine Biblischen Geschichten /1909/ und durch seine Bücher Von Nazareth nach Golgatha /1909/ und Von Jerusalem nach Rom /1910/. 1917 trat er wieder in die Kirche ein, wurde Pfarrer, glitt ins völkische Lager ab und führte die sogenannte deutschkirchliche Bewegung. In der Unstetigkeit dieses Mannes von vielen Gaben bohrte ein ruheloses Suchen.

Kurze Chronik Der Papst soll beabsichtigen das durch den Deutsch-Französischen Krieg 1870-1871 unterbrochene *Ökumenische Konzil*

zu Ende oder bereits im Frühjahr 1931 wieder einzuberufen. In einer Enzyklika, die für das Ende seines Jubiläumsjahrs vorbereitet wird, wird diese Neueinberufung angekündigt werden. \diamond Die Redaktion des *Mutigen Christentums* wurde Georg Sinn in Stolzenau und dem Pfarrer Ubbelohde in Neudorf übergeben. \diamond Als Nachfolger Karl Barths wurde der Göttinger Professor *Otto Piper* an die Universität Münster berufen. \diamond Der Privatdozent für Altes Testament in Berlin *Kurt Galling* erhielt einen Lehrauftrag an der Universität Halle und zugleich einen größeren Forschungsauftrag in Palästina. \diamond Am 13. April wurde der Marburger Alttestamentler *Karl Budde* 80 Jahre alt. Er war seit seinen Anfängen ein entschiedener Vertreter der Wellhausenschen Richtung. Berühmt sind seine Biblische Urgeschichte, seine Arbeiten über Hiob, das Richterbuch und das Hohelied sowie sein großes Werk über die altisraelitische Religion. Seine Mußezeit gehörte der Übertragung von Volksliedern und der Verbreitung der Kunst Ludwig Richters.

Literatur Aus der Fülle der Literatur der Gegenwart über *Sören Kierkegaard* seien 4 Werke hervorgehoben. Christoph Schrempf, der verdienstvolle Übersetzer und Wegbereiter Kierkegaards in Deutschland, setzt sich in 2 umfangreichen Bänden mit dem »dänischen Sokrates« auseinander (Sören Kierkegaard /Jena, Eugen Diederichs/); man wird auf sie noch zurückkommen. Eduard Geismar, der systematische Theologe an der Universität Kopenhagen, ist bekannt als ein Biograph und ausgezeichnete Kenner Kierkegaards. Seine umfassende Biographie ist jetzt auch in deutscher Sprache erschienen (Sören Kierkegaard, seine Lebensentwicklung und seine Wirksamkeit als Schriftsteller /Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht/). Eine von Geist sprühende Analyse Kierkegaards gibt der Jesuit Erich Przywara (Das Geheimnis Kierkegaards /München, R. Oldenbourg/). Die christliche Dogmatik Kierkegaards versucht Walter Ruttenbeck synthetisch zu gewinnen (Sören Kierkegaard, der christliche Denker, und sein Werk /Berlin, Trowitzsch & Sohn/). In diesem Zusammenhang sei auch noch auf die jetzt in deutscher Sprache herausgegebene Dissertation Kierkegaards hingewiesen, eine meisterhaft scharfsinnige Auseinandersetzung mit der Romantik (Über den Begriff der Ironie /München, R. Oldenbourg/).

Hygiene / Lisbeth BerndtFrauenarbeits-
schutz

Das Ziel der Open-Door-Internationale (siehe die Rundschau Frauenbewegung, 1930

I Seite 76) ist es »den Frauen das Recht auf Arbeit und Arbeitsschutz unter den gleichen Bedingungen wie dem Mann zu sichern und zu erreichen, daß Gesetzgebung und Bestimmungen betreffend Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit, Entlohnung, Arbeitsantritt und Ausbildung nicht vom Geschlecht sondern von der Natur der Arbeit abhängig gemacht werden; einer Frau das Recht zu sichern jederzeit ohne Rücksicht auf Heirat oder Niederkunft selbst zu entscheiden, ob sie Lohnarbeit verrichten will oder nicht, Gesetzgebung oder Verordnung darf sie in diesem Recht nicht schmälern.« Diese Forderungen, die besonders vom gesundheitlichen Standpunkt aus eine Gefahr für die arbeitende Frau bedeuten, begegnen nicht nur dem Widerstand von Sachkennern der Frauenkunde, der Sozialhygiene und Sozialpolitik, sondern auch Arbeitnehmerinnen selbst wehren sich energisch dagegen. Noch bevor die Open-Door-Bewegung weitere Kreise interessiert und sich endgültig konsolidiert hatte, erklärte der Ständige Gemeinsame Ausschuß Britischer Arbeitnehmerinnenverbände, daß er sich auf den Boden der Schutzgesetze stelle und folgende 3 Formen der Schutzgesetzgebung unterscheidet: Maßnahmen, die zwar für beide Geschlechter wünschenswert wären, die aber zurzeit nur für Frauen, nicht für Männer erreichbar sind (Arbeitszeit, Nacharbeit, Arbeit unter Tag usw.), Maßnahmen, die für Frauen notwendiger sind als für Männer, weil die Frauen für gewisse gefährliche und besonders für starke Muskelkraft erfordernde Arbeiten ungeeigneter sind als Männer (Gastwirtsgewerbe, Schwerindustrie, Betriebe mit gewerblichen Giften usw.), einige Formen des Sonderschutzes, die für die Frau in ihrer Eigenschaft als Mutter notwendig sind.

Die Notwendigkeit der Begrenzung des unbeschränkten Arbeitswillens und die Kontrolle der Leistungsfähigkeit der Frau durch gesetzliche Bestimmungen ist durch den ungeahnten Aufschwung, den die berufliche Tätigkeit der Frau in den letzten Jahrzehnten in den meisten europäischen Kulturländern genommen hat, immer mehr dringend geworden. In Deutschland wuchs die Zahl der erwerbstätigen Frauen in den Jahren von 1882 bis 1925, dem Jahr der letzten reichsamtlichen Berufszählung, von 4,49 auf 11,47 Millionen, das heißt um 111,5 %, von 1907 bis 1925

stieg sie um 35 %, bei einem gleichzeitigen Anwachsen der Gesamtbevölkerung um 13 %. Im Verhältnis zur Gesamtheit aller Frauen betrug der Anteil der weiblichen Erwerbsarbeit 1907 30,4 %, 1925 bereits 34,5 %. Die erhöhte Inanspruchnahme durch Kraffleistungen, verbunden mit Energieverbrauch, wie sie jede Arbeit darstellt, bedeutet gleichzeitig eine Steigerung der Anforderungen, die an den Organismus und an die Gesundheit der Frau gestellt werden.

Das gilt natürlich vor allem für die große Menge der Frauen, die die physische und psychische Doppelbelastung von Beruf und Ehe zu tragen haben. Im Jahr 1925 waren von den im Erwerbsleben stehenden Frauen fast 40 % verheiratet. Von der Gesamtheit aller verheirateten Frauen waren 1926 75 %, 1927 77,4 % und 1928 bereits 79,3 % berufstätig. Eine unterbewußte planmäßige Rationalisierung der Kräfte wirkt sich nun bei diesem Teil der Frauen aus durch die immer mehr hervortretende und vom bevölkerungspolitischen Standpunkt aus so sehr bekämpfte Geburtenreglung in der Form der Geburtenbeschränkung. Im Deutschen Reich kamen auf 1000 Einwohner im Jahr 1880 39,1 Geburten, 1890 37,0, 1900 36,5, 1910 30,7, 1920 26,7, 1922 23,7, 1924 21,1, 1926 20,1 und 1928 19,2 Geburten. In einigen anderen Ländern liegen die Verhältnisse folgendermaßen:

| Land | Lebendgeborene auf 1000 Einwohner | | | |
|------------|-----------------------------------|---------------|------|------|
| | 1901 bis 1905 | 1911 bis 1914 | 1926 | 1927 |
| England | 28,2 | 24,1 | 17,8 | 16,7 |
| Frankreich | 21,6 | 18,8 | 18,8 | 18,1 |
| Holland | 31,5 | 28,1 | 23,8 | 23,1 |
| Norwegen | 28,5 | 25,3 | 19,7 | 18,8 |
| Schweden | 26,1 | 23,5 | 16,9 | ? |
| Schweiz | 27,8 | 23,5 | 18,2 | ? |

Die Statistik mit ihren kritisch berechnenden Zahlen ist der lebendige Ausdruck dessen, daß innerhalb des kosmischen Lebensablaufs der Frau eine periodische Verschiebung eintreten scheint. Die Verteilung der Gesamtmenge der weiblichen Energie änderte sich, das Nachlassen der aktiven Generationstätigkeit macht Kräfte für die Ausnutzung innerhalb anderer Arbeitsprozesse frei. Dadurch wird die systematische Eingliederung der Frau in das Wirtschaftsleben immer mehr erleichtert und gefestigt, so daß schon heute die weibliche Arbeitskraft zu einem Notwendigkeitsfaktor des Produktionsbetriebs geworden ist, der ohne Schaden für das Ganze nicht mehr herausgelöst werden kann. Eine gesteigerte Leistungstätigkeit und Pflichtbelastung macht aber Maßnahmen notwen-

dig, um Gefahrenmomente zu verringern und zu beseitigen, die aus einer Überspannung der normal begrenzten weiblichen Kräfte entstehen können. Die Physis der Frau weist der männlichen gegenüber deutliche Unterschiede auf. Muskulatur und Knochengerüst sind weniger kräftig entwickelt, dadurch ist der Körperbau grraziler, das Durchschnittsgewicht weniger hoch; Blutmenge und Hämoglobingehalt sind geringer; dabei besteht eine biologische Mehrbelastung des weiblichen Organismus durch den Energieverlust bei der latenten Generationstätigkeit der Menstruation, worauf Hugo Sellheim zuerst und immer wieder hingewiesen hat (siehe auch die Rundschau Frauenbewegung, in diesem Band Seite 493). In Arbeitsgebieten, die ursprünglich dem Kräfteverhältnis des Mannes angepaßt waren, müssen bei gleichem Pflichtmaß der Frau doch besondere, ihrer Eigenart und Eignung entsprechende Rechte und Arbeitsbedingungen eingeräumt werden. Daß die bestehenden Einrichtungen und Bestimmungen noch keinen ausreichenden Schutz bieten, zeigen unter anderem Zusammenstellungen Adolf Thieles in seiner Abhandlung Frauenarbeit und Volksgesundheit (in Frauenarbeit, 13. Beiheft zum Zentralblatt für Gewerbehygiene und Unfallverhütung /Berlin, Julius Springer/). »In der Ortskrankenkasse Berlin kam 1927 auf 100 männliche Mitglieder eine Erkrankungsziffer von 59,18, auf 100 weibliche dagegen eine solche von 72,82. Die Unterstützungen bei Erwerbsunfähigkeit haben in Berlin gegen 1926 um fast 900 000 Tage zugenommen, von denen 850 000 auf das weibliche Geschlecht fielen. Die mittlere Krankheitsdauer ist in der gleichen Zeit bei den Männern um 3, bei den Frauen um 8 Tage gestiegen.« Und weiter aus Berichten von Frauenärzten: »Die Zahl der Erkrankungsfälle, besonders aber die Erkrankungen infolge von Unterleibsleiden, Erschöpfungen und Fehlgeburten, ist bei den erwerbstätigen Frauen wesentlich höher, 5- bis 8mal so hoch, wie bei nichterwerbstätigen Frauen.« »Erschreckend hoch ist die Zahl der Frühgeburten in manchen Industriezweigen. So konnte bei Maschinennäherinnen festgestellt werden, daß Unterleibserkrankungen (mit Einschluß der Fehlgeburten) in etwa der doppelten Zahl (15,5 gegen 9,3 %) auftraten als der allgemeinen Morbidität entspricht.« Wie der Organismus der Frau durch unrationelle Arbeit vorzeitig abgenutzt wird, darüber berichtet Elisabeth Krüger (Frauenarbeit und Gewerbeaufsicht, in dem bereits oben angeführten Heft Frauenarbeit); »Wichtig er-

scheint mir dabei meine Beobachtung, daß in Kammgarnspinnereien außerordentlich selten noch Frauen über 40 Jahren beschäftigt werden, da sie, wie mir von Unternehmern und Betriebsräten gesagt wurde, die Arbeit dann nicht mehr leisten können. So sind in einer der größten mitteldeutschen Kammgarnspinnereien unter 315 Arbeiterinnen 217, das heißt über $\frac{2}{3}$ der weiblichen Belegschaft, unter 30 Jahre alt, dagegen nur 23 über 40 Jahre.« Beispiele solcher oder ähnlicher Art wären aus der Fülle des Materials noch viele anzuführen, man denke zum Beispiel an die oft übergroßen Kraftleistungen, denen die frei arbeitende Bäuerin ausgesetzt ist, oder an die überlangen Arbeitszeiten der Heimarbeiterinnen. »Hiergegen kann«, wie Margarethe Wolff im November 1929 in der Monatsschrift Deutscher Ärztinnen ausführte, »nur gesetzlicher Schutz helfen. Am wirksamsten wohl ein Gesetz, das das Maß der Arbeit, die auf ein Lohnbuch in der Woche mitgegeben wird, nach der Arbeitszeit regelt, die man in Fabrik und Werkstatt für die gleiche Arbeit brauchen würde, das heißt, daß niemand mehr Arbeit mitbekommen darf als eine Fabrik- oder Werkstattarbeiterin in der gesetzlichen Arbeitszeit fertigstellen kann.«

Sicherlich wird die technische Wissenschaft im Verein mit der Sozialhygiene die durchgreifenden Erleichterungen für günstigere Arbeitsbedingungen schaffen, weil sie die Möglichkeit hat den Arbeitsmechanismus immer mehr auf die biologische und physiologische Beschaffenheit des menschlichen Organismus einzustellen. Vorläufig ist aber der Schutz des Gesetzes noch nicht zu entbehren, um die größten Härten gesundheitsschädlicher und unsozialer Methoden abzuwehren. Das neue Arbeitsschutzgesetz für das Deutsche Reich, dessen Entwurf schon seit längerer Zeit vorliegt, wird hoffentlich den jetzt notwendigen Ausbau eines wahrhaft wirksamen Sonderschutzes für die arbeitende Frau als Einzelwesen sowohl wie als Trägerin und Mitgestalterin des kommenden Geschlechts bringen.

Arztpflicht und Gesetzgebung: In der Reihe der Kampfschriften gegen den Abtreibungsparagraphen bedeutet Carl Credés Drama Gequälte Menschen: § 218 /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/, das auch in einer packenden Aufführung in Berlin, in der Piscatorbühne, gezeigt wurde, den warmherzigen Appell eines Arztes an das Verantwortungsgefühl der Massen sich gegen die Unzulänglichkeit und Ungerechtigkeit dieser Gesetzesvor-

schrift aufzulehnen. »Von allen Seiten, aus allen Kreisen der Gesellschaft müssen sich Stimmen erheben gegen dieses Gesetz. Wir selber sind schuld durch unsere Gedankenlosigkeit, durch unsere Gleichgültigkeit, daß heute noch ein Gesetz besteht, an dem jährlich Tausende von Frauen verbluten. Weg mit dem Gesetz!« Theodor Hendrik van de Velde behandelt in seinem Schauspiel *Ananke* /Leipzig, Grethlein & Co./ ein ähnliches Thema von einem andern Gesichtspunkt aus. Er legt ein Bekenntnis ab über den Gewissenskonflikt des Arztes, den das Gebundensein an Gesetzesparagrafen und an sein Berufspflichtgefühl daran hindern menschliche Not zu lindern. Er versucht es »für die inneren Kämpfe des Arztes das Verständnis zu wecken, welches dem Patienten, weil er sich begreiflicher Weise ausschließlich mit den eigenen Nöten beschäftigt, in der Regel fehlt.«

Totenliste Am 15. Dezember 1929 starb in Kijew, im Alter von 63 Jahren, *D. K. Sabolotnij*, Präsident der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften. Er war einer der bedeutendsten Bakteriologen und Epidemiologen seiner Zeit. Am bekanntesten sind seine Arbeiten über Cholera und besonders über die Pest, deren Bekämpfung und Studium er zu der Hauptarbeit seines Lebens machte. Er gehörte 1896-1897 der Russischen Pestkommission in Bombay als Mitglied an und 1911 der Internationalen Pestkonferenz in Mukden. Seine weiteren Forschungen galten unter anderm der Syphilis, dem Fleckfieber, der Malaria, dem Unterleibstypus. Er hat auch die Petersburger Mikrobiologische Gesellschaft mitbegründet.

Am 3. Februar 1930 starb plötzlich am Herzschlag, im Alter von 58 Jahren, *Wilhelm Zangemeister*, Ordinarius der Geburtshilfe und Gynäkologie an der Universität Königsberg. Er war ein Mensch von einer ganz seltenen Arbeitskraft. Die Probleme, die ihn beschäftigten, und über die er eine Reihe von Arbeiten veröffentlichte, sind das ätiologische Verbundensein von Hydrops gravidarum, Nephropathie und Eklampsie, die Bedeutung der Streptokokken bei der Wundinfektion, die gynäkologische Zystoskopie, serologische Untersuchungen über Vaterschafts- und Mutterschaftsbestimmungen. Sein Lehrbuch der Geburtshilfe /1927/ ist eine Zusammenfassung seiner jahrzehntelangen Forschungen. Er arbeitete auch am Döderleinschen Handbuch der Geburtshilfe und am Halban-Seitzschen Handbuch der Biologie und Pathologie des Weibes mit.

Am 17. Februar starb in Berlin, in seinem 67. Lebensjahr, *Julius Schwalbe*, der sich um die Entwicklung der deutschen medizinischen Literatur sehr verdient gemacht hat. 1892, kurze Zeit nachdem er sich in Berlin als Arzt niedergelassen und gleichzeitig eines der ersten klinisch-diagnostischen Laboratorien eingerichtet hatte, wurde ihm die Redaktion der Fortschritte der Krankenpflege übertragen. 1894 übernahm er, zuerst zusammen mit Albert Eulenburg, seit 1904 allein, die Redaktion der Deutschen Medizinischen Wochenschrift; ihre Entwicklung zu einem Fachblatt von internationalem Ruf ist im wesentlichen sein Werk. Neben der eigentlichen medizinischen Wissenschaft hat er allmählich der Diskussion über sozialpolitische Fragen einen breiten Platz eingeräumt. Schwalbe, der über die verschiedensten Probleme selbständige Arbeiten veröffentlichte, war gleichzeitig der Herausgeber einer großen Reihe bedeutender Werke, an deren Verbesserung er immer weiter gearbeitet hat. Auf seine Initiative ist die Schaffung der Robert-Koch-Stiftung zur Bekämpfung der Tuberkulose zurückzuführen, auch verschiedene ärztliche Wohlfahrtseinrichtungen danken seiner Anregung ihre Entstehung.

Am 6. März starb in Tokio *Sen Jami-giwa*, einer der bekanntesten Krebsforscher Japans. Er konnte als erster die künstliche Erzeugung des Krebses durch Teerpinselungen nachweisen und schrieb grundlegende Arbeiten über diese Art der künstlichen Krebserzeugung.

Im Frühjahr starb in Paris der Professor der Kinderheilkunde *Gaston Variot*, in seinem 75. Lebensjahr. Seine klinischen Arbeiten betrafen hauptsächlich die Serotherapie der Diphtherie, die Hygiene des Kindesalters. Er erwarb sich große Verdienste durch die Gründung der Säuglingsfürsorgestellen in Paris.

Kurze Chronik Der Reichsausschuß für Hygienische Volksbelehrung veranstaltete einen Wettbewerb unter Berliner Schülern, um den Kindern Gelegenheit zu geben die *hygienischen Belehrungen* des Schulunterrichts selbständig in Wort und Bild darzustellen. Die Resultate dieses Wettbewerbs, hübsche und oft treffende Verse, Sprüche und Bilder waren im März in einer Ausstellung zu sehen. Man merkte deutlich, wieviel Anregung die eigene Durcharbeitung des in der Schulstunde Gehörten den Kindern gegeben hatte. Sicherlich haben sich die hygienischen Vorschriften den Kindern und auch den Eltern auf diese Weise gut eingepägt. ◊ Das Gesetz über die

Krankenzwangsversicherung in *Holland*, das am 1. März in Kraft getreten ist, und dem alle Lohnempfänger unterstehen, deren Jahreseinkommen 3000 Gulden nicht überschreitet, enthält als etwas wesentlich Neues die Aufteilung der Versicherungsleistungen auf verschiedene Versicherungsträger. Die staatliche Krankenversicherung gewährt, ausgenommen Arzt- und Hebammenhilfe im Fall der Niederkunft, nur Barleistungen, diese aber nur unter der Bedingung, daß der Versicherte gleichzeitig Mitglied einer anerkannten Sachleistungskasse ist oder imstande ist die Sachleistungen selbständig bezahlen zu können. ◊ In den jüdischen Siedlungen in *Palästina* sind durch die fortschreitenden Ameliorationsarbeiten die Erkrankungen an Malaria in den letzten Jahren bedeutend zurückgegangen. Während noch im Jahre 1922 auf 100 Personen 68 Malariaerkrankungen kamen, waren es 1923 35, 1924 15, 1925 10, 1926 11 Fälle. ◊ Der Dirigierende Arzt der Inneren Abteilung des Augusta-Viktoria-Krankenhauses in Berlin *Ernst Baader* erhielt an der Berliner Universität einen Lehrauftrag für Berufskrankheiten. ◊ Der frühere Leiter der Medizinisch-Statistischen Abteilung des ägyptischen Gesundheitswesens *Franz Engel* wurde am 18. Februar 80 Jahre alt. Er hatte Robert Koch bei seiner afrikanischen Choleraexpedition unterstützt. Von ihm stammen zahlreiche wertvolle Arbeiten über Klima und Sterblichkeitsverhältnisse, Infektionskrankheiten und Lepra in Ägypten.

Literatur In seinem Buch *Medizin und Politik* (Stuttgart, Ferdinand Enke) kommt *Adolf Friedländer* auf alle Probleme zu sprechen, die heute im Mittelpunkt des sozialmedizinischen und -hygienischen Interesses stehen: Impffrage, Kurpfuscherei, Alkoholismus, Rauschgiftsucht, Prostitution, Strafgesetzentwurf, Sozialversicherung, Fürsorgewesen, Geburtenreglung, Kriegsnachkrankheiten, Medizinstudium. Seine umfassenden Kenntnisse und sein tiefes Eindringen in die Materie berechtigen ihn zu einer scharfen Kritik an dem oft unheilvollen Einfluß des Parteigeistes auf das neutrale Gebiet der Medizin. Es ist jedoch nicht Friedländers Absicht Schäden nur aufzudecken, er weist auch Wege sie zu verbessern und zu verhüten. Dadurch und durch die Fülle des interessant zusammengestellten Tatsachen- und statistischen Materials gibt das Buch viele Anregungen und ist lesenswert, selbst wenn man mit der politischen Überzeugung des Autors nicht übereinstimmt.

KUNST

Bewegungskunst / Ernst Kállal

Zeitbildertänze Man wünschte in Deutschland etwas weniger Ideen und mehr Tanz zu sehen.

Um gleich dort anzufangen, wo die tänzerische Ideengestaltung ihre Tendenz mit einer nicht zu übertreffenden Deutlichkeit zu erkennen gab: Die vermeintlich revolutionären Programmtänze von *Ruth Abramowitsch* und *Georg Groke* im Theater am Nollendorfplatz in Berlin waren ein grobes Mißverständnis. Sie scheiterten an der übermäßigen Häufung parodistischer und dramatischer Ausdrucksmomente, an der banalen Realistik ihres Mienen- und Gebärdenspiels. In dem Bestreben möglichst viel und drastisch zu agieren mußte jede rhythmische Bindung, jede Geschlossenheit der tänzerischen Bewegungsfiguration in die Brüche gehen. Pantomime und Tanz lagen sich gewissermaßen in den Haaren. Diese verkrampfte Zerrissenheit ging so weit, daß mitunter der Eindruck von 2 hysterischen Taubstummten entstand; vergeblich forciert und verstimmend in den Grotesken, unfreiwillig komisch im Tragischen und Heldenhaften. Dabei haben die beiden Beweglichkeit, Rhythmus und Technik genug, um gut tanzen zu können. Blieben sie allerdings innerhalb der natürlichen Grenzen ihrer Begabung, so dürften auch sie wohl kaum mehr zu bieten haben als die von ihnen parodierten unpolitischen Tanzrichtungen, die allesamt dazu neigen ihre Armut an ursprünglicher Tanzsinnlichkeit mit überspannten geistigen Allüren hochzustilisieren. Ob Abramowitsch und Groke Mondänes parodieren oder Proletarisches verherrlichen, es bleibt das gleiche peinliche Gezappel; weder Theater noch Tanz. Um so peinlicher, da seine Unzulänglichkeit gerade an der Verbindung mit den propagierten revolutionären Ideen zuschanden wird. Diese Propaganda ist dem harmlosen Kern, der als eigentliches Tänzertum aus dem vergeblichen Zeitbildergebaren herauszuschälen ist, nur äußerlich aufgesetzt. Sie wirkt unwahr. Daß sie bei dem größtenteils salonkommunistischen Publikum trotzdem Beifall fand, zeigt nur den Tiefstand des künstlerischen Empfindens. Es genügt mit einer Tendenz wie mit einem Zaunpfahl zu winken. Er mag noch so roh und ungezimmert sein, dieser Zaunpfahl; die Parteigänger der Tendenz tun begeistert. Die gleiche bescheidene tänzerische Substanz, die in den "kommu-

nistischen" Zeitbildertänzen der Abramowitsch und Groke zu entdecken war, ließe sich genau so schlecht und recht auch mit einer nationalsozialistischen Tendenz drapieren. Es würde nichts am künstlerischen Unwert, höchstens an der Richtung des Beifalls ändern. Keine noch so revolutionäre Tendenz kann diese Zeitbildertänze davor retten im Zeichen der Ideenverkitschtheit wohl oder übel mit einem mondänen Tänzer wie dem Amerikaner *Ted Shawn* eins zu sein. Eine entweder unglaublich naive oder unglaublich schamlose Reklame hat das Auftreten dieses Tänzers in Berlin zu einem großen Ereignis aufgebauscht. Nun, es war jedenfalls eine große tänzerische Kostüm- und Szenenschau. Die Hälfte des Abends ging auf den Wechsel der Kostüme und Bühnenbilder drauf, die sicher sehr effektiv waren. Aber der Tanz? Es genügt zu erzählen, daß *Shawn* sich mit furchtbaren Gebärden und Grimassen unter anderm als gefesselten Prometheus produzierte, ein andermal als unglücklich verliebten Stiergott, auch als Schiwa übrigens, weihrauchbenebelt. Ein mittelmäßiger Tänzer von dem Schlag, wie man ihn heutzutage in jedem bessern Variété sehen kann. Der alberne Mummenschanz von "Ideen" und Verkleidungen, der seinen Darbietungen einen "tiefern Sinn" geben sollte, ließ erst recht erkennen, wie belanglos das Tanzen selber war, das sich in solcher pompösen Aufmachung zu zeigen wagte. Unbegreiflich bleibt, weshalb das Publikum nicht mit eisigem Schweigen oder höhnischem Gelächter reagierte. Es wurde zwar verschiedentlich gepfiffen und gekichert. Aber ein überwiegend lauter Beifall erwies, daß man den Berlinern so ziemlich alles bieten kann. Sie sind in einer geradezu aufreizenden Weise anspruchslos, sobald sie nur eine "Idee" oder ein "Problem" vorgetanzt bekommen, das beide Augen zudrücken, das heißt vom Körperlichen hinweg auf etwas Geistiges, Abstraktes oder Poetisches blicken, vielmehr: spekulieren läßt. Sie sehen sich dann einen Tanz mit der gleichen erotisch-dynamischen Unbeteiligung an wie irgend ein philosophisch-allegorisches Zeremoniell. Eine Kunsttanzbeflissenheit, die solche Passivität nicht zu durchbrechen, sich vielmehr eben nur einer solchen Passivität darzubieten vermag, weil sie überall sonst als ein Gehüple ins Leere erschiene und lächerlich wäre, eine Kunsttanzbeflissenheit dieser Art also wird immer ein Treibhausgezücht bleiben, ein lebensfremdes,

isoliertes Kunstgewerbe. Selbstverständlich soll nichts gegen eine Vergeistigung oder gegen eine formale Komposition des Tanzes gesagt werden. Jedoch, ob Programmtanz oder absoluter Tanz, ob Tanzvision oder Tanzgeometrie: noch die letzte Entrücktheit, die strengste Regelmäßigkeit muß trieberfüllt und blutvoll rhythmisch gewachsen sein.

Asiatische Tanzkultur Von welchen Voraussetzungen her eine Tanzkunst solcher Höhe und zugleich Natürlichkeit entstehen kann, das war bei der Matinee zu sehen, die *Raden Mas Jodjana* in der Berliner Volksbühne gab. Schon die bloße Erscheinung dieses Javaners schlägt in Bann durch ihre geistig geadelte tierhafte Anmut, die in scheuer Zurückhaltung Stolz zu wahren und sich sanft hinzugeben weiß. Die rhythmisch vollendet gleitende Skala seiner Bewegungen reicht von herrlichen Sprüngen bis zu Fingervibrationen so leicht und zart wie das Erbeben von Schmetterlingsflügeln. Ihr feingliedriger geschmeidiger Fluß ist durch den besondern Körperbau des Asiaten von Natur bedingt und im Geist einer großen Tradition technisch aufs strengste geschult. Niemals ist in diesen Bewegungen ein toter Punkt, ein stückhaftes Ansetzen, eine Bruchstelle zu bemerken. Immer, selbst in kaum wahrnehmbaren Modulationen, schwingt der ganze Körper mit, auch wenn er regungslos steht, und nur die erhobenen Arme und Hände sich pflanzengleich in die Höhe ranken. Auch *Raden Mas Jodjana* tanzt Ideen, tanzt idyllische und dramatische Szenen. Doch mit welcher Enthaltbarkeit in seinen Mienen und Gebärden und eben daher wie ausdrucksvoll, weil stets im impulsgetriebenen, lebendig sinnvollen Gesamtzug der tänzerischen Rhythmik sich fortbewegend. *Jodjana* tanzt einen König, der in seiner Vermessenheit sogar den Himmel stürmen will, vom Anblick einer zürnenden Gottheit aber zu Tod getroffen wird. Dieses Motiv hätte unsere europäischen Ideentänzer, jedenfalls aber "Amerikas größten Tänzer" *Ted Shawn*, gewiß zu den ausgiebigsten Todeszuckungen und -krämpfen verleitet. Der Javaner begnügt sich damit in weitgeöffneten Augen den Abglanz einer überwältigenden Vision schauen zu lassen und mitten im dramatisch heftigsten Tanz abzubrechen, statuarisch gebannt. Herrlich. Die etwas zurückgeneigte starre Diagonale dieser Säule reißt urplötzlich und monumental ganze Abgründe von Vernichtung und Jenseits auf.

Es gehört zum Wesen dieser wunder-vollen Tanzkunst, daß in den gleich-mäßigen primitiven Klangfolgen ihrer Begleitmusik Raum und Zeit wie in einem tönenden Regenschleier zur neutralen Grenzenlosigkeit zusammenfließen. Der Rhythmus, der diese schwebende Weite mit dumpfem Pochen und klingender Helle erfüllt, scheint von Ewigkeit her im Herzen der Schöpfung zu schlagen. Jegliches tänzerische Geschehen, vom leidenschaftlichsten Ausfall bis zur heimlich-ten Zärtlichkeit, ruht in ihm, wird von seinen Impulsen ergriffen zur körperlichen Erscheinung, um zuletzt wieder in die Gestaltlosigkeit des Ausgangs zurückzukehren. Eben weil er so ins Ewige und Allgemeine ausgeglichen dahinschwebt, vermag der monotone Klangraum dieser Musik auch die reichste und differenzierteste tänzerische Rhythmik aufzunehmen und beschwingend zu tragen. Hier wird die Einheit von Tanz und Musik wirklich zum Erlebnis, bleibt nicht nur Programmforderung wie bei dem Bündnis des Komponisten Edmund Meisel mit seinen Zeitbildertänzern Abramowitsch und Groke. Dieses Bündnis vermeint die Einheit von Tanz und Musik durch einen drastischen Gleichlauf des Geschehens hüben und drüben zu erreichen, ähnlich wie bei der Kinomusik, die jeden Sturz oder Fall auf der Leinwand mit einem lauten Bums der großen Trommel bekräftigt. Der tänzerisch an sich schon unmögliche Realismus der Charaktergrimmassen und -gebärden wird noch potenziert durch den überdimensionierten, peinlich hin- und hergezerrten Klangwulst der begleitenden "Tonmalerei". Diese äußerliche Zusammenkopplung zweier Realismen ist eine unentschuldbare, zumal auch für die Verdeutlichung der Tendenz völlig unnötige künstlerische Roheit.

Wenn man solchen Entgleisungen gegenüber mit Neid und Bewunderung an die hohe Tanzkultur des Javaners denkt, so hat man sich freilich darüber klar zu sein, daß sie auf einem europäischen Tanzpodium, losgelöst von ihrer Landschaft und ihrer Gemeinschaft, zur exotischen Seltsamkeit wird. Genau wie die javanische Plastik, getrennt von ihrer Architektur und ihrem Kult. Doch es bleibt auch bei dieser fragmentarischen Isoliertheit der große Eindruck, hinter dem man noch tiefere Offenbarungen ahnen kann. Und es bleibt eine Erkenntnis der belebenden Voraussetzungen wahrer Tanzkultur, die sich sinngemäß auch bei der Wertung unserer eigenen tänzerischen Bemühungen anwenden läßt.

Europäische Tanzkultur

Sucht man einen Gemeinschaftsboden, der zur soliden Begründung einer wesentlich neuen sozialen Tanzkultur dienen könnte, so ist es die rhythmische Gymnastik. Von der rhythmischen Gymnastik her ist ein Entstehen künstlerisch hochwertiger neuer Massentanzchöre denkbar. Hier lebt die Freude an unbeschwerter, präzise funktionierender Körperlichkeit, stilgemäß vollkommen organisch eingeordnet in Beziehungen, die zur Maschine führen. Es bleibt ein hohes schöpferisches Verdienst *Gret Paluccas*, daß sie diese Voraussetzungen erkannt und praktisch verwertet hat. Wie weit sie aber diese Verwertung tatsächlich führen kann, wurde am überzeugendsten bei dem Anblick ihrer technischen Übungen und Improvisationen klar, die sie einmal im Dessauer Bauhaus vorführte. Hier trat der stilbestimmende Rückhalt im rhythmisch Gymnastischen und die tänzerisch beglückend-schwingende Entfaltung dieser Ansätze am sichersten und reinsten in die Erscheinung. Leider werden die Grenzen dieser Bindung bei öffentlichen Tanzvorführungen Paluccas nicht immer gewahrt. Gerade ihr letzter Berliner Tanzabend, an dem sie mit Schülerinnen auftrat, ließ eine bedenkliche Neigung zu mehr oder minder neckischen Tanz"dichtungen" erkennen, die sich nach jungmädchenhafter Reigenart abspielten, fast schon Tanzkränzchen sozusagen, von seelen- und gemütsfrohen, herzensreinen Schällein. In dieser Verniedlichung ursprünglich elementarer rhythmischer Energieen liegt eine Gefahr. Sie streift Kunstgewerbliches.

Noch ein wenig weiter, und schon ist man im Bereich *Niddy Impekovens*. Sie tanzte jetzt wieder in Berlin. Natürlich hat auch diese Vitrinenkunst ihren Reiz, ihre zierliche und feine Beweglichkeit, ihren drolligen Humor. Impekoven versteht es das dünne preziose Gespinnst der Musik eines Rameau oder Couperin tänzerisch entzückend zu pointieren. Sie dürfte nur nicht so viel eine Kindlichkeit künstlich darstellen, die sie natürlich nicht mehr hat, und sie sollte sich vor allem davor hüten Tragisches zu tanzen, sich etwa an der monumentalen Tränensarabande von Bach zu vergreifen. Sie windet sich dabei in Seelenqualen. Wir tun es auch: beim Anblick solch unbefugten Beginnens. Und dann sehnen wir uns nach dem Variété, wo Freude am Körper und an Bewegung ohne falsche Vergeistigung zu erleben ist. Oder wir wünschten den kleinen Neger von Eddie Mayos Harmonika-

orchester vor uns zu haben, der im Universumkino in Berlin so prachtvoll stepptanzte. Das war ein Tanzen, wobei es dem Zuschauer schwer fiel ruhig auf seinem Sitz zu verweilen. Das war ein Rhythmus, jazzgepeitscht, der einem durch alle Glieder fuhr. Toll.

Variété Die beiden führenden Berliner Variétés, der Wintergarten und die Scala, gaben sich in ihren Aprilprogrammen alle Mühe für Bewegungsfreude zu sorgen. Der Wintergarten tat dies vor allem durch ein ungarisches Tänzerpaar, die Zwei Hugos. Er groß und phlegmatisch, sie klein und unbändig temperamentvoll, sprühend wie ein Feuerwerk. Was diese beiden außer diversen anderen Kunststücken besonders im Stepptanz leisten, ist kaum zu glauben. Ausgezeichnet war der Jongleur Rebla. Er versteht es seiner verblüffenden, rhythmisch erstaunlich exakten und kombinationsreichen Arbeit noch eine humoristische Seite abzugewinnen; durch die gutgespielte mißvergnügte Lässigkeit und verbissene Wut, mit der er seine Nummer zu Ende führt. In der Scala die Drei Marvels: ein betäubender hinreißender Bewegungswirbel von Tanz und Akrobatik. Begeistert auch das Tempo von 3 humoristischen Keulenjongleuren, dem Dalcytrio. Dagegen fielen die Tanzparodien des amerikanischen Clowns Toto etwas ab, bis auf eine Glanzleistung allerdings, bei der er als mechanische Puppe tanzte. Überwältigend komisch war sein erstes Erscheinen; Er entsteigt nebst kolossaler Jacke, Hose und Zigarre, nebst Koffer und Hund einem winzigen geschlossenen Kinderauto. Wie er in diesem Wägelchen verstaut war, bleibt rätselhaft, Jubel des Publikums; Toto verneigt sich, indem er wie eine Kasperlefigur mit vornübergeknicktem Kopf ganz flach zusammenklappt. Das ist pantomimisch ebenso wie in der Bewegung ein wahres Meisterstück.

Film »Sie hören, was Sie sehen«; noch immer nimmt die Tonfilmindustrie diese geschickte Anpreisung ihrer ersten Erzeugnisse viel zu buchstäblich. Bestrebt die Wirklichkeit im Schein möglichst restlos vorzutäuschen, sucht sie der optischen Illusion eine vollkommen gleichlaufende Klangillusion beizugeben. Je augen- und ohrenfälliger sich aber die Vorgänge auf der Leinwand mit denen im Lautsprecher decken, um so drastischer der Eindruck, daß Bild und Ton

dennoch verschieden lokalisiert sind. Du siehst einen singenden Mund in Großaufnahme und hörst das Lied dazu. Doch es ist nicht das Lied, »das aus der Kehle dringt«. Es ertönt vielmehr irgendwo hinter der Leinwand. Der Mund bleibt stumm, er scheint das Singen nur zu markieren, gleichsam pantomimisch zu begleiten. So gut auch diese Begleitung klappen mag, das heißt, so aufdringlich sie Bild und Ton als Erscheinungen des gleichen Objektgeschehens empfinden läßt, es bleibt der störende Eindruck, daß diese Erscheinungen sozusagen auf 2 verschiedenen Geleisen neben einander herlaufen. Sie bilden eine äußerliche Summierung, keine Synthese. Die beabsichtigte Steigerung der Illusion schlägt ins Gegenteil um, sie wirkt desillusionierend und durch den vergeblichen Aufwand an Mitteln komisch. Sie erinnert an das Männchenspiel, bei dem die Rezitation der einen Person von den vorgestreckten Armen des hinter ihr verborgenen Partners mit eifriger Gebärden begleitet wird. Nur daß bei diesem Spiel gelacht werden darf, wogegen man hübsch ernst und brav zu bleiben hat, wenn Mischa Elman die Tonwiedergabe seines Geigenspiels auf der Leinwand mit stummen Bogenstrichen begleitet. Allerdings braucht dieser Gleichlauf des Gesehenen und Gehörten im Tonfilm nicht unbedingt so desillusionierend zu wirken. Er darf nur nicht zu lang als Blick- und Gehörfang dienen. Die Tonfilmpraxis lehrt, daß die gegenseitige Zuordnung von Bild und Ton nur bei größter Beweglichkeit und Kombinationsfreiheit der beiden Elemente zu wahrhaft künstlerischen Ergebnissen gelangen kann. Als eine neuartige Kunst der Fuge und des Kontrapunkts etwa, wobei das stumme Bild und der bildlose Ton als konstruktiv wesentliche Momente der filmischen Spannung mitwirken. Zum Glück trifft man fast in jedem Tonfilm auf vereinzelte Abschnitte, die für die geistig und künstlerisch zumeist unerträgliche Seichtheit des Ganzen mit optisch-akustischen Kombinationen von geschlossener intensiver Gestaltung, wenn auch nicht vollends entschädigen, so doch auf eine bessere Zukunft verträsten. So der weither vernehmbare schwache Ruf des Hauptmanns gegen das tote Schweigen des Schiachtfelds im Ufatonfilm Die letzte Kompanie (im übrigen eine richtige theatralische Schlachten- und Heldenmär, wie sie in alten patriotischen Schulbüchern und auf historischen Riesengemälden steht), so die ganze Folge von ungeheuerlichen

höhnischen Lachsalven und Lachvisionen in dem sonst kaum diskutablen Tonfilm Troika der Hisa-Usunian-Produktion, von denen der verliebte Kutscher straßenlang verfolgt wird. Die Tonfilmindustrie geht in ihrer Hast die technische Sensation geschäftlich auszubeuten künstlerisch ganz skrupellos vor. Man freut sich also über jede kleine Rosine, die aus dem unverdaulichen Zeug herauszufinden ist. In diesem Sinn seien registriert: der Ufafilms Der unsterbliche Lump und die Terrafilme Die Glücksmelodie und Das Glück des andern. Man stelle sich den übereifrigen Tonfilmillusionismus mit falschen Mitteln noch potenziert vor durch Bromsilberpostkartenkolorit und faden Revuezauber. Das ist Cilly, der erste, natürlich amerikanische Farbtonfilm. Wie es auf seinen Plakaten zu lesen war: 100% Ton, 100% Farbe, 100% Revue. Schon dieser Prozententhusiasmus genügt, um zu wissen, worum es geht. Dazu fast alle Distanzaufnahmen von einer Unklarheit, daß die Augen schmerzen. Was nützen da die schönen Revuetänze?

Sehr geschickt kommt die Sprechfilmtechnik bei dem kleinen Ufakulturfilm Das Geheimnis der Eischale zur Verwendung. Die Erläuterungen zu den schönen wissenschaftlichen Aufnahmen stehen nicht als geschriebener Text zwischen den Bildern, sie werden gesprochen. Aber wozu die läppische überflüssige Rahmenhandlung eines Examins mit ängstlichen Kandidaten und gestrengen Professoren?

Um noch ein wenig bei Kulturfilmen zu bleiben: Man sah in Berlin einige, die durch die Schönheit der Aufnahmen bemerkenswert sind. So in den Terralichtspielen die Tierwelt am Amazonenstrom, in der Kamera einen Film von der Elbe, vor allem aber in der Urania die Filme Jean Painlevés. Sehr gut war auch ein Sportfilm, der das deutsch-japanische Treffen zeigte; das Spannendste dabei waren allerdings die Zwischentexte, die das konkurrierende Aufwärtsklettern der Wertpunkte anzeigten.

Was der Film kann, zeigte Carl Jung-hans in einer ausgezeichneten Leistung. Sein Film So ist das Leben ist ein persönliches Werk von schonungslos lebenswahren und feinen Beobachtungen, schauspielerisch und filmtechnisch gleichermaßen hervorragend. Das Leben geht seinen Gang über Gemeinheiten, Schwächen, Tragödien und Leichen. Die stumme Sentenz dieses Films spricht uns deutlicher und nachhaltiger zu Herzen als 100prozentige Tonfilmschläger.

Vielleicht ist es nur ein Gerücht, daß Charles Chaplin einen Tonfilm vorhat, in dem er die Rolle eines Taubstummens spielt. Es könnte jedenfalls ein prachtvoller Zerrspiegel der irrsinnigen Geräuschsucht wie auch der unersättlichen Effekthascherei, also dessen werden, was man bei uns als "Amerikanismus" bewundert. Wie fern steht Chaplin diesem Amerika. Wie geringfügig ist bei ihm alles Zubehör, wie einfach die Technik. Dennoch ist man immer wieder glücklich, wenn seine alten Filme auftauchen. So letzthin in Berlin im Universum, über die 3 Grottesken Zahlag, Vergnügte Stunden und Auf dem Land. Man lacht Tränen und dankt seinem Schöpfer, daß er solche Tröstungen des Humors für uns bereit hat.

Totenliste Ende November 1929 starb, im Alter von 83 Jahren, der Artist *C. H. Unthan*,

der seine Berühmtheit dadurch erlangt hatte, daß er ohne Arme es zu bedeutenden artistischen Leistungen auf zahlreichen Gebieten brachte. Gerhart Hauptmann hat ihm in seinem Roman Atlantis ein Denkmal gesetzt. Unthan schrieb eine Autobiographie Das Pediskript. Im Krieg schickte ihn die Heeresverwaltung, der er sich als 66jähriger zur Verfügung gestellt hatte, in die Krankenhäuser, um durch sein Beispiel die Verwundeten aufzurichten und anzufeuern.

In Paris, in der Charité, starb im Februar 1930, arm und einsam, die einst berühmte Tänzerin *Nini Patte-en-Air*. Ein Vierteljahrhundert ist es her, seit Toulouse-Lautrec und Jean Lorrain die Anmut Ninis verherrlichten, deren schmiegsamer Tanz das Publikum unwiderstehlich nach dem Moulin Rouge gezogen hatte. Bis zuletzt übte sie, den Schein des Reichtums wählend, eine großzügige Wohltätigkeit, bis sie, völlig mittellos, ihren letzten Besitz, ein kleines Haus, verkaufen mußte, um schließlich selbst auf Almosen angewiesen zu sein.

Ebenfalls in Paris starb im März der "Variétékönig" *Jules Dumien*. Er war Besitzer der meisten Variétés von Paris und hinterließ sein gesamtes Vermögen, im Betrag von 8 Millionen Francs, den Asylen für Obdachlose.

Am 25. März starb in Berlin *Max Berol-Konorah*, 63 Jahre alt. Er war seinerzeit als Rechenkünstler eine Variétéberühmtheit. Er hat die internationale Organisation der Artisten zu einem großen, in viele Zweige gegliederten Verband entwickelt, der seinen Mitgliedern zur wichtigen sozialen Förderung wurde.

Kurze Chronik: Vom 19. bis zum 25. Juni findet auf Einladung der Stadt München der 3. *Deutsche Tänzerkongreß* in München statt. In Verbindung mit dem Kongreß werden große Tanzfestspiele veranstaltet. Das Programm der Tagung und der Aufführung ist auf die Fragen Tanz und Theater und Laientanz abgestellt. ◊ Der Tonfilm hat einer Reihe großer *amerikanischer Filmkarrieren* ein plötzliches Ende bereitet, John Gilbert, Corin Griffith, Vilma Banky, Tom Mix, Lily Damita sind für den Tonfilm unbrauchbar, weil sie sprachlich versagen. Also Stardämmerung. Sie soll übrigens allgemein werden. Es heißt, daß die Filmgesellschaften keine millionenschweren Stars mehr engagieren sondern sich auf das Ensemblespiel verlegen wollen. Man wird abwarten müssen. Im übrigen wäre auch damit an der amerikanischen "Filmkunst" kaum etwas geändert, da deren auf die amerikanische Konvention abgestellte Substanz die gleiche bleiben dürfte. ◊ Die unerreicht geniale Weltmeisterin des *Tennispiels*, Suzanne Lenglen, die, gerade weil ihr nicht anders beizukommen war, von den Amerikanern durch finanzielle Methoden "erledigt" wurde (siehe diese Rundschau, 1929 I Seite 554), soll jetzt Verkäuferin in einem Modosalon sein: was über den "Rhythmus der Zeit" zu denken gibt.

Literatur Eine etwas poetisch-schwärmerische Betrachtung über Lebenslauf, künstlerische Entwicklung und Bedeutung *Niddy Impekovens* schrieb Hans Frentz (*Niddy Impekoven* und ihre Tänze, mit 34 Abbildungen /Freiburg, Urbanverlag/). Ein Buch mit schönen Bildern für junge Mädchen. Interessant darin zu erfahren, wie schwer Impekoven als Kind unter dem herkömmlichen Ballettdrill zu leiden hatte. Erst die gymnastischen Übungen der Lohelandschule hätten ihr Befreiung und Klarheit über den neuen Weg gebracht, den sie gehen sollte. Frentz erzählt, man höre oft von Impekoven, »daß nach ihrem Empfinden die Schule Loheland ein ideales Studium für solche sei, die Tänzerinnen werden wollen; nur müssen sie sich darüber klar sein, fügt sie hinzu, daß man tanzen nirgendwo erlernen kann«. Diese Erkenntnis spricht für das natürliche musikalisch-tänzerische Wesen *Niddy Impekovens*. Eine echte Tänzerin, ohne Schule, ohne theoretische und pädagogische Betriebsamkeit; eine in Deutschland seltene, sympathische Ausnahme.

Bühnenkunst / Walther Petry

Gesinnungstheater

»In dem Drama *Amnestie*«, schreibt der Verfasser Karl Maria Finkelnburg, »ist von mir versucht worden für den Gnadengedanken, der sich in der Strafjustiz der Zukunft immer mächtiger auswirken wird und soll, neue Anhänger zu werben.« Ein solcher Versuch fällt in das Gebiet der praktischen Ethik und vollzieht, mit den Mitteln der wirksamsten Darstellung, der dramatischen Aktion, einen Fundamentalsatz des wirklichen Rechts: Die Menschlichkeit steht höher als der Paragraph. Dieser Versuch des obersten deutschen Strafvollzugsbeamten ist gelungen. Hier ist das festzuhaltende Beispiel, daß ein zur höchsten Führung berufener Beamter, von der Erfahrung gedrängt, vom Gewissen verpflichtet wird zu reden, und diese Stimme eines leidenschaftlichen Anwalts der Revision des Strafvollzugs im Gedanken der Humanität kann nicht wirkungslos bleiben. Der Inhalt des Stücks ist ein zur Revolte hinaufgesteigertes Zustandsbericht eines Landeszuchthauses; typologisch in den Figuren und Situationen; aus der Fülle der Erfahrung reich detailliert; und nicht zunächst als Anklage sondern als Milieustudie gebaut, aus der dann allerdings die Anklage zum Schluß offen hervorbricht. Der Wert solcher Darstellungen, die auf Abänderung von Zuständen zielen, liegt allein in der richtigen ungesteigerten Zeichnung der Wirklichkeit, in der Veröffentlichung des Materials. So ist an diesem Stück die sachliche, sogar humorvolle, auch rundum gesehene Schilderung der Zuchthausbureaukratie und der von ihr bestimmten Figuren das Beste; schwach der Träger des Protestgedankens, den man sich weniger jung, härter und nicht pathetisch gewünscht hätte. Das Stück hat bis zum Schluß des 2. Akts eine gerade hinaufgeführte starke Spannung, unterbricht dann die Folge und hängt den 3. Akt als matten Epilog an. Der Kandidat, den sich der Verfasser als Sprecher für die Idee der Milde und Menschlichkeit erfind, verläßt die Szene, die er als Theologe betrat, als politischer Kämpfer. Bühnenbild, Regie und auch die Darstellung in der Volksbühne in Berlin hatten ein sympathisches Mittelmaß. Die Wirkung war stark. Aber nicht Mitleid zu wecken sondern praktische Änderung zu erreichen ist der unverrückbare Zielpunkt. Vielleicht folgt dem Stück nach angemessener Zeit die Nachricht des Verfassers, was es in diesem Bereich erwirkt hat.

Experiment Vor 2 Jahren brachte der Regisseur Jo Lherman das Drama Robert Musils *Die Schwärmer* in einer Aufführung heraus, gegen die der Dichter ausdrücklich protestierte. In dem Fall der Aufführung von James Joyces Stück *Die Verbannten* muß der Kritiker in Abwesenheit des Dichters, und in seinem Interesse, protestieren. Der Protest kann lapidar sein. Der Regisseur, ein Experimentator ohne jedes Geschick, mit einem Hang zur schwierigen modernen Problemliteratur, hat von den Aufgaben, die in der Sache liegen, keine Ahnung. Seine Interpretation der Schwärmer war sinnlos; die der Verbannten war töricht. Unglücklicherweise verdirbt er diffizile Texte. Seine Arbeit wendet sich gegen die Dichtung; sein Regiestab, statt zu verlebendigen, tötet. Es kann an dieser Stelle nicht die Aufgabe sein die wahren Verhältnisse des Dramas aus der Verzeichnung der Aufführung wiederherzustellen; über das Werk von Musil wie über das von Joyce muß ein andermal ausführlich gesprochen werden. Im Werk des Iren steht das Drama als Übung, als Übersetzung einer experimentellen Psychologie in den spielbaren Dialog. Der eine Gedanke der Handlung ist das Leben innerhalb fester menschlicher Verhältnisse, dadurch, daß man sie in Frage stellt, sie analytisch und experimentell gefährdet, zu intensivieren. Der andere, im Bezirk der Ehe, dem natürlichen Vorgang des dauernden Selbstverlustes entgegen, die Position der ideellen Freiheit kontinuierlich, durch dauernde Beobachtung und analytische Kontrolle, zu wahren. Das Interesse an dem Stück muß durch genaue Charakterzeichnung und durch äußerste artistische Behandlung des Dialogs gehalten werden. In der Aufführung, die als Matinee im Deutschen Volkstheater in Berlin veranstaltet wurde, gerieten die Gewissensmanieen, die den durchschnittlichen Darstellern nicht zu glauben waren, ins Humoristische. Das Moment der Exzeptionalität war unterschlagen. Das Resultat des Experiments war Langeweile.

Rollenstücke Paul Wegener wiederholt im Gedanken eine alte Erfolgsrolle; Fritz Kortner tritt als Professor Bernhardt auf; Albert Bassermann führt in der Straße eine gut exerzierende Kompanie an; Max Pallenberg hat einen 2stündigen Monolog in 1, 2, 3. Alles in Berlin. Die beiden letzten Rollen mögen kommentiert werden. In einem amerikanischen gleichgültigen Reportagestück steht *Albert Bassermann*

in einem Ensemble; er hat im Berliner Theater gute Mitspieler, in Grete Mosheim eine ganz ausgezeichnete Gegenspielerin. Um sich hervorzuheben, übernuanciert er. Das Stück meint aber nicht eine Novelle sondern einen kompakt alltäglichen, typischen Fall. Der Stoff ist Polizeinotiz, er wird naturalistisch behandelt, jede Figur hat einfachsten Umriß; das Lästermaul, der alte jüdische Sozialist, der schwächliche intellektuelle Liebhaber, das einfache hübsche Mädchen mit gesundem Menschenverstand, der mißtrauische Vater, die nach Zärtlichkeiten verlangende Mutter. Die derb gezogenen Grenzen seiner Rolle überspielt Bassermann. Er differenziert, agiert zu unruhig, legt seine Repliken mit geheimnisvollen Betonungen an; das einfach Menschliche der Figur beiseite setzend arbeitet er sie ins Artistische um. Insofern er damit gerade Bassermann ist, durfte die Rolle nicht mit Bassermann besetzt werden. In dem großen Spielmoment, da er, betrogener Ehemann und Doppelmörder, in Fesseln über die Szene gezerrt wird, der Tochter gegenübersteht und ratlos und bedauernd auf das Geschehen zurückblickt, ist er, statt eines zerbrochenen alten Mannes, Virtuose. Er tremoliert, führt die Stimme durch alle Register, und wo Grete Mosheim mit sparsamsten Mitteln rührt, läßt er mit allen Modulationen kalt.

Die Rolle für *Max Pallenberg* schrieb, nicht so geistreich, wie er sonst ist, Franz Molnar. Er zeigt sich in dem Stück 1, 2, 3, das im Deutschen Künstlertheater gegeben wurde, als ein schlechter Theatraliker. Wirkung braucht Steigerung, Retardierung, Gegengewicht. Pallenberg ist aber allein, hat ohne Pause und Einschnitt 2 Stunden in heftigem Tempo komisch zu sein. Das Versagen liegt nicht bei Pallenberg, er ist quick und treffsicher wie immer, es liegt in der schlechten Organisation des Stücks. Der Schauspieler ist so allein gelassen, daß er in Momenten jede Haltung verliert; Finanzdiktator von napoléonischem Zuschnitt setzt er sich einmal, nur um Komik mit gröberer Komik zu überbieten, dem Partner auf den Schoß. Stilligkeiten solchen Grades bei diesem Schauspieler, der sein einzigartiges Können schon lange nicht mehr an eine würdige Aufgabe gesetzt hat, sind aber nicht lächerlich, sie sind beschämend.

Calderon Eine Ausgabe von 4. von Eugen Gürster neu übersetzten Schauspielen des Pedro Calderon de La Barca; Das Leben ein

Traum, Der standhafte Prinz, Der wundertätige Magier, Der Richter von Zalamea /München, C. H. Beck/ kommt, so unzeitgemäß sie der Übersetzer glaubt, zu einer allgemeinen dramaturgischen Krise als sehr zeitgemäßes Beispiel. Die Führung einer lebendigen Bühne, die nicht nur mit szenischen Kniffen und technischem Rumor den Zuschauer für einige Stunden vergnüglich besinnungslos machen will, bedarf, um die Wagnisse neuer Dramatik tragen zu können, eines Stamms echter, gesicherter Theaterkunst, der vom Altertum, von Shakespeare, von der französisch-spanisch-deutschen Klassik zu uns heraufwächst, und der in seiner Darstellung das Besitztum einer europäischen Gesamtkultur dem Menschen lebendig ins Gefühl bringt. Calderon, letztmals von Nietzsche in den Kreis der Homer, Sophokles, Racine, Goethe gestellt, in der Romantik eine der Wurzeln deutscher Geisteserneuerung, wird von dem Übersetzer dieser Auswahl als Experiment, zur »formalen Freude weniger«, neu nachgedichtet. Damit wäre die Aufgabe ins Unbeträchtliche gesenkt, ein unsterblicher Theatergeist in das ästhetische Kämmerchen geschlossen, wohin niemand zu folgen willens ist. Die wirkliche Aufgabe bestände darin, den sogenannten Zeiterkenntnissen zum Trotz, diesen herrlich dramatischen Versbau neu zum Tönen zu bringen; Übersetzungen gibt es die Fülle, aber Calderon muß gespielt werden. Wäre nun vielleicht der Dichter in alten Übertragungen begraben, bedürfte der sprachlichen Erweckung, so wäre, dieses Verhältnis angenommen, die neue Eindeutschung der erste notwendige Schritt dazu ihn wieder auf die Bühne zu bringen. Aber der Spanier wurde von August Wilhelm Schlegel, von J. D. Gries, von Eichendorff im deutschen Raum lebendig gemacht, und die Meinung Gürsters diese Vorgängerschaft in seiner Arbeit übersteigen zu können ist falsch. Von der »gewissen seelischsprachlichen Nüchternheit, die sowohl den lyrischen Schwung wie auch den zarten Humor der spanischen Kunstwerke häufig im Ton verfehlt«, der Übersetzungen von Gries urteilt Josef Nadler, daß in ihnen das »Gipfelwerk romanisch-deutscher Übersetzerkunst« vorliegt, ein Werk, dessen »sprachliche Treue und ebenbürtige Schönheit, schmiegsamer Fluß des Tonfalles, makellose Wiedergabe der Bilder Tugenden eines Meisters sind, die er nur mit wenigen zu teilen hatte«. Diese und die Übersetzung Eichendorffs, aus ähnlicher Lebensrichtung, verwandter Dichtergabe geboren, bewahren den deutschen

Calderon auch für die Neuzeit. Dramaturgisch aber ist der Spanier seit den Bamberger Aufführungen E. T. A. Hoffmanns, seit Immermanns wiederholten Bemühungen dem deutschen Theaterbesitz nicht mehr einzupflanzen versucht worden. Und wie sehr käme der Spielfreude, dem technischen Ingenium, dem Schauspieler, der Musikalität, dem totalen Bühnenwerk die Gabe dieses Meisters entgegen den Geist zu verkörpern, der Spiritualität in tausend Verwandlungen sinnlich sichtbar zu dienen! Zu Immermanns Aufführungen schrieb Mendelssohn die Musik. Der Spielleiter E. T. A. Hoffmann versuchte, wie er berichtet, den katholischen Sinn der Stücke, und ganz in ihrem Geist, durch eine bühenmäßige Maschinerie zu wahren, die bei der symbolischen Darstellung des Übersinnlichen die Sinne ansprache. »Dekorationen und Maschinen müßten unmerklich in die Dichtung eingreifen, und durch den Totaleffekt müßte der Zuschauer, wie auf unsichtbaren Fittichen, ganz aus dem Theater heraus in das phantastische Land der Poesie getragen werden.«

Die neue Nachdichtung, monumental in einem Band von 600 Seiten gebunden, vom Formalen ausgehend, die formale Befriedigung als Ziel setzend, wird, das verdient sie, ihre Leser erreichen; sie führt zugleich die Erinnerung an denkwürdige Epochen des deutschen Theaters im Zeichen dieses glorreichen Namens herauf, und das Verdienst dieser Aktualisierung soll niemand mindern. Die Bühne zu erreichen, das "große Welttheater" dieses Dichters wieder vor Auge und Ohr lebendig vorbeizuführen, ist nach alledem ein Wunsch, der so lange unerfüllt bleiben wird, als materialistische Doktrinen, Ratlosigkeit, Willkür, dem Theater seinen schönsten Wirkungsraum, seine Erfüllung vom Geist her, streitig machen.

Totenliste In Wien starb Anfang Februar, 77 Jahre alt, der Komiker *Poldi Deutsch*, der vorher in Hamburg, Berlin und Dresden gewirkt hatte. Lange Gastspielreisen führten ihn auch nach Rußland und nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Er war auch als witziger Erzähler von Theateranekdoten bekannt.

In der Nacht vom 6. zum 7. Februar starb, in seinem 84. Lebensjahr, der Hamburger Schauspieler *Ludwig Max*, der in Hamburg zuerst am Thaliatheater, dann am Deutschen Schauspielhaus auftrat, und zwar vor allem als Charakterkomiker. Er war übrigens selbst Sozietär des Deutschen Schauspielhauses.

Am 14. März verschied in Dresden der Kapellmeister *Eduard Mörike*, im Alter von 52 Jahren. Er begann seine Laufbahn am Theater des Westens in Berlin, war dann lange am Deutschen Opernhaus tätig und schließlich Leiter des Dresdener Philharmonischen Orchesters. Die erste Parsifalaufführung in Deutschland außerhalb Bayreuths, am 1. Januar 1914 im Deutschen Opernhaus in Berlin, wurde von Mörike dirigiert.

Kurze Chronik Im Lichthof des alten Kunstgewerbemuseums in Berlin fand eine Ausstellung *Japanisches Theater* statt, eine reich, überreich beschickte Ausstellung in Farbenholzschnitten, Masken und Gewändern. Schauspielerdarstellungen, eine alte, in der Gegenwart interessant erneuerte Tradition, Darstellungen des Bühnenhauses, der Spielvorbereitungen, Rollenbilder, Darstellungen einzelner Stücke von den Gala- und Monopolstücken (deren alleiniges Aufführungsrecht eine Familie hat, die es vergeben kann) bis zu Tanzstücken und Pantomimen, eine Reihe, die einen Traditions- und Stilbegriff vermittelt, wie er in solcher nuancierten Festigkeit dem europäischen Empfinden fremd ist. ◊ Von *Jean Giraudoux* (von dem einige Werke auch in schönen deutschen Ausgaben im Inselverlag herauskamen) wird in der deutschen Bühnenbearbeitung von Hans Feist von den Reinhardt-Bühnen die Komödie *Amphitryon* 38 aufgeführt werden. Giraudoux, ein Autor der pariserischen Kriegsgeneration, die über den Erschütterungen der Zeit ein Werk unzerstörter Maße aufrichtet, wird, vielleicht zusammen mit André Gide, dessen *Saul* ebenfalls vorbereitet werden soll, der erste moderne Franzose von Rang sein, der nach dem Krieg von der Bühne zu den deutschen Hörern spricht. ◊ In der *Verdirennaissance*, die in den letzten Jahren der deutschen (leider nur zum Teil der Berliner) Opernbühne mehrere der schönsten Verdischen Opern schenkte: *Die Macht des Schicksals*, *Don Carlos*, *Luisa Miller*, *Macbeth*, *Die Räuber*, *Ernani*, zuletzt *Simone Boccanegra* (siehe diese Rundschau, 1930 I Seite 192), und in der wir noch mehr erwarten, wurde Ende November vom Stuttgarter Württembergischen Landestheater auch die *Sizilianische Vesper* zu neuem Leben erweckt. Die glänzende Darstellung löste beim Publikum stürmischen Beifall aus. Die Uraufführung der *Sizilianischen Vesper* hatte 1855 stattgefunden. ◊ Zur Erinnerung an Albert Steinrück wurde in München eine *Steinrückausstellung* er-

öffnet, die Bildnisse, Masken, Handschriften usw. aus der Bühnentätigkeit des Künstlers vereinigt. Sie zeigt auch Ölgemälde und Zeichnungen von Steinrücks Hand, der sich auch als Maler betätigt hat. Steinrück hat in München am Hof- und Nationaltheater von 1909 bis 1920 gewirkt. ◊ Am 15. Februar konnte *Robert Philipp* das Jubiläum seiner 60jährigen Bühnenlaufbahn wie seiner 40jährigen Zugehörigkeit zur Berliner Staatsoper feiern. Als er 70 Jahre alt wurde, vor nunmehr fast 8 Jahren, gab er noch einmal im Opernhaus den *Don José*, seine größte Gestalt aus früherer Zeit. Und noch heute wirkt er, wenn auch in kleinen Rollen, mit. Aber die paar Töne, die er als Chirurgus in der *Macht des Schicksals* oder als Bote in *Aida* zu singen hat, bewegen stets aufs neue den Hörer. Und wenn er im *Fidelio* als namenloser Staatsgefänger sich an alle wendet, die ihn hören können, an alle die gefangenen Menschen, schwingt in seiner Stimme, durch Leid und Glauben in einem, die Ahnung eines Zukunftslands der Freiheit. In Philipp ist eine Kraft, die von innen strömt; nichts Angelerntes, daher nie ein leerer Moment. ◊ Am 26. Februar wurde *Paula Conrad* 70 Jahre alt. Das Staatliche Schauspielhaus in Berlin, dem sie so lange Jahre als eins der berühmtesten Mitglieder angehört hatte, feierte den Tag durch eine Aufführung des *Nathan*, in der die Jubilarin die *Daja* spielte. Vor 50 Jahren etwa hatte eine begeisterte Rezension Theodor Fontanes die Berliner auf die neue junge Kraft aufmerksam gemacht, die, vom Stadttheater in Brunn kommend, damals in Berlin debütierte, und der er in seinen *Poggenpuhls* auch ein Denkmal gesetzt hat. Paula Conrad trat lange Zeit vor allem in humoristischen Rollen auf, in *Molière*, *Shakespeare* usw. Eine ihrer größten Schöpfungen war aber das *Hannele Gerhart Hauptmanns*, das sie in der Uraufführung in dem damals Königlichen Schauspielhaus in Berlin gab.

Literatur Das zugleich dokumentarische und propagandistische Buch des politischen Registrars *Erwin Piscator*, betitelt *Das politische Theater / Berlin*, Adalbert Schultz/, aus dem dramaturgischen Tagebuch der Piscatorbühne, biographischen Notizen, Presseberichten, Photographieen zusammengearbeitet, bedeutet ein Programm, dessen geistiger Gehalt und praktische Möglichkeiten hier noch gesondert und ausführlich behandelt werden sollen.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Weltkraftkonferenz Mitte Juni findet in Berlin die 2. Weltkraftkonferenz statt, die ein wichtiges technisches Ereignis werden dürfte. Das Ehrenpräsidium führt Oskar von Miller, den Vorsitz Carl Köttgen. Der Zweck der Weltkraftkonferenzen ist der Erfahrungsaustausch über das Hauptproblem der Technik; Rationalisierung in der Energieumsetzung; und die Berliner Konferenz beginnt mit dieser Rationalisierung sogleich bei ihren Arbeiten. Sie hat von den teilnehmenden Nationen schriftliche Berichte eingefordert; über 400 sind eingegangen, davon allein 60 aus Deutschland. Diese werden zur Erörterung gestellt, ohne daß man sie noch besonders vorträgt. Diese Erörterungen finden in 34 Fachsitzungen statt. Hierfür sind Generalberichtersteller ernannt worden, die das Wichtigste aus den sachlich zusammengehörigen Berichten in einem Generalbericht zusammenfassen. Das Schwergewicht der ganzen Konferenz wird also auf die Diskussion gelegt. Die Berichte selbst wurden durch die anerkannten technisch-wissenschaftlichen Verbände vorzensiert, wodurch eine Gewähr für die wissenschaftliche Qualität der Berichte gegeben ist.

Das große Sammelthema der Weltkraftkonferenz ist diesmal die Verbesserung des Energieabsatzes. Fragen der Energieerzeugung werden nur gestreift und vor allem von den Gesichtspunkten aus betrachtet, die sich aus der Versorgung immer größerer Gebiete ergeben. In den deutschen Berichten aus dem Fachgebiet Elektrizität werden vornehmlich die Fragen erörtert, die für die Wahl und Aufteilung der Antriebskraft in großen Stromversorgungsanlagen unter Berücksichtigung der Energiespeicherung und der Spitzendeckung maßgebend sind. Eine größere Anzahl der Berichte befaßt sich mit den Problemen der Elektrizitätsverteilung, wobei die technische und wirtschaftliche Beherrschung des Energieflusses in einfach und mehrfach gekuppelten Netzen, automatisch und ferngesteuerte Kraft- und Nebenwerke, die Kraftübertragung durch Freileitungen oder Kabel, neuzeitliche Schaltanlagen usw. eingehender behandelt werden. Die meisten Berichte behandeln die Elektrizitätsverwendung, unter anderm Elektromotorenantriebe, Anwendung der Elektrowärme in der Industrie, die Elektrizität im Haus und in der Landwirtschaft und die Energieversorgung elek-

trischer Bahnen. Daneben will man auch die wichtige Frage des Belastungsfaktors der Elektrizitätswerke und seine Beeinflussung durch die Stromverbraucher und das Tarifwesen erörtern. In anderen Fachgebieten werden Fragen behandelt, die allgemein für den Bau und den Betrieb der Kraftwerke von besonderer Bedeutung sind; die Wege zur Planung wirtschaftlicher Dampfkraftwerke, die Beeinflussung der Betriebsbereitschaft durch Bauart und Größe von Dampfturbinen bei Elektrizitätswerken mit und ohne Dampfspeicher, Abfallkraftausnutzung und Heizkraftbetrieb, die neueste Entwicklung der Dampf- und Verbrennungskraftmaschinen, der Feuerung und Kessel, die mit dem Bau und Betrieb von Pumpspeichieranlagen zusammenhängenden Fragen, die Kuppelungsmöglichkeiten zwischen Gas- und Elektrizitätswerken.

Neben den 34 Fachsitzungen sind etwa 6 allgemeine Vorträge vor allen Teilnehmern der Konferenz vorgesehen, in denen von hervorragenden Vertretern der internationalen Technik und Wissenschaft wichtige Fragen der Energiewirtschaft erörtert werden.

An die Konferenz schließen sich Besichtigungsreisen, die von Berlin ausgehend in alle Teile Deutschlands führen.

Kohlenfragen Die rationelle Ausnutzung der Kohlenschätze ist wohl die wichtigste technische Aufgabe der Gegenwart; es wird deshalb allerorten an der Lösung dieser Aufgabe gearbeitet, und es sind auch bereits beträchtliche Erfolge erzielt worden. Dank diesen Arbeiten sind beispielsweise von den 1928 in Deutschland geförderten Kohlen nur noch 40% direkt verfeuert worden, während dieser Anteil im Jahr 1913 noch 52% betragen hatte. Es wurden also 1928 bereits 60% der Kohlen veredelt. In dieser Veredlung ist allerdings die mechanische Veredlung (Brikettieren, Mahlen zu Staub usw.) mit einbegriffen. Da diese mechanische Veredlung aber auch schon zu einer wirtschaftlich bessern Ausnutzung des Heizwerts führt, so liegt auch hier schon ein beachtlicher Fortschritt vor. Die chemische Veredlung, die das Hauptinteresse beansprucht, erstreckt sich auf die Vergasung, Entgasung und Verflüssigung sowie auf die Synthesen. Von den Gasarten, die sich durch Vergasung gewinnen lassen, hat das Wassergas, ein Gemisch von Wasserstoff und Kohlenoxyd, besondere Bedeutung, da es teils zur Verbesserung des Heizwerts anderer

Gasarten, zum Beispiel des Leuchtgases, dient, teils das Ausgangsmaterial für verschiedene Synthesen bildet. Die Erzeugung des Methanols, der verschiedenen Erdölarten einschließlich des Benzins und des Ammoniaks sind die wichtigsten dieser Synthesen. Die Methoden der Vergasung sind durch Verwendung feinkörniger Kohlen und durch geeignete Gasreinigung gut durchgebildet.

Die Entgasung, die mit der Verkokung Hand in Hand geht, hat besondere Fortschritte im Ruhrbergbau zu verzeichnen, der dadurch selbst rationeller geworden ist. Neben den älteren Anlagen verfügt der Ruhrbergbau gegenwärtig über 36 Großanlagen mit 7000 Koksöfen, die für sich allein eine Leistungsfähigkeit von 25 Millionen Tonnen Koks aufweisen, und mit dem wertvollen Gas in Fernversorgung fast den gesamten Gasverbrauch Deutschlands decken könnten. Die Abgabemenge wird bald eine Höhe von 2 Milliarden Kubikmeter erreichen, wovon etwa 800 Millionen für die Ammoniaksynthese verbraucht werden. Die im Betrieb befindlichen Anlagen des Steinkohlenbergbaus haben eine Leistungsfähigkeit von rund 80 000 Tonnen gebundenen Stickstoffs im Jahr. Die geplanten Neuanlagen werden weitere 5500 Tonnen liefern können.

Daneben hat die Verschmelzung der Braunkohlen und vor allem auch der Steinkohlen in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Der bedeutendste ist wohl die Lösung des Problems die Selbstentzündung des Braunkohlenschwelkoks zu verhüten, daneben sind auch die Gewinnung des Phenols aus den Gaswässern und die Umwandlung des Schwelteerparaffins von Belang. Die Verschmelzung der Steinkohlen, die mittels des bisher in der ganzen Welt unübertroffenen deutschen Drehofens geschieht, hat die Qualität der Nebenprodukte beträchtlich gehoben. Von besonderer Bedeutung ist das Vorgehen einiger Elektrizitätswerke im Ausland, die zum Zweck der Senkung der Erzeugungskosten dem Kraftwerk eine Schwelgasanlage vorschalten. In dem erzeugten Koks erhalten sie damit ein Brennmaterial von höherem Heizwert, und die abfallenden Nebenprodukte: Schwelteer, Schwelgas, Leichtöle usw., decken nicht nur die Betriebskosten der Schwelanlagen sondern können daneben auch noch einen Gewinn abwerfen.

Die unmittelbare Kohlenverflüssigung ist sowohl für Braunkohle als auch für Steinkohle großtechnisch in Betrieb. In den Anlagen der Farbenindustrie wur-

den 1928 etwa 7000 Tonnen Benzin erzeugt, 1929 soll die Produktion mehr als 200 000 Tonnen betragen haben. Neben der Braunkohle als Ausgangsstoff werden auch Braunkohlenschwelteere und Generatorteere hydriert. Der hierzu erforderliche Wasserstoff wird durch katalytische Umwandlung aus Wasser gas gewonnen. Die Steinkohlenverflüssigung hat noch keine so bedeutenden Leistungen zu verzeichnen. Immerhin hat die Großversuchsanlage der Gesellschaft für Steinkohlenveredlung und Steinkohlenverflüssigung in Duisburg-Meiderich einen Jahresdurchschnittssatz von 300 000 Tonnen Steinkohle zu verzeichnen, die jährlich 15 000 Tonnen Öle liefern. Der zur Hydrierung erforderliche Wasserstoff wird hier über das Koks ofengas durch Tiefkühlung gewonnen; verbraucht werden hierbei rund 50 Millionen Kubikmeter Koks ofengas. Die große Bedeutung der Kohleverflüssigung für Deutschland erhellt am besten aus der Tatsache, daß im Jahr 1928 über 80 000 Tonnen Leichtkraftstoffe, insbesondere Benzin, über 300 000 Tonnen Treiböle und über 500 000 Tonnen Schmieröle eingeführt werden mußten. Schließlich ist noch im Zusammenhang mit diesen Fragen zu erwähnen, daß es Charles Berthelot gelungen ist aus Fettkohle mit zirka 12% flüchtigen Bestandteilen unter Zusatz von Flammkohle eine anthrazitähnliche Kohle herzustellen, die sich durch hohen Heizwert und fast rauchlose Verbrennung auszeichnet. Das Verfahren besteht darin, daß das Kohlegemisch allmählich während 3 Stunden auf 350° gebracht, und diese Temperatur dann 4 Stunden lang aufrechterhalten wird. Als Heizquelle wird überhitzter Wasserdampf benutzt. Nach einem andern Verfahren wird Halbkoks gemahlen und mit Braunkohlen- oder Steinkohlenteer als Bindemittel brikettiert. Die Briketts werden dann in dem gleichen Ofen, der den Halbkoks lieferte, bei der gleichen Temperatur destilliert. Das Ergebnis, das durchaus wirtschaftlich sein soll, liefert gleichfalls eine anthrazitähnliche Kohle.

Luftschiffunfall Bei seiner 2. Amerikafahrt, im vorigen Jahr, mußte das Luftschiff Graf Zeppelin bekanntlich schon über Spanien wieder umkehren, weil von den 4 Motoren 3 infolge Kurbelschadens unbrauchbar geworden waren. Von Hans Thoma /Karlsruhe/ wurden durch eingehende technisch-wissenschaftliche Untersuchungen die Ursachen dieses schweren Be-

triebsunfalls festgestellt. Es ergab sich, daß das unerwartete Versagen der Motoren, die sich bei den Fahrten von 50 000 Kilometer Gesamtlänge als zuverlässig erwiesen hatten, auf heftige Verdrillungsschwingungen zurückzuführen war, die durch das Versteifen der Kuppelung zwischen Motor und Propeller veranlaßt waren. Die Verdrillung der Kurbel- und Propellerwelle wurde mit der in dieser Rundschau (1929 II Seite 760 und folgende) bereits erwähnten Hochfrequenzmeßeinrichtung oszillographisch aufgenommen. Aus den Schwingungsbildern ergab sich die Übereinanderlagerung einer langsamen Grundschwingung und mehrerer schneller Oberschwingungen. Durch Veränderung der Nachgiebigkeit und Eigenreibung der Kuppelung war es möglich eine Verlagerung und Dämpfung der Grundschwingung herbeizuführen, während durch Verkleinerung ihrer Schwingmassen die Oberwellen so verlegt wurden, daß die Anlage im Betriebsbereich günstige Beanspruchungen aufweist.

Totenliste In Dresden starb Anfang Dezember 1929 *Ernst Müller*, früher dort Professor an der Technischen Hochschule, im Alter von 74 Jahren. Er war seit 1918 Leiter der Technologischen Abteilung des Deutschen Forschungsinstituts für die Textilindustrie und hat zahlreiche wichtige Arbeiten aus seinem Sondergebiet veröffentlicht. Der Ordinarius an der Technischen Hochschule Berlin und Vorsteher des Lagerstätteninstituts der Abteilung für Bergbau *Erich Harbort* starb Mitte Dezember in Berlin, im Alter von 54 Jahren. Er hatte vor kurzem Südamerika bereist, um Rohstoffquellen zu erschließen, und sich dort ein schweres Fieber geholt. Am 13. Januar 1930 starb in London *Sebastian Ziani Ferranti*, in seinem 66. Lebensjahr. Er war einer der bedeutendsten Elektrotechniker der Neuzeit. Am selben Tag und im selben Alter starb in Paris *Auguste Rateau*, in der Welt der Technik bekannt durch seine grundlegenden Arbeiten auf dem Gebiet der Dampfturbinen und Turbogebälse. Im Februar starb der ordentliche Professor für Eisenbahnmaschinenbau an der Technischen Hochschule Danzig *John Jahn*, kurz vor Vollendung seines 60. Lebensjahrs. Er veröffentlichte in den Fachzeitschriften zahlreiche Arbeiten. Am 24. März starb in Berlin *Johann Heinrich Vogel*, im Alter von 67 Jahren. Er genoß als Azetylen- und Karbidfachmann internationales Ansehen.

In der 1. Hälfte des April starb der außerordentliche Professor der Chemischen Technologie an der Technischen Hochschule Berlin *Julius Obermiller*, in seinem 57. Lebensjahr. Er hat besonders über die Zwischenprodukte der Teerfarbenindustrie, zum Beispiel die Substitution des Benzolrings, des Naphthalin- und Anthrazenrings, wichtige Untersuchungen angestellt.

Am 21. April starb der ehemalige Bergassessor *Franz Burgers*, Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke. Er ist besonders durch seine Arbeiten auf dem Gebiet der Betriebswissenschaften bekannt geworden, die unter anderem zur Gründung des Deutschen Instituts für Technische Arbeitsschulung, des sogenannten Dinta, geführt haben.

Kurze Chronik Von Amorilla nach Denires in Texas besteht eine rund 550 Kilometer lange *Gasfernleitung*, die täglich 2,8 Millionen Kubikmeter Erdgas befördert. Der Gasvorrat der Amorillafelder wird auf 300 Milliarden Kubikmeter geschätzt. Diese bisher längste Fernleitung wird von der zwischen Minneapolis und Saint-Paul von den Petroleumfeldern in Texas im Bau befindlichen Leitung übertroffen werden. Die neue Fernleitung wird etwa 1300 Kilometer lang sein. \diamond Im Februar wurde die neue *Petroleumleitung* zwischen Baku und dem Ausfuhrhafen Batum in Betrieb genommen. Die Leitung vermag rund 1,6 Millionen Tonnen jährlich zu fördern. \diamond Ein *Rundfunksender* von 200 Kilowatt Leistung wird in Mohawk Valley, nahe Schenectady /Vereinigte Staaten von Amerika/, errichtet. \diamond Von dem in Deutschland erzeugten *Papier* entfallen je 35% auf Pack- und auf Zeitungspapier, 20% auf Druck- und Schreibpapier, 4% auf Tapeten und 6% auf sonstige Papiersorten. \diamond Die verfügbaren *Wasserkräfte Canadas* belaufen sich auf 20 Millionen Pferdestärken bei normalem Niedrigwasser; 6 Monate hindurch sind bis 33 Millionen Pferdestärken ausnutzbar. Wirklich ausgenutzt werden bisher aber nur 5,7 Millionen Pferdestärken. \diamond Der Leiter der Motorenabteilung der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in Berlin *Wunibald Kamm* übernimmt das neu errichtete Ordinariat für Automobilen und Fahrzeugmotoren an der Technischen Hochschule Stuttgart. Die dort schon bestehende Versuchsstätte wird zu einem Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren ausgebaut. Kamms Arbeitsgebiete sind

Automobile, Fahrzeugmotore, Fesselballone und kleine Luftschiffe. ◊ Der Präsident des Technischen Versuchsamts in Wien *Wilhelm Exner* wurde in voller geistiger Frische am 9. April 90 Jahre alt.

Literatur Eugen Diesel und Karl Verlohr geben im Verlag J. G. Cotta in Stuttgart eine Bücherreihe *Wege der Technik* heraus, die sich dadurch auszeichnet, daß in ihr nicht in üblicher Weise unser "technisches Zeitalter" beschrieben und gerühmt, sondern daß die Technik selbst in das Gesamtgeschehen und die Gesamtentwicklung der menschlichen Kultur gestellt wird, so daß das Geistige entscheidend hervortritt. Das kommt namentlich in dem Band Hermann Luffts Kulturformung durch Technik und Wirtschaft klar zutage; was der Verfasser über die Bedeutung der Arbeit an sich und nicht nur als Mittel zur Bedürfnisbefriedigung ausführt, zeigt uns, daß Technik und Ethik Gebiete sind, die mit einander zusammenhängen, ja einander durchdringen. Auf die selbe Tendenz zielt auch der Band Eugen Diesels Völkerschicksal und Technik hin. Man wird alles dieses noch ausführlich zu behandeln haben. Einstweilen sei hier nur auf diese verdienstvolle Sammlung nachdrücklich hingewiesen und festgestellt, daß sich die Bände auch durch gute Ausstattung, schönen Antiquadruck auszeichnen. (Nur sollten die vielen Sperrungen vermieden werden, namentlich die Sperrung ganzer Sätze, die den Augen die Lektüre erschwert.)

Werkgestaltung / Ludwig Hilberseimer

Berlins Einkreisung Erst nach dem Krieg ist es gelungen Berlin und seine Vororte zu einer Einheitsgemeinde zu verschmelzen. Leider wurde dabei versäumt den Lebensraum Berlins entsprechend seiner Bedeutung vorausschauend festzusetzen. Martin Mächler hat damals unter einer umfassenden Zukunftsperspektive eine funktionsgemäße Gestaltung Berlins versucht und die Gesichtspunkte festgelegt, unter denen seine Neugruppierung zu erfolgen hat. Zur Erfüllung seiner wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben wies Mächler Berlin eine Kreisfläche von 50 Kilometer Radius zu, als deren Mittelpunkt er den Turm des Berliner Rathauses annahm. Leider wurde dieser Vorschlag nicht beachtet. Die Folgen machen sich bereits heute bemerkbar. So haben sich vor einigen Monaten die an Berlin grenzenden

Kreisverwaltungen gemeinsam mit dem Magistrat der Stadt Potsdam zu einem Landesplanungsverband zusammengeschlossen, an dessen Spitze der ehemalige Verkehrsminister Rudolf Krohne steht. Dieser Landesplanungsverband soll die gemeinsamen Interessen Potsdams und der zusammengeschlossenen Kreise wahrnehmen, vor allem Straßen- und Bauungspläne festlegen. Seine Tendenz richtet sich ganz offenbar gegen Berlin, will für Berlin wichtige Straßenbau- und Verkehrsfragen ohne seinen Einfluß entscheiden. Auch ist es keineswegs ausgeschlossen, daß an den Grenzen des heutigen Berlins Villenkolonien angelegt werden, die, sofern den Gemeinden wieder das angestrebte Zuschlagsrecht zur Staatseinkommensteuer verliehen wird, einen Zustand wiederherstellen, wie er vor dem Krieg bestand, wo die besten Steuerzahler zwar in Berlin ihr Geld verdienten, aber in Grunewald oder Zehlendorf wohnten, weil dort die Gemeindesteuer niedriger war.

Einer Pressenachricht zufolge soll Gustav Langen, der Leiter des Deutschen Archivs für Siedlungswesen, zum Geschäftsführer dieses Landesplanungsverbands bestellt werden. Von Gustav Langen erschien im Verlag von Reimar Hobbing und der Deutschen Bauzeitung in Berlin eine bemerkenswerte Schrift *Deutscher Lebensraum*, auf die ganz besonders hingewiesen sei: ein Beitrag zur deutschen Raumwirtschaft und zur Gesamtrationalisierung in Wirtschaft, Siedlung und Volksleben. Nach den darin aufgestellten Gesichtspunkten müßte es wundernehmen, wenn Gustav Langen, dessen Planungen immer die Einordnung in den gesamten Wirtschafts- und Staatsorganismus zur Voraussetzung haben, einem solchen Zusammenschluß mit einer deutlichen Spitze gegen Berlin seine Mitarbeit zur Verfügung gestellt hätte.

Stadtplanung Dem Städtebau des 19. Jahrhunderts, soweit das Wort in diesem Zusammenhang überhaupt anwendbar ist, waren vor allem ästhetische Probleme wichtig. Technische und sanitäre Fragen spielen erst viel später eine Rolle. Ja, eigentlich beginnt man erst jetzt den hygienischen Fragen das Hauptaugenmerk zuzuwenden. Mit der Lage der Wohnung zur Sonne, zur Windrichtung, sowie dem Abstand zwischen den Häusern, den wichtigsten volksgesundheitlichen Forderungen, hat sich erst die neue Architektur gründlich und planmäßig befaßt. Eine eingehende Unter-

suchung der Stadtplanung von diesem Gesichtspunkt aus unternimmt das Buch *La science des plans de villes* von A. Augustin Rey, Justin Pidoux, Charles Barde, das bei Dunod in Lausanne und Payot in Paris erschien, und das dadurch noch von besonderem Interesse ist, daß einer der Mitarbeiter, Justin Pidoux, Astronom ist, der genaue wissenschaftliche Berechnungen über Fragen der Besonnung, des Klimas, der geographischen und meteorologischen Verhältnisse anstellt, die als Basis für die Schaffung hygienisch einwandfreier Wohnungen dienen können. Dem Buch liegt eine Arbeit über die Lage der Wohnungen zu den Himmelsrichtungen zugrunde, die anlässlich des 2. Internationalen Kongresses für Wohnungshygiene in Genf 1906 verfaßt wurde. Es behandelt die gesundheitlichen Verhältnisse auf Grund dieser astronomischen Gegebenheiten, die Grundelemente wissenschaftlicher Städteplanung, Straßen, ihren Verlauf, Plätze, Wohnhaustypen, Gebäudehöhe, rationelle Teilung des Geländes, Geschäfts-, Industrie-, Wohnviertel, Verkehrswesen, Kanalisation; außerdem die Ausdehnungsmöglichkeit der Städte nach verschiedenen Gesichtspunkten. Zum Schluß werden Berechnungen über die mögliche Bevölkerungsdichtigkeit einer nach einwandfreien Grundsätzen erbauten Stadt gegeben. Es wird gezeigt, daß durch planvollen Aufbau die gleiche Zahl Menschen auf gleichem Raum untergebracht werden kann, ohne die Nebenerscheinung der Überbevölkerung. Trotzdem darf nicht übersehen werden, daß die Bevölkerungsdichtigkeit der heutigen Großstädte nicht den Maßstab für die Dichtigkeit der Bevölkerung einer Stadt überhaupt abgeben kann. Eine vollkommene Lösung ist nur möglich, wenn man auf die heutige Bevölkerungsdichtigkeit der Großstädte verzichtet und das Stadtgebiet weitgehend auflockert.

Ausstellungen Die Verhandlungen über die internationale Werkbundausstellung *Die Neue Zeit*, die in den letzten Wochen zwischen der Reichsregierung, dem Ausstellungs- und Messeamt, dem Reichsverband der Deutschen Industrie, dem Werkbund und den Städten Köln und Chicago geführt worden sind, haben zu der erneuten einmütigen Feststellung geführt, daß alle Instanzen an der Durchführung dieser Ausstellung nach wie vor festhalten, weil sie von ihrer großen wirtschaftlichen und kulturpolitischen Bedeutung überzeugt

sind. Aber ebenso stimmte man darin überein, daß, angesichts der jetzigen Wirtschafts- und Finanzlage, die Ausstellung in das Jahr 1933 zu verlegen sei. Die bisherigen Verhandlungen zwischen den beiden Ausstellungsleitungen Köln und Chicago haben zur gegenseitigen Bereitwilligkeit geführt beide Unternehmungen in solche Beziehungen zu einander zu bringen, daß sie beide dadurch gewinnen. Die Vorarbeiten für die Kölner Ausstellung werden durch einen Arbeitsausschuß gefördert, der Vertreter von Wirtschaft und Werkbund, Köln und Regierung umfaßt.

In der Ständigen Bauweltmusterschau im Schinkelsaal des Architektenhauses in Berlin fand eine Ausstellung von Bauten *Walter Gropius'* statt. Sie geben einen Überblick über sein gesamtes Schaffen. Die hier gezeigten Modelle und Zeichnungen sollen zum Teil auf die Deutsche Abteilung der Ausstellung der *Société des Artistes Décorateurs* gesandt werden, die in Paris stattfindet. Darüber wird noch berichtet werden.

Das Nationalmuseum in München zeigt in einer Sammlung Zeichnungen und Keramiken *Max Laegers* (Karlsruhe). Im Krollischen Festsaal in Berlin fand eine Ausstellung von *Gardinentüllen* deutschen Fabrikats statt, die sich dadurch auszeichnen, daß sie nicht gewirkt sind, wie viele ausländische Fabrikate dieser Art, sondern auf Webstühlen gewebt, was ihnen eine besondere Haltbarkeit verleiht.

Totenliste In Konstanz starb am 16. Februar in seinem 50. Lebensjahr *Heinrich Goesch*, der an der Dresdener Akademie für Kunstgewerbe lehrte. Die eigenartige Persönlichkeit *Goesch*, der nicht nur (und nicht einmal in erster Linie) Architekt war, ist hier schon durch Käthe Kollwitz dargestellt worden (siehe die Rundschau *Aus der Zeit*, 1930 I Seite 418; siehe über *Goesch* auch die Rundschau *Dichtkunst*, 1930 I Seite 407 und folgende).

Mitte März starb plötzlich in Berlin der Architekt *Max Landsberg*, in seinem 52. Lebensjahr. Er war Berliner, und hat auch fast ausnahmslos in Berlin gebaut: Geschäftshäuser, Krankenhäuser, Fabriken, Villen und manches andere, alles in einer Weise, die ihre Anregungen vor allem von Alfred Messel herleitete, dessen Schüler und Mitarbeiter er war. Auch der Inneneinrichtung und der Anlage von Gärten wandte *Max Landsberg* sein Interesse zu.

Kurze Chronik Das Deutsche Archiv für Siedlungswesen veranstaltete einen wissenschaftlichen Lehrgang. Das Generalthema war *Großstadt und Kleinsiedlung*, eine Entwicklungsfrage der Großstadt und ihrer Umgebung. Otto Blum /Hannover/ sprach über die Verkehrsfrage, Gustav Langen /Berlin/ über Planungswesen und schönheitliche Gesichtspunkte, Richard Fuchs /Breslau/ über Einwände und Bedenken vom kommunalen Standpunkt aus, Johannes Link /Hannover/ über die Kleinsiedlung und das Erwerbslosenproblem der Großstädte. Der letzte Tag war dem aktuellen Problem des Bausparens gewidmet. ◊ Der Internationale Verband für Wohnungswesen plant vom 12. bis zum 21. August eine Studienreise nach Dänemark, Schweden und Norwegen. ◊ Der Präsident des Staatlichen Materialprüfungsamts zu Berlin *Wichard von Moellendorf* wurde in den Vorstand der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen gewählt.

Literatur In der von Leopold Zahn herausgegebenen Sammlung *Neue Architektur der Großstädte* /Berlin, Albertusverlag/ erschien als 1. Band von E. M. Hajos und Leopold Zahn *Berliner Architektur* der Nachkriegszeit mit einer Einführung von Edwin Redslob. Das Buch gibt in zahlreichen Abbildungen eine gute Zusammenstellung der Bauten Berlins nach dem Krieg. ◊ Über die Arbeiten der *Reichsforschungsgesellschaft* für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen erschien außer einem Tätigkeitsbericht des Jahres 1929 und einem Sach- und Namensverzeichnis ein von Wilhelm Lübbert verfaßter Bericht 2 Jahre Bauforschung, der zugleich mit einem Überblick über die Tätigkeit der genannten Gesellschaft eine orientierende Gesamtübersicht über das große Gebiet der Bauforschung überhaupt gibt.

EINZELNES

Neuerscheinungen

Archäologische Forschung Im Schwabenland liegt zwischen der Donau und ihrem rechten, der Eiszeitforschung so bekannten Nebenfluß, der Riß, Buchau, südlich vom (Schiller konnte noch schreiben: am) Federsee. »Der Name kömmt«, sagt 1836 die Geographische Beschreibung von Württemberg von Ludwig Völter, »von den Woll- und Federgräsern her, welche an seinen Ufern

wachsen, und von deren federartigem Samen.« Wer von Ulm über Biberach an der Riß aufwärts zum Bodensee fährt, gelangt bei Schussenried (das in seinem Irrenheim ehemaliger Prämonstratenser Reichsabtei sich rühmt) an die Schussen, von der der Zug nur erst kurz vor Friedrichshafen ablenkt. Der Buchauer verläßt ihn in Schussenried und muß auf einer Nebenstrecke nach Nordwesten. An der Schussenquelle haben, man weiß das durch Grabungen von 1866, in der letzten Periode der ältern Steinzeit, im Magdalénien, eine ungefähre Angabe zu wagen, um 12 000 vor Christus, Rentierjäger gelagert. Dort steht ein Gedenkstein. Aber von den Geheimnissen der Prähistorie ist nichts mehr zu schauen. In die sieht der Wißbegierige bei Buchau. Die Arbeit des Privatdozenten für Urgeschichte an der Universität Tübingen *Hans Reinert* Das Federseemoor als Siedlungsland des Vorzeitmenschen ist in dieser Rundschau (1924 Seite 212) bereits kurz gewürdigt worden, in dem Jahr, in dem ich unter des Verfassers Führung an 2 Sommertagen bei Bienen- und Hummelgesumm über den schwankenden Grund gegangen bin. Das Buch liegt jetzt in 4., erweiterter und umgearbeiteter, Auflage vor /Augsburg, Benno Filser/ und erzählt nun auch von alledem, was inzwischen, unter schützendem Torf wohl erhalten, gefunden und sachlich wie zeitlich sicher bestimmt ward. Und dies alles in fesselnder Sprache, als wäre es ein spannender Roman. Denn meisterhaft versteht es Reinert mühsames Forschungsgut den Lesern auszumünzen. Und an Bildern und Zeichnungen zudem enthält das Werk treffliche Fülle. In Klimaschwankungen vergangener Jahrtausende ließ der See in langer Trockenperiode das weite Gebiet dem Siedler, den es lockte, fast völlig frei, während er in anderer, an Niederschlägen reicher Zeit, ein kleines Meer, das große Becken, füllte. Die Moordörfer Dullenried, Aichbühl, Taubried, Riedschachen waren in der jüngern Steinzeit bewohnt; die »Wasserburg« Buchau ist Jahrhunderte hindurch »eine der bedeutendsten Wehranlagen« der letzten Bronzezeit gewesen. Dann tauchen Hallstattleute auf; Kelten sodann; Römer. Mit dem Ende des alamannischen Herzogtums, dem Jahr 746 nach Christus, schließt die Schilderung. Und um des Genusses willen, den sie mir bereitet hat, dem jungen Forscher zum Dank der Wunsch, es mögen sich eine Fakultät und ein Minister finden ihm den Lehrstuhl anzubieten, dessen sein Wissen wert ist. *Hans Flemming*